Wolfgang Hackert

Antigermanismus, Globalismus, Multikulti

Gestern und heute



Wolfgang Hackert

Antigermanismus, Globalismus, Multikulti

Gestern und heute



Wolfgang Hackert

Antigermanismus, Globalismus, Multikulti

Gestern und heute

Verlag libergraphix
Fröbelstraße 20
D-01609 Gröditz

www.libergraphix.de
www.verlag-libergraphix.de
info@libergraphix.de

ISBN 978-3-95429-019-2

„Merken Sie sich eins Münzer, was wir in den Zeitungen lügen, ist nur halb so schlimm wie das, worüber wir nicht berichten."
(Erich Kästner, „Fabian", 3. Kapitel. Zwei Vertreter der schwarzen Zunft erklären einander im fortgeschrittenen Stadium der Alkoholvernichtung die unterschiedlichen Methoden des Dummenverkaufs von Medienkonsumenten)

„Der Durchschnittsleser erlebt die Welt so, wie es ihm seine Zeitung vermittels großer und kleiner Schriftgrade ordnet. Der Leser weiß selten, was er liest, und verwechselt das Arrangement mit der Schwere des Ereignisses."
(Kurt Tucholsky, alias Ignaz Wrobel, in: *Die Weltbühne*, 13.10.1921, Nr. 41, S. 373)

„Es ist jedem erlaubt, zu sagen, was er will, aber es steht der Presse frei, davon Kenntnis zu nehmen oder nicht. Sie kann jede Wahrheit zum Tode verurteilen, indem sie ihre Vermittlung in die Welt nicht übernimmt. Eine furchtbare Zensur des Verschweigens, die umso allmächtiger ist, als die Sklavenmasse der Zeitungsleser ihr Vorhandensein überhaupt nicht bemerkt."
(Oswald Spengler, „Der Untergang des Abendlandes", Kapitel: Philosophie der Politik, S. 1141)

„Ein paar Tage nur, und die deutschen Schiffe werden auf dem Meeresgrunde liegen oder als Prisen nach den britischen Häfen gebracht werden. Hamburg, Bremen und der Kieler Kanal würden unter britischen Kanonen liegen, bis die Kriegsentschädigung gezahlt ist. Nach getaner Arbeit würden wir Frankreich und Rußland nur zu sagen brauchen: ... Nehmt euch von Deutschland was ihr braucht – ihr könnt es haben. Ceterum censeo Germaniam esse delendam!"
(*Saturday Review*, 11. September 1897, Flaggschiff des antideutschen Northcliffe-Konzerns)

„Es gibt 20 Millionen Deutsche zuviel auf dieser Welt. Der Krieg war nur die Vorbereitung. Die Vernichtung des deutschen Volkes beginnt erst jetzt."
(George Clemenceau, 1906-1909 und 1917-1920 französischer Ministerpräsident sowie Hauptverantwortlicher des Versailler Diktats; *Der Spiegel*, 1/1995, S. 71)

„Deutsche Helden müßte die Welt, tollwütigen Hunden gleich, einfach totschlagen."
(Joseph „Joschka" Fischer, Bücherdieb, Taxifahrer, Hausbesetzer, Prügelknecht und einstiger BRD-Außenminister, in der Frankfurter Zeitschrift *Pflasterstrand*, 1982)

„Von einem deutschen Politiker die Wahrheit zu erwarten, bedeutet das Gleiche, wie von einer Prostituierten Keuschheit zu verlangen."
(Wolfgang Hackert, in Abwandlung eines Zitates von Grigory Petrovich Klimov,[1] aus dessen Buch „Berliner Kreml", 1951; ursprünglicher Titel: „Maschinen des Terrors")

„Mögen die Horst-Güntherchens in ihrem Blut sich wälzen und die Inges den polnischen Bordellen überwiesen werden ..."
„Alles ist eingetreten, was man sich jahrelang gewünscht hat: das Land [Anm.: Deutschland] *ist vermüllt, Millionen von Hansjürgens und Utes tot."*
(Theodor Wiesengrund Adorno, Briefe an seine Eltern vom 26. 9. 1943 bzw. vom 1. 5. 1945; Gödde, Christian/Lonitz, Henri (Hrsg.), „Briefe an die Eltern. 1939-1951"; Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 2003)

„Alle finsteren Mächte, die den Menschen mit Zwang beherrschen wollen, werden vergehen, auf daß die Begabten und Geeigneten die Gewinne aus einer Welt ohne Mauern, ohne Grenzen, ohne Kriege einfahren können und ihre Früchte genießen dürfen. ... Unser Planet steckt voller Spinner, die gegen die Vermischung von Rassen und Kulturen wettern und sich der Erkenntnis verschließen, daß die Logik der Ökonomie obsiegen wird und nur sie die Menschen überzeugen kann. ... Jawohl, ich nehme die vernunftwidrigen Argumente unserer Gegner zur Kenntnis. Doch sollten sie Widerstand gegen die globale Weltordnung leisten, fordere ich: ‚Tötet sie!'."
(Prof. Thomas Barnett, zitiert nach Richard Melisch u. a., „Der letzte Akt"; Grabert-Verlag, Tübingen, 2007, S. 67)

Mehr über besagten Prof. Thomas Barnett[2] und andere Gutmenschen in diesem Buch!

1 ursprünglicher Name: Igor Borysowicz Kałmykow, geb. 26. 8. 1918.
2 Der neo-konservative Militärstratege Thomas P. M. Barnett (* 1962 in Chilton, Wisconsin) ist als wichtiger Berater der US-Regierung tätig.

Inhaltsverzeichnis

TEIL 1

Der Staat BRD – eine Klassengesellschaft!

„Wir werden zu einer Regelung kommen, die dem Ziel dient, die Zuwanderung nach unseren Interessen und Verpflichtungen verständlich zu regeln.“ Richard von Weizsäcker[3]

In der zweiten Hälfte des Jahres 2014 schlugen über den Köpfen des deutschen Volkes, aber auch anderen Völkern der abendländisch-westlichen Wertegemeinschaft die Wellen einer medialen Daueragitation zusammen. Tag für Tag und Abend für Abend vermeldeten unsere Medienkurtisanen mit triumphierender Stimme die jeweils neuesten Zahlen der neu zugewanderten „Fachkräfte“ aus Schwarzafrika und dem vorderen Orient. Endlich dürfen auch sie an der bundesrepublikanischen Willkommenskultur teilhaben; eine Thematik, die offenbar auf unsere Medienschaffenden ihren ganz besonderen Reiz ausübt.

Was ließ man sich nicht alles einfallen, um den uns bereichernden Neubürger ein Dasein auf zumutbarem Niveau zu bieten? Wohncontainer gehen – da für orientalische Kulturbringer nicht zumutbar – schon mal gar nicht. Wer schon Anteil an der bundesrepublikanischen Willkommenskultur hat, dem gebührt auch Anspruch auf eine entsprechend zumutbare Wohnung samt innerer Ausgestaltung und Flachbildfernseher; so wünschen es die Schöpfer einer Neuen Weltordnung und ihre Asylantenlobby.

Da sich die entsprechenden Wohnkapazitäten als begrenzt erwiesen, sieht man sich gezwungen, auf Mehrsterne-Hotels, Jugendherbergen, Turnhallen und sonstige „zumutbare“ Wohnräume zurückzugreifen. Deutsche Jugendliche können schließlich auch im Freien Sport treiben. Mit gutem Beispiel gingen die Hamburger Behörden voran. In der Hansestadt verfiel man auf die menschenfreundliche Idee, Kreuzfahrtschiffe, Ausflugs- und Überseedamp-

---

3 *Der Spiegel*, Nr. 26/1994, 27.6.1994, S. 23; http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13686733.html

fer in geeignete Aufenthaltsmöglichkeiten für traumatisierte Fachkräfte aus dem Orient umzufunktionieren.

Auch im Binnenland geht man beispielgebend vor. So etwa in Dresden: Das Drei-Sterne-Hotel *Pappritzer Hof* ist eines von 30 Hotels in Dresden, die dahingehend überprüft wurden, ob sie als Asylbewerberheime in Frage kommen könnten. Zirka 2000 Asylbewerber leben gegenwärtig in Dresden, 2016 sollen es fast doppelt soviel sein. Bis dahin müssen rund 1000 zusätzliche Plätze in Übergangswohnheimen und 1300 Plätze in Wohnungen geschaffen werden. Geplant sind unter Anderem sechs massive Holz-Systemhäuser. Kosten: runde 17 Millionen Euro.

In Baden-Württemberg ist die Situation ähnlich verwirrend: Das Ländle gibt mehr Geld für Asylsuchende aus, als ursprünglich geplant. Insgesamt sollen 30 Millionen Euro für die Jahre 2015 und 2016 zur Verfügung gestellt werden, um damit Wohnungen für Asylsuchende zu bauen. Zur Beruhigung der Bevölkerung sollen in allen Städten, in denen die weiteren 4000 Asylbewerber untergebracht werden, die Polizeiposten Verstärkung bekommen. Die Liste der Beispiele ließe sich endlos fortsetzen.

Und in Köln? – Die hoch verschuldete Stadt Köln hat für – wohlgemerkt: illegale – Einwanderer auf Steuerzahlers Kosten das Marienburger Bonotel für ca. sechs Millionen Euro ersteigert.

„Flüchtlingsunterkunft in Köln-Marienburg / Hotelchef ärgert sich über die Stadt

Für 5,8 Millionen Euro hat die Stadt das Gebäude gekauft, in dem sich das Marienburger Bonotel befindet, um Flüchtlinge dort unterzubringen. Der Hotelbetreiber ist verärgert, denn das Hotel ist vollständig in Betrieb.

Von Tim Attenberger

Köln. Der Marienburger Hotelchef Andreas Degen ist empört über das Verhalten der Stadtverwaltung. In einer knappen Mitteilung hatte diese am Mittwoch erklärt, daß sie bei einer Zwangsversteigerung ‚das frü-

here Marienburger Bonotel', ein ,früheres Vier-Sterne-Haus', gekauft habe. Tatsächlich ist das Hotel an der Bonner Straße 478 jedoch bis heute vollständig in Betrieb.

,Ich bin sehr verärgert, daß die Stadt Behauptungen aufstellt, die annehmen lassen, wir seien insolvent oder hätten geschlossen', sagte Degen, geschäftsführender Gesellschafter der Marienburger Bonotel Hotelbetriebsgesellschaft. Der Pachtvertrag laufe noch bis zum Jahr 2019. ,Danach haben wir zudem ein Optionsrecht auf weitere fünf Jahre', so Degen. Sollte die Stadt ein Sonderkündigungsrecht in Anspruch nehmen, bleibe der Betrieb bis Ende des Jahres bestehen. Der Status als Vier-Sterne-Hotel wurde dem Betreiber im Dezember 2013 offiziell bestätigt. ...

Die Stadt hat nach Informationen des ,Kölner Stadt-Anzeiger' 5,8 Millionen Euro für das Gebäude bezahlt. Nach einem Umbau soll das Haus künftig als Flüchtlingsunterkunft dienen. Der Kauf erfolgte offenbar relativ überstürzt: OB Jürgen Roters [SPD] und – wie vorgeschrieben – ein weiteres Ratsmitglied hatten die Teilnahme an der Zwangsversteigerung per Dringlichkeitsverordnung genehmigt. Aus einem Verwaltungsdokument, das dem ,Kölner Stadt-Anzeiger' vorliegt, geht hervor, daß Roters bereit war, ein Höchstgebot von 8,28 Millionen Euro abzugeben, um etwaigen Mitbietern zuvorzukommen. Der geschätzte Verkehrswert liegt bei 6,9 Millionen Euro.

In dem 4.000 m² großen Gebäude befindet sich der Hotelbetrieb mit 93 Zimmern. Es handelt sich um 55 Einzel- und 34 Doppelzimmer sowie vier Suiten. Im hinteren Teil liegt ein Bürotrakt, den andere Mieter belegen. Ein Gutachter des Amtsgerichts hatte Baumängel festgestellt. Dazu gehören unter anderem Risse im Putz und Nässeeinwirkungen. Die Stadt hatte kalkuliert, daß ein Kauf des Hauses günstiger sei als eine Ersteigerung durch einen Dritten, von dem das Gebäude gemietet werden könnte. Das hätte innerhalb von 20 Jahren 11,08 Millionen Euro gekostet.

Für den bevorstehenden Umbau zur Flüchtlingsunterkunft wird mit einer Investition von etwa 500.000 Euro gerechnet. Insgesamt sollen bis zu 200 Menschen in dem Gebäude unterkommen. Das wäre ein klarer

Verstoß gegen die eigenen städtischen Leitlinien, die maximal 80 Bewohner pro Standort vorsehen. Die Sozialverwaltung stellt fest, daß ein Standort für 200 Flüchtlinge einer ‚intensiven sozialarbeiterischen Begleitung' bedürfe, weshalb zwei Vollzeitstellen für Betreuer nötig seien. Unklar bleibt, ob die Hotelzimmer, die über Bäder verfügen, auch mit Küchen ausgestattet werden. Sozialdezernentin Henriette Reker wollte sich am Donnerstag nicht zu den Vorgängen äußern.

Eigentümer des Gebäudes waren bislang der im September 2012 verstorbene Ronny Sporn und der langjährige Dorint-Chef Herbert Ebertz, der im Februar 2013 starb. Seit Anfang 2012 stand das Haus unter Zwangsverwaltung, was nun zur Versteigerung führte."[4]

Und in Berlin? – Den Morgennachrichten des 15. Januar 2015 war zu entnehmen, daß von der Berliner Stadtverwaltung Turnhallen requiriert wurden, um weiteren Platz für den zu erwartenden Ansturm orientalischer Kulturbringer zu schaffen. Die betroffenen Kinder müssen deshalb mit einem Viertel der für ihre körperliche Ertüchtigung benötigten Räumlichkeiten auskommen, eine Alternative, die auch gesellschaftliche Vorteile bringt. Statt sich in gesellschaftlich sinnlosen Turnübungen zu ergehen, kann sich nun der bundesrepublikanische Nachwuchs durch unseren Qualitätsjournalismus von der historischen Einmaligkeit bundesrepublikanischer Rechtsstaatlichkeit überzeugen.

Selbst die Kommentatorin des Berichts äußerte sich kritisch über das regierungsamtlich gebilligte Prozedere. Ihrer Meinung nach wurde zwar ein Problem gelöst, doch zwei weitere verursachte.

Gegenwärtig ist man bemüht, die bundesrepublikanische Bevölkerung mit dem Gedanken vertraut zu machen, vorderasiatische und ziganische Ärzte, Architekten, Ingenieure und sonstige qualifizierte Fachkräfte in den Wohnungen der indigenen Bevölkerung unterzubringen. Wem bei der Befolgung dieser menschenfreundlichen Weisung Gegenstände des persönlichen Bedarfs abhanden kommen, betrachte eine derartige Unpäßlichkeit bitte als „kulturel-

---

4 Quelle: http://www.ksta.de/rodenkirchen/fluechtlingsunterkunft--in-marienburg-hotel-chef-aergert-sich-ueber-die-stadt,15187572,27364490.html

le Bereicherung“ und nicht als eine gegen ihn gerichtete feindliche Handlung. Ohnehin liebäugelt man seit der letzten Volkszählung mit dieser optimalsten aller Lösungen. Diverse Versuchsballons stiegen in Intervallen empor, wobei man allerdings konstatierte, daß sich der Enthusiasmus der potentiell Betroffenen in Grenzen hielt. *„Die Fratze des häßlichen Deutschen erhebt abermals sein schmutziges Haupt“*, wußte Jakob Augstein, der Sohn des berühmten Rudolf und in seiner Eigenschaft als Multimillionär am asylantenfreien Hamburger Süllberg heimisch, anläßlich einer seiner zahlreichen Medienauftritte zu berichten.

Wir haben es auch dem einstigen Waffen-SS-Frontkämpfer und Literaten Günther Grass zu verdanken, daß dieser den Mut fand, dem Zipfelmützenträger mit deutlichen Worten auf seine verdammte historische und menschliche Pflicht und Schuldigkeit hinzuweisen, sämtliche Kulturbringer mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln unter die Arme zu greifen. Am 27. November 2014 unterbreitete der inzwischen verstorbene Literaturnobelpreisträger Günther Grass seinen höchstpersönlichen Vorschlag zur Lösung des Problems. Die von ihm als „Flüchtlinge“ empfundenen Zeitgenossen sollten in Ermangelung anderer Möglichkeiten durch behördliche Zwangsmaßnahmen auf private Haushalte verteilt werden.

Diesen Vorschlag unterbreitete er anläßlich eines Gala-Diners der deutschen Abordnung der Schriftstellervereinigung P.E.N. (Poets, Essayists, Novelists) in Hamburg. Ähnlich wie nach 1945 sei eine Zwangseinquartierung ein legitimes Mittel, wenn es an Unterkünften fehlt. Er verglich die Asylantenschwemme mit der Vertreibung der Ostdeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. Ohne diese Menschen, so das literarische Urgestein, wäre das deutsche Wirtschaftswunder nicht möglich gewesen. Ob er die Türen seines Hauses bereits für Asylanten geöffnet hatte, erwähnte er nicht.

Jene ziganischen und sonstigen „Fachkräfte“, welche durch ihr Vorhandensein die deutsche Kultur erst so richtig bereichern, sind alternativlos. Sie sichern die deutschen Renten und gleichen den hiesigen Bevölkerungsbestand aus. Zudem bereichern sie die bun-

desrepublikanische Kultur und somit das deutsche Wesen an sich. Kulturbringer, welche als Folge der gesellschaftlichen und geistigen Rückständigkeit der autochthonen Bevölkerung an ihrer gesellschaftlichen Positionierung keinen Anteil haben, verwirklichen damit ihre ihnen per se zustehenden Ansprüche. So fordern es Politiker, engagierte Rechtsanwälte und die Mafia der finanziellen und ideologischen Profiteure.

Rezepte zur Kulturzerstörung – Thomas Barnett spricht

Auf Klein-Fritzchen von der Antifa oder Oma Hannewacker mögen diese Argumente einleuchtend wirken, zumal ja der führende Kopf der Umvolkung, Professor Thomas Barnett, in der ihm zu eigenen Art die Katze aus dem Sack ließ. Schließlich kann Otto Normalverbraucher nicht über alles und jedes informiert sein. Immerhin erweiterte Barnett den Erkenntnisstand seiner Kritiker:

„*Alle finsteren Mächte, die den Menschen mit Zwang beherrschen wollen, werden vergehen, auf daß die Begabten und Geeigneten* (Anm.: somit Barnett und Konsorten, d. Verfasser) *die Gewinne aus einer Welt ohne Mauern, ohne Kriege, ohne Grenzen einfahren können und ihre Früchte genießen dürfen. ... Unser Planet steckt voller Spinner, die gegen die Vermischung von Rassen und Kulturen wettern und sich der Erkenntnis verschließen, daß die Logik der Ökonomie obsiegen wird, und nur sie die Menschen überzeugen kann. Ich nehme die vernunftwidrigen Argumente unserer Gegner zur Kenntnis, doch sollten sie Widerstand gegen die globale Weltordnung leisten, fordere ich: ‚Tötet sie!'*"[5]

Dank Barnetts allgemein verständlicher Ausdrucksweise weiß man nun, in welche Richtung der Zug fährt. In seinem Buch „The Pentagons New Map" schreibt er:

„*Die USA haben sich für die strategische Vorbeugung entschieden* (S. 57), *was nichts anderes besagt, daß die Großmächte* (recte: die USA; d. Verf.) *das Recht haben, gegen Schurkenstaaten Präventivschläge zu führen, wenn immer diese die Absicht bekunden, sich Massenvernich-*

5 Richard Melisch u. a., „Der letzte Akt"; Grabert-Verlag, Tübingen, 2007, S. 67

tungswaffen zuzulegen (oder eine USA-Regierung derartiges behauptet... Siehe z. B. der Fall Irak; d. Verf.). *Solche Unterdrücker wie Castro auf Kuba oder Chavez in Venezuela haben zu verschwinden."*

„Sollte sich im amerikanischen Volk Widerstand gegen den Dauerkurs der Globalisierer regen, müßte, um das Spiel in Gang zu bringen, ein neuer 11. September inszeniert werden."[6]

Nota bene: Eine der US-Regierung nahestehende Person gibt demnach offen zu, daß der Versicherungsbetrug vom 11. 9. 2001 eine *„false flag-operation"* war.

Ansonsten vertritt der Herr Professor die Ansicht, die Mitteleuropäer sollten sich durch Bevölkerungsaustausch zu einer hellbraunen Mischrasse mit einem IQ unter 90 zurückentwickeln, eine Perspektive, die das immer tiefer sinkende Bildungsniveau bei ausufernder Zwangssexualisierung deutscher Kinder an den BRD-Schulen erklärt (vergleiche PISA). Zudem müsse mit der reaktionären Einstellung, die Schule habe der Vermittlung von Wissen zu dienen, endgültig Schluß gemacht werden. Der Herr Professor erklärt die Situation:

„Das Endziel ist die Gleichschaltung aller Länder der Erde durch die Vermischung der Rassen[7] *mit dem Ziel einer hellbraunen Rasse in Europa. Dazu sollen in Europa jährlich 1,5 Millionen Einwanderer aus der Dritten Welt aufgenommen werden. Das Ergebnis wird eine Bevölkerung mit einem durchschnittlichen IQ von 90 sein; zu dumm zu begreifen, aber intelligent genug, um zu arbeiten."* – Man wird an Aldous Huxley und sein Buch „Schöne Neue Welt" erinnert.

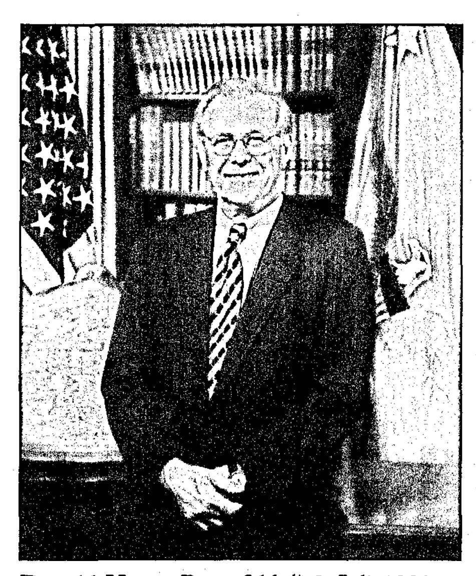
Das Endziel der Globalisten ist die Umgestaltung sämtlicher Kulturen dieser Welt bei gesellschaftlicher Nivellierung sämtlicher Völker dieses Planeten. Besagte Gleichschaltung habe, wie oben

---

6 im engl. Original: „to trigger a new 9/11". Das englische Verb „to trigger" kann am ehesten mit dem deutschen Tätigkeitswort „auslösen" (im Sinne von „etwas bewirken") übersetzt werden.

7 „Rassen"? – Die gibt es doch angeblich nur im Tierreich, wird dem Zipfelmützenträger schon seit Jahrzehnten von berufenen „Wissenschaftlern" laufend erklärt. – Was stimmt denn nun...?

beschrieben, durch die vollständige Vermischung aller Rassen unter Senkung des Bildungsniveaus zu geschehen. Die Gründe für diese Notwendigkeit erklären Graf Coudenhove-Kalergi, der Gründer der Paneuropa-Union, und Professor Barnett der Menschheit mit dem zwingenden Argument, die Vielfalt der Persönlichkeit müsse gefördert werden – was immer darunter zu verstehen ist.



Donald Henry Rumsfeld (* 9. Juli 1932 in Chicago) war von 1975 bis 1977 (Kabinett Gerald Ford) und von 2001 bis 2006 (Kabinett George W. Bush) US-Verteidigungsminister.

Der tatsächliche Grund ist wohl eher dieser: Europa darf nie wieder zum Gegner der US-amerikanischen Vormachtstellung werden. Der vorgeschobene Grund hingegen lautet: Die drei Forderungen der „französischen" Revolutionen – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – müssen endlich erfüllt werden. Deshalb auch haben die über Tausende von Jahren herangewachsenen sozialen und gesellschaftlichen Strukturen – wie Familie, Nation, Mutter-Kind-Verbindung, Glaubensbekenntnisse und kultische Gebräuche – zu verschwinden; kurzum: jedwedem „konterrevolutionären" Rückzug in Richtung Vergangenheit ist vorzubeugen.

Diese Absichten sind den schriftlichen Wiedergaben, mündlichen Äußerungen und analogen Handlungen des globalistischen Vordenkers, Professor Thomas Barnett, zu entnehmen.

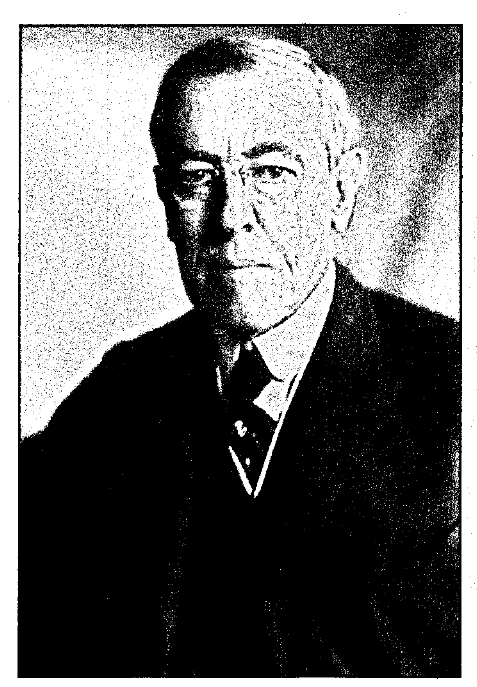
Barnett erarbeitete sich seinen „Professor" an der Harvard-Universität, der Kaderschmiede jedweder US-imperialistischen Zielsetzung. Er galt gegen Ende der neunziger Jahre als der bedeutend-



Der Chefideologe des Globalismus: Thomas P. M. Barnett (* 1962 in Chilton, Wisconsin).

„Die beiden Weltkriege machten im Zusammenwirken mit dem selbstzerstörerischen wirtschaftlichen Nationalismus der dreißiger Jahre alle Erfolge zunichte, die bereits seit 1870 auf dem Weg zur ersten Globalisierung der Welt erreicht worden waren. Nach 1945 beschlossen die USA die Errichtung einer neuen globalen Weltordnung und schritten deshalb zur Umsetzung der Globalisierungsphase II. Darunter verstehe ich die Einführung des Marshallplanes, die grundlegende Umorganisierung der US-Regierung, die Gründung des Ministeriums für Verteidigung und der CIA, die Schaffung einer ganzen Reihe internationaler Organisationen wie UNO, Internationaler Währungsfond, Weltbank, die Einführung neuer ökonomischer Spielregeln wie GATT und das Abkommen von Bretton Woods zur Kontrolle westlicher Währungen. ... Die weisen Männer jener Zeit, wie George Kennan, sahen es als ihre Aufgabe an, die Gefahr für die Globalisierung, die im Laufe der vorangegangenen 25 Jahre vom militaristischen Deutschland, dem imperialistischen Japan und der expansionistischen Sowjetunion ausgegangen waren, ein für allemal auszuschalten. Deshalb beschlossen

sie, die beiden Verlierer des Zweiten Weltkrieges aufzukaufen und die Sowjetunion auszusitzen."[8]



Thomas Woodrow Wilson (* 28. Dezember 1856 in Staunton, Virginia; † 3. Februar 1924 in Washington, D.C.) war von 1913 bis 1921 der 28. Präsident der Vereinigten Staaten.

Zum Einleitungssatz dieses Zitates sei die Frage erlaubt, wer die eigentlichen Verursacher beider Weltkriege waren? Der Erste Weltkrieg hatte seine Wurzeln in der Londoner „City", der Zweite im Einzugsbereich der Federal Reserve Board-Bankster. Nachfolgend ein erschreckendes Beispiel dafür, wie einfach Kriegserklärungen mitunter zustande kommen. Die USA waren zu Beginn des Ersten Weltkrieges neutral geblieben und wollten dies auch weiterhin bleiben. Der US-Banker John Pierpont Morgan jun. hatte Präsident Woodrow Wilson gezwungen, Deutschland den Krieg zu erklären, indem er drohte, ihn durch die Veröffentlichung seiner sexuellen Obsessionen bloßzustellen. Diese Enthüllungen bewiesen, daß 100.000 ehrliche amerikanische Soldaten sterben mußten, nur weil J. P. Morgan – um sein Geld zu retten – moralische Defekte und das Wissen um private Sex-Sandale des Herrn Wilson dazu benutzte, diesen endgültig zum Kampf gegen Deutschland zu bewegen.

Aus der oben zitierten Faktenlage schält sich die inhaltliche Bedeutung des Begriffs „Globalismus" heraus. „Globalismus" ist die

8 Thomas Barnett, "The Pentagon Maps: War and Peace in the Twentieth Century"; New York, 2004, S. 29

Kampfansage an nationale, konfessionelle, organisch gewachsene gesellschaftliche Strukturen (Familie, Ahnenverehrung, traditionelles Verhalten, Gesellschaft, Mutter-Kind-Beziehung, religiöse Bindung) und an jedwede kulturelle Bekenntnisse. Den Globalisten geht es, auf den Nenner gebracht, um die lückenlose Herrschaft über die gesamte Welt durch Einführung einer globalen Einheitswährung. Dieses Ziel ist nur durch die Vermischung aller Völker bei Ausschaltung der Elitebildung und unter Reduzierung des Bildungsniveaus zu erreichen.



Der US-amerikanische Unternehmer und Bankier John Pierpont Morgan jun. (* 7. September 1867 in New York City; † 7. September 1943).

Eine nicht zu unterschätzende Rolle in diesem Programm spielt die Zwangssexualisierung von Kindern an den Schulen. Überkommene Kulturen, Religionsbekenntnisse, moralisches Verhalten und Traditionen haben im Orkus der Geschichte zu verschwinden.

Der Mitbegründer und erste Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Dr. Georg Brock Chisholm (1886-1971), erklärte bereits vor mehr als einem halben Jahrhundert die globalistische Zielsetzung der WHO: *„Um die Weltregierung umsetzen zu können, ist es nötig, Individualität, Loyalität gegenüber Familientraditionen, nationalen Patriotismus und religiöse Dogmen aus den Köpfen der Menschen zu bekommen.“*[9]

9 Jan van Helsing, „Politisch Unkorrekt“; Fichtenau bei Crailsheim, 2013, S. 441

Ob das Ziel einer unilateralen Neuen Weltordnung (NWO) jemals erreicht wird, ist eine andere Frage. Auch die Gegenseite schläft nicht. China, Rußland, Indien, Japan, ja, die BRICS-Staaten in ihrer Gesamtheit (Brasilien, Rußland, Indien, China und Südafrika) sind Nationen, die zu unterwandern bzw. zu zerstören den Schöpfern einer NWO Probleme bereiten dürfte. Erstmals in der Geschichte der Menschheit steht dieser selbsternannten Weltherrschaftselite eine Völkergemeinschaft gegenüber, die einem Selbstverteidigungsbündnis gleichkommt. Sie entsprang der Notwendigkeit, dem Machtstreben der Aggressoren einen Riegel vorzuschieben, um die eigenen Machtinteressen vor den Schöpfern zu schützen. Wie auch immer, auf ihrem Weg hin zur Weltherrschaft haben sie genügend Möglichkeiten, irreparablen Schaden anzurichten; egal ob der Kampf letzten Endes zu ihren Gunsten ausfällt oder nicht.

Thomas Barnett brachte seine Pläne vor etwa zehn Jahren zu Papier. Ob diese mit Hilfe einer Kristallkugel oder durch Kaffeesatzerleuchtung geschah, weiß niemand. Das Buch von Richard Melisch erschien im Jahr 2007. Die vorliegenden Zeilen wurden im Spätherbst des Jahres 2014 verfaßt, also sieben Jahre nach dem Erscheinen des genannten Buches. Barnett offenbarte damals seinen höchst privaten Blick in jene Zukunft, in die er sich geistig bereits eingerichtet hatte. Der geneigte Leser mag persönlich entscheiden, was von Barnetts Prognosen Wahrheit wurde, und was Wunschdenken blieb.

Die „friedlichen" Kriegsziele der Globalisten

Die Globalisierungsbeglücker haben ganz konkrete Kriegsziele, deren Förderung im Sinne der Globalistengemeinschaft durch die Schöpfer der NWO zu erfolgen hat. Professor Thomas Barnett führt sie ab der Seite 379 seines Buches auf.

„1. Die Umwandlung des Iraks in eine funktionierende Gesellschaft innerhalb der globalen Wirtschaftsordnung. Würde es sich am global integrierten Israel ein Beispiel nehmen, könnte der gesamte Nahe Osten nie wieder in seine selbst gewählte Isolation zurückgleiten.

2. Kim Jong Il muß vertrieben und Korea wiedervereint werden. Präsident George W. Bush ist die beste Gewähr dafür, daß dieser Verrückte verschwinden wird.
3. Bis spätestens 2010 wird das Regime der Mullahs hinweggefegt werden, damit der Iran, diese einstmals tragende Säule eines umgestaltenen Nahen Ostens, sich zu einem wertvollen Mitglied der globalen Weltgemeinschaft entwickeln kann. Sollte sich der Iran nicht fügen, dann sollten wir den nötigen Druck ausüben, um die erwünschten Veränderungen herbeizuführen.
4. Eine Transamerikanische Freihandelszone (von Alaska bis Feuerland) wird bis zum Jahr 2015 Wirklichkeit geworden sein. Im Versagerstaat Kolumbien werden wir uns nicht mehr in Kleinkriege zwischen den verschiedenen Drogenbanden und Gruppen von Rebellen einmischen, sondern in diesem Land ein für allemal aufräumen. Falls es Schwierigkeiten gibt, müßte als Auslöser eine Art Überfall wie am 11. September 2001 inszeniert werden, um die nötige Zustimmung und Unterstützung zu erhalten."[10]
5. Der Nahe und der Mittlere Osten mit seinen energetischen Ressourcen nehmen zusammen mit Israel als Trojanisches Pferd nach wie vor eine entscheidende geostrategische Bedeutung innerhalb der US-Vorstellung von der eingeebneten Einen Welt ein. In Kapitel 14 werden wir darlegen, ob die US-Pläne realistisch sind.
Der Nahe Osten wird im Laufe der nächsten zwei Jahrzehnte umgewandelt. Als Auslöser und Beispiel wird der neue Irak herhalten. Noch wichtiger für die Ausbeutung der Globalisierung werden sich die Abwendung vom Erdöl und die Hinwendung zum Erdgas, Wasserstoff und zu anderen Energieformen auf Saudi-Arabien und die übrigen Ölstaaten auswirken, die in ihrer Rückständigkeit verharren. Die USA werden auf das Haus Al Saud und andere Regierungen einwirken müssen, damit sie ihre Zuwendungen an Koranschulen einstellen, die nur fanatische Muslime heranzüchten, die voller Mißtrauen gegen die moderne Welt und gegen alle Nichtmuslime erfüllt sind.
6. China wird dank der nächsten Generation seiner Führungsschicht als fast gleichberechtigter Partner der USA in allen diplomatischen Fragen der Globalisierung aufsteigen, und zwar deshalb, weil ein großer Prozentsatz von ihnen in Amerika ausgebildet wurde und daher Bescheid

10 Im engl. Original: „A 9/11 trigger will have to occur to set the game in motion." (S. 380)

weiß, wie die Welt funktioniert. Nach Ausblendung peinlicher Themen wie unserer engen Allianz mit Indien sollten vorrangig besonders enge militärische Absprachen zwischen den USA und China angestrebt werden. Die größte Gefahr, die China droht, ist der Zusammenbruch seines finanziellen Systems. Umso wichtiger wäre es deshalb, China von der Angleichung seines Systems an die Regeln der Welthandelsorganisation WTO zu überzeugen.
7. Bis 2020 wird es ein asiatisches Gegenstück zur NATO geben. Als Kern dieser gewaltigen Organisation der pazifischen Anrainerstaaten wird innerhalb der nächsten zehn Jahre eine ‚chinazentrierte' Freihandelszone entstehen, der auch Indien, Australien und die NAFTA-Staaten (USA, Kanada, Mexiko) angehören werden.
8. Die Vereinigten Staaten von Amerika werden in den nächsten Jahrzehnten neue Bundesstaaten aufnehmen, vor allem aus der westlichen Hemisphäre, jedoch auch aus anderen Kontinenten. Bis 2050 wird es wohl ein Dutzend sein. Der erste US-Präsident mexikanischer Abstammung könnte von einem der mexikanischen US-Bundesstaaten aus erwählt werden.[11]
9. Afrika kommt bei der Globalisierung als letztes dran, weil es am wenigsten zu bieten hat."

Die Aufzählung dieser Kriegsziele beschließt Barnett auf S. 383 in der ihm zu eigenen Bekenntnisfreudigkeit.

„Man mag mich als Träumer bezeichnen, doch glaube ich fest daran, daß alle bestehenden Grenzen niedergerissen, daß alle Unterschiede in den religiösen Auffassungen entschärft werden können, damit sie nie wieder Ursachen für die Anwendung von Gewalt und dem Ausbruch von Kriegen sein werden. … Amerika hat sich schon immer bemüht, die Welt zu verändern! Im Verlauf und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat es Hunderte von Millionen Menschen von Elend und Armut befreit. Nun ist die Zeit wieder gekommen, daß die Befolgung dieser langfristigen Strategie unserer Nation die Sicherheit in der Welt aufrecht halten muß. Es ist deshalb unsere Pflicht, anderen Ländern den Frieden zu bringen."

11 Dieser Satz hat es in sich. Die gegenwärtige Regierung der USA arbeitet also auf eine Spaltung der Nation hin.

Man ist gerührt ob solch ausgeprägter „Humanität"...

Sämtliche schriftlich fixierten Aussagen Barnetts deuten auf eine massive Selbstüberschätzung hin. Ihr Ursprung könnte in religiöser Selbsterhöhung liegen, aber auch durch „induziertes Irresein durch Okkultlehren" bedingt sein. Dieser psychiatrische Komplex war das Forschungsgebiet von Professor Kraepelin und seiner Assistentin Doktor Mathilde Spieß, der späteren Gattin des Feldherrn Erich Ludendorff. Auffällig ist, daß Barnetts Handeln mit der Primärmaxime der Freimaurerei und deren Vorfeldorganisationen, die „Frankfurter Schule" eingeschlossen, identisch ist. Sie lautet: *„Wahrheit ist das, was wir als Wahrheit erkennen."* Erkennt man in diesen Kreisen, daß sich die Sonne um die Erde dreht, dann dreht sie sich auch um die Erde.

Dem politischen oder persönlichen Ziel ein erwünschtes Datum vorzugeben, war in früheren Jahrhunderten die Aufgabe von Horoskoperstellern (Astrologen). Prognosen dieser Art sind stets und immer zweischneidig. Der Geschichtsablauf paßt sich nur ungern den Wunschvorstellungen seiner Auftraggeber an; ein Defizit, das eigenen Gesetzen folgt, und nicht persönlichen Vorgaben, wie obiger Fall beweist. Mehr als zwei Drittel von Barnetts Prognosen haben sich zwischenzeitlich als Falschberechnungen herausgestellt.

Die Globalisten erklärten dem gesund gebliebenen Teil der Menschheit den totalen Krieg. Dabei bezogen sie eine militärische und weltanschauliche Frontstellung, aus der heraus sie ihre Pläne bekannt gaben. Thomas Barnett sei gedankt.

Nachdenkliches zum Begriff „Völkermord"

Am 9. Dezember 1948 beschloß die Generalversammlung der Vereinten Nationen durch Resolution Nr. 260 eine „Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes", welche am 12. Januar 1951 in Kraft trat. Die Bundesrepublik Deutschland ratifizierte besagte Konvention im Februar 1955. Österreich hinterlegte seine Beitrittsurkunde am 19. März 1958 und die Schweiz am 7. September 2000. Nach dieser Konvention ist Völkermord ein Verbrechen, „das von der zivilisierten Welt verurteilt wird."

Diese Konvention definiert Völkermord in seinem Artikel II als *„eine der folgenden Handlungen, begangen in der Absicht, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören"*. Der Kasus bezieht sich auf:

a) das Töten von Angehörigen der Gruppe.
b) das Zufügen von schweren körperlichen oder seelischen Schäden bei Angehörigen der Gruppe.
c) die absichtliche Unterwerfung unter Lebensbedingungen, die auf die völlige oder teilweise physische Zerstörung der Gruppe abzielen.
d) die Anordnung von Maßnahmen zur Geburtenverhinderung.
e) die gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.

In Artikel III lesen wir:
„Die folgenden Handlungen sind zu bestrafen:
(a) Völkermord,
(b) Verschwörung zur Begehung von Völkermord,
(c) unmittelbare und öffentliche Aufhetzung zur Begehung von Völkermord,
(d) Versuch, Völkermord zu begehen,
(e) Teilnahme am Völkermord."

Artikel IV besagt: *„Personen, die Völkermord oder eine der sonstigen in Artikel II aufgeführten Handlungen begehen, sind zu bestrafen, gleichviel ob sie regierende Personen, öffentliche Beamte oder private Einzelpersonen sind."*

So gesehen, machen sich die verantwortlichen Politiker der Bundesregierung des Verstoßes gegen Artikel II, Punkt c und Art. III, Punkt b und d schuldig. Der Autor vertritt die Ansicht, daß zumindest die gegenwärtige Bundeskanzlerin und auch ihr gegenwärtiger Bundespräsident anzuklagen wären. Doch darüber mögen qualifizierte Juristen entscheiden.

Verfasser des vorliegenden Vertragstextes war der polnisch-jüdische Jurist Raphael (Rafał) Lemkin (24. 6. 1900 - 28. 8. 1959),



Raphael Lemkin (* 24. Juni 1900 als Rafał Lemkin in Bezwodne, Russisches Kaiserreich; † 28. August 1959 in New York).

Staatsanwalt und Friedensforscher. Er sprach fließend Deutsch und studierte u. a. in Lemberg, Heidelberg, Berlin und Paris. 1947 arbeitete er für die neu geschaffene UNO einen Gesetzesentwurf zur Bestrafung von Völkermord aus. Der Entwurf wurde ein Jahr später von der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit 55 : 0 Stimmen fast unverändert als „Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes" beschlossen.

Gemäß seinen eigenen Worten veranlaßten Lemkin folgende Genozidfälle zur Erstellung des Entwurfes der UN-Konvention:

1. der reichsdeutsche Völkermord an den Hereros und Namas
2. der türkische Völkermord an den Armeniern
3. der reichsdeutsche Völkermord an den Juden

Die folgenden, hier wiedergegebenen Völkermorde hatten hingegen auf die Entstehung und Formulierung der UN-Konvention keinerlei Einfluß:

1. der US-amerikanische Völkermord an den Indianern

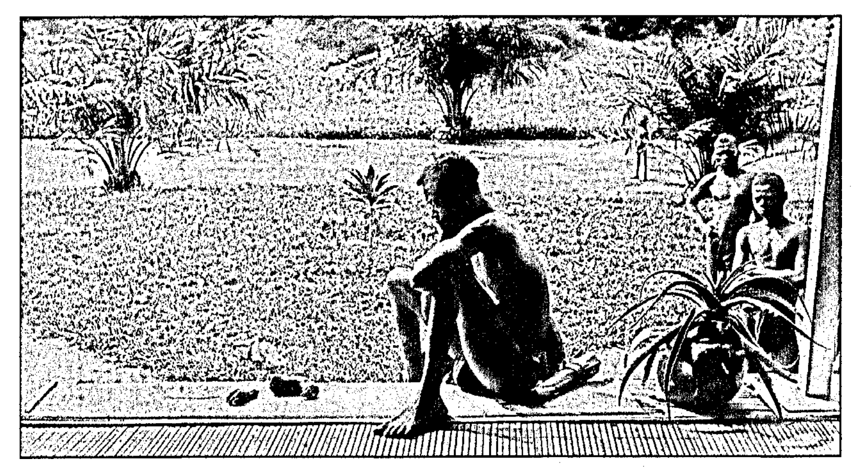
2. die britischen Völkermorde an den Tasmaniern, den Buren, den Iren und den Indern. Letzterem fielen binnen 20 Jahren 30 Millionen Inder zum Opfer. Das Volk der Tasmanier wurde vollständig ausgerottet.
3. der belgische Völkermord an den Kongolesen. Diesem Völkermord fielen etwa zehn Millionen (!) Kongolesen binnen 30 Jahren zum Opfer.



Leopold II. (* 9. April 1835 in Brüssel; † 17. Dezember 1909 auf Schloß Laeken, Brüssel) aus dem Haus Sachsen-Coburg und Gotha war bis 1865 Herzog von Brabant und Prinz von Belgien und folgte seinem Vater Leopold I. auf den Thron des Königreichs Belgien. Von 1865 bis 1909 war er König der Belgier.

4. der britische Völkermord an den Persern, 1917 bis 1919, durch eine absichtlich herbeigeführte Hungerkatastrophe. Nach Angaben des iranischen Agrarwissenschaftlers Mohammed Gholi Majd verhungerten damals 40 % der persischen Bevölkerung (also 8 bis 10 Millionen Menschen). Majd ist der Verfasser des Buches „The Great Famine and Genocide in Persia, 1917-1919“ (dt.: „Die große Hungersnot und der Genozid in Persien, 1917-1919“). Auf 162 Seiten dokumentiert der Autor einen gigantischen Völkermord durch Aushungerung, der durch beabsichtigte Faktenunterschlagung dem Bewußtsein der Öffentlichkeit entzogen wurde. Die Primärquellen Majds sind die Dokumente des US-Außenministeriums, aber auch der damaligen iranischen Presse sowie die schriftlichen Angaben britischer Offiziere.[12]

12 Näheres dazu in: *Die Aula*, Graz, Juli/August 2014, S. 16 f., sowie in: Online-Magazin Parse & Parse.



Ein Mann vor den Gliedmaßen seiner Tochter, die von Wachen zur Eintreibung von Kautschuk in Belgisch-Kongo getötet worden sein soll.

5. alle von Kommunisten verübten Völkermorde. Die Zahl der Toten aller Völker und Klassen, die dem massenmörderischen politischen System des Bolschewismus zum Opfer gefallen sind, tendiert je nach Quellenangabe gegen 100 Millionen.

Über den von Lemkin behaupteten Völkermord an den Hereros und den Namas wie auch über jenes behauptete Ereignis, dessen Bestreiten in der BRD durch Anwendung des §130 StGB bestraft wird, existieren divergierende An- und Einsichten, deren ultimative Klärung eigentlich die Aufgabe der UNO wäre, was aber aus schwer verständlichen Gründen bisher unterblieb.

Der „Point of no Return"

Im Bereich des angelsächsischen Sprachgebietes existiert die Redensart von einem „point of no return".[13]

Gesehen aus der Perspektive der zweiten Hälfte des Jahres 2014, produzierten sich während und vor diesem sich als „point of no re-

13 dt., „der Punkt, von dem ab es keine Umkehr mehr gibt"

turn“ offenbarenden Geschehen Ereignisse, die zu geplant wirken, um noch als „Zufall“ durchzugehen. Sie werden die Schaffenskraft späterer Historiker in höchstem Ausmaß beanspruchen.

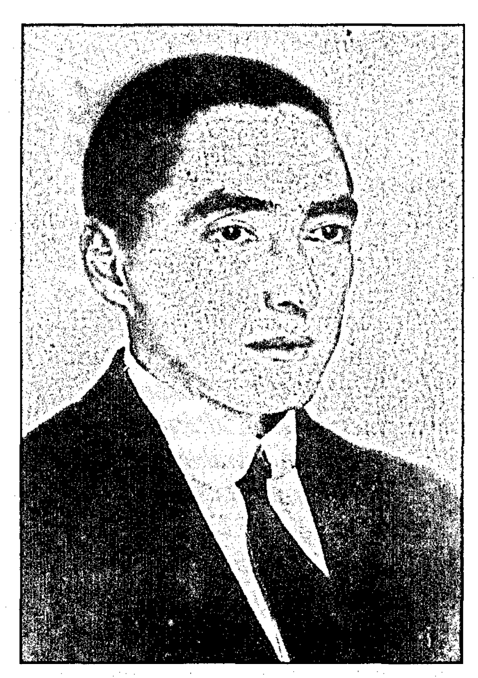
Wenn die Psychokrieger zu ihrem üblichen Handwerkszeug – dem „Holzhammer“, der Betroffenheitsfalle oder dem „Nürnberger Trichter“ – greifen oder sich gar individueller Schuldgefühle bedienen, dann ist stets Alarmstufe „Eins“ angesagt. Derartiges ist gegenwärtig im Gange.

Das deutsche Volk der Gegenwart ist Zeuge der Verwirklichung jener Schnapsideen des Professor Thomas Barnett und seines ideologischen Vorfahren, des Grafen Coudenhove-Kalergi. Die Schaffung des nach Barnett „hellbraunen“ und nach Kalergi „eurasisch-negroiden“ Neubürgers der europäischen Sphäre ist – bejubelt von korrupten Politikern und Medienkurtisanen – in vollem Gange. Wir sind die unmittelbaren Zeugen jener sich steigernden Asylantenschwemme, die zum Untergang der europäischen Rasse und der tausendjährigen Kultur des Abendlandes führen soll. Mit der Herabsetzung des allgemeinen Intelligenzquotienten auf unter 90 verhält es sich ebenso. Noch stehen wir am Anfang dieser Entwicklung. Doch der „point of no return“ dürfte bereits überschritten sein.

Im Jahr 1925 veröffentlichte der Gründer der Paneuropa-Bewegung, Graf Richard Coudenhove-Kalergi, sein berühmt-berüchtigtes Buch „Praktischer Idealismus“, das der einst gescheiterten sog. „Französischen Revolution“ neuen Auftrieb gab und bis zum heutigen Tag als „Bibel“ des gegenwärtigen Bevölkerungsaustausch betrachtet wird. Sinn der damaligen „Französischen Revolution“ war die Umsetzung der Begriffe „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“. Übersetzt man diese Begriffe in eine verständliche Sprache, so war damit folgendes gemeint:

1. Abschaffung der Monarchien,
2. Abwürgen des Elitegedankens,
3. Unterwerfung der Menschheit unter den Machtwillen der im Hintergrund agierenden Kreise.

Die von der NWO erwünschte Abschaffung der Monarchien hatte nach dem Ende der Ersten Weltkrieges einen großartigen „Erfolg“ negativer Art: die vier größten und wichtigsten Monarchien in Europa wurden schlagartig abgeschafft bzw. aufgelöst, ohne daß das Volk dazu befragt wurde: das Deutsche Kaiserreich, die Habsburgermonarchie, das Russische Zarenreich sowie das Osmanische Reich. Später wurden auch noch die griechische, die italienische, die portugiesische, die rumänische, die bulgarische, die albanische und die jugoslawische Monarchie abgeschafft. Er kam auch eigenartigerweise deswegen zu keinerlei Unruhen, zu Bürgerkriegen oder zu Aufständen von Anhängern der Monarchie. Die Monarchiegegner haben ganze Arbeit geleistet. Eigenartigerweise wurden die Monarchien Großbritanniens, Schwedens, Dänemarks, Norwegens, Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande nicht abgeschafft – offensichtlich deshalb, weil sich diese nicht gegen die NWO stellten oder sogar ein Teil derselben waren und sind.



Graf Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi (* 16. November 1894 in Tokio; † 27. Juli 1972 in Schruns, Österreich) – Gründervater des Multikulturalismus.

Die Zielsetzungen von Graf Coudenhove-Kalergi kommen den politischen Planvorgaben eines Thomas Barnett erstaunlich nahe. Bei näherer Betrachtung allerdings übertreffen die Entwürfe Coudenhove-Kalergis die eines Thomas Barnett in gehobener Potenz. Wer sie noch nicht kennt, dem seien sie zumindest auszugsweise zitiert.

„Die prominente Stellung, die das Judentum heutzutage innehat, verdankt es allein seiner geistigen Überlegenheit, die es befähigt, über eine ungeheure Übermacht bevorzugter, gehässiger, neidischer Rivalen im geistigen Wettkampf zu siegen.“[14]

„Der Mensch der Zukunft wird ein Mischling sein. ... Ich wünsche mir für Europa eine eurasisch-negroide Mischlingsrasse, der altägyptischen äußerlich ähnlich, um die Vielfalt der Persönlichkeit durchzusetzen. Nach den Vererbungsgesetzten wächst mit der Verschiedenheit der Vorfahren die Verschiedenheit, mit der Einförmigkeit der Vorfahren die Einförmigkeit der Nachkommen. In Inzuchtfamilien gleicht ein Kind dem anderen: denn alle repräsentieren den gleichen Familientypus. ... Inzucht schafft charakteristische Typen – Kreuzung schafft originelle Persönlichkeiten.“[15]

„Anfang 1924 erhielten wir einen Anruf von Baron Louis Rothschild: Einer seiner Freunde, Max Warburg aus Hamburg, hatte mein Buch gelesen und wollte uns kennenlernen. Zu meinem großen Erstaunen bot mir Warburg spontan sechzigtausend Goldmark an, zur Ankurbelung der Bewegung während der ersten drei Jahre.“[16]

Die Mehrheit all jener, die gegen das Gift der Umerziehung immunisiert sind, vertritt die Ansicht, daß die Grundidee des Bevölkerungsaustausches erst mit dem Erscheinen des Buches von Kalergi die Menschheit negativ beeinflußt.

Das Jahr 1925 ist zwar ein Fixpunkt in der Entwicklung der Menschheit, doch ereigneten sich gegen das deutsche Volk gerichtete genozidale Absichten bereits im Verlauf des Ersten Weltkrieges, der sog. „ersten Phase des zweiten Dreißigjährigen Krieges“. Demnach lag der Gedanke eines zumindest partiellen Völkermordes bereits in der Luft, bevor ein Graf Coudenhove-Kalergi jene 60.000 Goldmark erhielt, mit denen er seine „Paneuropa-Bewegung“ aufbaute, der u. a. auch Konrad Adenauer, Otto von Habsburg, Helmut Kohl, aber auch ein gewisser Arthur v. Gwinner angehörten.

14 Coudenhove-Kalergi, „Praktischer Idealismus“, S. 52
15 a.a.O., S. 22 f.
16 Coudenhove-Kalergi, „Ein Leben für Europa“, S. 124 f.

Im Verlauf des Ersten Weltkrieges ereigneten sich auf Seiten der Entente Kriegsverbrechen der ungeheuerlichsten Art, ein Faktum, das der Vergessenheit anheim fiel und selbst unter Aufgeklärten relativ unbekannt ist. Das 1921 erschienene Buch Otto von Stülpnagels „Die Wahrheit über die deutschen Kriegsverbrechen", wie auch das Buch von August Gallinger „Gegenrechnung – Die Verbrechen an deutschen Kriegsgefangenen", ebenfalls 1921 verlegt, berichten über einige der schlimmsten Fälle. Doch auch andere Quellen befassen sich mit diesem Thema. Ich erwähne hier nur einige der markantesten Beispiele.

Der erste massive Bombenangriff gegen zivile Opfer, die unschuldiger nicht sein konnten, ereignete sich am Fronleichnamsfest des Jahres 1916. Fünf zweimotorige Doppeldecker der Flieger-Escadrille La Fayette C6 bombardierten um 15.10 Uhr das Zelt des Zirkus Hagenbeck in Karlsruhe, in dem eine Kindervorstellung stattfand. Sie warfen Bomben auf und neben das Zelt. Dieses Verbrechen führte zu einer ungeheuren Haßaufwallung im gesamten Deutschen Reich. General Ludendorff bezieht sich auf das Verbrechen in seinem Buch „Weltkrieg droht".

Der bekannte Luftkriegsspezialist Jörg Friedrich berichtet: *„Die ersten fünf Bomben treffen neben dem Rundzelt des Zirkus Hagenbeck auf, der vor zweitausend Personen eine Vorstellung gibt, überwiegend für Kinder. Der Explosionsknall verursacht Panik im Zirkuszelt, die Leute springen ins Freie, Soldaten schlitzen die Planen auf, Flüchtende zertrampeln die Langsamen und rennen in die nächsten Bomben hinein. Am Schluß liegen hundertzwanzig Tote vor dem Zirkus, fünfundachtzig davon Kinder."*[17]

Die im angelsächsischen Einflußbereich offiziell als „Hungerblokkade" bezeichnete Abschnürung der reichsdeutschen Bevölkerung vom Welthandel gehört zu jenen einer befohlenen Vergessenheit anheim gefallenen Fällen des alliierten Staatsterrorismus während der ersten Phase des zweiten Dreißigjährigen Krieges. Am 2. November 1914 erklärte die englische Admiralität die gesamte Nord-

17 Jörg Friedrich, „Der Brand"; Berlin, 2004, S. 281

see zum Kriegsgebiet. Damit sagte sich England einseitig von der Londoner Seekriegsdeklaration von 1909 los. Diese Seekriegsdeklaration war als maritimes Gegenstück zur Haager Landkriegsordnung von 1907 gedacht. Ihr Sinn und Zweck bestand in der Verhinderung staatlich geförderter Piraterie, für die das Britische Imperium offenbar besonders anfällig war, wie uns die Geschichte lehrt.

Als Folge dieser Hungerblockade reduzierte sich die Versorgung des deutschen Volkes mit Nahrungsmitteln um fast die Hälfte, was verheerende Folgen für die Volksgesundheit nach sich zog. Als „Höhepunkt" dieser Entwicklung ist der als „Kohlrübenwinter" bezeichnete Winter 1917/18 anzusehen. Damals sank in weiten Teilen des Reiches die Versorgung mit Lebensmittel auf etwa 1000 Kalorien täglich; dreimal weniger, als ein körperlich arbeitender Mensch zum Leben benötigt (etwa 3000 Kalorien). Zudem waren Basisprodukte wie Baumwolle, Wolle, Kautschuk oder nur aus dem Ausland zu beziehende Grundsubstanzen für Medikamente unerreichbar. Im Dezember 1918 veröffentlichte das Deutsche Gesundheitsministerium, daß bis zu diesem Zeitpunkt 765.000 Reichsdeutsche verhungert waren, zu denen noch einmal 100.000 Verhungerte hinzuzurechnen sind, welche durch die Verlängerung der Hungerblockade bis zum Juli 1919 ihr Leben ließen. Durch die Verlängerung der Blockade wollte man die deutsche Delegation nach Versailles zwingen, damit sie dieses Endprodukt überstaatlicher Kräfte auch ja unterzeichne. Im übrigen drohte man der deutschen Delegation mit der Wiederaufnahme der Kampfhandlungen, sollte sie sich weigern, dieses Diktat, das von der Gutmenschenkamarilla als „Friedensvertrag" bezeichnet wird, zu unterzeichnen.

Dieser Kampf gegen Kinder, Frauen und alte Menschen wurde nicht zuletzt auch zum Zweck der Dezimierung des deutschen Volkes geführt. Wer dieser Tatsache keinen Glauben schenkt, weil sie ihm zu ungeheuerlich erscheint, oder weil sie mit der gutmenschlichen Weltbetrachtung bestimmter Zeitgenossen nicht korreliert, lese die hier wiedergegebenen Zitate besonders aufmerksam. Am stärksten litten deutsche Kinder, Alte und Kranke durch die Hungerblockade.

„Die Verhältnisse in den Krankenhäusern waren erschreckend. Während der Kriegsjahre waren von den Patienten durchschnittlich ein Zehntel infolge [eines] *Mangels an Fett, Milch und gutem Mehl gestorben. … Im Krankenhaus sahen wir schreckliche Bilder, so die ‚Hungerbabys' mit gräßlichen geschwollenen Köpfen. … Natürlich drängte unser Bericht auf sofortige Lieferung für Fett, Milch und Mehl. … Aber die schreckliche Blockade wurde, weil die Franzosen darauf bestanden, aufrechterhalten.“*[18]

„Während der beiden Kriegsjahre starben in Deutschland und Österreich über eine Million Zivilisten an Hunger. Am 13. Dezember 1918, als die Deutschen um Erlaubnis baten, Weizen, kondensierte Milch, Medikamente usw. einführen zu dürfen, wurde ihre Bitte abgewiesen. In Böhmen wurden im Februar 1919 zwanzig von Hundert der Säuglinge tot geboren, vierzig von Hundert starben im ersten Lebensmonat. Erst als der kommandierende General der Britischen Rheinarmee, Lord Plumer, seiner Regierung mitteilte, daß seine Soldaten das Geschrei der hungernden Kinder nicht mehr ertragen könnten, wurde die Blockade zeitweise gelockert.“[19]

„Ich machte genaue Nachforschungen über die Geburtenziffern in den ärmeren Klassen Berlins, und meine Angaben beruhen auf Wahrheit. 70 v. H. der schwangeren Frauen sind unterernährt, und wenn sie in die Hospitäler gebracht werden, so sind sie in halbverhungertem Zustand. Infolge ihrer häuslichen Lage daheim ist es ihnen nicht möglich, selbst die geringste Ration, die ihnen gewährt wird, zu ergattern, und haben sie die nötige Zeit, so stehen sie stundenlang vor den Läden, ehe sie an die Reihe kommen. Die Frauen stehlen natürlich für ihre Kinder alles, was sie nur können, selbst Kartoffelschalen sind ihnen zu stehlen nicht wertlos. Sie haben keine Kleider für die Neugeborenen. Man sieht die Kleinen in halbe Säcke gehüllt. 30 v. H. der Frauen sterben im Wochenbett. Ich habe in Berlin Dutzende von Kindern gesehen, die im Alter von zwei Jahren noch nie Milch geschmeckt haben. Die Kinder, die nach dem Krieg geboren sind, sind armselige Kreaturen.“[20]

---

18 George E. R. Gede, „The Revolver-Republic“; London, 1930. Nach: „Der Große Wendig“, Band 1; Grabert-Verlag, Tübingen, 2006, S. 224

19 Arthur Bryant, „Unfinished Victory“. Zitiert bei John Charles Frederick Fuller, „Die entartete Kunst, Krieg zu führen“; Köln, 1964, S. 239

20 H. J. Greenwall, ein britischer Journalist, der von November 1918 bis April 1919 in Berlin weilte. Zitiert bei Otto von Stülpnagel, a.a.O., S. 78 f.

Die Wirklichkeit war noch weitaus schlimmer. Der deutsch-amerikanische Journalist Louis P. Lochner schreibt in seinem Buch „Stets das Unerwartete" über das Berlin der zwanziger Jahre: *„Auf den durchreisenden Fremden machte Berlin den Eindruck einer lebenslustigen Stadt. Elegante Privatwagen glitten Unter den Linden dahin, die Cafés waren überfüllt von modisch gekleideten Damen und Herren. Weibliche Personen von zweifelhafter Aufmachung warfen den Männern viel verheißende Blicke zu, in den Restaurants bezahlten fette Schieber ohne Wimpernzucken Rechnungen, die hoch in die Tausende gingen. Doch nur wenige Schritte abseits von den Prachtstraßen traf man auf Bilder des Verfalls und der Not. In meinem ersten Berliner Tagebuch besuchte ich eine Kinderfürsorge, ein überalterter, baufälliger Bau mit ausgetretenen Treppen. In dem langen Korridor stand eine Reihe wartender Männer, Frauen und Kinder, die ausnahmslos kränklich, abgemergelt und unterernährt aussahen. Kinder die man für acht, höchstens neun halten mochte, waren in Wahrheit dreizehn Jahre alt. Wie man mir sagte, gab es damals 15.000 tuberkulöse Kinder in Berlin, 23 Prozent aller Berliner Kinder waren laut Bericht des städtischen Gesundheitsamtes unterernährt, 22 Prozent der im Jahre 1921 schulentlassenen Jungen und Mädchen besaßen nicht die normale Körpergröße und das Normalgewicht, und 30 Prozent waren aus gesundheitlichen Gründen nicht arbeitsfähig."*[21]

Louis (Ludwig) Paul Lochner (1887-1975), Abkömmling einer protestantischen Nürnberger Patrizierfamilie, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts in die USA auswanderte, war der langjährige Vertreter des US-amerikanischen Nachrichtenbüros Associated Press (AP) in Berlin und zugleich Vorsitzender des Vereins der Auslandskorrespondenten Deutschlands. Lochner war von 1909 bis 1919 Korrespondent für AP in Deutschland und von 1928 bis 1942 Leiter des amerikanischen Nachrichtenbüros von AP in Berlin. Er war ein Kommentator und kritischer Freund Deutschlands mit Verbindung zum Widerstand, ebenso Kriegsberichterstatter. Nach dem Krieg war er Gegner des Morgenthau-Plans. Er initiierte eine private Hilfsaktion für Deutsche. Später wählte er Wiesbaden als seinen Alterssitz, wo er auch 1975 starb.

21 Louis P. Lochner, „Stets das Unerwartete", 1956, S. 71 f.

Lochner schrieb weiter: „*Die Hungerblockade brachte es an den Tag. Die Folge war eine hohe Kindersterblichkeit, meist durch Typhus, und eine rapide Abnahme der Geburten. Als Folge der Blockade wurden etwa 1 Million Kinder weniger geboren. Die Sterbefälle der Zivilbevölkerung nahmen prozentual wie folgt zu:*
1915 um 9,5 %
1916 um 14,3 %
1917 um 32,2 %
1918 um 37,0 %
Die Sterbefälle unter den Kindern von 1 bis 5 Jahren stiegen um 49,3 %, bei Kindern von 5 bis 15 Jahren sogar um 55 % gegenüber der Vorkriegszeit.“[22]

Louis Paul Lochner (* 22. Februar 1887 in Springfield, Illinois; † 8. Januar 1975 in Wiesbaden).

Unmittelbar nach Einstellung der Kampfhandlungen und somit noch vor dem Beginn der Aufnahme der sogenannten Versailler „Friedens“-Verhandlungen mußte das Deutsche Reich 140.000 Milchkühe dem Raubverband abliefern. Dieser Beutezug hatte katastrophale Folgen für die Gesundheit der deutschen Kinder, da sich die Milchversorgung während des Krieges wie folgt reduziert hatte: „*Vor dem Krieg betrug die Milchzufuhr nach Berlin rund 1 Million Liter täglich. Im August 1916 betrug sie noch 430.000 Liter, im Mai 1918 300.000 Liter, im Mai 1919 nur noch 180.000 Liter. 300.000 Liter sind allein für die Milchkarten erforderlich. Auch in anderen Großstädten wird vielfach nur noch der zehnte Teil der Friedensmenge eingeliefert. ... Die Milch ist ein völlig unentbehrliches Nahrungsmittel. Sie ist für das Wachstum unserer Kinder unersetzlich. Auch Kranke und alte Leute können die Milch nicht entbehren. Die Auslieferung der Milchkühe und der dadurch bedingte weitere Ausfall an Milch wird den Tod von weiteren zahllosen Kindern zur Folge haben. Jeder Liter Milch, den man Deutschland nimmt, bedeutet die Tötung eines Kindes – hat ein englischer Professor neuerdings*

22 Friedrich Hasselbacher, „Entlarvte Freimaurerei“, Bd. 2; Viöl bei Husum, 1993, S. 196

ausgerechnet – und die überlebenden Kinder würden in Krankheit und Siechtum verfallen.“[23]

Insgesamt wurde die deutsche Reichsregierung gezwungen, folgenden Tierbestand dem Raubverband der Entente als „Reparation“ unmittelbar auszuliefern:

- 180.000 Kühe
- 120.000 Schafe
- 40.000 Fohlen
- 15.000 Schweine
- 10.000 Ziegen
- 4.000 Stiere
- 1.200 Widder

Und dies, obwohl britisches „Demokratieverständnis“ die Hungerblockade weiterhin als politisches Druckmittel nutzte.

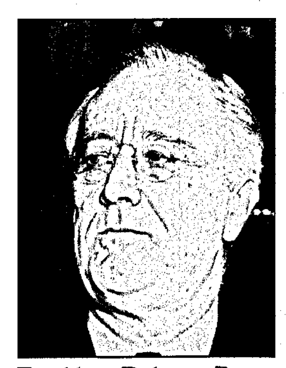
Nahezu sämtliche in rumänische Kriegsgefangenschaft geratene deutsche Soldaten wurden unter bestialischen Bedingungen „vom Leben befreit“, um auf den Jargon der Dreipunktebrüderschaft zurückzugreifen, die damals Rumänien regierte. Man ließ sie in voller Absicht verhungern und erfrieren. Das damalige Rumänien war, ähnlich dem damaligen Frankreich, eine durch die Dreipunktebrüderschaft „erlöste“ Nation. Von den 17.000 deutschen, österreichischen und ungarischen Soldaten, die im Herbst 1917 in rumänische Gefangenschaft geraten waren, lebten im April 1918 noch 150. Alle anderen wurden das Opfer eines Massenmordes durch Nahrungs- und Heizungsentzuges. Professor Dr. phil. et med. August Gallinger berichtet in seinem Buch „Gegenrechnung – Die Verbrechen an deutschen Kriegsgefangenen im Ersten Weltkrieg“ ausführlich über dieses Kriegsverbrechen eines der Entente zugehörigen Staates. Ein folgt ein kurzer Auszug aus einem Bericht über das rumänische Kriegsgefangenenlager Şipote bei Rediu im Kreis Jassy (rumän., Iaşi).

23 Professor Dr. Uhlenhuth, in: *Deutsche medizinische Wochenschrift*, zitiert nach Otto von Stülpnagel, a.a.O., S. 94

„Auf beabsichtigten Mord deuten die Äußerungen anderer Offiziere, die sich seit dem furchtbaren Wüten der Seuche nicht enthalten konnten, den Kranken ins Gesicht zu schreien: ‚Ihr sterbt noch lange nicht genug! Ihr müßt alle noch krepieren!' Und als in Şipote täglich über hundert Menschen starben, Deutsche wie Österreicher und Ungarn, und die Deutschen um etwas anderes als stinkendes Maismehl baten, da sie sämtlich an Ruhr und Cholera litten, wurde ihnen höhnisch lachend geantwortet: ‚Hundert! Das sind noch viel zu wenig! Dreihundert müssen es sein!'"[24]

Die Prognosen Coudenhove-Kalergis und seiner Auftragsgeber gelangten damals – mangels Gelegenheit – nicht über ihr Planungsstadium hinaus, auch war dessen Existenz ohnehin nur einem kleinen Kreis von Eingeweihten bekannt. Dieser Zustand erlebte allerdings im Verlauf des von der Regierung Franklin Delano Roosevelt inszenierten zweiten „Durchganges" eine unerwartete Renaissance. Die folgenden Theoretiker des Völkermordes entstammen dieser Epoche: Ilja Ehrenburg, Henry Morgenthau jun.,

Drei Säulenheilige des Antigermanismus.



Franklin Delano Roosevelt (* 30. Januar 1882 in Hyde Park, New York; † 12. April 1945 in Warm Springs, Georgia) war von 1933 bis zu seinem Tod 1945 der 32. Präsident der Vereinigten Staaten.



Ilja Grigorjewitsch Ehrenburg (1891-1967).



Henry Morgenthau junior (* 11. Mai 1891 in Poughkeepsie, New York; † 6. Februar 1967 in New York City) bekleidete von 1934 bis 1945 das Amt des US-Finanzministers.

24 August Gallinger, „Gegenrechnung", 1921, S. 220 ff.; Nachdruck, Husum, 1997

Louis Nizer, Earnest Albert Hooton. Sie dürften der übergroßen Mehrheit aller Aufgeklärten des deutschen Volkes bekannt sein, weshalb ich auf eine diesbezügliche Wiederholung ihrer Äußerungen verzichte und stattdessen eine nicht alltägliche Quelle zum Zweck der Beweisführung bemühe.

Die lange Liste kapitalistischer Völkermordplanungen

Es gibt aus einer politisch unverdächtigen Ecke eine wenig beachtete, aber nichtsdestoweniger brisante Untersuchung zu den manifestierten Vernichtungsabsichten der US-Ostküste. Ein Mitarbeiter der KPD, Professor Ernst Bittel, ist der Verfasser einer akribisch recherchierten Broschüre, die im parteiamtlichen Auftrag Anfang der fünfziger Jahre in Ost-Berlin erstellt wurde. Ihr Titel lautet: „Die Feinde der deutschen Nation – Eine historische Dokumentation über die Deutschlandpolitik der imperialistischen Westmächte". Sie wurde mehrfach in verbesserter Auflage vom Parteivorstand der KPD in den Jahren 1952 und 1953 herausgebracht. Ihre historische Bedeutung beruht auf der Tatsache, daß sie im Auftrag der SED und ihres westdeutschen Ablegers gedruckt wurde und sich mit dem von der Ostküste auch nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges geführten Kampf gegen Deutschland ungewöhnlich direkt auseinandersetzt.

Diese parteiamtliche KPD-Broschüre beinhaltet äußerst interessante Darlegungen: *„Eine bezeichnende Beobachtung aus England, wo er sich damals als Emigrant aufhielt, übermittelt darüber Hermann Rauschning,*[25] *wenn er folgendes bemerkt: ‚Gab es schon vor Ausbruch des Krieges Elemente, die es ablehnten, zwischen dem nationalsozialistischen Regime und dem deutschen Volk, einem „wahren Deutschland" und dem Zerrbild des Hitlerfaschismus zu unterscheiden, so wurde dies fortan überhaupt unmöglich. ... Nachdem Hitler seinen Angriff*

---

25 Hermann Rauschning (* 7. August 1887 in Thorn; † 8. Februar 1982 in Portland, Oregon, USA) war seit 1932 Mitglied der NSDAP, trat aber 1934 aus der Partei aus und wandelte sich zum scharfen Gegner des Nationalsozialismus. 1933/1934 war Rauschning Senatspräsident (Regierungschef) der Freien Stadt Danzig. 1935 mußte er Danzig verlassen und lebte seit 1939/41 in den USA. Aufsehen erregte sein Buch „Gespräche mit Hitler", die sich später großteils als Erfindung herausstellten. Rauschning hatte kaum mit Hitler gesprochen.

auf Rußland lanciert hatte, setzten sich ganz andere Tendenzen durch. Der Westen sah in dem Ausbruch des deutsch-russischen Krieges nun die Chance, Deutschland endgültig niederzuwerfen und definitiv am Boden halten zu können.

Bezeichnend für die Wandlung war des späteren Lord Vansittarts Broschüre „Black Record", die im Winter 1940 erschien und einen großen Erfolg hatte. Ihre Tendenz war offensichtlich: ceterum censeo Germaniam esse delendam! Lord Vansittarts „Black Record" war für mich [Rauschning] *der innerlich überzeugende Beweis für die Tatsache, daß sich mindestens eine machtvolle politische Gruppe in England die dauernde Beseitigung Deutschlands als gleichrangigen politischen und wirtschaftlichen Faktor zum Ziel gesetzt hatte.' (siehe: Hermann Rauschning: ‚Deutschland zwischen Ost und West'; Berlin, 1950, S. 35)*

Lord Vansittart, seit 1930 Unterstaatssekretär im englischen Außenministerium und von 1938 ab Hauptberater der englischen Außenpolitik, hatte mit diesem Schlachtruf ‚Deutschland muß zerstört werden!' bereits im Jahr 1940 eine Parole von außerordentlicher Wirkung geprägt. In England und vor allem auch in Amerika wurde sie als imperialistischer Macht- und Vernichtungswillen aufgenommen und durch Presse und Rundfunk propagiert, so daß sie weitgehend die öffentliche Meinung zu beherrschen begann. Vansittart forderte eine rücksichtslose Politik der Ausrottung. Deutschland sollte auf der Weltkarte ‚ausradiert' werden, niemals mehr dürfe eine gesamtdeutsche Regierung gebildet werden, und selbst der Name ‚Deutschland' müsse verschwinden. …

Imperialistische Haßpropaganda gegen Deutschland wurde vor allem auch in Frankreich betrieben. Hier kamen die alten Forderungen wieder auf die Tagesordnung, daß man Deutschland in ohnmächtige Kleinstaaten zerstückeln und ihm seine nationale Souveränität als Einheitsstaat nehmen solle. Sehr deutlich lesen wir von solchen Plänen in einem Artikel von Charles Maurras in der ‚Action Francaise' (Paris, 30. Mai 1940). Der Zwischentitel lautete ‚Deutschland in 26 Staaten aufteilen!' Wörtlich heißt es in diesem Artikel: ‚Die Aufteilung Deutschlands in eine Anzahl kleiner Staaten, das ist das Hauptziel, für das Frankreich kämpft. Und das ist die permanente Hauptsorge der französischen Propaganda, sagen wir des wehrhaften Frankreich. … Mit Ausnahme der

sozialistischen Elemente wird die Idee in Frankreich weitgehend vertreten.' Allgemein bekannt ist, daß am Tage des heimtückischen Überfalls Hitlers auf die Sowjetunion – am 22. Juni 1941 – vom damaligen amerikanischen Senator Harry S. Truman die zynische Parole ausgegeben wurde: ,Wenn wir sehen, daß Deutschland gewinnt, so sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland gewinnt, so sollten wir Deutschland helfen; sollen sich nur auf diese Weise möglichst viele totschlagen.' (New York World-Telegram, vom 23. Juni 1941, und Time, vom 2. Juli 1951)

Wie solche Brutalität imperialistischen Denkens sich damals mit politischem Irrsinn bei den Vernichtungsplänen mischte, zeigt beispielsweise eine in hoher Auflage in den USA im selben Jahr 1941 verbreitete Schrift von Th. N. Kaufman ,Deutschland muß untergehen!' Zu den abstrusen hirnverbrannten Maßnahmen, die dieser Kaufman propagierte, gehörte auch der Plan einer vollständigen territorialen Liquidierung Deutschlands und die restlose Aufteilung all seiner Gebiete an die Nachbarstaaten. Wie diese totale Auslöschung der deutschen Nation aussehen sollte, ist in einer in jener Schrift abgedruckten Karte eingezeichnet, aus der sich folgende Aufteilung ergibt. Von Deutschland sollte also Null-Komma-nichts übrigbleiben!

Doch dieser Wahnwitz hatte Methode und ging noch weiter. Für die totale physische Vernichtung der nach den sinnlosen Luftbombardements auf die Wohnbezirke der Großstädte noch übrig bleibenden Reste des deutschen ,Volkes ohne Vaterland' hatte sich Herr Kaufman eine Sterilisierung aller überlebenden Männer und Frauen ausgedacht, um damit das Aussterben der Deutschen in einer Generation herbeizuführen. Entsprechend sollte auch die deutsche Sprache sofort verboten, sollten sämtliche deutschen Zeitungen eingestellt, alle Literatur und selbst in den Schulen für die Jugend die deutsche Sprache abgeschafft werden. In den Fußstapfen Kaufmans bewegte sich eine ganze Serie von Autoren.

(E. O. Lorimer: What the Germans need; London, 1942. Maurice Leon Dodd: How many World Wars?; New York, 1942. Charles F. Heartman: There must be no Germany after War; 1942. Lionel Gelber: Peace by Power; New York, 1943. Paul Einzig: Can we win Peace?; London, 1942. Ivor Duncan: Die Quelle des Pan-Germanismus; London, März 1942)

Wenn man ihre literarischen Produkte sichtet, bekommt man die Vorstellung von einer wahnsinnigen Zerstörungshysterie, die während des Krieges in den USA und in England geradezu gezüchtet worden ist. So schrieb der Engländer Lorimer, daß man eine Reihe autonomer Kleinstaaten schaffen und die deutsche Schriftsprache zugunsten der nationalen Dialekte abschaffen müsse. Der Amerikaner Dodd propagierte den alten Plan des Generals Foch hinsichtlich einer Abtrennung des linken Rheinufers von Deutschland. Ein gewisser Heartman gab in seiner Flugschrift die radikale Parole aus: ‚Nach diesem Krieg darf es kein Deutschland mehr geben!' Er verlangte die vollständige Löschung der deutschen Nation; ein kleiner Rest, den man entweder ‚Hannover oder Neuland' nennen sollte, könne bestenfalls übrig bleiben. Er griff dabei zurück auf den Plan, der während des Ersten Weltkrieges bereits ausgeheckt worden war und von Deutschland damals nichts übrig lassen wollte als eine kleine ohnmächtige Provinz ‚Thüringen', wie sie auf nebenstehender Karte abgebildet ist.

Auch ein Kanadier, Lionel Gelber, forderte die Zerstückelung Deutschlands.

Der Engländer Einzig befürwortete die vollständige Demontage der Industrie, vor allem der Werkzeugmaschinenindustrie, wobei die freiwerdenden deutschen Arbeiter als Kolonialsklaven verwendet werden sollten. Der Engländer Duncan verlangte, daß die junkerlichen Güter und die deutsche Schwerindustrie nicht einfach ihren Eigentümern abgenommen werden, sondern daß sie zerstört werden müßten, wobei er sich ausdrücklich von einer Gruppe Engländer distanzierte, die den Plan der Sterilisierung von 40 Millionen männlichen Deutscher, ‚zehn Minuten pro Sterilisation, mit einem Kostenaufwand von 5 Millionen Pfund Sterling', entworfen hatten. Der ehemalige langjährige Handelsattaché in Berlin, Douglas Miller, schrieb in einem Artikel der ‚New York Times' 1941, daß es untragbar sei, weiterhin 40 Millionen Deutsche im Herzen Europas leben zu lassen: ‚Deutschland muß von einer produktiven Mitarbeit in der Nachkriegswelt ausgeschlossen werden. Alle Transportmittel sind fortzuschaffen, Metall- und Maschinenlager mit Beschlag zu belegen, strategisch wichtige Eisenbahnlinien sind in der Hand der Siegermächte zu halten. Die künftigen Grenzlinien sind so zu ziehen, daß die Kohlen- und Erzgebiete im Osten und Westen außerhalb der Reichsgrenze liegen. Die Häfen

und die Grenzen sind so zu bewachen, daß Maschinen und Metalle nicht in das Reich hineinkommen. Deutschland muß gezwungen werden, sich lediglich auf Ackerbau und eigenen Ernährung zu beschränken. Die deutschen Städte müssen entvölkert werden. Die Bevölkerung muß gewaltsam niedergedrückt werden. Die deutsche Jugend muß zur Auswanderung in fremde Länder gezwungen werden.'

Daß Projekte zur Zerstückelung Deutschlands in den ersten Kriegsjahren auch bereits ein wesentlicher Bestandteil der offiziellen amerikanisch-englischen Kriegspolitik gewesen sind, bestätigte später Professor Ph. E. Mosely, seinerzeit Experte im amerikanischen Außenministerium, mit außerordentlich aufschlußreichen Enthüllungen: ‚Der Gedanke, Deutschland in mehrere oder viele unabhängige Staaten aufgeteilt zu halten, hat eine lange Vorgeschichte. Es war ein Hauptziel der französischen Politik von Richelieu bis zu Napoleon III. und Clemenceau. ... Es besteht einiger Grund zu der Annahme, daß Churchill gelegentlich seines ersten Besuches bei Roosevelt im Dezember 1941 die Möglichkeit der Zerstückelung Deutschlands vorgebracht hat. Jedenfalls scheint ihn Roosevelt schon Anfang 1942 im Sinn gehabt und Staatssekretär Sumner Welles darauf hingewiesen zu haben, daß er es verdiene, vom Außenministerium studiert zu werden.'

Auf jeden Fall wurde das Für und Wider einer Zerstückelung Deutschlands seit Beginn des Jahres 1942 im amerikanischen Außenministerium sorgfältigen Erwägungen unterzogen. Staatssekretär Sumner Welles übertrug die Untersuchung dieses Problems dem ‚Beratungsausschuß für Nachkriegsprobleme', der im Januar 1942 ernannt worden war und sich aus einer Anzahl hervorragender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zusammensetzte, die über weltweite politische Erfahrung verfügten. Es war eine der Hauptfragen, denen dieser Ausschuß langwierige Untersuchungen widmete. Ausführliche Zusammenstellungen der Argumente für und wider die Aufteilung wurden auch von einer aus Mitarbeitern des Außenministeriums bestehenden Forschungsgruppe ausgearbeitet. (Ph. E. Mosely: ‚Dismemberment of Germany, the Allied Negotiations from Yalta to Potsdam', in: ‚Foreign Affairs', April 1950, S. 487)

Es wurden Pläne für die Aufteilung Deutschlands nach dem Krieg in drei, fünf oder sieben einzelne Staaten entworfen und die sich daraus

jeweils ergebenden politischen, wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Probleme analysiert."[26]



Dipl.-Pol. Udo Walendy (* 21. Januar 1927 in Berlin), ein unermüdlicher Kämpfer für die Wahrheit.

Durch Prof. Bittels Broschüre erfährt man, daß außer den verschiedenen bekannt gewordenen Vernichtungsplänen noch der wenig bekannte „Sumner Welles-Plan" sowie ein separater amerikanisch-englischer Zerstörungsplan, der im Zusammenhang mit der „Quebec-Konferenz" vom September 1944 ausgearbeitet worden war, existierten. Es folgen weitere interessante Auszüge aus Bittels Schrift „Die Feinde der deutschen Nation", bezogen auf die Situation im Jahre 1943.

„Einige interessante Details über diese Besprechung im März 1943 in Washington erfahren wir noch bei W. L. Neumann: ‚Roosevelt erklärte sich mit dem von Eden (brit. Außenminister; d. A.) vorgebrachten Teilungsplänen einverstanden, war jedoch der Meinung, daß die von Clemenceau in Versailles im Jahre 1919 geforderten Methoden vermieden und stärker innerdeutsche separatistische Bewegungen gefördert werden sollten. Wenn diese nicht von selbst entstünden, so sollte nach Meinung Roosevelts und Edens Deutschland nach freiem Ermessen in mehrere Staaten gespalten werden, von denen einer Preußen sein würde. In Anbetracht dessen, daß Deutschland dann nicht länger als Nation bestehen würde, glaubte Roosevelt, daß weder Frankreich noch Polen eine Wiederaufrüstung benötigten. Die Teilungsfrage Deutschlands sollte auf der ersten Außenministerkonferenz der drei Mächte in Moskau vorgebracht werden. Am 5. Oktober 1943, dem Vorabend seiner Abreise – behauptete

26 Dipl.-Pol. Udo Walendy: „Historische Tatsachen", Nr. 19; Vlotho/Weser, S. 18 ff.

Hull (der US-amerikan. Außenminister; d. A.) –, habe ihm der Präsident erklärt, daß er eine Teilung Deutschlands in drei oder mehrere Staaten stark befürworte. Wörtlich schreibt Hull hierüber in seinen Erinnerungen: ‚Was Deutschland anbetrifft, so erklärte der Präsident kategorisch, er begünstige eine Aufteilung Deutschlands in drei oder auch mehrere Staaten, die, an sich vollständig unabhängig, leicht durch postalische Abmachungen, Verkehrsmittel, Straßen, Zölle und vielleicht auch Elektroenergie verbunden sind. In den neuen deutschen Staaten sollte jede militärische Tätigkeit, einschließlich der Ausbildung, sowie jede Kriegsindustrie verboten werden. Ostpreußen sollte von Deutschland abgetrennt und alle gefährlichen Elemente der Bevölkerung umgesiedelt werden.‘ (Cordell Hull: The Memoirs of Cordell Hull; London, 1948, Bd. II, S. 1165)

Auf der Konferenz der Außenminister in Moskau, die vom 18. bis 30. Oktober 1943 stattfand, wurden diese Pläne vorgebracht und dazu das Projekt einer Einbeziehung der zerstückelten deutschen Länder in etwaige Paktsysteme, wobei die Delegierten Großbritanniens eine Donaukonföderation vorschlugen.

Zur nächsten Alliiertenkonferenz in Teheran, die vom 28. November bis 1. Dezember 1943 stattfand, wurde für die Delegation der Vereinigten Staaten ein konkreter Plan zur Teilung Deutschlands in mehrere Kleinstaaten vorbereitet. Diesen Plan trug der amerikanische Außenminister Hull in Teheran vor. Er verlangte die Aufteilung in fünf autonome Kleinstaaten sowie eine Ausgliederung des Ruhrgebietes und der Saar, auch Hamburgs und des Kieler Hafens und des Kanals (Anm.: des Nord-Ostsee-Kanals; d. A.) unter internationaler Verwaltung. Im einzelnen sollten die projektierten Kleinstaaten folgende sein:
-ein verkleinertes und entmachtetes Preußen;
-Hannover mit Teilen Nordwestdeutschlands;
-Sachsens und das Gebiet um Leipzig;
-Bayern, Baden und Württemberg;
-Hessen (Darmstadt und Kassel) sowie ein Streifen südlich des Rheins;
Unter internationaler Kontrolle:
-das Ruhrgebiet;
-das Saargebiet;
-Hamburg, der Kieler Hafen und der Kieler Kanal.

Winston Churchill stimmte ausdrücklich [für die englische Delegation] diesem amerikanischen Zerstückelungsplan zu. In seinen literarischen Kriegserinnerungen wiederholt er sein Gespräch mit Stalin am 28. November 1943 in Teheran: 'Ich hatte das Gefühl, daß man Preußen isolieren und verkleinern solle; daß Bayern, Österreich und Ungarn eine Art lockerer, friedlicher, nicht aggressiver Konföderation bilden könnten. Ich meinte, man sollte Preußen strenger behandeln als die anderen Teile des Reiches, was diese veranlassen könne, nicht abermals mit Preußen zusammenzugehen.' Und am 1. Dezember bei der Dreierbesprechung: 'Dann möchte ich Bayern, Württemberg, die Pfalz, Sachsen und Baden abtrennen. Während ich Preußen streng behandeln würde, möchte ich es für die zweite Gruppe leichter machen. Ich möchte sie gern in eine Art Donaukonföderation hineinarbeiten.'

Das folgende Jahr 1944 war das Jahr zweier großer amtlicher amerikanischer Teilungspläne. Die hauptsächlichen Manager waren die Staatssekretäre Sumner Welles im amerikanischen Außenministerium und Henry Morgenthau im Finanzministerium.

Der Welles-Plan (Juni 1944)

Sumner Welles entwickelte Mitte 1944 einen Plan, der die Teilung Deutschlands in drei Teile vorsah. Mit dieser Dreiteilung Deutschlands sollte von vornherein die Gefahr der Zentralisierung der Staatsgewalt in einem deutschen Einheitsstaat ausgeschaltet werden:
(a) Südwestdeutscher Staat, bestehend aus den ehemals souveränen Ländern Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt, dazu Gebiete, die als Rheinland und Saar bezeichnet werden können.
(b) Westdeutscher Staat, der die nachstehenden Provinzen und all die kleineren,
in diesem Raum ausgestreuten politischen Einheiten umfassen sollte: Oberhessen, Thüringen, Westfalen, Hannover, Oldenburg und Hamburg.
(c) Ostdeutscher Staat, der einschließlich aller dort gelegenen kleineren Einheiten aus Preußen (ohne Ostpreußen), Mecklenburg und Sachsen zusammengesetzt sein sollte.

In Konkurrenz zu diesem gemäßigteren 'Welles-Plan' stand ein totales Zerreißungs- und Vernichtungsprojekt, das eine Clique um den Finanzminister Morgenthau ersonnen hatte.

Der geheime Morgenthau-Plan (September 1944)

Einen besonderen Regierungsauftrag zur Bearbeitung der Probleme der Nachkriegspolitik gegenüber Deutschland hatte im Herbst 1944 das ‚Cabinet Comittee on Germany' erhalten. Dort wurde der von Henry Morgenthau (jun.; d. A.) vorgelegte Zerstörungsplan behandelt und am 5. September angenommen. In Bezug auf die neuen deutschen Grenzen forderte der Morgenthau-Plan im Westen die Zuteilung des Saargebietes und der angrenzenden Gebiete zwischen Mosel und Rhein an Frankreich. Aus dem Ruhrgebiet und den anschließenden Industriegebieten sollte eine ‚Internationale Zone' gebildet werden. Wörtlich heißt es im Originaltext weiter:

‚Was nach diesen Gebietsabtretungen von Deutschland übrig bleibt, soll in zwei autonome und unabhängige Staaten geteilt werden, nämlich: Süddeutscher Staat, bestehend aus Bayern, Württemberg, Baden und einigen kleineren Gebietsteilen, und Norddeutscher Staat, bestehend aus dem Großteil der ehemals preußischen Provinzen, aus Sachsen, Thüringen und einigen kleineren Staaten. Zwischen dem neuen süddeutschen Staat und Österreich soll eine Zollunion geschaffen werden.

Im Ruhrgebiet (das heißt: die Ruhr, die anliegenden Industriegebiete, wie in der beigefügten Karte eingezeichnet, das Rheinland, der Kieler Kanal und alle nördlich des Kieler Kanals gelegenen Gebiete) liegt das Herz der deutschen Wirtschaftsmacht. Dieses Gebiet soll nicht nur aller jetzt dort vorhandenen Industrien entkleidet, sondern darüber hinaus so geschwächt und kontrolliert werden, daß sich dort in absehbarer Zeit nicht ein neues Industriezentrum entwickeln kann. Dazu sind folgende Maßnahmen notwendig: Innerhalb eines kurzen Zeitraumes, der nicht mehr als sechs Monate betragen darf, sind alle Industrieanlagen und jedwede industrielle Ausrüstung, soweit sie nicht noch während des Krieges durch Luftangriffe zerstört wurden, restlos zu demontieren und den alliierten Regierungen im Rahmen der Rücklieferung gestohlenen Eigentums zu überlassen. Aus den Bergwerken soll die gesamte maschinelle Einrichtung entfernt werden. Die Gruben selbst sind zu schließen.

Das gesamte Gebiet wird eine „Internationalen Zone" bilden, die von einer internationalen, von den United Nations einzusetzenden Sicher-

heitsbehörde verwaltet wird. Dieses internationale Organ soll sich bei seiner Verwaltungstätigkeit von den oben entwickelten Grundsätzen leiten lassen.'

Auch über die Maßnahmen während der Besatzungszeit zur Vorbereitung der Teilung Deutschlands wird wörtlich im Morgenthau-Plan ausgeführt:

,Die Militärverwaltung soll von Anfang an auf die spätere Teilung Deutschlands hinarbeiten. Um diese Teilung zu erleichtern und ihre Dauer zu gewährleisten, sollen die Militärbehörden sich von den nachstehenden Grundsätzen leiten lassen:

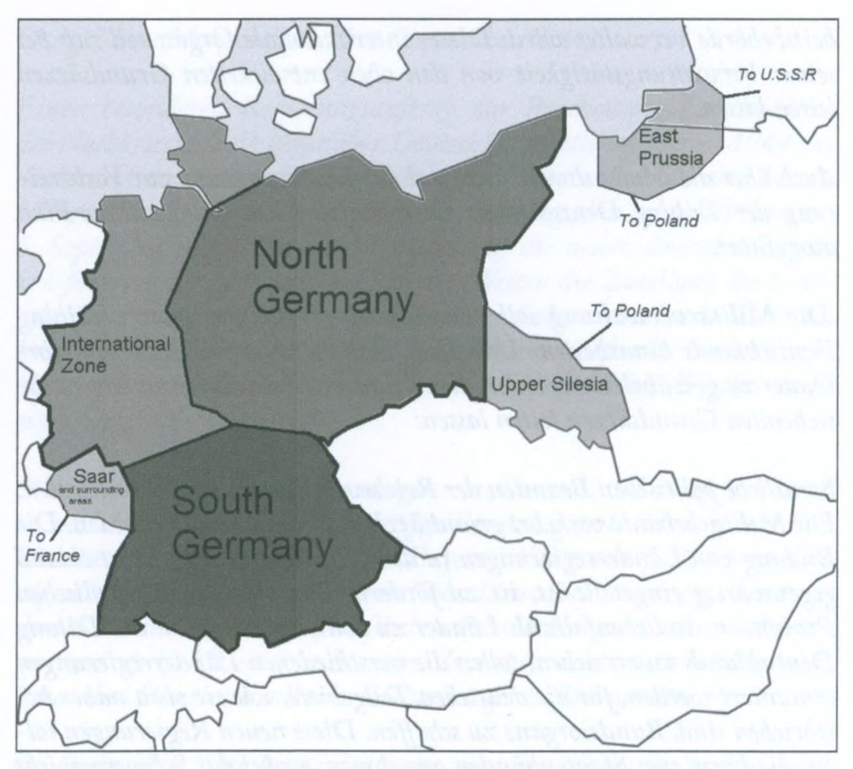
Sämtliche politischen Beamten der Reichsverwaltung sind zu entlassen. Die Militärbehörde verkehrt grundsätzlich nur mit Lokalbehörden. Die Bildung von Länderregierungen in den 18 Gauen, in die Deutschland gegenwärtig eingeteilt ist, ist zu fördern. Die bisherigen preußischen Provinzen sind ebenfalls als Länder zu konstituieren. Um die Teilung Deutschlands zu erreichen, sollen die verschiedenen Länderregierungen ermuntert werden, für die deutschen Teilgebiete, wie sie oben näher beschrieben sind, Bundesorgane zu schaffen. Diese neuen Regierungen sollen die Form von Staatenbünden annehmen, wobei das Schwergewicht der Kompetenzen bei den Ländern liegen soll, die ihrerseits mit einer hoch entwickelten lokalen Selbstverwaltung ausgestattet sein sollen.'

Das sind einige Kapitel aus dem mit höchster amerikanischer Autorität vorgesehenen Zerstörungsplan.

„Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat!"

Separate amerikanisch-englische Zerstörungsbeschlüsse:

(1.) Das ,Quebecer Abkommen' vom 16. September 1944: Wenige Tage nach der Annahme des Morgenthau-Planes fand erneut eine separate Konferenz in Quebec statt – vom 11. bis 16. September 1944 –, an welcher wieder Roosevelt und Churchill teilnahmen. Es wurden besondere Maßnahmen erörtert und beschlossen, die nach der Niederlage Deutsch-



Deutschlandkarte nach den Vorstellungen Morgenthaus.

lands dessen industrielles Herz, die Ruhr und das Saargebiet, treffen sollten. Im Sinne des Morgenthau-Planes wurde das ‚Quebec-Agreement' über Deutschland unterzeichnet, nach welchem die Industrien der Ruhr und des Saargebietes völlig außer Betrieb gesetzt und zerstört werden sollten. Die Kontrolle und Verwaltung dieser beiden entscheidenden Industriegebiete sollte einem Organ der Vereinten Nationen unterstellt werden, das die vollständige Demontage vorzunehmen hätte. Wörtlich war in dem Quebecer Geheimabkommen gesagt:

‚Dieses Programm hat die Umwandlung Deutschlands in ein Land zum Ziel, das in erster Linie den Charakter des Ackerbaus und der Weidewirtschaft trägt.' Bemerkenswert ist, daß diese Formulierung von Churchill eigenhändig vorgenommen worden ist. Über die Gründe der

Zustimmung zu diesem ,Katastrophenplan' ist in den Memoiren von Cordell Hull zu lesen, daß diese buchstäblich erkauft worden sei durch einen von Morgenthau versprochenen Nachkriegskredit für England von 6,5 Milliarden Dollar, sowie aufgrund dessen, daß England viele von Deutschlands Eisen- und Stahlmärkten an sich bringen und einen gefährlichen Konkurrenten ausschalten würde.' (zit. nach Max Walter Clauss, „Der Weg nach Jalta"; Heidelberg 1952, S. 220)

Ein anderer Amerikaner, der sich damals an den Zerstörungsplänen beteiligte, war der jetzige amerikanische Hochkommissar James Bryant Conant. Am 7. Oktober 1944 schlug er in einer Rede die radikale Änderung der industriellen Struktur Deutschlands und eine Schwächung des deutschen Industriepotentials vor, wobei er besonderen Wert auf die Verlagerung der wichtigsten Energiequellen Deutschlands ins Ausland legte. Deutschland muß zerstört werden, damit das internationale Monopolkapital Deutschland nicht mehr als Konkurrent hat! Das war damals das imperialistische Kriegsziel. In seinem im Jahr 1945 veröffentlichtem Buch ,Germany is our Problem' triumphiert Morgenthau immer wieder über die Folgen seines Zerstörungsplanes. Er schreibt z. B.: ,Seit jener Quebecer Konferenz, das verdient festgehalten zu werden, haben die grundlegenden Prinzipien dieses Programms die amtliche Stellungnahme der Regierung der Vereinigten Staaten gebildet.' Nicht umsonst weideten sich Tag für Tag englische und amerikanische Blätter an der sadistischen Vorstellung, wie man nach einer Besetzung Deutschlands dort mit Massenmorden, Verschleppungen und mit Hungerpeitsche arbeiten würde, um die deutsche Volkskraft zu zerbrechen. ,In Deutschland muß die Uhr um fünfzig Jahre zurückgestellt werden. Deutschlands Fabriken müssen planmäßig aller Maschinen bis herunter zu den Stahlträgern seiner Fabrikhallen beraubt werden. Alle brauchbaren Maschinen müssen an die Nachbarländer Deutschlands ausgeliefert werden.'

So schrieb im Oktober 1943 die viel gelesene amerikanische Zeitschrift ,Popular Science', und zur gleichen Zeit erklärte W. B. Howell im Londoner ,Spectator': ,Ich halte es für richtig, Deutschland, sobald wir gesiegt haben, für alle Zeiten zu verkrüppeln. Ich würde die deutsche Bevölkerung um ein Drittel oder vielleicht auf die Hälfte reduzieren. Die Waffe, die ich dabei zur Anwendung bringen würde, ist die Aushungerung. Wenn mich ein gutmütiger Engländer fragt: Würden Sie dabei nicht

auch die Frauen und Kinder aushungern?, so antworte ich ihm: Jawohl, das würde ich tun!'

Und völlig im Geiste Morgenthaus schrieb William Brackley am 16. Mai 1944 im Londoner ‚Daily Express': ‚Wenn eine stark reduzierte deutsche Bevölkerung sich ihre Nahrung aus dem Boden kratzen wird, und zwar ohne jede technische Hilfe, ohne Maschinen, ohne eine Lokomotive, dann können sie vielleicht in idyllischer Weise glücklich sein.'

Das deutsche Volk kennt die niederträchtige Gesinnung, die ihm von seinen Feinden entgegengebracht wird. Wir haben immer wieder betont, daß es sich bei diesen Äußerungen eines fanatischen Vernichtungswillens nicht etwa um Privatmeinungen von Außenseitern handelt, und die Tatsache, daß diese Pläne aus dem Tollhaus jetzt zum anerkannten Kampfprogramm der amerikanischen und englischen Regierung gemacht worden sind, beweist die Richtigkeit dieser Auffassung. Aber weil wir uns nicht den geringsten Illusionen darüber hingeben, welches Schicksal dem deutschen Volk beschieden wäre, wenn es auf diese Herausforderungen nicht unablässig die harte Antwort gäbe, die allein möglich ist, handeln wir wie jedes große Volk, dem man an Ehre und Leben greift.

(2.) Die geheime Generalstabsdirektive JCS/1067: Eine der ersten Regierungsgrundlagen des neuen Präsidenten Truman war am 10. Mai 1945 die Unterzeichnung der berüchtigten Geheimdirektive JCS/1067 an General Eisenhower, den Oberkommandierenden der amerikanischen Truppen in Deutschland. In diesem Befehl waren für die amerikanischen Besatzungstruppen scharfe Maßnahmen zur Zerschlagung der deutschen Einheit angeordnet, die nach dem Morgenthau-Plan ausgerichtet worden waren. Die Militärverwaltung soll von Anfang an auf die spätere Teilung Deutschlands hinarbeiten ...

Aus dem Befehl JCS/1067 an General Eisenhower seien einige Punkte zitiert: ‚Es muß den Deutschen klar gemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Leiden und Chaos unvermeidlich gemacht haben und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst verschuldet haben. ***Deutschland wird nicht be-***

setzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat. *Die deutschen Angelegenheiten sollen so behandelt werden, daß sie zu einer Dezentralisierung der politischen und administrativen Struktur des Landes und zur Entwicklung einer örtlichen Selbstverwaltung beitragen. Zu diesem Zweck werden Sie* [gemeint ist Eisenhower; d. Verf.] *alle Autonomiebestrebungen bei den provinzialen, örtlichen und Stadtverwaltungen unterstützen. Auch das Wirtschaftsleben soll dezentralisiert werden. Zum Zwecke der größtmöglichen Dezentralisierung des Aufbaus und der Verwaltung der deutschen Industrie wollen Sie sicherstellen, daß die nötigen Maßnahmen zur Erhaltung und Wiederingangsetzung öffentlicher Einrichtungen sowie die industrielle und landwirtschaftliche Tätigkeit überhaupt so weit als nur möglich auf regionaler und lokaler Basis erfolgen. Im Kontrollrat unter keinen Umständen Vorschläge machen oder Vorschläge unterstützen, die eine zentralisierte Kontrolle der deutschen Wirtschaft bezwecken.'*

General Clay bestätigte später, daß 'unser Handeln durch JCS/1067, das einen Karthago-Frieden zum Ziel hatte, bestimmt wurde'. Es wäre gewiß aufschlußreich, zu hören, daß als damaliger stellvertretender Kriegssekretär Mr. McCloy diese Geheiminstruktionen ausgearbeitet, als Verantwortlicher unterzeichnet und ausgegeben hatte. Sie blieb bis zum 17. Juli 1947 in Kraft und wurde erst dann durch neue Richtlinien ersetzt."[27]

„Doch erstens kommt es anders und zweitens, als man denkt", verkündet der Volksmund. Dieser Kelch ging infolge einer Serie nicht voraussehbarer Unwägbarkeiten am deutschen Volk vorüber. Im Verlauf des Jahres 1946 brach die Kriegskoalition der Reichsfeinde auseinander, und die Epoche des Kalten Krieges nahm ihren Verlauf. Der Kalte Krieg dominierte über Jahrzehnte hinweg das Denken der Menschheit beiderseits der Trennlinie. Beide Seiten waren auf das Wissen und die Beteiligung ihrer nunmehrigen deutschen Vasallen angewiesen. Dadurch wurden die Deutschen, ganz im Gegensatz zur ursprünglichen Absicht der Verursacher des Unheils, zu einem gefragten Volk. Eine dieser Folgen war das Faktum, daß in den USA, wie überhaupt in den Staaten der westlichen Hemisphäre, jene Machtelite, welche für das vorausgegangene Desaster

---

27 Karl Bittel, „Die Feinde der deutschen Nation", Berlin-Ost, 1952. Zitiert nach Dipl.-Pol. Udo Walendy, „Historische Tatsachen", Nr. 19; Vlotho/Weser, S. 18 ff.

die Hauptverantwortung trug, zurückgedrängt, um durch fachlich versiertere Politiker ersetzt zu werden.

Doch die Welt dreht sich bekanntlich weiter. Die UdSSR hielt das Wettrüsten nicht durch und brach darüber zusammen, und somit auch der Kommunismus in seiner Eigenschaft als selbst bestimmter Sieger der Geschichte – so das Selbstverständnis seiner einstigen Führungselite. Zudem hatte die zeitweilig zurückgedrängte Machtelite große Teile ihres verlorenen Terrains, von der Allgemeinheit zumeist unbemerkt, zurückerobert. Nahezu unbemerkt entstieg der unschöne Geist des schrecklichen Grafen Coudenhove-Kalergi abermals seinem Grabe.

Am Beginn seiner Neugeburt war von der erwachenden Existenz recht wenig zu verspüren, was sich auch dadurch erklärte, daß man sich die größte Mühe gab, das Wiedererwachen geheim zu halten. Immerhin hatte man erkannt, daß man den Zeitpunkt der Dezimierung des „Tätervolkes“ als Nebenprodukt seiner militärischen Niederlage verpaßt hatte. Ergo entsann man sich einer unauffälligeren, allerdings zeitaufwendigeren Methode; das Zeitalter der „Salamitaktik“ brach an.

Die Völkermordphantastereien der hier genannten Personen könnten das Produkt übertragener Rachsucht im Verbund mit einer spezifischen Art von psychoanalytisch zu erklärender Selbstbefriedigung gewesen sein. Wie hat man sich die Durchführung eines derartigen Massenmordes organisatorisch vorzustellen? Einmal abgesehen davon, daß das amerikanische Volk, wie auch andere Völker, derartiges niemals zugelassen hätten. Den Verursachern derartiger Pläne dürfte die Wirklichkeit bekannt gewesen sein, es sei denn sie lebten – oder leben noch immer – auf ihrer ureigenen Insel der Seligen. Oder entstammen auch sie dem Stamm jener induzierten Irren, die partout Gesunde heilen wollen? Ich komme an geeigneter Stelle auf das diesbezügliche Wirken dieser Sonderausführung des homo sapiens zurück.

Die herrschende „politische Korrektheit“ wacht mit Argusaugen darüber, daß die wirklichen Lebensfragen des deutschen Volkes in

Medien und Politik nicht angesprochen werden. Gegebenenfalls wird auch mal ein Informationsverbot verhängt, ein Akt staatlicher Zensur, der zwar im Widerspruch zu Artikel 5 GG steht, doch welcher Gesetzesdiener „läuft schon ständig mit dem Gesetzbuch unter dem Arm herum"? Das vorliegende Thema stellt sich uns ähnlich dem regierungsamtlichen Informationsverbot über die Ursachen der deutschen Verschuldung, das ebenfalls mit einem Informationsverbot belegt sind, dar. So wie es nicht möglich ist, aus regierungsamtlicher Quelle Informationen über die wahre Höhe der BRD-Staatsverschuldung zu erhalten, ist es ausgeschlossen, konkrete Angaben über den zahlenmäßigen Anteil der sich in das deutsche Rentensystem eingekauften Fremdrentner zu erfahren.

Wer gar den kühnen Versuch unternimmt, näheres über deren ethnische Zusammensetzung zu sammeln oder über die Gesamtsumme des auf diese Weise dem deutschen Beitragsleistenden entfremdeten Geldes in Erfahrung zu bringen, stößt auf unüberwindbare Hindernisse. Selbst die private Bekanntschaft zu Mitarbeitern des Rentenbereichs dürfte kaum weiter helfen. Ein Beamter ist per Diensteid an seine Schweigepflicht gebunden. Verstößt er dagegen, riskiert er seine Entlassung und somit seine Pensionsansprüche. Dies ist keine leere Drohung, wie dem Verfasser durch das persönliche Schicksal zweier im universitären Bereich wirkender Lehrbeauftragter bekannt ist.

Das Geld, das dem deutschen Steuerzahler auf diese Weise abgeknöpft wird und nun in den Rentenkassen und Sozialversicherungen fehlt, ließ sich wunderbar an das Ausland verschenken. Einige willkürlich herausgegriffene Beispiele des normalen Wahnsinns beweisen, wo jene Gelder geblieben sind, deren Nichtvorhandensein unserer Frau Bundeskanzlerin („IM Erika") eigentlich den Schlaf rauben müßte.

Völkermord durch Überfremdung

Der spätere Bundeskanzler und vormalige Ministerpräsident von Niedersachsen, Gerhard Schröder, tönte einst: *„Wir brauchen Zu-*

wanderer ... rund eine Million Zuwanderer pro Jahr.[28] *Innenpolitische Erwägungen dürfen bei der Asylgesetzgebung keine Rolle spielen – das einzige Kriterium hat die Sicherheit politisch verfolgter Menschen zu sein. So will es die Verfassung. Sie hat sich auch dann zu bewähren, wenn es schwierig wird. Und die, die sie verteidigen auch. Sonst wird die Verfassung zur Betriebsanleitung für die Durchsetzung des gesunden Volksempfindens, und die Politiker werden zu dessen Vollstrecker.*"[29]

Gegenwärtig gibt das deutsche Volk für seine Abschaffung die jährliche Summe von etwa 170 Mrd. Euro aus. Oder anders ausgedrückt: die auf den Rücken des deutschen Steuerzahler drückende Last von zirka 5 Billionen Euro an Staatsschulden – offiziell zugegeben werden nur 2,08 Billionen, die Schulden der Länder und Kommunen fallen der Schweigespirale zum Opfer – bestehen zu zwei Dritteln aus den verursachten Unkosten jener angelockten Zivilokkupanten, welche der deutsche Arbeitnehmer zur Alimentierung ihrer und ihrer gesamten Sippschaft im Heimatland zu erwirtschaften gezwungen wird.

Diese Summe ist eine Schätzzahl, die aus gelegentlichen amtlichen Veröffentlichungen von fachkundigen Laien zusammengestellt wurde und deshalb nicht bis in das letzte Detail zu errechnen ist.

Der Diplom-Volkswirt Karl Basler hat unter Bezugnahme sehr genauer Statistiken errechnet, daß jeder von einem „Kulturbringer" erwirtschaftete Euro vom deutschen Steuerzahler mit zwei Euro subventioniert wird. Es ist im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten dieser Ausarbeitung schlecht möglich, auf die sehr detaillierten Ausarbeitungen Baslers näher einzugehen. Dennoch ist die oben erwähnte Summe als Richtwert verwertbar.

Nur ideologisch Einäugige können den Zusammenhang zwischen uferloser Verschwendung deutscher Steuergelder und dem sich immer stärker entwickelnden sozialen Dilemma übersehen. So erleben wir gegenwärtig den fortgeschrittenen Zusammenbruch des deutschen Sozialsystems.

---

28 Was einen jährlichen Kapitalaufwand von 570 Mrd. DM notwendig gemacht hätte; d. Verf.
29 *Der Spiegel*, Hamburg, 9. 3. 1992

Vor diesem Hintergrund illuminieren die Sprüche eines Joseph „Joschka" Fischer, des Hochgradfreimaurers Richard Coudenhove-Kalergi oder gar des Prof. Theodor Barnett das irdische Sein der europäischen Völker.

Das Zwischenergebnis der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel" vermittelt dem deutschen Volk die Erkenntnis, daß die Erhaltung der deutschen Volkssubstanz für die Betreiber des Berliner Narrenkarussells kein Thema ist. Als Folge einer nurmehr psychopathologisch zu erklärenden Geisteshaltung hat man sich den Ast, auf dem man selbst sitzt, nahezu durchgesägt. Wir erleben einen in der Geschichte der Menschheit wohl einmaligen Vorgang ideologischer Verkalkung, hatte man doch einst dem Volk, dem dummen, weisgemacht, daß wir Ausländer brauchen, auf daß unsere Renten sicher seien. Das Gegenteil ist eingetreten, weil es eintreten mußte. Da jetzt sehr viele „Fachkräfte" aus aller Herren Länder unsere Kultur bereichern, ist die deutsche Rentenkasse leer.

Nach dieser von einem „deutschen" Bundestag eingesetzten obersten Untersuchungs- und Vorschlagskommission entwickelt sich die Bevölkerung der BRD wie folgt:

„Für das Jahr 2030:

Deutsche Stammbevölkerung:

- *Die Gruppe der über 60-Jährigen hat sich auf 21 Mio. erhöht.*
- *Die Gruppe der 20- bis 60-Jährigen hat sich auf 43 Mio. reduziert.*
- *Die Gruppe der unter 20-Jährigen hat sich von 14,5 Mio. auf 9 Mio. reduziert.*

Zuwanderer (2030):

- *Ihre Gesamtzahl hat sich von 10,7 Mio. auf 22 Mio. verdoppelt.*
- *Die über 60-Jährigen haben sich von 0,3 auf 1,5 Mio. verfünffacht.*
- *Die 20- bis 60-Jährigen haben sich von 8,6 auf 13,5 vermehrt.*
- *Die unter 20-Jährigen haben sich von 1,8 Mio. auf 13,5 Mio. vervielfacht.*

Für das Jahr 2050:

Deutsche Stammbevölkerung:

- *Von 42 Mio. verbliebener Deutscher sind fast die Hälfte (18 Mio.) älter als 60 Jahre.*
- *Die 20- bis 60-Jährigen zählen nur noch 17 Mio. (1959: 43 Mio.).*
- *Die Gruppe der unter 20-Jährigen beträgt nur noch 6 Mio. (1995: 15 Mio.; 1970: 22 Mio.).*

Zuwanderer (2050):

- *Ihre Gesamtzahl beträgt jetzt 28 Mio.*
- *Die über 60-Jährigen zählen nun 2,5 Millionen.*
- *Die Zahl der 20- bis 60-Jährigen ist mit 17 Mio. jetzt so groß wie die der verbliebenen Deutschen.*
- *Die Gruppe der unter 20-Jährigen übersteigt jetzt mit 8 Mio. die Zahl der gleichaltrigen Deutschen.*"[30]

Eine von Karl Basler erstellte Auflistung aus amtlichen Zahlen ergab bereits für 1993/94 alleine für die Ausländer- und Asylantenpolitik Gesamtkosten in Höhe von ca. 150 Mrd. DM jährlich, mit denen Gastarbeiter, Asylanten und Wirtschaftsflüchtlinge aus aller Welt angelockt werden.

„Deutschland-West könnte, wenn es die Bar-Tributleistungen von 6.000 Mrd. DM in die eigene Wirtschaft investiert hätte, in der Modernität seiner industriellen Ausrüstung 15 Jahre voraus sein, also weit vor Japan liegen. Zudem: Die Summe aller Zahlungen bei der gegenwärtigen Ausraubung des deutschen Volkes beläuft sich auf rund 528 Mrd. DM jährlich.[31] *Auf der anderen Seite könnten Familien gewaltig entlastet und unterstützt werden. Die Mittel könnten zugunsten der Familien umverteilt werden. Alleine die 172 Mrd. DM, die di-*

30 Prof. Dr. Herwig Birg, Berlin, „Demographische Wirkung politischen Handelns", in: Hans-Ullrich Klose (Hrsg.), „Altern hat Zukunft", Opladen bei Köln, 1989

31 Diese Rechnung ist zu pauschal. Sie enthält auch die 200 Mrd. Transferleistungen in die neuen Bundesländer. Auch verbrauchen und investieren Ausländer in Deutschland, was dem Wirtschaftskreislauf zugute kommt; d. Verf.

rekt an die Gastarbeiter/Ausländer und Asylanten verschwendet werden, könnten bei Verwendung als Kindergeld zu einer Verzwölffachung des Kindergeldes führen. ... Es besteht kein Zweifel daran, daß, wenn auch nur ein Drittel dieser 170 Mrd. DM (rund 60 Mrd. DM) für die Besserstellung junger Familien ausgegeben werden würde, Deutschland überhaupt keine Bevölkerungsprobleme hätte. Es würden genügend Kinder geboren werden, um die Zukunft unseres Volkes zu sichern. ... Die Unterdrückung der Diskussion über die Ausländerkosten ist eine bodenlose Unverschämtheit der Bonner und Berliner dem eigenen Volk gegenüber.“[32]

1989 erschien in der Schriftenreihe des Bundeskanzleramtes ein Buch mit dem Titel „Wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektive der BRD“. Der Verfasser dieser aufklärenden Lektüre ist Prof. Dr. Bert Rürup. Im Vorwort des Buches wird das deutsche Volk von Dr. Wolfgang Schäuble, damals CDU-Bundestagsabgeordneter, über das ihm zugedachte Schicksal aufgeklärt:

„Hiermit wird ein Beitrag zur Transparenz der Bonner Politik geleistet. Die Reihe gibt Einblick in das, was man als ‚wissenschaftlichen Unterbau‘ politischer Entscheidungen bezeichnen könnte.“

Mit diesen Worten erklärt uns Dr. Schäuble – bereits damals ein Deutschenfeind – den von der Bundesregierung erstellten Fahrplan zur Abschaffung des deutschen Volkes. Wir stoßen in besagter Publikation auch wieder auf Herrn Professor Dr. Rürup.

„Ziel soll sein, die Kosten für die Anpassung an die geringere Bevölkerungszahl möglichst gering zu halten und unvermeidbare Wohlstandseinbußen zu verhindern. ... die Deutschen werden nicht nur weniger, auch die Struktur der Wohnbevölkerung wandelt sich. Lebten im Jahre 1980 in der BRD 4,5 Millionen Ausländer, dann werden 2030 über 10 Millionen Ausländer einer stark geschrumpften deutschen Bevölkerung gegenüber stehen ... Diese Zahlen deuten an, welche Integrationsleistung unsere Gesellschaft dann erbringen muß.“

---

32 Kongreßbroschüre der Gesellschaft für freie Publizistik (GfP), Oberboihingen bei Stuttgart, 1994, S. 23 f.

Kennt Rürup die wahren Zahlen nicht, oder führt er seine Leserschaft bewußt an der Nase herum? Mehr als 10 Millionen Ausländer, die untergetauchten nicht mitgerechnet, bevölkerten bereits damals, also im Jahre 1980, die BRD. Gegenwärtig – 2014 – sind es bereits 20 Millionen. Bei gleich bleibender Entwicklung dürften im Jahre 2030 den Autochthonen etwa 35 Millionen Ausländer gegenüberstehen.

„Dieser vielleicht für manchen Bundesbürger erschreckende Befund weist aber einen wichtigen Weg, die rapide demoskopische[33] Verschiebung abzufedern. Schon heute besteht in vielen Bereichen ein zusätzlicher Bedarf an Arbeitskräften. Auch wenn sich die BRD offiziell nicht als Einwanderungsland versteht, faktisch ist sie es schon geworden."

Diese „in jeder Hinsicht leistungsfähigen Staatsbürger" kann man im Deutschland der Gegenwart mit der Lupe suchen. Was hereingeweht wird, sind überwiegend Menschen mit geringer Ausbildung und nur bedingten intellektuellen Kapazitäten. Das ganze gelehrt klingende Soziologen-Kauderwelsch bedeutet im Klartext nichts anderes als „Friß Vogel oder stirb!"

„Eine oft übersehene gravierende Folge der demoskopischen[34] Entwicklung könnte ein Verlust an geistiger Vitalität sein. Es könnte passieren, daß die Jugend in einer Gesellschaft, in der immer mehr Junge für immer mehr Alte arbeiten müssen, nicht bereit ist, die von ihr geforderten Opfer zu bringen ... Die Begabten, ökonomisch und intellektuell besonders leistungsfähigen jungen Menschen könnten aus dem Altersheim Deutschland auswandern."

Was Volkspädagoge Rürup mit mäßig unterdrücktem Triumphgefühl verkündet, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als gezielte Irreführung des deutschen Publikums. Das eigentliche Problem ist auf einer anderen Ebene zu suchen. Die geistige Vitalität eines Volkes nimmt dann Schaden, wenn die intellektuelle Oberschicht

33 Es muß „demographische" heißen; d. Verf.

34 Erneut wird hier vom kompetenten Akademiker Rürup, der nach Schäubles Worten am „wissenschaftlichen Unterbau" der aktuellen Politikgestaltung mitmauert, der falsche Begriff benutzt. Es muß „demographischen" heißen.

nicht mehr genügend Kinder zeugt. In diese Richtung steuert die gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklung. Es beginnt damit, daß die Ausbildung, besonders die akademische, viel zu lang ist. 30-jährige Studenten, früher eher die Ausnahme, sind heute die Norm. Bis in die fünfziger Jahre hinein galt das ungeschriebene Gesetz, daß der Mann mit Mitte 20 in der Lage sein sollte, eine Familie zu gründen. Eine zu lange Ausbildungsdauer, gepaart mit familienfeindlichen Maßnahmen, verhindert den notwendigen intellektuellen Nachwuchs. In der DDR wurde diese Gefahr beizeiten erkannt. Dort steuerte man der geistigen Erosion durch finanzielle Unterstützung von Studentenehen gegen.

Die folgenden genialen Deutschen wären nie geboren worden, wären sie einer Ein-Kind-Verbindung entsprossen: Albrecht Dürer, Johann Strauss (Vater und Sohn), Raketenpionier Wernher von Braun, Autokonstrukteur Ferdinand Porsche, Robert Koch (jeweils drittes Kind), Immanuel Kant, Friedrich der Große, Otto von Bismarck, Werner von Siemens (4. Kind), Johann-Sebastian Bach (8. Kind), Richard Wagner (9. Kind), Georg-Friedrich Händel (10. Kind), Franz Schubert (12. Kind).

Die politisch Verantwortlichen Frankreichs, des Dritten Reiches, der DDR und des eingeschlossenen Westberlins während der Ära der Mauer haben – da mit einer ähnlichen bevölkerungspolitischen Situation konfrontiert – den Weg aus dem Dilemma aufgezeigt: steuerliche Anreize, Gewährung von zinslosen Krediten, welche „abgekindert" werden konnten, Schaffung von für jedermann erschwinglichen Kindergartenplätzen und vieles andere mehr.

Die Gesetze des Völkermordes

Maßnahmen zur Verhinderung des deutschen Volkstodes sind politisch unerwünscht, obwohl es zahlreiche historische Beispiele gibt, wie eine derartige Fehlentwicklung durch frühzeitiges und sachkundiges Eingreifen verhindert werden kann. Der Tod des deutschen Volkes ist das politische Ziel sämtlicher BRD-Blockparteien, egal welcher Einfärbung; die bestimmende Farbskala umfaßt tiefrot bis tiefschwarz.

Der in Stockholm geborene Per Lennart Aae, seit 1971 in Deutschland ansässig, ist studierter Informatiker und war Mitglied verschiedener NPD-Vorstandsgremien. Seit 2004 war er wissenschaftlicher Berater der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag. Im September 2008 veröffentlichte die *Deutsche Stimme*, das Parteiorgan der NPD, ein Interview mit Per Lennart Aae über das demographische Versagen der etablierten Parteien, das Bände spricht. Fazit: Wer für die Erhaltung des deutschen Volkes plädiert, ist ein Nazi; und mit Nazis spricht man nicht!

Das Mitglied des NPD-Vorstandes in Sachsen, Per Lennart Aae, war Vertreter seiner Partei in der Kommission „Demographischer Wandel" des sächsischen Landtages. In der Ausgabe vom September 2008 der Zeitung *Deutsche Stimme* (DS) charakterisiert er auf Grund eigenen Erlebens den unter seinen Kollegen von den Blockparteien grassierenden Endlösungsenthusiasmus, der sich auf einen parteienüberschreitenden Nenner bringen läßt: Vorschläge zur Anhebung des Reproduktionsverhaltens des deutschen Volkes werden mit der „Nazikeule" niedergemacht:

„Deutsche Stimme: Herr Aae, seit drei Jahren vertreten Sie – neben dem Abgeordneten Dr. Müller und später Frau Schüßler – die NPD-Fraktion in der Enquete-Kommission ‚Demographischer Wandel' des Sächsischen Landtages. Ganz allgemein gefragt: was hat diese Kommission denn in den letzten drei Jahren geleistet?

Aae: Die meßbare Leistung der an der Kommission beteiligten ‚demokratischen' Blockparteien und der von ihnen gesandten Vertreter beschränkt sich auf das Zusammentragen bereits bekannter Daten und Meinungen und die Ausarbeitung entsprechender Texte, also im Prinzip auf die Erledigung einer Fleißarbeit. Zu der im Einsetzungsbeschluß gestellten eigentlichen Aufgabe – ‚Familien durch das Land zu fördern, damit sich in Zukunft mehr junge Menschen als bisher für ein Leben mit Kindern entscheiden' – hat die Kommission buchstäblich nichts geleistet. Dieser Totalausfall entspricht einerseits einer bewußten, ja sogar ausdrücklich vertretenen Leistungsverweigerung vieler einflußreicher Kommissionsmitglieder und andererseits einer geistigen Defensivhaltung bei einigen anderen Kommissionsmitgliedern, vor allem bei Abgeordneten und

Experten der CDU. Man könnte in diesem Zusammenhang durchaus mit einer gewissen Berechtigung auch von Opportunismus, Feigheit und Duckmäusertum sprechen.

Diese beschämende Konstellation wird schon durch eine kleine Auswahl unter den vielen haarsträubenden Aussagen profilierter Vertreter der Antibevölkerungspolitik-Fraktion deutlich und nicht zuletzt durch das beinahe vollständige Ausbleiben einer entsprechenden Gegenreaktion seitens der wenigen vermeintlich ‚konservativen' oder gar ‚patriotischen' Politiker der Systemparteifraktionen.

So leugnete zum Beispiel eine linke Professorin einfach den von mir eben zitierten und öffentlich einsehbaren Einsetzungsauftrag, indem sie frech erklärte, im Einsetzungsbeschluß gehe es lediglich darum, die Folgen der demographischen Entwicklung zu bewältigen, und nicht um die ‚Vorstellung, daß irgend etwas auf diesem oder jenem Niveau reproduziert werden müßte'.

Mit ‚irgend etwas' meinte die Dame das deutsche Volk, das in geometrischer Degression mit einem Schrumpfungsfaktor von ⅔ von Generation zu Generation sich der Selbstauflösung nähert. Zur Frage des Aufhaltens oder der Umkehrung dieser Entwicklung wollte die Professorin im Rahmen ihrer Arbeit in der Kommission erklärtermaßen keinerlei Überlegungen anstellen und demzufolge auch nichts zu Papier bringen. Als während eines Vortrages das Wort ‚Familiengründung' fiel, rief eine andere Professorin aus: ‚Wenn von Familiengründung die Rede sein soll, stehe ich auf und gehe.'

Ein Professor argumentierte bei jeder sich bietenden Gelegenheit in geradezu militanter, aggressiver Weise gegen eine ‚pronatalistische Politik' und brachte diese konsequent in Zusammenhang mit hetzerischen Haßformeln wie ‚Nazis', ‚Rechtsextremismus' etc., wohl wissend, daß dieses der sicherste Weg zur Tabuisierung des Themas und zur Einschüchterung bürgerlicher Spießer ist."

Per Lennart Aae folgerte daraus: *„Aus dieser Pseudoerkenntnis folgt wiederum der im kollektiven Wahn reflexmäßig-opportunistisch-heuchlerisch erhobene Zeigefinger: Deutschland darf keine Bevölkerungspo-*

litik machen – obwohl jeder, der es wissen will, sieht, daß die extreme Schrumpfung der Generationen in absehbarer Zeit zum sozioökonomischen Zusammenbruch und zum Untergang unseres Volkes führen wird, es sei denn, Gegenmaßnahmen, also bevölkerungspolitische Schritte, werden rechtzeitig eingeleitet. ... Der Bevölkerungsschwund ist keinesfalls unvermeidbar und sollte deswegen tunlichst nicht akzeptiert werden. Die Propagandisten dieser ‚Unvermeidbarkeit' verwenden verschiedene Tricks, um die Öffentlichkeit zu täuschen."

Es windet sich die Gutmenschenmafia in politisch-korrekter Verkrampfung.

Wir zitieren weiter Per Lennart Aae aus der September-Ausgabe 2008 der *Deutschen Stimme*: *„Der einzig bleibende Wert dieser, die gestellte Aufgabe und den Ernst der Lage völlig verfehlenden Tätigkeit der Kommissionsmehrheit wäre meines Erachtens eine Art Selbstdokumentation, ein Psychogramm ihrer selbst auferlegten Denkblockaden. Denn dadurch könnten tiefe Eindrücke in die Unfähigkeit der gesamten BRD gewährt werden, den biologischen und kulturellen Untergang des deutschen Volkes zu verhindern oder ihm auch nur ansatzweise entgegenzutreten. Und ich lege auf die Feststellung Wert, daß ein Staat, der nicht fähig oder willens ist, diese Schutzfunktion für sein Staatsvolk wahrzunehmen, obwohl das Volk unverkennbar in schwerster Gefahr schwebt und vom Untergang bedroht ist, einer Erneuerung an Haupt und Gliedern bedarf – oder selbst untergehen muß. ... Durch ein Psychogramm dieser Art würde jedermann (zumindest jeder Gehirnbesitzer) zur Einsicht gelangen, daß heute – 63 Jahre nach Kriegsende – eine für das Überleben unseres Volkes und unserer Kultur unabdingbare Bevölkerungspolitik durch Nicht-Kriminalisierung der deutschen Geschichte verhindert wird."*

Per Lennart Aae zieht ein verheerendes Fazit hinsichtlich der moralischen Verantwortungslosigkeit unserer real Herrschenden: *„Zudem möchte ich zu der verharmlosenden Formulierung ‚Demographischer Wandel' etwas sagen. Es handelt sich keinesfalls um einen Wandel, etwa im Sinne eines Wandels von einem bestimmten ‚normalen' Zustand zu einem bestimmten anderen ‚normalen' Zustand, sondern um eine fortlaufende, gewissermaßen asymptotisch gegen Null tendierende*

Dezimierung des deutschen Volkes. Diese verläuft so, daß eine Kindergeneration ca. 2/3 oder 66 Prozent der Elterngeneration, die entsprechende Enkelkindergeneration 4/9 oder 44 Prozent der Elterngeneration beträgt usw. Bei einem Generationsabstand von 30 Jahren bedeutet dies eine generationsbezogene Dezimierung um 56 Prozent in 60 Jahren.

Das dabei verwendete psychologische Strickmuster ist einfach: Unabhängig vom tatsächlichen Kenntnisstand traut sich heute kaum jemand, infrage zu stellen, daß das Dritte Reich als solches verbrecherisch gewesen sei. Aus der allgemeinen Akzeptanz dieses Dogmas wird gewissermaßen assoziativ gefolgert, daß die Familien- und Bevölkerungspolitik des Dritten Reiches ebenfalls verbrecherisch gewesen sein muß.

Aus dieser Pseudoerkenntnis, die im wahrsten Sinne des Wortes ein Vorurteil ist, folgt wiederum der im kollektiven Wahn reflexmäßig-opportunistisch erhobene Zeigefinger: Deutschland darf keine Bevölkerungspolitik betreiben …

Als ich persönlich bei der Einbringung eines der Anträge der NPD-Fraktion darauf hinwies, daß im Gegensatz zur Behauptung in einem Berichtsentwurf der Kommission die Familienpolitik des Dritten Reiches keineswegs verbrecherisch, sondern, umgekehrt, sehr familienfreundlich war, wurde ich vom Vorsitzenden Heinz Eggert niedergebrüllt und des Saales verwiesen. Anschließend brüstete sich Eggert der Presse gegenüber, sekundiert vom SPD-Vorsitzenden im Sächsischen Landtag, Martin Dulig, ebenfalls Kommissionsmitglied, damit, daß er mich von der Sitzung rausgeschmissen hatte, weil er keine ‚Nazipropaganda' in der Kommission toleriere. Da die beiden Herren damit eindeutig gegen die Vertraulichkeit der Kommissionssitzungen verstießen, fühle ich mich persönlich auch nicht mehr an diese Vertraulichkeit gebunden. Ich glaube vielmehr, daß ein Bekanntwerden der unqualifizierten und zweckentfremdeten Arbeitsweise der Kommission für die bevölkerungspolitische Debatte in Deutschland nur förderlich sein kann. …

Der verharmlosende Begriff ‚demographischer Wandel', der den wahren Charakter des beschriebenen Prozesses hinter einer Art ‚Normalität des Wandels' verschleiert, wurde meines Wissens nach von der Bertelsmann-Stiftung lanciert, einem systemtreuen, das heißt auf Globalisierung,

EU-Integration und Demontage von Volk und Staat eingeschworenen sogenannten ‚Think-Tank', dem es meiner Meinung nach nur darum geht, den Herrschenden nach dem Munde zu reden, um dadurch von Behörden, Regierungsstellen und internationalen Organisationen möglichst viele Studienprojekte zu akquirieren."

Wenn Per Lennart Aae mit dieser seiner Behauptung Recht hat – daran zu zweifeln fällt schwer –, dann wäre die Bertelsmann-Stiftung so etwas wie eine „Völkermordzentrale". Unserer gegenwärtigen Bundeskanzlerin werden allerbeste Beziehungen zu diesem „Think-Tank" nachgesagt. Vergegenwärtigt man sich zudem, daß der gegenwärtige Leiter des Aspen-Instituts in Berlin, Jeffrey Gedwin, die Funktion eines als „Berater" bezeichneten Führungsoffiziers unserer Frau Bundeskanzlerin inne hat, bedarf es eines gerüttelten Maßes an Naivität, um in Frau Merkel eine Bundeskanzlerin zu sehen, welche wirklich die Interessen des deutschen Volkes vertritt.

Weitaus offener sind in diesem Punkt die deutschsprachigen Bewohner der Confoederatio Helvetica. In der erstaunlicherweise immer noch überwiegend demokratischen Eidgenossenschaft werden die tatsächlichen Unkosten und Zahlen, welche die dort angelandeten Kulturbringer in der Alpenrepublik produzieren, auch öffentlich benannt. Scheinbar trauen die Schweizer Politiker ihren Staatsbürgern mehr zu als die etablierten Blockparteien der Bundesrepublik ihren deutschen Untertanen, welche die Steuermilliarden für nichtdeutsche Belange mit freudigen Jucheisassa aus dem Fenster werfen.

Im Jahr 2012 war demnach die große Mehrheit der erwerbsfähigen Asylanten mit einer Schweizer Aufenthaltsbewilligung und der vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen von der staatlichen Sozialhilfe abhängig. Bei den dunkelhäutigen Eritreern waren 91 Prozent Sozialhilfeempfänger, bei den Iranern 84 Prozent, und bei Asylanten aus Sri Lanka bezogen drei von vier erwerbsfähigen Personen staatliche Leistungen (75 Prozent). Bei Asylanten bzw. Migranten aus der Türkei waren es hingegen fast neun von zehn (89 Prozent). Die Sozialhilfe-Quote ist damit sogar noch höher als bei

den kulturfremden Menschen aus Syrien (87 Prozent). Am besten schnitten die Chinesen mit „nur" 69 Prozent ab, was eigentlich verwundert. Nach meinen persönlichen Beobachtungen sind sich die Angehörigen der mongolischen Rasse für keine Arbeit zu schade.

Diese Zahlen, die auch im Merkelland nicht sonderlich anders ausfallen dürften, offenbaren eindeutig, daß der Großteil der Asylanten in ihren „Zufluchtsländern" gar nicht arbeiten will, sondern lediglich an den Segnungen des Sozialstaates teilhaben möchte, welchen die einheimische Bevölkerung seit Jahrzehnten gegen ihren eigenen Willen zu finanzieren gezwungen wird. Der Schweizer SVP-Nationalrat Peter Keller konstatierte deshalb nüchtern zu dem Problem gegenüber der *Baseler Zeitung*: *„Offensichtlich bieten die Sozialleistungen keinen Anreiz, sich im Arbeitsmarkt zu integrieren."* Auch in der Bundesrepublik Deutschland wurden die staatlichen Gelder für Asylbewerber jüngst erst wieder angehoben, obwohl die Asylanten weder rechtlich noch gesamtgesellschaftlich mit sozialschwachen Deutschen gleichgesetzt werden dürfen.

Unsere Moralhüter vergessen dabei nie, zu betonen, daß die BRD ein demokratischer Rechtsstaat ist und somit eine Einmaligkeit in der deutschen Geschichte darstellt. „Eigenlob stinkt", sagten wir als Kinder.

Befragt man eine unserer zahlreichen politischen Koryphäen, weshalb einer schrankenlosen, ungesteuerten Masseneinwanderung in die BRD eine derart übertriebene Bedeutung beigemessen wird, erhält man für gewöhnlich die Antwort, daß das Geburtendefizit ausgeglichen werden müsse, um den allgemeinen Lebensstandard aufrechtzuerhalten. In der realen Welt, die den zur Zeit uns Beherrschenden offenbar verschlossen ist, müßten jedoch schleunigst die gleichen Methoden angewendet werden, die in vergangenen Zeiten in einer derartigen Situation auch angewandt wurden. Auf die BRD umgelegt, bedeutet dies: Die Kosten des Bevölkerungsaustausches belasten den Staatshaushalt jährlich mit einer Summe in mehrfacher Milliardenhöhe. Ein kleinerer Teil dieser Summe würde ausreichen, um mit Hilfe fi-

nanzieller Anreize den deutschen Geburtenpegel auf den überlebensnotwendigen Stand zu heben.

Einige Beispiele aus der Vergangenheit seien angeführt. Nach dem Ersten Weltkrieg verminderte sich die Geburtenfreudigkeit des französischen Volkes derart dramatisch, daß am gesellschaftlichen Horizont die Gefahr des Abrutschens des französischen Volkes in das politische Abseits emporstieg. Um dieser Gefahr vorzubeugen, legten die verschiedenen französischen Regierungen ab Mitte der zwanziger Jahre ein speziell zugeschnittenes Sozialsystem auf Kiel, das der Entwicklung erfolgreich gegensteuerte. Das Saarland war bis 1955 wirtschaftlich an Frankreich gekoppelt, mit der Folge, daß auch die dortige deutsche Bevölkerung am französischen Sozialsystem Anteil hatte. Diese Tatsache begünstigte den Umstand, daß die Geburtenfreudigkeit der dortigen deutschen Bevölkerung doppelt so hoch war wie im übrigen Bundesgebiet. Durch die Volksabstimmung von 1955 zugunsten einer Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik gingen diese Zuwendungen wieder verloren. In der Folge sackte die Geburtenrate der saarländischen Bevölkerung innerhalb von nur fünf Jahren auf das bisherige bundesrepublikanische Niveau ab. Sie verminderte sich um reale 50 Prozent.

Neben Frankreich hatte die durch Bürgerkrieg und bolschewistische Terrormaßnahmen bevölkerungsstatistisch schwer gezeichnete UdSSR mit analogen Methoden gleichartige Erfolge zu verzeichnen; desgleichen das Dritte Reich, das eingemauerte Westberlin sowie die durch eine Massenflucht ihrer Bevölkerung demographisch schwer angeschlagene DDR.

Das daraus zu ziehende Fazit dürfte auch dem einfachsten Glied der Gesellschaft verständlich sein. Würden jene Gelder, mit denen die Verantwortlichen der BRD Wirtschaftsflüchtlinge, Kontingentflüchtlinge, Asylbetrüger, „Fachkräfte", Analphabeten, „Kulturbereicherer" usw. anlocken, in den Dienst einer positiven Bevölkerungsentwicklung gestellt, bräuchten wir keine Zuwanderung à la „damit unsere Renten gesichert sind". Und an unseren politischen „Experten" sollte diese schlichte Erkenntnis spurlos

vorübergegangen sein? Ein Schelm, der sich Schlechtes dabei denkt...

Bezeichnend für diese Entwicklung ist, daß sich nur eine kompetente Stimme zu diesem existenziellen Standpunkt leises Verhör zu verschaffen vermag, die des emeritierten Berliner Bevölkerungsstatistikers Professor Herwig Birg, der an der Universität Bielefeld arbeitete.

All diese Merkwürdigkeiten geben Anlaß zu bestimmten Schlußfolgerungen. Der viel beschworene „Untergang des Abendlandes" findet vor unser aller Augen statt; wenn auch aus anderen Gründen als den einst von Oswald Spengler prognostizierten. Nicht der zyklische Geschichtsablauf ist die Ursache des abendländischen Kulturverfalls, sondern der Eingriff einer Reihe finanzstarker Hintergrundmächte, welche die jeweilige Gunst der Stunde zu einer profitablen Trittbrettfahrt nutzen, um unter Ausnutzung falscher Weichenstellungen Europas Weg in den Abgrund zu beschleunigen.

Furchtbare Juristen

Der Volksmund sagt Juristen ein besonderes Talent für Spitzfindigkeiten nach. Am Auswuchs ihrer besonderen Spitzfindigkeit erkennen kritische Zeitgenossen exakt jene Gesetzeskonstrukte, die sich die Protagonisten einer Multikultur zur Verwirklichung ihrer politischen Zielsetzung schufen. Bei der Einführung des sog. „Türkenbonus" stand man vor dem nicht ganz einfachen Problem, eine juristische Formel zur Rechtfertigung der im Lande BRD praktizierten Integrationsjustiz zu konstruieren. Schließlich kann ein Orientale, der eine Inländerin coram publico als „deutsche Nazi-Hure" tituliert, nicht mit dem gleichen Strafmaß bedacht werden, wie ein Deutscher, der in einem Türken einen „Kameltreiber" sieht und dies öffentlich bekundet.

Mit der Existenz des besagten „Türkenbonus" (eigentlich „Ausländerbonus") wurde die Öffentlichkeit erstmalig durch die Berliner Richterin Kirsten Heisig konfrontiert. Sie verwies auf dessen Existenz in einem ihrer Plädoyers. Dies geschah ein halbes Jahr vor

ihrem mit zahlreichen Fragezeichen drapierten höchst eigentümlichen Dahinscheiden aus dem irdischen Jammertal.

Die Multikulti-Juristen verfielen der Idee, die Einwohnerschaft der BRD in zwei unterschiedliche Volksgruppen zu unterteilen, für die sie zwei jeweils differierende Anwendungsgebiete für die Strafbestände der Volksverhetzung (§ 130 StGB) und Beleidigung (§ 185 ff. StGB) konstruierten. Dabei griffen diese Paragraphenreiter tief in ihre Trickkisten und förderten einen Geistesblitz ans Tageslicht, dem ein gewisser, freilich systemtypischer, Einfallsreichtum nicht abzusprechen ist.

Man erfand für die Einwohnerschaft der „BRD"
A) die Bevölkerungsgruppe „Teile der Bevölkerung" in Gestalt von aus der Allgemeinheit herausragenden, umgrenzten Gruppen, sowie
B) die Bevölkerungsgruppe „Bevölkerung" in Gestalt einer, wegen ihres Umfanges nicht aus der Allgemeinheit herausragenden Gruppe.
Sodann stufte man die erste Gruppe als „beleidigungsfähig" ein, während man der zweiten Gruppe dieses Privileg verweigert; sie gilt als „nicht beleidigungsfähig". Darauf muß man erst einmal kommen.

Die Praxis sieht nun wie folgt aus: Sprüche wie „Alle Deutschen müssen vergast werden!" gelten gemäß §130 StGB nicht als Volksverhetzung, da laut BRD-Rechtsprechung nur „Teile der Bevölkerung", die sich „von der übrigen Bevölkerung", der Mehrheit, unterscheiden, „beleidigungsfähig" sind. Die deutschen Inländer sind gemäß dieser Konstruktion aber kein abgrenzbarer Teil und somit auch nicht beleidigungsfähig.

Hatte man bedacht, daß mit der Einführung zweier unterschiedlicher Bevölkerungsteile sämtliche nationalen und internationalen Gesetze, die die Gleichheit aller vor dem Gesetz postulieren, somit für den autochthonen Teil der Bevölkerung im Einzugsbereich der BRD außer Kraft gesetzt sind? Was nun, wenn eine oder mehrere dieser Gruppierungen sich einem Angriff auf ihre Menschenwürde

in Folge einer böswilligen Verächtlichmachung oder Verleumdung ausgesetzt sieht? Da die Kategorie „Teile der Bevölkerung" im Gegensatz zur Kategorie „Bevölkerung" beleidigungsfähig ist, können diese den Schutz des besagten Wunderparagraphen in Anspruch nehmen, nicht aber der indigene Teil der Bevölkerung.[35]

Einige Beispiele, die sich bestens eignen, im Rahmen des „Türkenbonus" Folgetaten zu stimulieren.

In Berlin fand 2008 ein Prozeß gegen drei Türken statt, die 2007 auf dem Oberdeck eines BVG-Busses ausriefen, man müsse alle Deutschen vergasen. Dabei fielen noch andere, ähnlich liebliche Aufforderungen wie „Scheißdeutsche", und „wir ficken alle Nazi-Huren".[36] Auch versuchten die Anatolier, einem deutschen Mädchen an die Wäsche zu gehen und bedrohten Fahrgäste. Die Strafe bestand in vier Wochen Jugendarrest und einigen Arbeitsstunden. Für bundesdeutsche Verhältnisse ein vergleichsweise hohes Strafmaß, bedenkt man die zahlreichen anderen Urteile bundesdeutscher Richter gegenüber orientalischen „Kulturbereicherern". So erhielt zum Beispiel eine Kölner Türkenbande nur zehn Sozialstunden aufgebrummt, weil sie einen Deutschen ins Koma geschlagen hatte. Der Todesfahrer Hassan, der ohne Führerschein einen Deutschen totgefahren hatte, kam mit lediglich neun Monate Haft davon; auf Bewährung!

Im Fall des Berliner BVG-Busses wären deutsche Täter allerdings nicht so billig davongekommen. Das betonte die verhandelnde Richterin Kirsten Heisig in der Urteilsbegründung. Die Angeklagten hätten von ihrer türkischen Abstammung profitiert, da Deutsche, die sich derartig gegenüber Orientalen geäußert hätten, mit sehr viel härterer Bestrafung hätten rechnen müssen. Sie wären nicht nur wegen Beleidigung, sondern wegen Volksverhetzung verurteilt worden.[37]

---

35 Genaueres ist dem Taschenbuch „Mäxchen Treuherz und die juristischen Fußangeln", Gesellschaft für freie Publizistik (GfP), Oberboihingen bei Stuttgart, S. 43 ff., zu entnehmen.

36 Der Begriff „Nazihure" ist im Kanak Sprak ein Synonym für deutsche Frau. „Kanak Sprak" ist die informelle Bezeichnung für einen Szenejargon, der vorwiegend von zweisprachig aufgewachsenen, meist türkischstämmigen Jugendlichen der zweiten oder dritten Einwanderergeneration gesprochen wird.

37 Rundfunk Berlin-Brandenburg, 23. 4. 2008

Oder rufen wir uns einen ähnlich gelagerten Fall in Erinnerung. Am Faschingsdienstag 2007 schlug eine Türkenbande eine Karnevalsgruppe zusammen, weil diese sie ihrer Meinung nach nicht mit genügend Kamellen versorgt hatte. Eines ihrer Opfer, Hans-Peter B., schlugen sie ins Koma, außerdem erlitt er einen Jochbein-Bruch und ein Schädel-Hirn-Trauma. Das Urteil für die Täter: 10 bis 30 Sozialstunden. Dieses Urteil verschlug selbst den Journalisten des *Kölner Express* die Sprache. Dieser titelte *„Unglaubliches Urteil"*.

Neben dem „Türkenbonus" erweckt die juristische Überhöhung von Angehörigen der mosaischen Kultgemeinschaft durch das Bundesverfassungsgericht den Eindruck, man ignoriere Artikel 3 GG wie auch die entsprechenden Postulate der Charta der Vereinten Nationen. Das Bundesverfassungsgericht entschied auf eine Verfassungsbeschwerde der NPD wie folgt: *„Die historische Tatsache selbst, daß Menschen nach den Abstammungskriterien der sog. ‚Nürnberger Gesetze' ausgesondert und mit dem Ziel der Ausrottung ihrer Individualität beraubt wurden, weist den in der Bundesrepublik lebenden Juden ein besonderes personales Verhältnis zu ihren Mitbürgern zu; in diesem Verhältnis ist das Geschehene auch heute gegenwärtig. Es gehört zu ihrem personalen Selbstverständnis, als Angehörige zu einer durch das Schicksal herausgehobenen Personengruppe begriffen zu werden, der gegenüber eine besondere moralische Verantwortung aller anderen besteht, und das Teil ihrer Würde ist. Die Achtung dieses Selbstverständnisses ist für jeden von ihnen geradezu eine der Garantien gegen eine Wiederholung solcher Diskriminierung und eine Grundbedingung für ihr Leben in der Bundesrepublik. Wer jene Vorgänge zu leugnen versucht, spricht jedem einzelnen von ihnen diese persönliche Geltung ab, auf die sie Anspruch haben. Für den Betroffenen bedeutet das die Fortsetzung der Diskriminierung der Menschengruppe, der er zugehört, und mit ihr seiner eigenen Person."*[38]

Ein weiteres Exponat aus dem Kuriositätenkabinett bundesrepublikanischer „Rechtssprechung" ist die Außerkraftsetzung des Volksverhetzungsparagraphen bei Fällen von Aufforderungen zum

38 Bundesverfassungsgericht 1 BvR 23/94 vom 13. 4. 1994 und *Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen* (BGHZ) 75 160/162, *Bundesdrucksache* Nr. 10/3242, S. 9

Völkermord am deutschen Volk unter Berufung auf Artikel 5 GG. Doch über dieses Thema mehr an anderer Stelle.

Richter Manfred Götzl, geb. am 12. Dezember 1953, ist Vorsitzender Richter am Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes in München. Gegenwärtig sitzt er dem noch immer pro forma vor sich dahindümpelnden NSU-Prozeß vor. Götzl ist als exemplarischer Systemjurist und Choleriker berüchtigt. Es bereitet ihm offenbar ein besonderes Vergnügen, autochthone Deutsche, die sich gegen Angriffe von Zivilokkupanten zur Wehr setzten, zu langjährigen Haftstrafen zu verurteilen. Strafe muß schließlich sein. Hätten sich die Indigenen nicht gewehrt, bräuchte Systemrichter Götzl auch nicht gegen die Inländerbrut aktiv werden. Im Folgenden bringen wir zwei Beispiele aus seiner Tätigkeit als Systemjurist.

Im Frühjahr 2008 verurteilte er den damals 57-jährigen Fahrradfahrer Josef I., der frühmorgens in der Laimer Unterführung ein junges Mädchen „Geh' weg, ich will nicht mehr!" schreien hörte. Neben ihr sah er einen Jugendlichen, der auf ihn einen „aggressiven" Eindruck machte, weshalb er ihm zurief „Laß sie doch in Ruhe!". Als ihm der Angesprochene daraufhin antwortete „Hau ab, das geht Dich nichts an!" fuhr Josef I. zwar weiter, wurde aber trotzdem von dem Jugendlichen verfolgt. Als der 16-Jährige ihn erreichte, stach ihm der nach eigenen Angaben völlig verängstigte Radler mit einem Taschenmesser in die Achselhöhle, worauf hin der Betreffende viel Blut verlor und im Krankenhaus operiert werden mußte. Für Richter Götzl war diese Selbstverteidigungsmaßnahme Anlaß, gegen Josef I. eine Haftstrafe von viereinhalb Jahren wegen gefährlicher Körperverletzung zu verhängen – ein Strafmaß, bei dem keine Aussetzung zur Bewährung mehr möglich ist. Als der 57-Jährige seine damals verspürte Angst im Prozeß dadurch verständlich zu machen versuchte, daß er schilderte, wie er in der Vergangenheit von Jugendlichen derart zusammengeschlagen wurde, daß er zahlreiche Trümmerbrüche im Gesicht erlitt, die mit im Kiefer verbleibenden Drähten zusammengeflickt werden mußten, hielt ihm Götzl vor, in Selbstmitleid zu zerfließen. – Es soll Zeitgenossen geben, die sich klammheimlich wünschen, daß Richter Götzl auch einmal das Opfer einer proletarischen Abreibung wird.

Anfang 2009 verurteilte Götzl den 30-jährigen Informatikstudenten Sven G., der sich mit einem Messer gegen fünf Albaner zur Wehr gesetzt hatte und dabei den vorbestraften Anführer der Bande, Mergim S., mit einem kurzem Ziermesser in den Hals gestochen hatte, zu einer Haftstrafe von 3 Jahren und 9 Monaten. Auch in diesem Fall mußte der Verurteilte, der sich in seinem Leben niemals etwas hat zu Schulden kommen lassen, die Haftstrafe ohne Bewährungschancen antreten. Götzl erkannte zwar auf eine klare Notwehrsituation, fand aber die Reaktion des Studenten als unverhältnismäßig – eine Sicht, die dieser anfangs nur bedingt teilen wollte, womit er sich offenbar den besonderen Zorn des Richters zuzog, der darauf hin – so die *Süddeutsche Zeitung* – „sichtlich verärgert" meinte: „Daß man sich vom Täter zum Opfer macht, haben wir hier noch nicht erlebt."

Der Tathergang ließ auch einige Prozeßbeobachter daran zweifeln, ob im Fall von Sven G. nicht genau jenes „gesteigerte Maß an Angst" vorlag, bei dem Strafrechtskommentare von einem „intensiven Notwehrexzeß" ausgehen, wie ihn der § 33 StGB regelt. Wörtlich heißt es darin: *„Überschreitet der Täter die Grenzen der Notwehr aus Verwirrung, Furcht oder Schrecken, so wird er nicht bestraft."* Sven G. sagte vor Gericht aus, „er habe in seinem Leben noch nie soviel Angst gehabt". Tatsächlich hatte Mergim S., der Anführer der fünf albanischen Schläger, vor dem Angriff auf den Studenten in der Nähe des Münchner U-Bahnhofs Garching am 14. März 2008 bereits dessen Freund zusammengeschlagen – ein Vorgang, der möglicherweise nicht ohne Konsequenzen auf die Reaktion des Sven G. Geblieben ist. Vorsicht soll bekanntlich die Mutter der Porzellankiste sein.

Es geht um das Recht auf Notwehr – und wo Notwehr endet. Diesbezüglich mißt man im Merkelland mit zweierlei Maß, denn Ausländer sind im Staate BRD gleicher als die Autochthonen; ein glatter Verstoß gegen Artikel 3 GG. Im übrigen erhalten die Richter des freiesten deutschen Rechtsstaates, dessen sich das deutsche Volk jemals erfreute, von höherer Warte Weisung, wie sie bei politischen Prozessen zu urteilen haben. So zumindest ist es einem Plädoyer zu entnehmen, das die Richterin Kirsten Heisig ungefähr

ein halbes Jahr vor ihrem „Selbstmord" hielt. Ich komme darauf zurück. Im Fall Sven G. habe man den Täter zum Opfer gemacht, erklärte der Verteidiger von Sven G. Auch der Verurteilte sagte vor Gericht, er fühle sich nicht als Täter, sondern als Opfer, eine Aussage, die beim Vorsitzenden Richter Manfred Götzl allerhöchste Empörung hervorrief.

In der Zwischenzeit zog man die juristischen Zügel noch straffer an.

„Richtlinie 12,1 – Berichterstattung über Straftaten. In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorganges ein begründeter Sachbezug besteht. Besonders ist zu beachten, daß die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte."[39] Mit „Richtlinie 12,1" wurde jener Artikel 3 GG, wie auch die Artikel 1 und 13 der Charta der Vereinten Nationen, welche die Gleichheit aller vor dem Gesetz garantieren, de facto und de jure außer Kraft gesetzt. Ebenso Richtlinie 6: *„Journalisten und Verleger üben keine Tätigkeit aus, die die Glaubwürdigkeit der Presse in Frage stellen könnte."*

Die beiden Urteile wurden nicht nur sehr ausgiebig im Internet diskutiert, sondern führten bei vielen Kommentatoren auch zu dem Schluß, daß man zumindest in München im Zweifelsfall lieber wegsehen sollte, wenn man Gewalttätern in Aktion begegnet. Somit stellt sich die Frage, ob die Rechtsbrüche des Richters Götzl auf Selbstherrlichkeit, Paragraphenreiterei, Opportunismus, antideutschen Rassismus, geistige Bequemlichkeit oder auf einer anderweitigen negativen charakterlichen Beschaffenheit basieren. Entsprechend den Vorstellungen besagten Richters hat demnach jeder, dem sich eine Gruppe Zivilokkupanten in aggressiver Absicht nähert, erst einmal ein Gesetzbuch zu konsultieren, ob und wie weit er sich verteidigen darf, ohne wegen „Notwehrexzesses" – so die juristische Bezeichnung dieses spezifischen Delikts – von einem BRD-Tribunal verurteilt zu werden.

---

39 „Richtlinien für die publizistische Arbeit nach den Empfehlungen des Deutschen Presserats" in der Fassung vom 13.3.2013

Ein anderes Kaliber ähnlich mentaler Zusammensetzung ist der Berliner Richter Ralph Ehestädt, wenn auch mit dem Unterschied, daß dessen Urteilsbegründung im vorliegenden Fall noch um einige Grade menschenfeindlicher ist als die seines Bruders im Geiste Götzl.

Im September 2011 pöbeln zwei wegen Gewalttaten vorbestrafte Kurden, ein Ali T. (21) und ein Baris B. (22), auf dem Berliner U-Bahnhof Kaiserdamm den 23-jährigen Giuseppe M. an und nehmen ihm gegenüber eine bedrohliche Haltung ein. Giuseppe ist zwar kein Deutscher, sondern Italiener, wurde aber hier geboren und spricht ein astreines Deutsch. Die Täter mußten demnach in ihm den Deutschen erblickt haben. Als Giuseppe flüchtet, verfolgen sie ihn bis auf den stark befahrenen Kaiserdamm. Bei der Verfolgung rennt der in Panik geratene Giuseppe gegen ein fahrendes Auto und wird gegen einen Laternenmast geschleudert. Der 23-Jährige stirbt am Unfallort. Die beiden Täter machen sich in einem Taxi davon, werden aber wenig später gefaßt. Beide sind bereits wegen Raubes und Körperverletzung vorbestraft. Dennoch meint es der Vorsitzende Richter Ehestädt gut mit ihnen. Ali T. wird zu einer zweijährigen Bewährungsstrafe verurteilt, Baris B. zu einer viermonatigen Bewährungsstrafe.

Das Bemerkenswerte an diesem Musterbeispiel bundesrepublikanischer Rechtsstaatlichkeit ist seine juristische Begründung, die bereits Geschichte, wenn auch eine negative, gemacht hat: „Es war eine Flucht Hals über Kopf. Wenn er etwas langsamer gelaufen wäre, wäre es nicht passiert." Ein wahrhaft überzeugendes Argument! Zudem seien die beiden Angeklagten geständig gewesen und hätten Reue gezeigt. Es fehlt nur noch, daß den beiden Tätern aus therapeutischen Gründen ein Segeltörn in die Karibik oder die Südsee spendiert wird; so etwas hatten wir ja bereits mehrfach.

Das Urteil wurde in der Öffentlichkeit heftig kritisiert und dennoch nicht aufgehoben. Urteile dieser Art fördern natürlich die Gelüste von Zivilokkupanten, den „Kartoffelfressern" (gemeint sind die Deutschen) zu zeigen, wer der eigentliche Herr im Hause ist.

Den folgenden Artikel hat Bernd Dahlenburg auf der pro-israelischen und zionistischen Netzseite haOalam.de am 7. April 2012 ins Internet gestellt. Ich gebe hier den Inhalt auszugsweise wieder.

„Ralph Ehestädt und die Richter der 1968er-Generation

... Ich weiß nicht, wann dieser in der Überschrift angesprochene und jetzt zu zweifelhafter Berühmtheit gelangte Mensch ... das Licht der Welt erblickt hat, aber dem Foto entsprechend dürfte er meiner Altersklasse angehören, also Mitte der 1950er-Jahre oder kurz danach geboren sein. Ich werde weiter unten auf ihn und seinen pathologisch intendierten Urteilsspruch im Fall der Berliner U-Bahn-Schläger (Mörder?) zu sprechen kommen.

Die zwei von mir oben angesprochenen wie Klettverschlüsse ineinander übergreifenden Altersgruppen oder miteinander negativ aufgeladenen korrespondierenden Konflikt-Generationen zwischen 1950 und 1970 kannten eigentlich nur zwei Enkulturations- oder Sozialisations-Themata:

Geschichtsunterricht mit Kreide an der Schiefertafel wie in meiner Kindheit bis zur 5. Klasse, beginnend mit dem deutsch-französischen Krieg im 19. Jahrhundert, übergehend zum Schlieffenplan des Ersten Weltkrieges und endend mit stolzer und verlogener Helden-Mythologisierung der 6. deutschen Armee bei Stalingrad (alle Schlachtformationen schön aufgezeichnet) – dann aber abruptes Ende des Geschichtsunterrichts und Eingliederung ehemaliger NS-Funktionäre ins deutsche Wirtschaftswunderland.

In der DDR hatte man weniger Glück, was die freie Ausübung des Geschichtsunterrichts betraf: Dort wurde den Schülern nach Kriegsende die marxistische Variante des Totalitarismus eingebläut, was Honecker & Co freie Fahrt gab, bis Anfang der 1980er-Jahre etliche Nazis in die Nationale Volksarmee und SED aufzunehmen. Zweck und Ziel der Feindpropaganda: Förderung des sich mehr und mehr abzeichnenden schleichend praktizierten Frontalunterrichts in Sachen Radikal-Pazifismus im Westen, der sich in den 1968er-Jahren zum Credo des westdeutschen Sozial- und Geschichtskundeunterrichts entwickelt hatte.

Wie wohl hatte ich mich gefühlt, als ich Anfang der 1980er-Jahre mein Abitur über den Zweiten Bildungsweg nachholte und von Lehrern immer nur eines hörte: ‚Die Konservativen hatten Schuld an allem.' Das tat gut und ging runter wie Öl, denn schließlich wollte man nicht zur politischen Paria-Kaste gehören. Und ja, ‚die DDR ist Spitze, weil sie sich auf Rang 10 der Industrienationen hochgearbeitet hat' (Originalton eines evangelischen Pfarrers und Uni-Dozenten, der 1983 eine Reise unseres Lehrstuhls in die DDR leitete). Nachdem ich schüchtern Einspruch erhob, daß diese Zahlen geschönt sein könnten, auch keine individuelle Freiheit existiere und der unsägliche Dreck, der in Halle (ich nannte es damals ‚Hölle') selbst bei schönstem Sonnenschein vom Himmel regnete, nicht unbedingt ein Beleg für Fortschritt sein könne, wurde ich gemieden wie die Pest, denn: was nicht sein darf, kann auch nicht sein, auch wenn alle objektiv wahrnehmbaren Sinne dagegen sprachen.

Und dennoch war ich damals so benebelt, daß ich Jahre brauchte (bis zum Ende des Studiums), um diesen Schwachsinn als politische Indoktrination und [pseudo-pädagogischen] Versuch zu entlarven, mich unmündig und stromlinienförmig zu machen bzw. meine Studienwahl zu beeinflussen (ich blieb dennoch bei Theologie und Politikwissenschaften, aber innerlich anders intendiert). Franz Alts Bestseller ‚Frieden ist möglich' war ein Muß für meine Lektüre. Gott sei Dank hatte ich später die Kurve gekratzt. Und heute kann ich nur noch den Kopf schütteln über meine Naivität damals. Doch dazu später in einem andern Beitrag, falls erwünscht.

Michael Miersch, der bei ‚Achgut' schreibt (interessanterweise auch mein Jahrgang) ging es in seiner journalistischen Laufbahn ähnlich wie mir, und er hat das in einem grandiosen und epochalen Beitrag abgefaßt, wie man ihn auch zukünftig nicht besser formulieren kann: ‚Ja, bin ich denn rechts?'

Wer auf meinen privaten Kommentarblog ‚Castollux' klickt, wird dort sehen, daß ich unter der Rubrik ‚Über mich' diesen Text als mein Leitmotiv gewählt habe. So wird es auch bleiben – seit Jahren schon.

Fazit: Wage ich mich jetzt zu weit aus dem Fenster, wenn ich sage, daß einer wie Richter Ralph Ehestädt, der in seiner Urteilsbegründung

formulierte, daß ein von zwei tumben und [aus freiem Willen] vollgedröhnten Schwerverbrechern zu Tode gehetzter Italiener nicht das Prinzip der pazifistischen Entschleunigung befolgt habe, eigentlich ein gnadenloser Opportunitäts-Faschist im moralischen Sinne ist?

Nein, ich wage mich hier nicht zu weit aus dem Fenster, und je mehr Widerspruch ich ernten würde, desto mehr wäre ich mir gewiß, daß ich richtig liege:

Menschen wie Ehestädt sind gnadenlose Opportunitäts-Faschisten im moralischen Sinne und Ergebnisse einer selbstvergessenen 1968er-Generation. Sie sind Kinder einer grenzenlosen Spaßveranstaltung ohne die Gegenseite der Medaille – einer selbst verantworteten Freiheit, die im Zuwiderhandeln auch begründete Strafe kennt, wie es Joachim Gauck so erfrischend formuliert.

Die geistigen Väter eines Ralph Ehestädt hatten an ihre sozialistisch-muffigen Fahnen geheftet, daß alles, was nach 1945 konservativ oder liberal sozialisiert oder erzogen worden war, einem marxistischen Gleichschaltungsprozeß unterworfen werden müsse.

Dazu dienten und dienen heute bei ‚Die Linke' Begriffe wie der schwammige Terminus Gleichheit (in der gesellschaftlich genormten Anlage ebenso wie in der angestrebten Quoten- und Geschlechterregelung; an sich schon faschistoid in der Diktion, wenn man den Gedanken konsequent durchzieht), [jüdisches] raffendes Finanzkapital (Lafontaine!), Elternbevormundung (Kindertagesstätten als sozialistische und generationsübergreifende ideologische Basisstation, die den Müttern die Fähigkeit zur Elternliebe und verantwortungsvollen Umgang mit Geld abspricht), Besteuerung des Eigenkapitals ohne Rücksicht auf Betriebskapital und dessen Reinvestitionskapazitäten besonders beim Mittelstand, (aktive) Sterbehilfe, Präimplantationsdiagnostik, Resozialisierung von Straffälligen (die ich prinzipiell nicht ablehne, aber auf die Gewichtung kommt es an) vor Opferhilfe und vieles mehr. Ich frage mich, warum der Weiße Ring bis heute noch ein mediales Schattendasein fristet und Täterhilfen weiterhin wie Pilze aus dem Boden sprießen."

Die Frage Bernd Dahlenburgs ist leicht zu beantworten: Künstlich gezüchtete Kriminalität fördert die Zerstörung organisch ge-

wachsener gesellschaftlicher Strukturen. Alles, was den Deutschen schaden kann, ist im Interesse der Globalisten zu fördern. Deshalb auch sind kriminelle Ausländer für die Schöpfer der NWO so immens wichtig, wobei Leute wie Ehestädt die Rolle des „nützliche Idioten“ übernehmen.

Aber lesen wir den Beitrag des Zauberlehrlings weiter. Er wird die Geister, die er und seinesgleichen einst riefen, nun nicht mehr los: *„Ralph Ehestädts Ethik scheint – so läßt sein Gerichtsurteil jedenfalls vermuten – in diesem Nirwana der moralischen Orientierungslosigkeit immer mehr an Zustimmung zu gewinnen.*

Man beachte nur die scheinbar läppischen Erfolge der Piraten, zu denen sich Dieter Nuhr treffend geäußert hat.

Acta sunt ad Acta. Oder anders formuliert: Die Ralph Ehestädts dieser Republik braucht man nicht mehr zu kaufen, die gibt's umsonst – an jedem Strafgericht. ... Bernd Dahlenburg.“

Am Landgericht Kleve im Rheinischen treibt ein weiterer Paragraphenritter sein Unwesen. Dessen Fähigkeit im Aufspüren juristischer Schlupfwinkel ist bereits legendär, besonders wenn sich seine Kundschaft aus Türken zusammensetzt. Sein Name: Johannes Huismann.

Was ein richtiger Südländer ist, genießt bei bestimmten BRD-Richtern bekanntlich Narrenfreiheit. Ist er gar Türke, steht er über der Gesetzgebung seines Wirtsvolkes; selbst dann, wenn er den Versuch unternimmt, Kinderzimmer in Brand zu stecken.

Versuchter Mord und besonders schwere Brandstiftung lautete die Anklage, die Staatsanwalt Klaus Jettka gegen einen 21-jährigen Türken aus Moers erhoben hatte. Drogengeschäfte, in die zwei Mädchen, die in dem Kinderzimmer schliefen, verwickelt gewesen sein sollen, lieferten dem zur Tatzeit 19-jährigen Türken das Motiv. Anfangs August 2011 tauchte er eines Nachts vor dem Haus auf und warf einen Molotow-Cocktail, der aber, da schlecht gezielt, an der Hauswand neben einem der Fenster zerschellte.

„Moers. Versuchter Mord und versuchte schwere Brandstiftung – so lautete die Anklage, die Staatsanwalt Klaus Jettka gegen einen 21-jährigen Türken aus Moers erhoben hat. Der Angeklagte gestand bereits am ersten Prozeßtag, einen Molotow-Cocktail auf ein Kinderzimmer geworfen zu haben. Daß er aber den zweiten Brandsatz, den er dabei hatte, nicht schleuderte, wertete die Große Jugendkammer des Landgerichts Kleve als eine strafbefreienden Rücktritt gemäß § 24 StGB. Das Urteil lautete daher: Freispruch." Der freisprechende Richter hieß Johannes Huismann.[40]

„„Es war entscheidend, daß mein Mandant mit mehreren Flaschen unterwegs war', interpretierte Verteidiger Markus R. Kniffka das Urteil der Jugendkammer. Nachdem sein Mandant den Brandsatz geworfen habe, habe er sich bewußt dagegen entschieden, noch einen zweiten zu werfen. Das Gericht sah damit § 24 des StGB erfüllt, in dessen Absatz 1 es heißt: ‚Wegen Versuchs wird nicht bestraft, wer freiwillig die beabsichtigte Tat aufgibt oder deren Vollendung verhindert.' Der Angeklagte kam nach monatelanger U-Haft wieder auf freien Fuß."[41]

Ein anderer Trick, um einen Angeklagten vor seiner berechtigten Verurteilung zu schützen, ist die Ausrede, man könne den Tathergang nicht rekonstruieren, da mehrere Täter in Frage kämen. Auch auf diesem Sektor ist Huismann ein Meister seines Fachs.

Zwei Jugendliche – ob ebenfalls mit Migrationshintergrund, ist den Medien nicht zu entnehmen – hatten aus Mordlust einen Obdachlosen nahe der Ortschaft Kamp-Lindfort (Nordrhein-Westfalen) totgetreten, bekamen aber nur eine Bewährungsstrafe. Richter Huismanns Urteilsbegründung ist der absolute Knüller: *„Da beide Jugendliche gemeinschaftlich auf den Obdachlosen einschlugen und eintraten, konnte der Richter den tödlichen Schlag/Tritt keinen von beiden zuordnen, so daß beide frei gesprochen wurden." „Moers. Versuchter Mord und versuchte schwere Brandstiftung – so lautete die Anklage, die Staatsanwalt Klaus Jettka gegen einen 21-jährigen Türken aus Moers erhoben hat. Der Angeklagte gestand bereits am ersten Prozeßtag,*

---

40 Zitiert nach dem noch nicht veröffentlichten Typoskript Wolfgang Hackerts „Katastrophe BRD", S. 168.

41 zitiert a.a.O., S. 168

einen Molotow-Cocktail auf ein Kinderzimmer geworfen zu haben. Daß er aber den zweiten Brandsatz, den er dabei hatte, nicht schleuderte, wertete die Große Jugendkammer des Landgerichts Kleve als eine strafbefreienden Rücktritt gemäß § 24 StGB. Das Urteil lautete daher: Freispruch."Der freisprechende Richter hieß Johannes Huismann.[42]

„Es war entscheidend, daß mein Mandant mit mehreren Flaschen unterwegs war', interpretierte Verteidiger Markus R. Kniffka das Urteil der Jugendkammer. Nachdem sein Mandant den Brandsatz geworfen habe, habe er sich bewußt dagegen entschieden, noch einen zweiten zu werfen. Das Gericht sah damit § 24 des StGB erfüllt, in dessen Absatz 1 es heißt: ‚Wegen Versuchs wird nicht bestraft, wer freiwillig die beabsichtigte Tat aufgibt oder deren Vollendung verhindert.' Der Angeklagte kam nach monatelanger U-Haft wieder auf freien Fuß."[43]

Merke: Willst du jemanden ermorden, mache dies gemeinschaftlich. Jeder darf mal auf den Kopf des Opfers springen oder treten. Da man aus der Ferne nicht feststellen kann, wer dem Opfer die zum Tode führenden Verletzungen tatsächlich beigebracht hat, beruft man sich auf den Grundsatz „in dubio pro reo".[44] – BRD-Rechtsstaatlichkeit, wie sie leibt und lebt!

„In der Nacht zum Pfingstsonntag gegen drei Uhr wurde auf dem Parkplatz am Pappelsee in Kamp-Lintfort (NRW) die Leiche eines 51jährigen Mannes gefunden. Er lebte auf diesem Parkplatz, als Behausung diente ihm ein alter Opel Corsa, voll gepackt mit seiner ihm verbliebenen Habe. Auf diesem Parkplatz starb er auch in dieser Nacht, erstickt an seinem eigenen Blut. Eine Mordkommission unter Leitung von Arndt Rother verhaftete nur wenige Tage später einen damals 16-Jährigen – die Beamten waren sich sicher, einen Mörder gefaßt zu haben.

Dieser Auffassung war auch die Staatsanwaltschaft. Staatsanwalt Stefan Müller hatte für den mittlerweile 17-jährigen, des Mordes Angeklagten neun Jahre Gefängnis gefordert. Die Große Jugendkammer des

42 zitiert a.a.O. S. 169
43 ebda.
44 Im Zweifel für den Angeklagten.

Landgerichts Kleve unter dem Vorsitz von Richter Johannes Huismann sah sich jedoch außer Stande, dem Jugendlichen den Mord nachzuweisen.

‚Keiner der Angeklagten wurde wegen des Tötungsdelikts verurteilt', erklärte nach der Urteilsverkündung Jürgen Ruby, Pressesprecher des Landgerichts. Die Kammer habe allerdings auch klargestellt, daß nicht etwa ein Unfall, sondern Schläge gegen den Kopf zum Tod des 51-jährigen Obdachlosen führten, so Ruby weiter. Nach dem Ausschöpfen aller Beweismittel habe die Kammer nicht sagen können, ob der Hauptangeklagte, ein gleichaltriger, wegen Körperverletzung Angeklagter oder auch die beiden ‚Mitläufer' die tödlichen Schläge führten."[45]

Derartige Spitzfindigkeiten sprechen sich in einschlägigen Kreisen selbstverständlich herum, daher auch die auffallende Zunahme des Kopftretens durch orientalische Lynchmobs. Dem Internetblog „Messerattacken und andere unschöne Dinge auf Deutschlands Straßen"[46] kann der interessierte Leser eine reichhaltige Sammlung kulturbereichernder Aktivitäten entnehmen.

Wir picken nur einen typischen Fall heraus.

„Weyhe – türkisches Kopftreter-Rudel tötete Daniel Siefert – Polizei muß die Familie bei der Beerdigung vor Türken schützen. Verfaßt am 10. 3. 2013.

... Hintergrund: Dabei arbeiteten die Täter nach ‚bewährtem' Muster: Türken und Araber wählen das Kopftreten im Rudel als Mittel im Kampf gegen Deutsche, da sie hierbei keine Anklage wegen Mordes oder Totschlags zu erwarten haben. Man unterstellte ihnen hierbei nämlich keine Tötungsabsicht, da sie unbewaffnet vorgegangen sind. Es heißt dann regelmäßig, daß die Gehirnblutungen, die zum Dauerkoma oder Gehirntod von Opfern führen, schon durch den Aufprall des Kopfes auf das Pflaster verursacht wurden und nicht erst durch die nachfolgenden Tritte. Genauso wird auch im Fall Jonny K. argumentiert. Statt Mord oder Totschlag lautet die Anklage auf Körperverletzung, weil das Opfer

45 www.quotenqueen.wordpress.com/2010/12/21/obdachlosenmord-ein-jahr-auf-bewaehrung, vom 16. 6. 2013

46 http://messerattacke.wordpress.com/

'unglücklich gestürzt' ist, also keine 'Tötungsabsicht' bestand. Die Türken wissen, daß sie damit durchkommen. Siehe [die Fälle] Jonny, siehe Benjamin, siehe Matthias.'"[47]

Während diese Zeilen vom Verfasser niedergeschrieben werden – Mitte Juni 2013 – findet in Berlin ein Prozeß gegen eine Gruppe von türkischen Gewalttätern statt, die im Oktober 2012 auf dem Berliner Alexanderplatz Jonny K. durch Treten gegen den Kopf ermordet haben. Des Weiteren wird in absehbarer Zeit der Prozeß gegen die Täter von Kirchweyhen stattfinden, wo ebenfalls durch Kopftreten gemordet wurde. Auch hier waren mehrere Täter beteiligt. Es ist zu vermuten, das in beiden Fällen nach dem von Richter Huismann praktizierten juristischen Taschenspielertrick verfahren wird, und die Angeklagten nach dem Motto „in dubio pro reo" freigesprochen werden. Der Vorsitzende Richter im Fall Jonny K., Helmut Schweckendiek, baut offenbar bereits vor. Er erklärte, der Tod von Jonny K. sei – laut dem Artikel „Gewalttäter im Fall Jonny K. können mit milden Strafen rechnen" in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* – „eine Verkettung unglücklicher Umstände". Nun, man wird sehen, ob das Beispiel Huismann noch weiter Schule macht.

Die hier und anschließend erwähnten Paragraphenritter sind keinesfalls das Produkt einer aus dem Ruder gelaufenen Entwicklung. In der Politik gibt es gemäß der Erkenntnis des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt keine Zufälle – wenn etwas geschieht, dann ist es auch so geplant. In diesem Punkt stimmt der Autor dem US-amerikanischen Kriegstreiber ausnahmsweise einmal überein. Auch nehmen die genannten Gestalten keine Spitzenpositionen ein. Diese gebührt – falls er nicht in der Zwischenzeit von einem noch furchtbareren Juristen übertroffen worden ist – dem juristischen Leichtgewicht Hans Werner Riehe vom AG Köln, der selbst unter linksgestrickten Kollegenkreisen als „Richter Butterweich" tituliert wird.

„Richter Hans Werner Riehe, der den Komaschläger laufen ließ: Selbst im Amtsgericht Köln hat er offenbar keine Freunde mehr.

---

47 http://messerattacke.wordpress.com/2013/03/10/weyhe-türken-rudel-tritt-daniel

Von Hans Christian Matuscheck

Richter Hans-Werner Riehe, der den 18-jährigen Türken Erdinc S. frei ließ, obwohl dieser einen Menschen halb tot geschlagen hat, hat sich wohl mit dieser Aktion, die eigentlich nur der Gipfel einer ganzen Serie von Milde-Urteilen, insbesondere gegen schwerstkriminelle Ausländer ist, auch im Amtsgericht Köln sehr unbeliebt gemacht.“[48]

„Brutaler Schläger prügelt Familienvater ins Koma – Richter ließ ihn laufen – nur 26 Tage später schlug der Täter wieder zu. 30. 8. 2008

Ein der Polizei bekannter Schläger prügelte einen Familienvater zum Invaliden. Trotzdem ließ ihn der Kölner Richter Hans-Werner Riehe (51) wieder laufen. Nur 26 Tage nach dem milden Urteil schlug Intensivtäter Erdinc S. (18) schon wieder einen Mann krankenhausreif. Am 28. Mai 2008 urteilte Hans-Werner Riehe, seit sechs Jahren Jugendrichter und zuvor Haftrichter am Amtsgericht: kein Gefängnis, keine Geldstrafe, keine Sozialstunden für den Täter!

‚Richter Butterweich' bescheinigte dem muskulösen Erdinc S. eine gute Sozialprognose. Nur 26 Tage nach dem milden Urteil: An einer Haltestelle suchte Erdinc S. Streit, schlug einen Mann zu Boden. Der kam mit schweren Augenverletzungen in eine Klinik. Amtsgerichts-Sprecher Jürgen Mannebeck: ‚Der Richter konnte damals keine schädlichen Neigungen feststellen. Auch dem Gutachter war es nicht möglich, bei Erdinc dissoziales Verhalten festzustellen.' Und dann dieser unglaubliche Satz: ‚Mit einer Prognose liegt man schon mal daneben.'“[49]

In einem anderen Fall hat „Butterweich“ drei Männer auf Bewährung freigesetzt, die einen vierten mit Benzin übergossen und angezündet hatten. Das Opfer konnte offenbar gerettet werden.[50]

---

48 http://dcrs-online.com/richter-hans-werner-riehe-der-den-koma-schlaeger-laufen-liess-selbst-im-amtsgericht-koeln-hat-er-offenbar-keine-freunde-mehr-200822417 Artikel vom 8. Juni 2008.

49 www.bild.de/richter_butterweich /hans-werner-riehe-ließ-brutalen-schlaeger-laufen.html

50 *Junge Freiheit*, Berlin, 30. 10. 2008

Bedauerlicherweise läßt sich nicht nachweisen, ob die hier genannten Richter auf höhere Weisung oder aus Eigeninitiative gehandelt haben. Beides ist denkbar. Denkbar wäre aber auch, daß sie aus Opportunismus handelten, der Karriere wegen. Man weiß schließlich, was von einem erwartet wird.

Nachfolgenden Brief an die ehemalige Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) drucken wir ab. Denn er erklärt vieles.

„Sehr geehrte Frau Leutheusser-Schnarrenberger!

Als Justizministerin sind Sie für die funktionierende Justiz in der Bundesrepublik Deutschland verantwortlich. Es ist darum absolut verständlich, daß Sie im Bundestag der Opfer von Kriminellen gedenken; allerdings bleibt insbesondere in Ihrem Fall ein extrem schaler Beigeschmack.

Seit etwa der Jahrtausendwende macht ein Begriff die Runde, den es bis dahin nicht gab: der ‚Intensivtäter'. Es handelt sich dabei um Personen, die trotz zum Teil schwerer und schwerster Vergehen in Freiheit bleiben, und zwar mit den abenteuerlichsten Rechtfertigungen (‚stehen bei einer Gefängnisstrafe sonst dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung' und ähnlicher Nonsens).

Gewiß, die Gesellschaft, die von Ihnen bewußt durch Massenimmigration geformt wird, ist gewalttätiger geworden, weil manche Menschen aus extrem archaischen Gesellschaftsformen zu uns kommen und die bei uns verhängten Strafen keinerlei Abschreckungspotential haben. Damit kann man also die Zunahme in Anzahl und Schwere der Delikte begründen, aber wir wissen alle, daß der Intensivtäter nur von einer einzigen Gruppe in Deutschland geschaffen wird: vom Richter, der ausländische Straftäter immer wieder laufen läßt!

Im obrigkeitshörigen Deutschland ist ebenfalls davon auszugehen, daß kein einziger Richter oder Staatsanwalt im derzeitigen Ausmaß gegen geltendes Gesetz verstößt, wenn er nicht von ‚oben' einen Persilschein bekommen hätte.

Ich wende mich darum an Sie, den derzeitigen korrupten Sumpf der Schandjustiz auszutrocknen und bei folgenden Richtern/Staatsanwälten, die in gröbster Weise gegen geltendes Gesetz verstoßen haben, Untersuchungen zur Tauglichkeit sowie eventuelle Disziplinarmaßnahmen durchzuführen:

Richter:
Johannes Huismann (Kleve) / Friedrich Korf / Hans Werner Riehe / Michal Klein (Köln) / Manfred Götzl (München) / Bernd Grewer (Witten)

Staatsanwälte:
Claudia Krauth

Ich sende Ihnen diese Namensliste zu, damit sie wieder dem Volk die Rechtssicherheit geben, die ihm zusteht und für die es bezahlt.

Im Endeffekt gibt es in Bezug auf Kriminalität immer nur zwei Optionen:

(a) Die Kriminellen werden in Gefängnisse gesperrt, so daß die Bürger in Frieden und Freiheit leben können.

(b) Die Kriminellen leben in Freiheit, und die Bürger müssen sich in ihren eigenen Häusern einsperren, werden also zu Gefangenen in ihren eigenen vier Wänden.

Eine Freiheitsstrafe hat nicht nur einen auch von mir in Frage gestellten Bestrafungsaspekt, sondern vor allem einen Schutzaspekt, indem eine (Zwangs-) Separation erfolgt, aber wem erzähle ich das. Das wissen Sie besser als ich.

Ich weiß, aufgrund der Macht und der Skrupellosigkeit mancher Clans ist der einzelne Richter eher dazu geneigt, die Rechte des harmlosen, friedlichen Volkes einzuschränken und aus Feigheit den Kriminellen zu begnadigen, um sich Schutz vor Racheaktionen zu erkaufen, aber so geht es wirklich nicht weiter.

Das Volk ist in einer Resignationsphase, aber Resignation schlägt beizeiten in Wut um. Und wenn einige Millionen Menschen sich bewußt

werden, wie sie vom System betrogen und verraten wurden, dann wird es schneller zu unverhältnismäßigen Vergeltungsmaßnahmen kommen, als Sie ihre Standardsprüche: ‚Ich habe doch nur Befehle befolgt' und ‚Ich habe von alldem nichts gewußt' aufsagen können. Das glaubt nämlich im 21. Jahrhundert niemand mehr.

Zur Not werde ich dafür sorgen, daß sich das Volk daran erinnert, wer die Urteile gesprochen hat und ob es wirklich glaubhaft ist, daß der Urteil sprechende Richter nicht wußte, was die 10. Bewährungsstrafe für einen gemeingefährlichen Komaschläger für die Sicherheit des Volkes bedeutet!

Wenn es Probleme gibt, so muß der Richter/Staatsanwalt sich an den Souverän, das Volk, wenden. Gemeinsam können wir dieses Problem lösen!

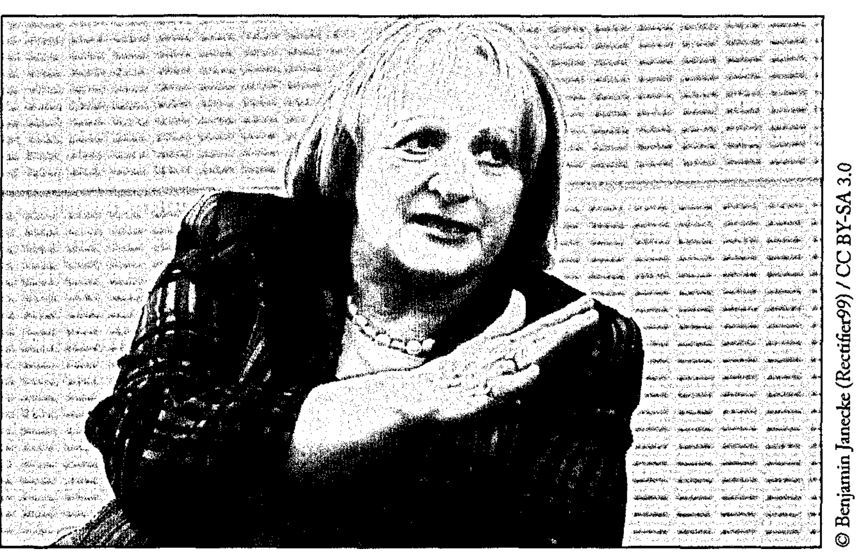
Da die oben genannten Schandjuristen sich eben nicht an die Öffentlichkeit wenden, liegt der Verdacht nahe, daß die derzeitige Situation bewußt von ihnen herbeigeführt wird, so daß diese Personen Teil einer Justiz sind, die durch Rechtsunsicherheit zu einer allgemeinen Angst in der Bevölkerung führen soll.

Wir wollen Gerechtigkeit, faire Urteile betreffend dieser gemeingefährlichen Kriminellen, die uns dazu zwingen, auf unsere Freiheit und Unbeschwertheit zu verzichten und täglich in Angst um unsere Angehörigen zu sein, wenn sie in einer ‚No-go-Area' wohnen.

Wenn Sie also wollen, daß wir ihre Betroffenheitsrituale ernst nehmen, anstatt uns vor Ekel ob dieser Heuchelei abzuwenden, so rate ich Ihnen:

1. Behandeln sie deutsche und ausländische Opfer gleich, nur so vermeiden Sie Rassismus und entziehen den ‚Nazis' den Nährboden, denn diese sagen, daß das BRD-Regime sich nicht für die Deutschen interessiert. Im Moment, das wissen wir beide, sprechen diese ‚Nazis' nichts als die Wahrheit aus, und lediglich Sie etikettieren dieses Faktum als ‚rechts', um sich ihm nicht stellen zu müssen.

Anfangen können Sie damit, daß Sie am Krankenbett eines deutschen Opfers erscheinen, welches von einem Intensivtäter verprügelt wurde,



Die F.D.P.-Politikerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (* 26. Juli 1951 in Minden) war von 1992 bis 1996 sowie von 2009 bis 2013 Bundesministerin der Justiz.

und ihn um Verzeihung für das Versagen der Justiz bitten. Als nächstes könnten Sie den ‚Recht' sprechenden Richter seines Amtes entheben, um zumindest einmal ein Zeichen zu setzen, daß der Staat seine Aufgaben Ernst nimmt.

2. Sie können nicht glaubhaft Mitleid für die Opfer von Kriminalität haben, wenn sie die Leute, die für neue Opfer sorgen, immer und immer wieder freilassen.

Und bitte erzählen Sie mir nicht, daß Sie keine Zeit dafür haben. Wenn Sie an Informationsveranstaltungen zum Islam unter Beteiligung eines ‚Prügel-Imans' teilnehmen können, können Sie auch eine halbe Stunde für einen Besuch am Krankenbett erübrigen.

Es ist nie zu spät, das Richtige zu tun. Aber es muß glaubhaft sein.

Mit freundlichen Grüßen
(Unterschrift)"

Die psychologische Disponierung von Umerziehern

„Um die Weltregierung umzusetzen, ist es nötig, Individualität, Loyalität gegenüber Familientraditionen, nationalen Patriotismus und religiösen Dogmen aus den Köpfen der Menschen zu bekommen."
(Dr. Georg Brock Chisholm, Gründer der Weltgesundheitsorganisation WHO)[51]

Die Mehrheit der auf das deutsche Volk angesetzten Psychokrieger, Volkspädagogen und sonstiger disziplinierter Arbeit Entwöhnten scheint auf bestimmte kollektive Eigenschaften programmiert zu sein. So eint sie die Gemeinsamkeit, aus Fehlhandlungen keine Lehren zu ziehen. Warum dies so ist, wird im Folgenden begründet. Zudem befleißigen sie sich noch anderer absonderlichen Gemeinsamkeiten, als da wären:

1.) **Was nicht passend ist, wird passend gemacht.** Selbst Naturgesetze sind vor diesen Wüterichen nicht sicher; so etwa das Naturgesetz, daß es menschliche Rassen gibt. Derartige Atavismen sind, aus deren Perspektive gesehen, politisch unkorrekt. Ergo existieren sie nicht. Man muß sich nur zu helfen wissen. Gemäß der universalen Glaubenslehre aller Schöpfer der NWO, gibt es keinen Unterschied zwischen einem Zulukaffer, einem Pygmäen, einem Eskimo, einem Hottentotten, einem Tibeter, einem australischen Indigenen, einem Südseeinsulaner, einem Mongolen, einem Kongoneger oder einem Skandinavier. Alle stehen sie samt und sonders auf der gleichen Kulturstufe und befleißigen sich gleicher privater Bedürfnisse und Interessen. Dies unterscheidet den homo sapiens von seinem liebsten tierischen Begleiter, dem Hund. Unter Hunden gibt es diverse Rassen, wie Pudel, Dackel, Schäferhunde, Collies Neufundländer usw.

2.) **Wer ein „Nazi" ist, bestimmen sie.**

3.) **Das Handeln unserer linksliberalen „Eliten" erschöpft sich in der fundamentalen Erkenntnis, daß „nicht sein kann, was nicht sein darf".** Wenn dennoch etwas sein „kann", so ist dieses Faktum

51 Jan van Helsing, „Politisch Unkorrekt"; Fichtenau bei Crailsheim, 2013, S. 441

dem Volk, dem dummen, gefälligst mit den bekannten Mitteln der Nachrichtenunterdrückung vorzuenthalten.

Ich habe in meinem Buch „Getürkt und gelinkt – Wem nützt ‚rechte Gewalt'?" (Deutsche Stimme-Verlags GmbH, Riesa, 2009) an zahlreichen Beispielen auf die Tatsache hingewiesen, daß unsere bundesrepublikanischen Medienkurtisanen nach Art von Hammelherden reagieren. Der Leithammel – meist die „Bild"-Zeitung – bläst zum Konzert, und der Rest der Hammelherde blökt gewohnheitsgemäß mit. Besagtes Konzert ist in dem Augenblick beendet, in dem die Polizei ihren endgültigen Bericht zum Tathergang veröffentlicht. Dessen Wahrheitsgehalt stimmte bei den von mir zitierten zahlreichen Beispielen in keinem einzigen Fall mit der zuvor hinausposaunten Schlußfolgerung überein, meist jener Art, daß irgendwelche teutonische Dumpfbacken edle Ausländer oder deren weibliches Pendant angeblich mißhandelt oder ihnen sonst wie übel mitgespielt hätten. Auf die Veröffentlichung des Polizeiberichtes folgte stets ein ohrenbetäubendes Schweigen, egal ob es sich um die Fälle Mügeln, Sebnitz, Lübeck, Guben, Mittweida, Ludwigshafen, Solingen, Backnang oder Passau gehandelt hat. Ein derartiges Verhalten widerspricht generell der menschlichen Natur. Jeder normal Veranlagte wartet erst den Polizeibericht ab und bläst dann in seine Tröte, eine Reihenfolge, die ihm eine mögliche Blamage erspart. Nicht so unseren medialen Psychokrieger und sonstigen BRD-Wendehälse. Diese handeln selbst noch nach den ersten Dutzend Knieschüssen so, wie sie es gelernt haben oder wie man es von ihnen aufgrund ihrer andressierten Meinung erwartet.

Das beste Beispiel für diese höchst ungewöhnliche Eigenheit ist der noch immer vor sich dahindümpelnde NSU-Prozeß („Nationalsozialistischer Untergrund" – eine Erfindung des Verfassungsschutzes). Die Erzieher des deutschen Volkes haben nichts, aber auch gar nichts aus ihren Fehlern gelernt. Ich verweise im Folgenden auf das Beispiel des Alois Mannichl und dem damit verbundenen, erinnerungsträchtigen „Lebkuchenmesser-Attentat", das über Monate hinweg unsere bundesrepublikanische Einheitspresse mit Lesestoff versorgte.

Nach einer längeren Pause wurde den Anständigen unseres Volkes am 13. Dezember 2008 eine mediale Perle zugeworfen, die alle Chancen hatte, unter dem Terminus „Fürstenzeller Lebkuchenmesser-Affaire“ den antifaschistischen Kampf der BRD-Oberen zu neuen Höhen zu führen. Was genau geschehen ist, blieb bis dato in ein angenehmes Dunkel gehüllt, da es für den Tathergang nur die einzige Aussage des direkt Betroffenen, eben jenes Alois Mannichl, seinerzeit Polizeidirektor von Passau, gibt.

Besagtem Polizeichef von Passau geht der Ruf eines dedizierten Verfolgers patriotischer Kräfte voraus. So trat er unter anderem im Rahmen der Beisetzung Friedhelm Busses in Erscheinung. Busse, ein unbeugsamer Patriot, hatte sich noch Ende 1944 als 15-Jähriger freiwillig zur 12. SS-Panzerdivision „Hitlerjugend“ gemeldet und kämpfte bis Ende April 1945 als Panzerjäger gegen die vorrükkenden Alliierten. Seine Beerdigung war den Trauernden zugleich Anlaß, ihm seinen testamentarisch niedergelegten Wunsch, mit der Reichskriegsflagge begraben zu werden, zu erfüllen. Drei Tage später hat Mannichl auf Anweisung der Staatsanwaltschaft eine Exhumierung des Grabes durchgeführt und ließ dabei die Reichskriegsflagge beschlagnahmen.

Glaubt man also Alois Mannichl, 52, hat sich der Tathergang wie folgt abgespielt. Am 13. 12. 2008, einem Samstag, klingelte gegen 17.30 Uhr ein unbekannter Mann an der Tür seines Hauses in Fürstenzell bei Passau. Als Mannichl die Tür öffnet, rief ihm der Unbekannte – alles laut dem Universal-Zeugen – zu: „Viele Grüße vom nationalen Widerstand! Du linkes Bullenschwein, Du trampelst nimmer auf den Gräbern unserer Kameraden rum!“ Unmittelbar nach diesen Worten sticht er M. mit einem Messer nieder. Das Messer soll gemäß ersten Informationen zwei Zentimeter am Herz des Opfers vorbei in den Körper gedrungen sein, nach anderen Angaben aus Systempublikationen, der *Ostseezeitung* vom 29. 12. 2008 etwa, ging der Stich in den Bauch. Man hat wieder einmal, wie so häufig, die freie Wahl.

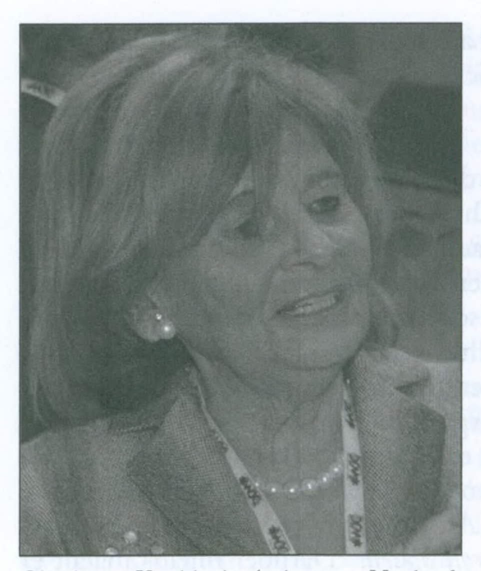
Mannichl – Opfer und einziger Zeuge – beschreibt den angeblichen Täter wie folgt: ca. 25 bis 35 Jahre, 190 cm groß, kräftige Sta-

tur, Bomberjacke, Glatze und am Hals eine zehn Zentimeter lange Tätowierung in Form einer Schlange; demnach der personifizierte „Klischee-Nazi".

Wie bereits erwähnt, wissen die Sprachrohre unserer regierenden Machteliten noch vor Aufnahme der polizeilichen Ermittlungen, daß der Täter im sog. „rechtsradikalen Umfeld" zu suchen sei. Motto: „Verhaften Sie den üblichen Kreis der Verdächtigen!" Entsprechend fiel dann auch die Resonanz aus. Die Betroffenheits- und Abscheubekundungen überschlugen sich. Der bayerische Landtag beschließt umgehend eine Resolution gegen den Rechtsextremismus. Der bayerische Ministerpräsident Seehofer und sein Innenminister Joachim Herrmann, ein besonders karrierebewußter Ministeriale des CSU-Filzes, wollen das NPD-Verbot reanimieren. Seehofer verkündet, sich vor Abscheu schüttelnd: *„Wir müssen der rechtsradikalen Krake jetzt Paroli bieten."* Darüber hinaus macht er sich dafür stark, unschuldige Menschen wegen ihrer – seiner Meinung nach – politisch inkorrekten Einstellung dauerhaft zu verfolgen: *„Wer sich im rechts- und linksextremistischen Milieu bewegt, muß ständig gesellschaftlichen und polizeilichen Druck verspüren."* Überhaupt schießt sich die veröffentliche Meinung auffällig konzertiert auf eine erneute Verbotskampagne gegen die NPD ein, obwohl die ins Fadenkreuz geratene Partei nicht das Geringste mit dem Vorfall zu tun hat.

Den Vogel schießt der SPD-Oberbürgermeister von Passau, Jürgen Dupper, ab, als er im ZDF verkündete, das Attentat wäre schlimmer, als alles, was zu Zeiten der RAF passiert sei. Gemäß dieser Logik sind die Dutzende von RAF-Morden weniger bedeutsam als eine mögliche Attacke mit einem zufällig herumliegenden Messer.

Schließlich meldet sich auch unsere allseits „beliebte" und „bekannte" Charlotte Knobloch, seit 1985 Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, zu Wort. Unsere Bundeskanzlerin spricht in diesem Zusammenhang medienwirksam von einem „Angriff auf alle Bürger" und fordert mehr Zivilcourage. Wer hätte das gedacht?



Charlotte Knobloch (geborene Neuland; * 29. Oktober 1932 in München) ist seit 1985 Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern. Von 2005 bis 2013 war sie Vizepräsidentin des Jüdischen Weltkongresses (WJC). Von 2003 bis 2010 war sie Vizepräsidentin des Europäischen Jüdischen Kongresses (EJC). Vom 7. Juni 2006 bis zum 28. November 2010 war sie Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland.

Die BSE-Seuche (Betroffenheit-Sorge-Entsetzen) wurde erneut virulent. Ein jeder, der glaubte, seinen Betroffenheitssenf beisteuern zu müssen, meldete sich nach bekannter Manier zu Wort. Unter anderem orakelte der Vorsitzende der Deutsche Polizeigewerkschaft, Freiberg, in der *Rheinischen Post*: *„Wenn der Hintergrund dieser Tat ermittelt wird, wird der Schrecken groß sein, was in der rechten Szene für eine Brutalität herrscht und was sich dort insgesamt angestaut hat."*

In den darauf folgenden Tagen verwandelte sich der zuvor apodiktisch verbreitete Tathergang peu à peu in ein „Hornberger Schießen". Oder wurde gar der Stadtrat von Schilda aktiv?

Am 15. Dezember 2008 wurde bekannt, daß es sich bei der Tatwaffe um ein zum Haushalt des M. gehörendes Lebkuchenmesser handelt. Besagtes Lebkuchenmesser soll sich im offenen Eingangsbereich seines Reihenhauses neben dem Lebkuchen liegend befunden haben. Gemäß einer anderen Version befand es sich im rückwärtigen Bereich des Anwesens, hin zum Garten. Wie auch immer, zur Tatzeit war es bereits dunkel; der „Schlangenmensch" hätte sich die Tatwaffe ertasten müssen.

Gemäß einem in der Region praktiziertem Brauch (laut veröffentlichter Meinung) kann ein jeder, dem der Sinn nach Lebku-



Charlotte Knobloch (geborene Neuland; * 29. Oktober 1932 in München) ist seit 1985 Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern. Von 2005 bis 2013 war sie Vizepräsidentin des Jüdischen Weltkongresses (WJC). Von 2003 bis 2010 war sie Vizepräsidentin des Europäischen Jüdischen Kongresses (EJC). Vom 7. Juni 2006 bis zum 28. November 2010 war sie Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland.

Die BSE-Seuche (Betroffenheit-Sorge-Entsetzen) wurde erneut virulent. Ein jeder, der glaubte, seinen Betroffenheitssenf beisteuern zu müssen, meldete sich nach bekannter Manier zu Wort. Unter anderem orakelte der Vorsitzende der Deutsche Polizeigewerkschaft, Freiberg, in der *Rheinischen Post*: *„Wenn der Hintergrund dieser Tat ermittelt wird, wird der Schrecken groß sein, was in der rechten Szene für eine Brutalität herrscht und was sich dort insgesamt angestaut hat."*

In den darauf folgenden Tagen verwandelte sich der zuvor apodiktisch verbreitete Tathergang peu à peu in ein „Hornberger Schießen". Oder wurde gar der Stadtrat von Schilda aktiv?

Am 15. Dezember 2008 wurde bekannt, daß es sich bei der Tatwaffe um ein zum Haushalt des M. gehörendes Lebkuchenmesser handelt. Besagtes Lebkuchenmesser soll sich im offenen Eingangsbereich seines Reihenhauses neben dem Lebkuchen liegend befunden haben. Gemäß einer anderen Version befand es sich im rückwärtigen Bereich des Anwesens, hin zum Garten. Wie auch immer, zur Tatzeit war es bereits dunkel; der „Schlangenmensch" hätte sich die Tatwaffe ertasten müssen.

Gemäß einem in der Region praktiziertem Brauch (laut veröffentlichter Meinung) kann ein jeder, dem der Sinn nach Lebku-

chen steht, sich ein Stück mit dem frei herumliegenden Messer herausschneiden; so weiß es zumindest die behördliche Fama zu berichten. Der örtlichen Einwohnerschaft sind derartige Bräuche unbekannt.

Mannichls „Schlangenmensch" betrat demnach ohne Tatwaffe den Eingangsbereich seines Hauses oder schlich sich um das Haus herum, ertastete das zufällig herumliegende Messer, zog sich Handschuhe über die Finger – an dem Messer fanden die Spurensicherer keine Fingerabdrücke oder Schleifspuren, was ziemlich ungewöhnlich ist –, sprach seinen Sermon und stach dann auf den kräftigen und in der Abwehr körperlicher Angriffe geschulten Polizeidirektor ein. Dann warf er das Messer weg und flüchtete zum Auto eines Komplizen, der in einer Nebenstraße parkte, und ward nimmer gesehen. So der damals verbreitete Ablauf dieses niederbayerischen Adventsmärchens.

Aus der Berichterstattung ist nicht ersichtlich, wer die Polizei rief. Auch erfährt man nicht, wo sich Mannichls Frau und seine zwei Kinder zur Tatzeit befanden. Ein aus dem Ruder gelaufener Ehe- oder Familienstreit war nach dem bisher bekannten Szenarium nicht auszuschließen. Wer ein Abbild des Messers gesehen hat, dem dürfte die Vorstellung Mühe bereiten, daß das am vorderen Ende stumpfe und gebogene Messer die das menschliche Herz umschließenden Rippen durchstochen haben könnte. Ein Stich in den Bauch erscheint da schon wahrscheinlicher.

Bereits sechs Tage später wird der so „schwer Verletzte" wieder aus dem Krankenhaus entlassen, was ebenfalls ziemlich ungewöhnlich ist. War er am Ende gar nicht so schwer verletzt, wie es uns die Medien suggerieren wollten? Zuvor gibt er noch flugs – umgeben von mit betroffener Miene dreinschauenden Polizeibeamten und Fachärzten – eine Presseerklärung ab, in der er bekräftigt, sein Engagement im Kampf gegen „Rechts" zu verstärken. Der Presse spricht er für ihre „faire Berichterstattung" (!) seinen Dank aus.

Die 50-köpfige SoKo „Fürstenzell" nimmt am 15. 12. 2008 zwei männliche Personen fest, die beide ein Alibi haben und tags dar-

auf wieder freigelassen werden müssen. Am Tag darauf trifft es ein Ehepaar aus München, eine 22-jährige Frau und ihren 33-jähriger Ehemann. Beide bleiben eine Woche lang in U-Haft, bis man sie wieder – notgedrungen – frei läßt. Seitdem dreht sich das Karussell im Kreise, während die Medien langsam aber vorsichtig zurückrudern.

Die Festnahme des Münchener Ehepaares Heine erfolgte auf Grund der Aussage einer sehr guten Bekannten des Ehepaars Mannichl, der 58-jährigen Maria D., welche einst in der gleichen Siedlung wie Mannichl beheimatet war. Besagte Dame hatte behauptet, die beiden am Tattag in Passau in einem Café gesehen zu haben. Tatsächlich hatten die beiden ein hieb- und stichfestes Alibi. Zur angeblichen Tatzeit wurden sie vom Staatsschutz nicht nur observiert, sondern im Rahmen eines Kameradentreffens in München sogar gefilmt. Dieser Vorgang wurde dem Untersuchungsrichter allerdings erst nach einer Woche Untersuchungshaft der Heines zur Kenntnis gebracht. Dieser ließ nach Kenntnisnahme des wahren Sachverhalts das Paar sofort wieder frei.

Besagte Maria D. hat zudem die Behauptung aufgestellt, am 20. Dezember 2008 von einem glatzköpfigen, groß gewachsenen Mann bedroht worden zu sein, welcher sie zur Zurücknahme ihrer belastenden Aussage nötigen wollte; dies zu einem Zeitpunkt, als sich der angebliche Täter, Manuel Heine, in Untersuchungshaft befand. Sie bekundete der Polizei, dieser hätte sie am Hals gepackt, um ihr zu verdeutlichen, daß „etwas passieren würde“, wenn sie ihre Angaben nicht zurückziehe. Zudem gab sie zu Protokoll, der unbekannte Täter hätte ihr berichtet, daß ihr Name auf den Haftbefehlen der Heines stehe, und die „gewaltbereite Szene“ somit ihren kompletten Namen kennen würde, um sie – wie oben geschildert – bedrohen bzw. einschüchtern zu können.

Die Angaben der Maria D. enthalten sämtliche Indizien, die eine massive Zeugenbeeinflussung wahrscheinlich erscheinen lassen. Erstaunen erweckt zudem die Tatsache, daß dem geheimnisvollen Bedroher bekannt war, daß ihr vollständiger Name auf dem Haftbefehl des Manuel Heine und seiner Frau stand. Wie es möglich

ist, daß zu einem Zeitpunkt, als das Ehepaar Heine in U-Haft einsaß, eine Fremdperson über den Inhalt des Haftbefehls informiert war, deutet auf Telepathie hin. Oder hatte ihr guter Bekannter, der Passauer Polizeidirektor, mit ihr darüber geplaudert?

Die Zeitung *Die Welt* schrieb dann auch: *„Maria D. wirkt verunsichert, bei der Schilderung der Bedrohung widerspricht sie sich. ‚Es gibt erhebliche Zweifel an den Aussagen der Frau', sagt Anwalt Picker. Auffällig ist, daß D. dem Mann, der sie bedroht haben soll, genauso beschreibt wie Mannichl den Angreifer. Jahrelang hatte sie nur eine Querstraße von dem Haus der Mannichls entfernt gewohnt. Die Frau des Polizeidirektors kennt sie persönlich."*[52]

Mittlerweile entwickelt sich dieser Beinahe-Mord immer mehr zu einem Fiasko für das vorgebliche Opfer. Zeitweilig wurde ein Racheakt aus der Rocker- oder Gothic-Szene nicht ausgeschlossen, während in Passauer Polizeikreisen über die psychische Zusammensetzung des Passauer Polizeichefs offen diskutiert wurde. Dort ist man der Ansicht, daß sich Mannichls Persönlichkeitsbild im Verlauf seines Kampfes gegen Rechts stark verändert habe. Offen bleibt dabei, ob man sich auf eine Profilneurose bezieht oder auf durch ein Zuviel an Umerziehung hervorgerufene Wahnvorstellungen nach Art der „Borderline-Schwalbe" aus dem sächsischen Mittweida.

Erfahrungsgemäß ereignen sich bei Hausarbeiten ja die schwersten Unfälle. Deckt M. durch das Legen einer falschen Fährte gar den Täter? Das Vortäuschen einer schweren Straftat wird mit mehrjährigem Gefängnis bestraft.

Wolfgang Röhl ist Autor beim *Stern* und schreibt unter anderem für das Netzwerk „Achse des Guten", für das auch ein gewisser Henryk Broder, ein engagierter jüdischer Journalist, tätig ist. Am 27. 12. 2008 skizzierte Röhl unter dem Titel „Passau – Die Zitterparty" ein Szenarium, bestehend aus vier Akten. Jeder dieser Akte beschreibt die jeweils möglichen Folgen für den Fall, daß der Passauer Lebkuchen-Ripper kein „Rechtsradikaler" ist. Das Ganze

---

52 *Die Welt*, 23. 1. 2009, S. 2

geschieht nicht ohne hintergründigen Humor und ist mit Seitenhieben auf die Anti-Rechts-Gutmenschen in Politik und Medien gespickt.

„Passau – Die Zitterpartie.

Wenn es gut läuft, kommt während der langen Feiertagsstrecke irgendwann die erlösende Nachricht: sie haben ihn! Wenn es sehr gut läuft, ist der Messerstecher von Passau ein Neonazi mit klandestinen[53] *Verbindungen zur NPD, der es irgendwie geschafft hatte, trotz seiner 1,90-Meter-Gestalt und der Tätowierung im Gesicht und der auf ihn ausgesetzten Belohnung in Österreich oder Tschechien oder in einem alten Bunker in Bayern abzutauchen.*

Wenn es so abläuft, können alle froh sein...

Dann kann das übliche Prozedere stattfinden. Die recherchierenden Medien und die Agenturen, die während der Feiertagslücke ihre Passau-Teams in Alarmbereitschaft halten, werden das Dorf des Messerstechers überrollen, beziehungsweise den Stadtteil, in dem er wohnt. ... Sämtliche Experten für Rechtsradikalismus, die bislang noch nicht zu Wort gekommen sind, werden befragt; alle Politiker, die sich nicht Pro oder Kontra NPD-Verbot geäußert haben, bekommen endlich auch Sendezeiten und Interviewplätze. Einer von der SED-Nachfolgepartei, dem Flüchtlingskiller-Solidaritätsclub, wird mit ernster Miene den Klassiker der Linken vor den TV-Kameras aufsagen: ‚Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen.'

... Wenn es nicht gut läuft, stammt der Täter/die Tätergruppe gar nicht aus rechtsradikalen Kreisen, sondern er/sie hat diesen Zusammenhang nur vorgetäuscht, um falsche Spuren zu legen. Das ist wohl nicht sehr wahrscheinlich. Aber es passiert auch nicht häufig, daß ein Täter, der aussehen soll wie sein eigenes Fahndungs-Plakat auf Beinen, zwölf Tage nach der Tat noch frei herumläuft, obwohl ihn der gesamte Staatsapparat jagt. Jedenfalls ist in der Presse, wo an der rechtsextremen Urheberschaft der Tat lange kein Zweifel geäußert wurde, inzwischen doch

53 heimlichen, geheimen

eine leichte Verunsicherung erkennbar. Vor ein paar Tagen noch schrieb das ‚Hamburger Abendblatt' von ‚dem von Neonazis attackierten Mannichl'. Am 24. Dezember lautete die Formulierung erstmals ‚vermutlich rechtsradikaler Anschlag'.

Wenn es ganz schlecht läuft, richtig verheerend, tritt der vierte Fall ein, vor dem sich inzwischen alle außer den Rechtsextremisten fürchten. Für das Worst-case-Szenario hat sich der ‚Spiegel' in seinem langen Stück über den Passauer Polizeichef und dessen erfolgreichen Kleinkrieg gegen die Braunen ein Hintertürchen eingebaut, welches man fast überliest, so beiläufig kommt er daher: ‚...vielleicht gibt es ja noch ganz andere Motive für die Tat.'

‚Dreistes Doppelspiel

Von Dahlkamp, Jürgen; Fröhlingsdorf, Michael; Kleinhubbert, Guido; Latsch, Gunther; Röbel, Sven; Wassermann, Andreas

Jahrelang bekriegte sich die NPD bis hoch in die Bundeszentrale mit dem Passauer Polizeichef Alois Mannichl. Nach dem Messerangriff flüchten ratlose Politiker nun erneut in die Verbotsdebatte; dabei hat Mannichl gezeigt, wie man die Partei erfolgreich bekämpft: jeden Tag, mit Zähigkeit und Mut.

Mannichl. Natürlich kennen in der Hauptstadt inzwischen alle diesen Namen. Alois Mannichl, 52 Jahre alt, Polizeichef von Passau, am Samstag, dem 13. Dezember, niedergestochen in Fürstenzell, vor der eigenen Haustür, vermutlich von einem Neonazi. Jetzt ist sein Fall ein Begriff. Aber vorher? Im politischen Berlin? Mannichl? Niemand, der mit dem Namen etwas hätte anfangen können. Niemand mit einer Ausnahme: der Bundes-NPD.

Am 16. Mai 2007, vor eineinhalb Jahren also, sitzt Frank Schwerdt, Justitiar und rechte Hand von NPD-Führer Udo Voigt, über einer E-Mail. Unten in Passau wissen seine Statthalter nicht mehr weiter. Die Polizei hat ein scharfes Auge auf sie, und vor allem einer, Polizeichef Mannichl. Im Altnazi-Jargon der Passauer NPD macht ihn das zu einem der „ekligen Parasiten" in einem „dreckigen System". ...'
(Quelle: http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-62781254.html)

Ganz andere [Motive]*? Welche könnten das sein? Was er für denkbar hält, verrät uns der ‚Spiegel' lieber nicht. Kein Wunder, denn darüber wuchern auf braunen Websites wüste Spekulationen.*

Wenn Fall drei eintritt oder gar Fall vier, wird der politische Flurschaden immens sein. In der rechtsextremen Szene werden die Korken knallen. Die Kameraden werden an die Blamagen erinnern, in die sich der Schnellschuß-Journalismus von ‚Bild' bis ‚SZ' immer wieder hineingeritten hat. An die Ente von Sebnitz zum Beispiel oder den Fall des angeblichen von Rassisten überfallenen Äthiopiers in Potsdam (Casus ‚Schweinesau'). Und es wird den Neonazi-Anführern ein Leichtes sein, ihrem ‚national' vielleicht noch nicht völlig festgelegtem Jungvolk zu beweisen, daß dieser Staat eben ein Schweinesystem sei; beherrscht von einer gleich geschalteten Hetzpresse.

Wie immer es laufen wird: jede Sorge um eine womöglich unerwartete Volte in Passau wäre überflüssig, ließen Medien und Politiker die Polizei zunächst einmal ihre Arbeit machen, anstatt sofort wild drauflos zu tröten. Wenn man mit den guten, wohlfeilen Gesinnungsbekenntnissen einfach mal abwarten würde, bis alle Fakten auf dem Tisch sind. Für Lichterketten-Demos und Parteiverbot-Debatten ist dann immer noch Zeit!"

Nach und nach mutieren unterschiedliche Darstellungen des Tathergangs zu einer Märchenstunde, was den Systemmedien Anlaß bietet, zum geordneten Rückzug zu blasen. Als erstes entzog man der örtlichen Polizei den Fall, mit dem sich dann eine Sonderkommission des bayerischen Landeskriminalamtes (LKA) herumschlug. Die Passauer Polizei braucht nun nicht mehr gegen ihren eigenen Chef zu ermitteln; eine taktisch kluge Entscheidung, M. hätte sonst unter Umständen gegen sich selbst ermitteln müssen, was unbedingt – man weiß das, seit Heinrich von Kleist die Idee mit dem „Zerbrochenen Krug" hatte – zu verhindern ist. Trotz allem wollte sich der erhoffte Erfolg nicht einstellen. Man suchte noch Wochen nach zwei 1,90 m großen und auffallend tätowierten Phantom-Nazis.

Knapp vier Wochen nach der Tat waren die Ermittler des LKA noch keinen Millimeter weiter gekommen. Keine Spuren, keine

Zeugen, kein Fahndungsansatz – aber überreichlich Widersprüche. In Mannichls Haut mochte man nicht stecken.

Die *Berliner Morgenpost* veröffentlichte am 9. Januar 2009 ein fast ganzseitiges Kompendium aller bisherigen Fehlleistung und schlußfolgert:

„Daß der Erfolgsdruck die Ermittler und die Staatsanwaltschaft nervös macht, zeigt die Reihe von möglichen Mittätern, die nach tagelangen Vernehmungen wieder freigelassen wurden. Darunter ein Münchner Paar, das zu den ultrarechten Freien Nationalisten zählt. Eines nämlich ist klar, auch wenn dies niemand öffentlich sagen will: Sollte der Täter nicht aus ihren Kreisen stammen, könnten sich die Rechtsextremisten als unschuldige Opfer inszenieren."

Hier nämlich liegt der Hase im Pfeffer. Die Vorstellung, daß die Inkarnation des Bösen – deutsche Patrioten – als Sieger aus dem selbst verursachten Mediendebakel hervorgehen könnte, raubt jeden beamteten Gutmenschen den Schlaf.

Der Autor prognostizierte damals (2009), daß man im Laufe des Frühjahres 2010 unauffällig den Mantel des Vergessens über die Affäre decken würde, was dann auch tatsächlich geschehen ist, um nach einem diskreten Abstand – spekulierend auf das mangelnde Gedächtnis des Medienkonsumenten der „Generation doof" – eine neue antifaschistische Sau durchs Dorf zu treiben. Entsprechend drehbuchgemäß entwickelte sich das Szenario. Zur neuen antifaschistischen Sau geriet die NSU-Mär, die seit dem 4. September 2011 als aktueller Spaltenfüller ihre Pflicht erfüllt und gegenwärtig, in den letzten Zuckungen liegend, unauffällig ihren Geist aufgibt.

Der „Fall Mannichl" ist jedenfalls bis heute (Stand Mai 2015) – zum Ärger aller Gutmenschen in dieser BRD – noch immer nicht aufgeklärt worden.

Naturgesetze versus Ideologie

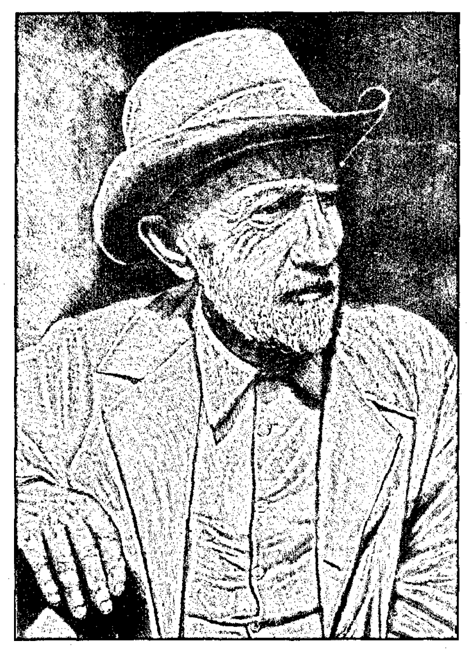
Ein durch und durch politisch unkorrektes Naturgesetz ist die Tatsache, daß sich die menschlichen Verhaltensweisen gemäß ei-

ner Rechnung „Pi mal Daumen“ aus zirka zwei Dritteln Erbmasse und einem Drittel Umwelteinfluß zusammensetzen. Durch die aus ideologischen Gründen erfolgte Eliminierung dieses Tatbestandes wurden die Mendelschen Erbgesetze außer Kraft gesetzt. Jeder Psychiater, der sich nicht an den ideologischen Anmaßungen von Apologeten der „Frankfurter Schule“ orientiert, wird dieses Naturgesetz einschließlich der damit in Verbindung zu bringenden Mendelschen Erbgesetzen bestätigen. Eine nüchterne naturwissenschaftliche Sicht der Dinge widerspricht den Forderungen jedweder politischen Korrektheit. Bestimmend sind heutzutage noch immer die ihr Unwesen treibenden Protagonisten der „Frankfurter Schule“ und die sonstigen Gefolgsleute eines Sigmund Freud, Karl Marx, Friedrich Engels und J. W. Stalins. Letzterer hatte, was heutzutage nur noch wenigen bekannt ist, ganze russische Genetiker-Generationen dem GULAG überwiesen, da sie sich weigerten, den geistigen Schrott wissenschaftlicher Scharlatane wie Lyssenko und Mitschurin als wissenschaftliche Lehrmeinung anzuerkennen.

Trofim Denissowitsch Lyssenko (1898-1976) war ein sowjetischer kommunistischer Biologe und Agronom, der unter Josef Stalin großen politischen Einfluß erlangte. Seine Theorien wurden als „Lyssenkoismus“ bezeichnet, nach der Erbeigenschaften durch Umweltbedingungen bestimmt werden. Dies war jedoch wissenschaftlich völlig unhaltbar und widersprach bereits zu Lyssenkos Zeiten den bekannten Grundlagen der Genetik. Die weltweit anerkannten Lehren Gregor Mendels, August Weismanns und Thomas Hunt Morgans und damit die moderne Genetik an sich wurden in der Sowjetunion verworfen. Einige der Forschungsergebnisse Lyssenkos wurden als plumpe Fälschung entlarvt. Lyssenkos Theorien wurden vom stalinistischen Regime als richtig angesehen und massiv gefördert, wodurch es u. a. zu Mißernten und zu einer Verschärfung der Hungersnot kam. Überdies wurden durch Lyssenkos Einfluß andere Wissenschaftler mit gegenteiligen Ansichten als „politische Dissidenten“ verfolgt und – im Falle des renommierten Biologen Nikolaj Wawilow – auch umgebracht.

Iwan Wladimirowitsch Mitschurin (1855-1935) war ein sowjetischer Biologe, Botaniker und Pflanzenzüchter, dessen Schüler

Lyssenko unter Josef Stalin großen politischen Einfluß erlangte. Mitschurin gelang es, frostresistente Obstsorten für das kontinentale Klima Rußlands zu züchten, die den Obstanbau für weite Gebiete Rußlands mit ihren tiefen Wintertemperaturen überhaupt erst möglich machen sollten. Seine ersten Forschungen blieben beim kaiserlich-russischen Departement für Landwirtschaft ohne Unterstützung, führten jedoch bereits in den ersten Tagen nach der sozialistischen Oktoberrevolution bei den zuständigen sowjetischen Organen zum Erfolg. Er bekam die erforderlichen Mittel und Unterstützung und konnte so über 300 neue Obstsorten schaffen. Im Laufe der Zeit wurde die Botanik jedoch zur Parteisache und Ideologie. Bei der Verbreitung der neuen „Mitschurinschen Wissenschaft", die auf Darwin, Jean-Baptiste de Lamarck und Karl Marx aufbaute und der Welt die Überlegenheit der sowjetischen Wissenschaften beweisen sollte, machte sich später ein Schüler und Mitarbeiter Mitschurins, Trofim Lyssenko, einen Namen. Als Leiter der Akademie für Agrarwissenschaften war Lyssenko 16 Jahre lang, von 1948 bis 1964, der „Diktator der sowjetischen Biologie".



Der Botaniker und Pflanzenzüchter Iwan Wladimirowitsch Mitschurin (1855-1935).

Die „Frankfurter Schule" baut stark auf der Gleichheitslehre des sog. Behaviorismus auf, was soviel wie Verhaltenslehre oder Verhaltenswissenschaft bedeutet, die sich in den USA an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert herausgebildet hatte. Gemäß dieser Lehre kann ein jeder alles, wenn man es ihm nur beibringt. Lyssenko ist


Der US-amerikanische Psychologe John Broadus Watson (* 9. Januar 1878 nahe Greenville, South Carolina; † 25. September 1958 in New York City) hat die psychologische Schule des Behaviorismus begründet.

ein kleines Licht gegenüber J. B. Watson, dem Konstrukteur des Behaviorism.

Der Psychiater John Broadus Watson (1878-1952) stützte sich auf die Beobachtungen von Pawlow und übertrug dessen Tierversuche auf den Menschen. Pawlow nahm seine Untersuchungen ausschließlich an Tieren vor. Watson übertrug die Pawlowsche Erkenntnis auf den Menschen und kam zu dem Resultat, daß jegliches menschliche Verhalten konditionierbar sei.

„Unsere ererbte Struktur kann auf tausend verschiedene Arten geformt werden – dieselbe Struktur –, je nachdem, wie das Kind aufgezogen wird. ... Unsere Gegner mögen vielleicht einwenden, die Anhänger des Behaviorismus ignorierten die bekannten Tatsachen der Eugenik und experimentellen Evolution – die Genetiker hätten nachgewiesen, daß viele Charakteristiken der Eltern an das Kind weitergegeben werden. ... Unsere Antwort lautet, daß die Genetiker unter dem Banner der alten Psychologie arbeiten, welche die ‚Fähigkeit' in den Mittelpunkt der Welt stellt. Wir brauchen ihren Schlußfolgerungen nicht all zu viel Gewicht beimessen. Wir glauben nicht länger an Fähigkeiten oder irgendwelche stereotypen Verhaltensmuster, die unter der Bezeichnung ‚Talent' und ererbte Begabung einhergehen. ... Man gebe mir ein Dutzend gesunde, körperlich normal entwickelte Kleinkinder sowie meine eigene, spezielle Umwelt zu ihrer Erziehung, und ich garantiere, daß ich jedes beliebige von ihnen zu jedem beliebigen Spezialisten ausbilden kann – zum Arzt, Anwalt, Künstler, Händler und – jawohl! – zum Bettler oder Dieb, ganz unabhängig von seinem Talenten, Neigungen, Tendenzen, Fähigkeiten, Berufung sowie von der Rasse seiner Ahnen."[54]

54 J. B. Watson, „Behaviorism", New York, 1930, S. 97 f.

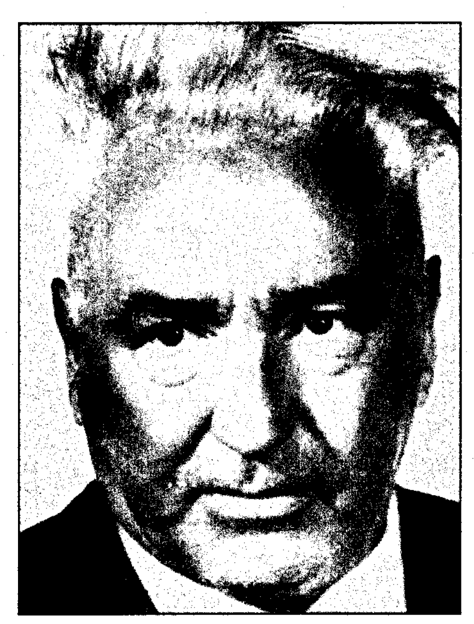
Walter Ochensberger aus Vorarlberg (Österreich), der verdienstvolle Herausgeber der revisionistischen Zeitschrift *Phoenix*, schreibt unter dem Titel „Globalisten von links und rechts sind sich einig", warum die Illuminati und Globalisten ein so ungeheures Interesse an der Gleichheitslehre haben:

„J. B. Watson hat sich bekanntlich zu der Behauptung verstiegen, er könne aus jedem ihm zur Erziehung überlassenen gesunden Neugeborenen ‚auf Bestellung' einen Violinenvirtuosen, einen Mathematiker oder ein Finanzgenie machen. Die falsche Annahme dabei ist, daß es im Zentralnervensystem des Menschen überhaupt keinen genetisch festgelegten Programme gebe und alle individuellen Unterschiede des menschlichen Verhaltens aus der Verschiedenheit der individuellen Erfahrungen als konditioniert zu erklären seien ... Der Glaube an die unbegrenzte Formbarkeit des Menschen ist natürlich allen Leuten willkommen, für die es vorteilhafter wäre, wenn der Mensch keinerlei angeborenen Fähigkeiten und Leistungen besäße und somit unbegrenzt manipulierbar wäre. Hieraus erklärt sich, daß die pseudo-demokratische Doktrin von der Lobby der Großindustrie (liberaler Globalismus) ebenso zur Staatsreligion gemacht wurde wie von den Ideologen des Kommunismus/Marxismus (ideologischer Globalismus). Die pseudo-demokratische Doktrin gewinnt heute bei den Internationalisten/Globalisten wieder an Boden und nimmt zunehmend Einfluß auf die öffentliche Meinung und auf die Psychologie."[55]

Dieser etwas profundere Rückblick auf die Ursprünge unseres gegenwärtigen geistigen und gesellschaftlichen Seins erschien mir notwendig, um auf Inhalte und Absichten dessen zu verweisen, was gegenwärtig im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten unter dem Terminus „Gender mainstreaming" sein Unwesen treibt. Genaueres darüber gegen Ende dieses Textes.

In Deutschland wurde das höhere Bildungswesen nach 1945 durch die Rückkehr der führenden Repräsentanten der „Frankfurter Schule" im Sinne des Marxismus geprägt; als da wären Max Horkheimer, Herbert Marcuse, Friedrich Pollock, Theodor Wiesengrund-

55 *Phoenix*, Nr. 1, 2004, S. 23



Der Psychiater, Psychoanalytiker, Sexualforscher und Soziologe Wilhelm Reich (* 24. März 1897 in Dobzau/Galizien, Österreich-Ungarn; † 3. November 1957 in Lewisburg, Pennsylvania, USA) erklärte die Existenz einer universellen heilenden und belebenden Kraft, genannt „Orgon", und stellte Geräte zu ihrer Erfassung her. Reich wurde später wegen Irreführung verurteilt und kam schließlich in den fünfziger Jahren in den USA ins Gefängnis.

Adorno, Erich Fromm und ganz besonders der Erfinder der Sexual-Ökonomie und Entdecker des „Orgons", angeblich einer speziellen Form von Energie, Wilhelm Reich (1897-1957).

Heraus kam eine Melange, die der ungarische Marxist György Lukács (1885-1971) ironisch als „Marxismus für feine Leute", vulgo „Salonbolschewismus", bezeichnete. Durch die Verbreitung des marxistischen Nihilismus beabsichtigte man, Historiker, Lehrerschaft und Multiplikatoren zu bewegen, die ach so reaktionären traditionellen Werte wie Familie, Mutter-Kind-Beziehung, Volksgemeinschaft, Nationalbewußtsein und sexuelle Enthaltung für immer im Orkus der Geschichte verschwinden zu lassen. Zudem wurde die tatsächliche Geschichte des 20. Jahrhundert in einer Weise verfälscht, die man guten Gewissens als einen Jahrtausendbetrug bezeichnen kann. Die Worthülsenproduzenten der „Frankfurter Schule" verstecken ihre Umerziehungsgelüste unter einer Seriosität vortäuschenden Tarnkappe mit der Bezeichnung „Kritische Theorie", einem facettenreichen Begriff, der sich hervorragend eignet, jedem politisch Korrekten das zu bieten, was seinen jeweiligen ideologischen Bedürfnissen entgegenkommt.

Max Horkheimer entwickelte im Verbund mit Adorno-Wiesengrund und den übrigen großen Tieren der „Frankfurter Schule" über die zentrale Aussage des „autoritären Charakters" eine sich über mehrere Seiten erstreckende Liste von seiner Meinung nach charakteristischen Merkmale dieser menschlichen Fehlentwicklung; mit dem verblüffenden Resultat, daß er die Vorstände nichtjüdischer Familien als potentielle Faschisten entlarvte. Aus Raumgründen zitiere ich lediglich die wichtigsten von Horkheimer erkannten Merkmale des „faschistischen Prototyps".



Der ungarische Philosoph, Literaturwissenschaftler und -kritiker Georg Lukács (* 13. April 1885 in Budapest; † 4. Juni 1971 ebenda) gilt zusammen mit Ernst Bloch, Antonio Gramsci und Karl Korsch als bedeutender Erneuerer einer marxistischen Philosophie und Theorie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

„Der autoritätsgebundene Charakter hält starr an konventionellen Werten auf Kosten jeder autonomen moralischen Entscheidung fest. ‚Die Juden sind aggressiv'; das ist für ihn ausreichend als Rechtfertigung der strengsten Maßnahmen. Er hängt dem Schwarz-Weiß-Denken an. Weiß ist die eigene Gruppe, schwarz die andere, fremde Gruppe.[56]

Er haßt alles, was schwach ist.

Er widersetzt sich heftig der Selbstkritik, untersucht nie eigene Motive, sondern schiebt sie stets anderen Personen oder äußeren physischen oder ‚natürlichen' Umständen die Schuld für sein Mißgeschick zu.

56 Im Schwarz-Weiß-Denken sind ja wohl eher Horkheimer und andere Koryphäen ungekrönte Könige; d. Verf.

Er ist pseudo-konservativ; d. h. er schickt sich in die Beibehaltung des ‚status quo', des freien Unternehmertums und dergleichen; aber derartig rachsüchtig gegenüber allen politischen Gegnern, daß seine Affinität zum Despotismus deutlich wird.

Er sieht in Erfolg, Popularität und ähnlichen Kriterien die einzigen Maßstäbe der menschlichen Wesen.

Er ist durch und durch autoritär, d. h. er akzeptiert Autorität um ihrer selbst willen und fordert ihre rigorose Anwendung.

Er zeigt kein Mitleid mit den Armen, sein Gefühlsleben ist kalt und oberflächlich.

Seine Tendenz zur Veräußerlichung macht ihn empfänglich für alle Arten von Aberglauben; es sei denn, sein Bildungsniveau ist sehr hoch.

Er interessiert sich im Allgemeinen mehr für die Mittel als für den Zweck.

Er verbirgt seine stereotype, inhumane Einstellung durch Personalisierung. Wenn er nach Schuld oder den Schuldigen sucht, denkt er nicht an eine objektive Reihe von Ereignissen, sondern an unfähige, ehrlose und skrupellose Menschen.

Er mißt dem Ideal der Reinheit, Ordnung, Sauberkeit und ähnlichen Merkmalen übertriebene Bedeutung zu.

Er glaubt an eine Reihe von Ideen, die, obwohl allgemein von seinem Typ akzeptiert, sich in extremen Fällen Wahnvorstellungen nähern, (internationale Verschwörungen).

Er ist ständig um seinen eigenen sozialen Status wie den der Familie besorgt."[57]

So in etwa hat sich Klein-Fritzchen von der Antifa einen „bösen Nazi" vorzustellen.

---

57 Max Horkheimer, „Zur Kritik der instrumentellen Vernunft", S. 283 ff.

Berlins ehemalige Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) hat es vor ein paar Jahren treffend formuliert und mit seinem Buch „Deutschland schafft sich ab!“ einen Bestseller geliefert. Deutschland schafft sich ab, gibt sich auf, reproduziert sich nicht mehr – und zwar ohne Not, freiwillig und ohne nennenswerten Widerstand. Mittlerweile darf man ja bald nicht mehr „deutsch“ denken, man darf nicht mehr stolz auf Deutschland sein – man könnte ja „Fachkräfte“ oder „ausländische Mitbürger“ oder die sog. „Kulturbereicherer“ verprellen.



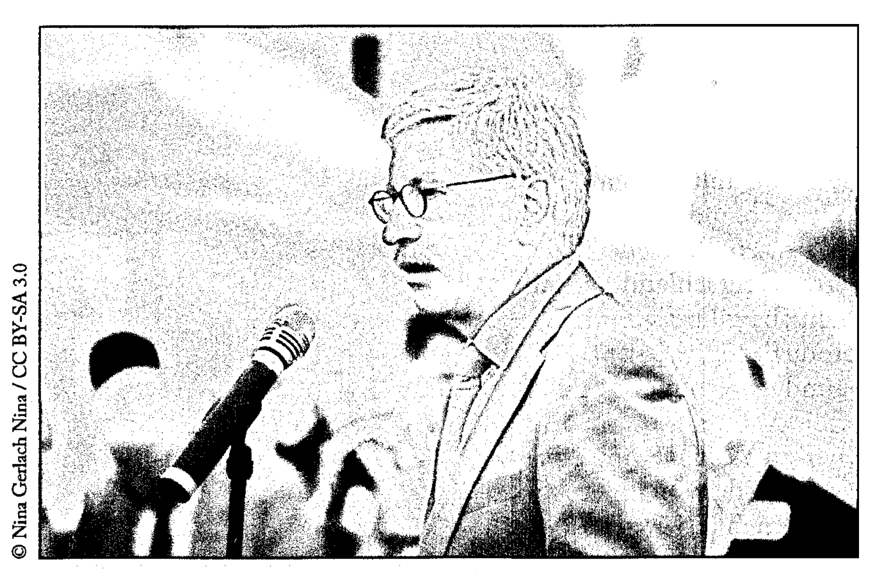
Der Sozialphilosoph Max Horkheimer (geboren am 14. Februar 1895 in Zuffenhausen; gestorben am 7. Juli 1973 in Nürnberg) war ein führender Kopf der „Frankfurter Schule“.

Da mittlerweile – nach mehr als 70 Jahren Gehirnwäsche und Umerziehung – der Denkapparat in den Köpfen vieler angepaßter Deutscher nur mehr eingeschränkt funktioniert und durch die beiden Konstanten „vorauseilender Gehorsam“ und „Schere im Kopf“ kurz gehalten wird, haben wir nachfolgend einmal die aktuelle Denkweise der Gutmenschen und der umerzogenen BRD-Bürger in zehn erschreckenden Punkten kurz zusammen gefaßt.

Zehn Sprachgebote für angepaßte Deutsche.

1. Deutsche, die deutsch denken und fühlen, sind „Neonazis“.

2. Deutsche, denen die Erhaltung nationaler Identität und eigener Art am Herzen liegt, sind „Rassisten“.



Thilo Sarrazin (* 12. Februar 1945 in Gera).

3. Deutsche, die gegen Masseneinwanderung und gegen Überfremdung aufmucken, sind „Ausländerfeinde".

4. Deutsche, die von deutschen Politikern die Wahrung deutscher Interessen verlangen, sind „Rechtsradikale".

5. Deutsche, die für nationale Einheit, gerechte Grenzen und staatliche Souveränität eintreten, sind „Nationalisten".

6. Deutsche, die sich keine kollektiven Schuldkomplexe einreden lassen und die sich nicht schämen, Deutsche zu sein, sind „Unverbesserliche".

7. Deutsche, die auf Tradition, Brauchtum und nationale Würde achten, sind „Ewiggestrige".

8. Deutsche, die nicht jede Behauptung der Siegerpropaganda unkritisch glauben und sich weigern, die Vergewaltigung, Vertreibung

und Ermordung von Millionen unschuldiger Landsleute als „Befreiung" zu feiern, sind „Unbelehrbare".

9. Deutsche, die für Deutschland Wahrheit und Gerechtigkeit fordern, sind „Faschisten".

10. Deutsche, die auf die Kriegspropaganda und die Fälschungen der Feinde Deutschlands hereinfallen und all diesen Blödsinn glauben, sind arme Umerzogene.

Ein weiterer Dorn im Auge aller Adepten der „Frankfurter Schule" ist die Institution „Familie". Die Familie, wohlgemerkt die nichtjüdische Familie, sei abzuschaffen, da sie die „Keimzelle des Faschismus" ist, und im Übrigen geschichtlich überholt sei.[58] Zudem produziere die Familie eine als „autoritären Charakter" bezeichnete Verhaltensweise. Gegen den „autoritären Charakter" sei die „anti-autoritäre Erziehung" in Stellung zu bringen, fordert Herbert Marcuse. Im Übrigen sei das Leistungsprinzip durch das Lustprinzip zu ersetzen. Die Hauptaufgabe der Sexualität bestünde in der Lustmaximierung und nicht in der Reproduktion irgendwelcher Bevölkerungen. Punkt. Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang, daß die Unterdrückung des kindlichen Sexualtriebes die Ursache aller Kriege und sonstigen Unpäßlichkeiten auf dieser Welt ist. Erich Fromm bestimmte: *„Was die Masse unfähig zur Freiheit macht, ist die Unterdrückung des genitalen Liebeslebens der Kinder, Heranwachsender und Erwachsener."*[59]

Als Nebenprodukt besagter Erkenntnisse sei das Schöne durch das Häßliche zu ersetzen – man betrachte die nach 1945 entstandenen „Denkmäler". Zudem sei der sexuell Normale der eigentliche Anormale und umgekehrt. Homosexuell zu sein, ist gegenwärtig der ultimative Renner, wird an deutschen Schulen gelehrt und Eltern, die ihre Kinder vor derartigen Schmutz schützen wollen, werden mit Geldstrafen belegt oder landen im Gefängnis. *„Eine Demokratie muß das aushalten"*, befand einst Angela Merkel. Um

---

58 Man lese nach in Horkheimers Buch „Zur Kritik der instrumentellen Vernunft" (S. 272) und in Rudolf Willekes Werk „Hintergründe der 68er Kulturrevolution" (S. 16).

59 Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing, „Charakterwäsche", S. 117

diese diagnostizierte Erkenntnis in den kindlichen Hirnen fest zu verankern, wurde der Pornographie-Unterricht zu einem festen Bestandteil im Lehrplan des überwiegenden Teiles unserer bundesrepublikanischen (Ver)-Bildungsstätten.

Ziehen wir kurz das selbsternannte „Sturmgeschütz der Demokratie", den *Spiegel*, zu Rate.

„SPIEGEL-Interview mit Mode-Zar Wolfgang Joop über die Homosexualisierung unserer Gesellschaft. Von Angela Gatterburg und Joachim Kronsbein.
Der Modemacher und bekennende Bisexuelle Wolfgang Joop über die Homosexualisierung der Gesellschaft, das Ende der Schwulenbewegung und Mode als Politik-Ersatz.
SPIEGEL: Herr Joop, heute gibt es keine Serie, keinen Kinofilm, kein Fernsehspiel ohne einen obligaten Schwulen. Freut Sie das?
Joop: Meine Begeisterung hält sich in Grenzen. Aber es stimmt, gerade in den klassisch homophoben USA kann man im TV zappen, wie man will, it's hard to meet a straight couple. Früher war die schwule Welt ein Exotikum, heute ist sie in den westlichen Industrieländern Mainstream. Die Gesellschaft hat sich schleichend homosexualisiert.
SPIEGEL: Erklären Sie uns das?
Joop: Früher war die Gesellschaft auf den betont männlichen Mann fixiert, den Kämpfer, den Beschützer mit Macho-Posen. Den brauchen wir nicht mehr, denn mittlerweile sind die klassischen Feindbilder verschwunden, die typischen Rollenbilder aufgelöst. ...
SPIEGEL: Die Gays aus dieser Szene haben ja bis in die 80er Jahre mit engen Lederhosen, körperbetonten Jeans, karierten Holzfällerhemden und kurz geschorenem Schädel sogar die Mode geprägt.
Joop: Schwule Prototypen sind heute Auslaufmodelle, Dinosaurier. Am Anfang der Bewegung wurden die Symbole der ehemaligen Unterdrücker zum schwulen Fetisch. Man kennt das Phänomen in Gefängnissen oder Lagern, wo das Opfer sich mit dem Täter erotisch identifizieren will. Damals ging es darum, einen Unterschied zu zeigen zwischen starken und schwachen Männern, um Erniedrigung, um die Gewaltpose. Inzwischen geht es nicht mehr um das Spiel mit den Insignien der Macht, heute geht es um Vertrauen, Zärtlichkeit, Verführung, Lust. ... Die ganze Gesellschaft hat sich egalisiert, indem sie femininer geworden ist, auch optisch.

SPIEGEL: Bis auf die hartgesottenen Lesben von der Feminismusfraktion.
Joop: Lesben sind die letzten ‚wahren Männer'. Sie sind Kavaliere, sie sind kumpelig und sehr traditionell in ihren Rollenklischees und Bedürfnissen. Alle Lesben, die ich kenne, fahren gern schicke Autos, sie sind übrigens oft sehr schön, keineswegs Frauen, die, wie es früher immer hieß, keinen abgekriegt haben.
SPIEGEL: Wenn Lesben die wahren Machos sind und harte Lederjungs abgewirtschaftet haben, wer verzaubert jetzt die Homos?
Joop: Heute sind die Jungs dran, Boygroups sind die Pin-ups der Szene. Oder nehmen Sie den sexy englischen Fußballer David Beckham. Der ist zwar nicht schwul, aber so eitel, narzißtisch und konsumgeil wie ein ganzes Tuntencamp. Es ist das Rollenmodell. Bei ihm ist schwul kein sexuelles, sondern ein Fashion-Statement. ... Heute sind Marken die Zeichen der Zeit, wir tragen Labels wie ein politisches Statement. Wer Nike trägt, zeigt, daß er antirassistisch ist, minimalistisch und sportlich schnell. Trage ich Benetton, bin ich politisch korrekt, weil mir das die Werbung sagt. Labels tragen ist leichter und unverbindlicher, als in einer Partei zu sein. Und wenn sie keinen Spaß mehr machen, wechseln wir sie einfach.
SPIEGEL: Ist es wirklich so kraß?
Joop: Ja, wir benehmen uns wie unsere Ahnen im Rokoko. Damals stand die Gesellschaft vor einer Umstrukturierung, und ich denke, es ist heute genauso. Wie damals flüchten wir noch mal ins Spiel und sind verliebt in die ewige Jugend. Damals war die Mode der herrschenden Klasse auch sehr feminin, man tändelte auf allen Gebieten und war auch sexuell äußerst vielseitig.
SPIEGEL: Was ist die Alternative zum Tanz auf dem Vulkan? Selbstbescheidung, Verzicht, neue Bescheidenheit?
Joop: Warum nicht? Da hoffe ich auch auf die Schwulen als Vorreiter. Ohne Druck wird es wohl nicht gehen. Das kollektive Leid ‚Aids' hat Schwule zum Beispiel früh gelehrt, vom Ego-Trip auf Solidarität umzusteigen. Wir müssen uns jetzt mehr auf Spiritualität besinnen statt auf Konsum. Ohne Moral, Verantwortlichkeit und soziale Solidarität kann keine Gesellschaft auf Dauer überleben."[60]

60 *Der Spiegel*, Nr. 13/2001, 26. 3. 2001

Wie man die Familie kaputt macht

Ein weiteres Hindernis auf dem Weg zum Menschen neuen Typus ist der „Zwangshetero", wie in die gegenwärtigen Adepten der „Frankfurter Schule" benennen. Gemeint ist der sexuell normal Veranlagte. Wer heterosexuell ist, sollte sich gefälligst was schämen.

Die „Erlösung der Menschheit" habe auf dem Wege der sexuellen Revolution zu geschehen, befanden die Frankfurter Koryphäen – Wozu der Sexus nicht alles gut ist.

Die Frage, ob die Menschheit durch die geistigen Übermenschen der „Frankfurter Schule" überhaupt „erlöst" werden möchte, ersparte man sich. Die für die „Erlösung" benötigten Kampftruppen rekrutierten und rekrutieren die Frankfurter noch immer unter den Linksintellektuellen, wie auch den zumeist kinderlosen, emanzipatorischen Frauenzimmern (Feministinnen), den „Gender-Mainstream"-Bewegten und unter all jenen, denen die „kritische Theorie" die ideologische Krücke ist, an der sie durchs Leben humpeln.

Die ideologische Verkörperung dieser destruktiv-nihilistischen Wunschvorstellungen bestimmt – auf Weisung höchster Kreise unseres ideologischen Olymps – das gegenwärtige Sein des deutschen und anderer europäischer Völker. Die Folgen diese Art von Pädagogik verdunkeln den Horizont der Zukunft. Dabei sollte nicht übersehen werden, daß die Schöpfer langsam unruhig werden; die Völker wollen einfach nicht in den ihnen zugedachten Käfig. So hat ein jeder seine Sorgen...

Was tut man nicht alles, um vor sich selber zu bestehen:

- Hervorhebung und Fokussierung alles Sexuellen,
- Herabsetzung des Leistungsprinzips,
- Zerstörung der Mutter-Kind-Beziehung,
- Zerstörung der klassischen Familie,
- Zerstörung jeglicher Verbindungen an die traditionellen Gemeinschaften,

- Hervorhebung des eigenen Egos zum Mittelpunkt allen Seins,
- Zerstörung religiöser Bindungen, besonders zum Christentum,
- Förderung all dessen, was uns als „modern" verkauft wird.
- Völkermord durch den Austausch der indigenen Bevölkerung durch überwiegend bildungsferne Orientalen.

Über die Folgen der „Frankfurter Schule" und ihres als „Kritische Theorie" bezeichneten Weltbildes erstellte Rudolf Willeke in seiner Schrift „Hintergründe der 68er-Kulturrevolution", Absteinach im Odenwald, 2002, auf S. 17 diese Liste:

- Das Scheidungsrecht berücksichtigt die Schuldfrage nicht mehr.
- Fast jede dritte Ehe wird geschieden.
- Die Zahl der Kinder sinkt unter jene Grenze, die zur Aufrechthaltung eines gesunden Volkswachstums unentbehrlich sind (2,7 Kinder).
- Die Zahl der Scheidungswaisen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, steigt.
- Das Mehrwertsteuergesetz benachteiligt Familien mit Kindern.
- Familien werden im Steuerrecht benachteiligt.
- Die Kriminalität steigt allgemein, besonders die Ausländerkriminalität.
- Die Dimension der Ausländerkriminalität wird der breiten Masse vorenthalten.

Zu Beginn des vorigen Jahrhunderts beschäftigte sich Professor Emil Kraepelin (1856-1926) erstmals mit jenem Forschungsobjekt, das seit dem Koreakrieg unter der Bezeichnung „Gehirnwäsche" die Kassen aller Psychiater klingeln läßt. In Ermangelung dieses damals noch unbekannten Begriffs nannte er sein Forschungsobjekt „Induziertes Irresein durch Okkultlehren". Dessen wissenschaftliche Bezeichnung lautet „Mentizid". Darunter ist zu verstehen, daß Personen, die das Opfer von Okkultlehren wurden und darüber ihre Persönlichkeit aufgaben, um sich dem induzierten Irresein zuzuwenden, im ungünstigsten Fall unter Schizophrenie litten. Als Okkultlehren betrachtete Kraepelin

eine Reihe von Zwangsideologien (Hirnwäschen): Zionismus, Freimaurerei, Jesuitenlehren, Sekten- und bestimmte Religionslehren und überhaupt jede Art von bewußter und unbewußter Persönlichkeitsverfremdung durch äußere oder überstaatliche Einflußnahme.

Das systemkonforme Portal „Wikipedia“ weiß über Professor Kraepelin folgendes zu berichten: *„Von Kraepelin stammen die Grundlagen des heutigen Systems der Klassifizierung psychischer Störungen. Er führte experimentalpsychologische Methoden in die Psychiatrie ein und gilt als Begründer der modernen empirisch orientierten Psychopathologie, mit der in ersten Ansätzen ein psychologisches Denken in der Psychiatrie üblich wurde. Auch die Entwicklung der Psychopharmakologie geht auf ihn zurück. Diese Zuschreibung als Begründer der Psychopharmakologie rechtfertigen aber weder seine Forschungsarbeiten noch seine Publikationen. Im Wesentlichen beruht diese Zuschreibung auf dem schmalen Werk ‚Über die Beeinflussung einfacher psychischer Vorgänge durch einige Arzneimittel‘ von 1892.“*

Während der Jahre 1913 bis 1915 beschäftigte er Frau Dr. Mathilde Kemnitz, als spätere Philosophin, Frauenrechtlerin und Ehefrau des Feldherren Erich Ludendorff weltbekannt, an seinem Institut. Frau Dr. Mathilde Kemnitz kompilierte das Ergebnis beider Forschungsobjekte in einem Buch, dem sie den Titel „Induziertes Irresein durch Okkultlehren“ verlieh.

Die Gründerväter der „Frankfurter Schule“, samt ihren gegenwärtigen Nachbetern, weisen sämtliche psychologischen und charakterlichen Deformierungen auf, die gemäß Professor Kraepelin das induzierte Irresein ausmachen. Diese Einstellung führt zu einer Zerstörung alles moralisch gerade Gewachsenen. In engem Zusammenhang dazu steht die Durchsetzung angemaßter Sonderprivilegien, die im Gegensatz zu den Interessen der Bevölkerung stehen, durch die Frankfurter Protagonisten. Weitere Folgen sind die Zwangspornographisierung unserer Jugend an den BRD-Schulen und die Senkung des europäischen Bildungsniveaus auf einen IQ unter 90; und „last but not least“: die Vernichtung der europäischen Bevölkerung durch Bevölkerungsaustausch.

Die germanischen Indigenen sind dabei das Haupthindernis eines Aufstiegs der vom Schicksal – oder ihrem ganz spezifischen Gott – Auserkorenen.

Die Aktivitäten der „Frankfurter Schule" haben außer Unmengen geschlagenen Schaums wenig mehr als organisiertes Chaos und höchst überflüssige finanzielle Kosten verursacht. Wenn sich etwas bessern soll, ist das Übel bei seiner Wurzel zu packen.
Besagte Zusammenhänge, so provozierend sie sich ausnehmen, bedürfen einer näheren Erklärung.

- Wer im Interesse der politischen Korrektheit Naturgesetze uminterpretiert oder gar negiert (z. B. es gibt keine Rassen, es gilt ausschließlich die Milieutheorie usw.),

- wer aus heterosexuellen Mitbürger sexuell Abartige macht und darüber „heterosexuelle Fragebögen" verbreitet,

- wer Greuelpropaganda auf der Basis naturgesetzlicher Unmöglichkeiten betreibt,

- wer den Unterschied zwischen den Geschlechtern leugnet,

- wer die Institution Familie untergräbt, da diese angeblich der Grundstein des Faschismus ist,

- wer seinen Mitmenschen den Gender-Mainstream-Ulk aufzwingt,

der muß sich Fragen nach seiner psychischen Zusammensetzung gefallen lassen, um einem Wilhelm Reich, den „Entdecker" des wundersamen Orgons, und den anderen Kollegen und Epigonen der „Frankfurter Schule" die Grenzen allgemeiner Zumutbarkeit aufzuzeigen. Eine derartige Verhaltensweise weist auf psychologische Anomalien der auf das deutsche und andere Völker angesetzten Psychokrieger hin.

Professor Wilhelm Reich, eine zentrale Figur der „Frankfurter Schule", hatte eine beinahe nobelpreisverdächtige Entdeckung ge-

macht. Er entdeckte den Stoff, der den Orgasmus verursacht: das von ihm so bezeichnete „Orgon“! Doch das war selbst der KPD-Führung – Reich war Mitglied dieser Partei – zuviel. Seine Sexpol-Fraktion („Sexpol“ – Reichs Kürzel für „Sexual-Politik“) innerhalb der Partei wurde ausgegrenzt. Auch Albert Einstein hat ihm offenbar bei einem Gespräch unter vier Augen bezüglich seiner „nobelpreisverdächtigen Entdeckung“ die Leviten gelesen.

Die aufgelisteten Schlußfolgerungen erwecken den abschließenden Eindruck, psychisch Kranke sähen den Sinn ihres Wirkens in der Heilung von Gesunden.

Henry Morgenthau lebt!

Um ein Volk zum Aussterben zu bringen, bedarf es ganzer drei Generationen, wie die bevölkerungspolitische Entwicklung der Ureinwohner Hawaiis bewiesen hat, ein bevölkerungspolitische Paradebeispiel, das allen seriösen Demographen ein Menetekel ist. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts lebten in dieser paradiesischen Weltecke etwa 150.000 Polynesier. Die Inbesitznahme ihres Landes durch US-Bürger und Japaner löste unter ihnen einen Kulturschock aus, der zu einer drei Generationen lang anhaltenden Geburtenverweigerung führte. Diese Geburtenverweigerung hat die Ureinwohner dieses so schönen Archipels bis zum Jahre 1920 auf etwa 40.000 Menschen reduziert. Heute sind deren einstige Ureinwohner vollständig ausgestorben.

Mit der Elle historischer Gesetzmäßigkeit gemessen, befindet sich das deutsche Volk im Stadium des dritten Punischen Krieges, eines Krieges, der im Gegensatz zu den beiden vorausgegangenen nicht mit militärischen Mitteln ausgefochten wird – es hinterläßt einen negativen Eindruck, einen „Verbündeten“ militärisch anzugreifen –, umso intensiver aber mit der Wunderwaffe der psychologischen Kriegsführung im Verbund mit einer künstlich gesteuerten Geburtenarmut zwecks Komplementierung jener Ereignisse, die dem Verfasser das Zentralthema dieser Ausarbeitung sind. Jedermann kennt Catos berühmtes „ceterum censeo, Carthagenem esse delendam“, doch als Folge nahezu wasserdichter Medienmanipulationen

ist sich nur eine begrenzte Anzahl von Zeitgenossen der gegenwärtigen Praktizierung dieser mehr als zweitausend Jahre alten Aufforderung zum Völkermord bewußt.

Ich habe im Vorausgegangen ausführlich über die zahlreichen Ausarbeitungen jener diversen Völkermordpläne berichtet, in denen induziert irre gemachte Gehirne einst schwelgten und abermals schwelgen. In diesem Buch habe ich die Namen einiger „Deutscher" erwähnt, die durch das von ihnen geförderte Aussterben des deutschen Volkes finanzielle Vorteile genießen. Zum Glück wurde von den Plänen der ursprünglich induziert Irregemachten nur ein geringer Teil durch direkte und indirekte Kriegshandlungen verwirklicht. Für gewöhnlich denken die Aufgeklärten in diesem Zusammenhang an die Rheinwiesenlager oder die Ermordung deutscher Frauen und Kinder durch die Bomberflotten der „Befreier" des deutschen Volkes.

Während der Epoche des Wiederaufbaus und des deutschen Wirtschaftswunders hätte sich ein jeder, der an diese Absichten erinnert hätte, der Lächerlichkeit ausgesetzt; zu absurd erschien damals der Gedanke ihrer Verwirklichung. Doch die Kräfte des Hintergrundes schlafen nicht. Zudem hatten sie dazugelernt und begnügten sich – bescheidener geworden – mit der Salamitaktik. Diese ist zwar zeitaufwendiger, aber auch zuverlässiger.

„Aussterben der Deutschen durch Geburtenschwund"

Am 4. August 2011 jubelte der Türke Deniz Yücel in der *taz* über den deutschen Geburtenschwund. Unter der Überschrift „Alte Menschen, weniger Geburten – Super, Deutschland schafft sich ab" verkündet er:

„In der Mitte Europas entsteht bald ein Raum ohne Volk. Schade ist das aber nicht. Denn mit den Deutschen gehen nur Dinge verloren, die keiner vermissen wird.
Endlich! Super! Wunderbar! Was im vorigen Jahr noch als Gerücht die Runde machte, ist nun wissenschaftlich (so mit Zahlen und Daten) und amtlich (so mit Stempel und Siegel) erwiesen: Deutschland schafft sich ab!

Nur 16,5 Prozent der 81 Millionen Deutschen, so hat das Statistische Bundesamt ermittelt, sind unter 18 Jahre alt, nirgends in Europa ist der Anteil der Minderjährigen derart niedrig. Auf je 1.000 Einwohner kommen nur noch 8,3 Geburten – auch das der geringste Wert in Europa.
Besonders erfreulich: Die Einwanderer, die jahrelang die Geburtenziffern künstlich hochgehalten haben, verweigern sich nicht länger der Integration und machen beim Deutschensterben fleißig mit.
Noch erfreulicher: Die Ossis schaffen sich als Erste ab. Während im Westen die Zahl der Minderjährigen in den vergangenen zehn Jahren um 10 Prozent gesunken ist, ging sie im Osten um 29 Prozent zurück. Die Sandys, Mandys und Jacquelines pfeifen auf das neue deutsche Mutterkreuz (‚Elterngeld') und tragen nach Kräften dazu bei, daß den ostdeutschen Volkssportarten Jammern und Ausländerklatschen in absehbarer Zeit der Nachwuchs ausgehen wird.
Woran Sir Arthur Harris, Henry Morgenthau und Ilja Ehrenburg gescheitert sind, wovon George Grosz, Marlene Dietrich und Hans Krankl geträumt haben, übernehmen die Deutschen nun also selbst, weshalb man sich auch darauf verlassen kann, daß es wirklich passiert. Denn halbe Sachen waren nie deutsche Sachen (‚totaler Krieg', ‚Vollkornbrot'); wegen ihrer Gründlichkeit werden die Deutschen in aller Welt ein wenig bewundert und noch mehr gefürchtet.
Nun ist schon so manches Volk ohne das gewalttätige Zutun anderer von der Bühne der Geschichte abgetreten: Die Etrusker wurden zu Bürgern Roms, die Hethiter gingen im anatolischen Völkergemisch auf, die Skythen verschwanden irgendwo in den Weiten der Steppe.
Der baldige Abgang der Deutschen aber ist Völkersterben von seiner schönsten Seite. Eine Nation, deren größter Beitrag zur Zivilisationsgeschichte der Menschheit darin besteht, dem absolut Bösen Namen und Gesicht verliehen zu haben; eine Nation, die seit jeher mit grenzenlosem Selbstmitleid, penetranter Besserwisserei und ewiger schlechter Laune auffällt; eine Nation, die Dutzende Ausdrücke für das Wort ‚meckern' kennt, für alles Erotische sich aber anderer Leute Wörter borgen muß, weil die eigene Sprache nur verklemmtes, grobes oder klinisches Vokabular zu bieten hat, diese Nation also kann gerne dahinscheiden.
Apropos Sprache: Die Liste jener deutschen Wörter, die sich nicht oder nur mit erheblichem Bedeutungsverlust in andere Sprachen übersetzen lassen, illustriert, was der Welt mit dem Ableben der Deutschen verlustig gin-

ge: Blitzkrieg, Ding an sich, Feierabend, Gemütlichkeit, Gummibärchen, Hausmeister, Heimweh, Kindergarten, Kitsch, Kulturkampf, Lebensabschnittsgefährte, Nachhaltigkeit, Nestbeschmutzer, Ordnungsamt, Querdenker, Realpolitik, Schlager, Spaßvogel, Tiefsinn, Vergangenheitsbewältigung, Volksgemeinschaft, Weltanschauung, Wirtschaftswunder, Zwieback. Welcher Mensch von Vernunft, Stil und Humor wäre betrübt, wenn diese Wörter und mit ihnen die ihnen zugrunde liegenden Geisteshaltungen verschwinden? Eben.



Menschenfreund Deniz Yücel.

Der Erhalt der deutschen Sprache übrigens ist kein Argument dafür, die deutsche Population am Leben zu erhalten. Denn der Deutsche und das Deutsche haben miteinander etwa so viel zu schaffen wie Astronomie und Astrologie. Oder besser noch: wie Lamm und Metzger. ‚Für seinen Schäferhund und seine Wohnzimmerschrankwand empfindet der Deutsche mehr Zärtlichkeit als für seine Sprache', bemerkte Thomas Blum einmal. Im Interesse der deutschen Sprache können die Deutschen gar nicht schnell genug die Biege machen. Nun, da das Ende Deutschlands ausgemachte Sache ist, stellt sich die Frage, was mit Raum ohne Volk anzufangen ist, der bald in der Mitte Europas entstehen wird: Zwischen Polen und Frankreich aufteilen? Parzellieren und auf eBay versteigern? Palästinensern, Tuvaluern, Kabylen und anderen Bedürftigen schenken? Zu einem Naherholungsgebiet verwildern lassen? Oder lieber in einen Rübenacker verwandeln? Egal. Etwas Besseres als Deutschland findet sich allemal."[61]

61 *taz*, Berlin; www.taz.de/Kolumne/geburtenschwund/757707

Yücel wurde 1973 als Sohn türkischer Gastarbeiter in Flörsheim am Main geboren. 1996 studierte er in an der FU-Berlin Politikwissenschaft. Seit 1999 ist er als Autor für *Jungle World*, *Konkret*, *Jüdische Allgemeine* und *Der Tagesspiegel* tätig.

„Ja, mach nur einen Plan, sei nur ein großes Licht und mach dann noch 'nen zweiten Plan, nur taugen sie beide nicht." Wem ist dieser Singsang aus der „Dreigroschenoper" nicht bekannt?

Während diese Zeilen zu Papier gebracht werden – es ist die Jahreswende 2014/15 –, verschlägt die scheinbar aus dem Nichts gekommene „Pegida"-Bewegung[62] den traditionellen Erziehungsberechtigten des deutschen Volkes die Sprache. Man ist nicht nur hochgradig irritiert, sondern zugleich unsicher, wie man auf die immer lauter werdende Stimme des Volkes reagieren soll. Tatsächliche Demokratie war nicht eingeplant. Der Tenor auf diese Unabwägbarkeit war unterschiedlich und lautete gewöhnlich: geistig Fehlgeleitete, Verschwörungstheoretiker und Nazis, die politisch inkorrekte Ansichten verbreiten, in dem sie die Mär einer angeblichen Islamisierung der BRD verbreiten.

Als Argumentationsschwerpunkt und ultimativer Beweis der Nichtexistenz des seit 90 Jahren geplanten Bevölkerungsaustauschprogramms dient das Wort „Verschwörungstheorie". Für alle Psychokrieger, Volkspädagogen und Gutdenker ist der Islamismus eine durch und durch fortschrittliche und friedliebende Ideologie (Religion), deren Ausbreitung im europäischen Raum die zivilisatorischen Standards der dortigen Völker hebt. Die germanischen Völker täten deshalb gut daran, sich dieser Segnung auszusetzen und darüber ihre bisherige, mehr als tausendjährige Kultur an den Nagel zu hängen.

Wir zitieren einen Beitrag aus dem *Tagesspiegel*, Berlin, vom 24. 1. 2015.

„Wie umgehen mit der Anti-Islam-Bewegung?

62 Pegida bedeutet „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes".

Sigmar Gabriel trifft Pegida-Anhänger in Dresden
Von Matthias Meisner

Während SPD-Chef Sigmar Gabriel sich mit Pegida-Anhängern in Dresden getroffen hat, ist die Generalsekretärin der Partei gegen einen Dialog. Ein Ortstermin.

Wie gehen wir mit Pegida um? Diese Frage spaltet die SPD derzeit. Denn SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi lehnt einen Dialog mit der islamkritischen Pegida-Bewegung weiterhin ab. ‚Wer mündig ist, trägt Verantwortung für seine Taten und dafür, wem er hinterherläuft', sagte Fahimi der ‚Frankfurter Rundschau'. Deswegen wolle sie in keinen Dialog treten mit Leuten, ‚die Stimmung schüren gegen Migranten, gegen Ausländer und gegen Andersdenkende'.

SPD-Chef Sigmar Gabriel sieht das ein wenig anders. Mitten im Publikum hat er am Freitagabend Platz genommen. Er kommt gerade vom Weltwirtschaftsforum in Davos. Dort haben ihn alle gefragt, was denn in Deutschland los sei. Nun sitzt er, gerade privat in Dresden, im blauen Poloshirt und Jeans beim Forum ‚Warum (nicht) zu Pegida gehen?', das die sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) organisiert hat, nachdem die Demonstrationen der Anti-Islam-Bewegung von Woche zu Woche angewachsen ist.
Zuhören will Gabriel. Und ein wenig auch dem SLpB-Direktor Frank Richter den Rücken stärken, der in die Kritik geraten ist, weil er Pegida am Montag einen Raum für deren Pressekonferenz zur Verfügung stellte. ‚Sein Ansatz ist richtig,, sagt Gabriel über Richter, ‚was gibt es Wichtigeres als zu reden?'
Es ist eine besondere Form des Dialogs. In der Mitte des Festsaals im Stadtmuseum steht ein quadratischer Tisch mit vier Stühlen. Abwechselnd dürfen Gäste aus dem Publikum maximal drei Minuten sprechen. Klatschen ist offiziell verboten, so eine Spielregel – und selbst das wird ganz gut klappen.
Es ist das Volk, das sich hier zu Wort meldet – mit durchaus unterschiedlichen Positionen. Viele, die bei Pegida mitmarschierten und sich deshalb zu Unrecht diskreditiert sehen. Sie erleben eine gespaltene Stadt. Dürfen hier über ihre Oberbürgermeisterin schimpfen – Helma Orosz, eine CDU-Politikerin, habe mit Kritik an Pegida ‚ihre ganze Stadt

bloßgestellt', sagt einer. 25.000 würden auf die Straße gehen und würden ,als Antidemokraten verunglimpft', klagt ein anderer Mann. Und betont trotzig: ,So lange ich verunglimpft werde, werde ich weiter auf die Straße gehen.'

Pegida ist an diesem Freitagabend gut vertreten. ,Ausländerfeindlichkeit oder Ausländerhaß in Dresden oder Sachsen – garantiert niemand', behauptet ein Redner. Eine ,hysterische Ablehnung' von Pegida beobachtet die frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld, die ein Impulsreferat halten darf. ,Viele Forderungen von Pegida entsprechen dem CDU-Programm von vor wenigen Jahren', verteidigt sie die Bewegung. ...

Daß ,Nopegida' es in Dresden derzeit ganz schön schwer hat, wird aber erst deutlich, als Wilfried Schulz, der Intendant des Staatsschauspiels, das Wort ergreift. Er fordert ,Einfühlung, Toleranz und Empathie', vermißt genau das bei Pegida. Der Stadt attestiert er ,eine hohe Fremdenfeindlichkeit', erzählt von einem dunkelhäutigen Schauspielstudenten, der sich nicht traue, nach Dresden zu ziehen und lieber anderswo studiere, ,eine verheerende Außenwirkung'. Den Pegida-Anhängern ist das zu viel. Schulz wird ausgebuht und kann seine Wortmeldung kaum zu Ende bringen."[63]

Während man noch intensiv den Weihrauchkessel schwingt, ereigneten sich Vorfälle, die dieses ach so schöne Weltbild einer harten Bewährungsprobe aussetzten.

Am 6. Januar 2015 erschoß ein islamistisches Killerkommando fast den gesamten Redaktionsstab der in Paris beheimateten Satirezeitschrift *Charlie Hebdo*. Insgesamt kamen dabei zwölf Mitarbeiter um. *Charlie Hebdo* hatte sich durch seine freizügige Art den Unmut gelernter Islamisten zugezogen. Dieser Vorfall stellt eine bisherige Einmaligkeit in der weltweiten Presselandschaft dar.[64] Wichtig ist es auch zu erwähnen, wem die Zeitung jetzt gehört. Die aller-

63 http://www.tagesspiegel.de/politik/wie-umgehen-mit-der-anti-islam-bewegung-sigmar-gabriel-trifft-pegida-anhaenger-in-dresden/11275682.html

64 Es sei allerdings vorausgesetzt, daß es sich bei der ganzen Affaire um keine „false-flag-operation" gehandelt hat.

meisten Zeitgenossen wissen nämlich nicht, daß ein gewisser Herr Rothschild unlängst das Blatt gekauft hat.

Zur gleichen Zeit schlachteten laut Meldungen internationaler Nachrichtenbüros und der BBC vom 7. 1. 2015 die Söldnertruppen einer in Nigeria beheimateten islamistischen Terrororganisation mit dem Namen „Boko Haram“[65] rund 2.000 Personen in der an der Grenze zum Kamerun gelegenen Stadt Baga ab. – Gab es Solidarität mit den Ermordeten und ihren Familien? Demos, Lichterketten, „Je suis Baga!“-Plakate?

Zwölf Tote in Paris, und halb Europa steht Kopf! Aber 2.000 Tote in Nigeria – nichts passiert!

Fhrende SPD-Funktionäre, auf diese Diskrepanzen angesprochen, waren um entsprechende Belehrungen nicht verlegen. Stets, wenn es zu einem Anschlag kommt, bei dem Islamisten mitgewirkt haben, vermeldet die SPD sofort und unisono: „Nein, das hat mit dem Islam nichts zu tun!“

Heiko Maas (SPD), BRD-Justizminister, tobte aber sofort, weil zu Pegida in Dresden „zu viele Teilnehmer“ gekommen seien.

Burkhard Lischka, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, sagte zum Thema „Islamismus im Deutschlandfunk“ am 8. 1. 2015:

„Frage: Glauben Sie, hat der Islam etwas mit diesem Anschlag von Paris zu tun?
Antwort: Nein, wenn dort Menschen abgeschlachtet werden ..., dann hat das mit keiner Religion und auch nichts mit dem Islam zu tun!“[66]

Diese Diskrepanzen unter einen Hut zu bringen, dürfte selbst phantasiebegabten Märchenerzählern wie Bundespräsident Gauck (IM-Larve), Kanzlerin Merkel (IM-Erika) oder dem Reduzierer des deutschen Volksvermögens, Wolfgang Schäuble, einige Mühe

65 dt., „Westliche Bildung ist Sünde!“
66 http://www.deutschlandfunk.de/islamismus-demokratie-ist-staerker-als-terrorismus.694.de.html?dram:article_id=308121

bereiten. Noch begnügt man sich mit der Verbreitung maßlos übertriebener Angaben über die Zahl der Gegendemonstranten bei gleichzeitiger Heruntersetzung der Zahl der abendlichen Pegida-Spaziergänger in Dresden.

Am 12. 1. 2015 sollen gemäß offiziösen Angaben in München 20.000 Gegendemonstranten gegen den Pegida-Spaziergang protestiert haben, an dem 1.500 Personen teilnahmen. Tatsächlich waren es nur 4.000 bis 5.000, wie ein zuverlässiger Beobachter dem Verfasser mitteilte, was in etwa der üblichen Schablone entspricht. In Leipzig sollen gemäß amtlichen Angaben 30.000 Gegendemonstranten ihren Feierabend dieser heiligen Sache geopfert haben, einer Zahl, die möglicherweise der Wahrheit nahe kommt. Sämtliche städtischen Angestellten – von den Kindergärtnerinnen und städtischen Reinigungskräften über das Lehrpersonal bis hin zu den Abgeordneten – erhielten ein Schreiben, in welchen sie gebeten wurden, an der Gegendemonstration teilzunehmen, da mit der Teilnahme zugleich auch der Arbeitsplatz gesichert werde. Zu DDR-Zeiten wurde die benötigte menschliche Staffage durch die Verteilung von 10-Mark-Scheinen motiviert, was dem ungefähren Preis von vier halben Litern Bier und einer Bockwurst entsprach, die man sich anschließend zu Gemüte führen konnte.

Im Kampf gegen den „Terror der Pegida" beweist unsere wehrhafte Demokratie, wie ungeheuer wehrhaft sie sein kann.

„Das Attentat auf ‚Charlie Hebdo' ist ein Angriff auf unsere Demokratie, unsere Presse- und Meinungsfreiheit. Wir müssen sie stets aufs Neue verteidigen, auch gegen die perfide Propaganda der Pegida-Anführer und den üblen Vorwurf der ‚Lügenpresse'."[67]

Es versteht sich, daß sich die Muslime weltweit über die Europäer, speziell aber über die doofen Deutschen, kaputt lachen. Und das,

67 Helmut Heinen, Präsident des Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger, am 9. 1. 2015 in der *FAZ*. http://www.faz.net/aktuell/politik/aufruf-der-zeitungsverleger-wehren-wir-uns-13361546.html

obwohl ihre Führer in Interviews sich vom Terror (gegen Muslime) distanzieren und diesen Terror gar schrecklich finden.

Über die klare Ansagen von Professor Barnett wurde in dieser Schrift ausführlich berichtet. Noch deutlicher als Barnett äußern sich im Zuge der geplanten Machtübernahme hiesige türkische Kreise, jene des Mutterlandes mit inbegriffen. Daß es Türken waren, die Deutschland angeblich nach dem Krieg wiederaufgebaut haben, wurde inzwischen gar zum Allgemeingut gewisser deutscher Gutmenschen, ein Realitätsverlust, der dem Internet aber auch den öffentlichen Erkenntnissen von Frau Claudia Roth entnommen werden kann. Unmißverständlich betrachten sie „Almanya" als die Westprovinz des künftigen Großtürkischen Reiches. Wer das Land aufgebaut hat, dem gehört es schließlich auch!

Jene Behörde, die diese Entwicklung administratorisch begleitet, ist die DITIB, die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion. Sie ist in Köln-Elberfeld, Venloer Straße, beheimatet. Es assistieren die türkische Lehrerschaft, unsere BRD-Grünen sowie der Verbund der antideutschen Lobbyisten, wie auch Teile der deutschen Lehrerschaft. Ein deutscher Lehrer hat sich bedingungslos an die Lehrvorgaben zu halten; egal wie verlogen sie sind. Weicht er auch nur einen Millimeter davon ab, ist seine pädagogische Karriere für immer beendet).

DITIB ist ein türkisches Kunstwort, das sich aus den Initialen der Wörter „Diyanet Isleri Türk-Islam Birligi"[68] zusammensetzt. Es ist jene Organisation, die offiziell den Bau von Moscheen auf dem Territorium der BRD leitet. DITIB ist auf das engste mit dem Religionsministerium des nach außen hin immer noch laizistischen türkischen Staates verbunden. Die sogenannten „Jungtürken", welche 1908 dem „Kranken Mann am Bosporus" die Macht entwanden, waren samt und sonders Freimaurer; und so scheint es auch noch gegenwärtig der Fall zu sein. So gesehen, ist DITIB neben den türkischen Botschaften und Konsulaten sowie den einschlägigen türkischen Medien der wichtigste Teil der türkischen Ko-

68 dt., „Türkisch-islamische Union der Anstalt für Religion"

lonialverwaltung auf deutschem Boden. Durch die Tätigkeit der DITIB wird die BRD planmäßig islamisiert.

An der Spitze der DITIB steht ein Botschaftsrat der türkischen Botschaft in Berlin, welcher zugleich die Imame des Religionsministeriums mit den in Ankara ausgearbeiteten Freitagsgebeten und Predigten versorgt. Die „DITIB"-Imame – nach außen hin Geistliche – sind zugleich Staatsfunktionäre. Sie vertreten die Intentionen des Islams und die der türkischen Regierung. Das Erscheinungsbild der DITIB eröffnet jedermann, was unter dem Begriff „Islam" zu verstehen ist. Eine gut eingespielte Kombination aus Religion, Politik, Staatsgewalt und bundesrepublikanischen Kollaborateuren ist eingesetzt, um die BRD mit den bekannten Methoden zu übernehmen.

Es ist offensichtlich, daß das Wirken der DITIB gegen fundamentale bundesrepublikanische Grundsätze verstößt. Die DITIB betreibt ihr politisches Spiel im Gewand einer Religion, um auf deutschem und europäischem Boden die politische Macht der Türkei und die des Islams durchzusetzen. Dies gilt nicht nur für den Bau von Moscheen, sondern auch für die Entsendung staatlich bediensteter Imame. Deren Vorgehen zeigt, daß die BRD für die türkische Regierung jene potentielle Kolonie ist, deren fortschreitender Besetzung man allerhöchste Priorität einräumt. DITIB ist das trojanische Pferd Ankaras auf deutscher Scholle, und deren Imame sind die Missionare. Ihre Ziele und Methoden widersprechen zwar unserem Grundgesetz, das Glaubens- und Gewissensfreiheit vorschreibt. Das berührt jedoch die politischen Marionetten des freiesten Rechtsstaates der deutschen Geschichte wenig. Warum auch? Handeln sie doch in Übereinstimmung mit gleich zwei Kolonialverwaltungen, der zionistischen und der muselmanischen, wodurch unbeabsichtigt sicher gestellt ist, daß der Kampf um die deutsche Beute den Beobachtern künftiger Generationen ein interessantes Schauspiel zu bieten verspricht.

Die DITIB ist der längste Arm dieser ausländischen Kolonialverwaltungen. Man nutzt den diplomatischen Status der türkischen Botschaften, um die Verhältnisse im Gastland zugunsten eigener Interessen zu destabilisieren.

Doch nicht nur DITIB spricht Klartext. Selbst der gegenwärtige türkische Staatspräsident genierte sich nicht, seinen Gedanken Ausdruck zu verleihen: *„Die Demokratie ist nur der Zug auf den wir steigen bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten!"*[69]

Im April 1998 wurde Erdoğan vom Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir wegen Mißbrauchs der Grundrechte und -freiheiten gemäß Artikel 14 der türkischen Verfassung nach Artikel 312/2 des damaligen türkischen Strafgesetzbuches (Aufstachelung zur Feindschaft auf Grund von Klasse, Rasse, Religion, Sekte oder regionalen Unterschieden) zu zehn Monaten Gefängnis und lebenslangem Politikverbot verurteilt. Anlaß war seine Rede bei einer Konferenz in der ost-anatolischen Stadt Siirt, in der er aus einem religiösen Gedicht, das Ziya Gökalp zugeschrieben wurde, zitiert hatte. Am 24. Juli 1999 wurde Erdoğan wieder aus der Haft entlassen.

Aber auch die minderen Chargen sind recht aktiv.

Lesen wir z. B. aus einem Schreiben des Koordinierungsrates der türkischen Vereine in Nordrhein-Westfalen an die Partei „Christliche Mitte": *„Vergessen Sie nicht: Als Deutschland in Schutt und Asche lag, kamen die Ausländer und bauten das Land wieder auf. Die Ausländer (Türken) haben den Deutschen den Wohlstand gebracht. Ohne die Ausländer ständen die Deutschen heute noch auf ihren Trümmern. Darum folgende logische Schlußfolgerung: Wer das Land aufgebaut hat, dem gehört es auch. Ausländer sind Inländer. Wir wollen: Hier wählen, hier arbeiten, hier mitbestimmen. Darum: Der nächste Bundeskanzler mit seinen Ministern müssen Türken sein!!! Die Kreuze müssen verschwinden! Der Islam ist die stärkste Kraft, der Islam wird siegen."*[70]

Der Spiegel[71] unterhielt sich mit einem Führer der ISIS-Armee, Abu Sattar, und erfuhr dabei ganz unverblümt, daß die Ermordung von

69 Recep Tayyip Erdoğan, seinerzeit Oberbürgermeister Istanbuls, im April 1998 in der Stadt Siirt in Ost-Anatolien, nach einem Gedicht von Ziya Gökalp.

70 *Kurier der Christlichen Mitte, Monatszeitung für Religion und Politik,* März 2011, Nr. 3

71 spiegel.de vom 23. 10. 2014

„Ungläubigen“ tatsächlich als Gottesauftrag ausgeführt wird. Sattar prahlte unverblümt: *„Wir befolgen Allahs Wort. Wir setzen um, was im Koran geschrieben steht. ... Es ist die Pflicht eines jeden Muslimen, Andersgläubige zu bekämpfen, bis auf der ganzen Welt nur Allah verehrt wird. Jeder hat die Chance, sich zu Allah zu bekennen und auf dem rechten Weg zu wandeln. Es steht im Koran, 5. Sure, Vers 37: ‚Siehe, der Lohn derer, welche Allah und seinen Gesandten befehden und Verderben auf der Erde betreiben, ist nur der, daß sie getötet oder gekreuzigt oder an Händen und Füßen wechselseitig verstümmelt oder aus dem Lande vertrieben werden.'“*

Auf den weinerlich-politisch-korrekten Einwand des *Spiegels*, daß die Mehrheit der Moslems friedlich seien und diese Treue zum Wort Gottes ablehnten, lachte Sattar laut auf und entgegnete: *„Und? Erheben die Friedliebenden ihre Stimme gegen uns?“* Nur einzelne tun das. Und jene wunderbaren Menschen wie Akif Pirinçci und Xavier Naidoo, die uns wirklich bereichern, fallen diesen Horden später ebenso zum Opfer wie wir Deutschen.

Der in Deutschland lebende ägyptische Autor und Politologe Hamed Abdel-Samad, der in Deutschland mehrere Fernsehsendungen hatte, sagte gegenüber dem *Tagesanzeiger* aus Zürich am 8. April 2014: *„Nein, es gibt keinen moderaten Islam!“* Das Schlimme an dieser Aussage ist, daß sie ernst gemeint ist.[72]

Manche Politiker glauben diese Behauptungen tatsächlich oder schützen diesen Glauben aus finanziellem Eigeninteresse oder aus Karrieregründen vor. Zudem, wer verliert schon gern seinen Glauben? Eine gewisse Claudia Roth, bei der man niemals sicher sein kann, in welchem Bewußtseinszustand sie sich bei ihren jeweiligen Äußerungen gerade befindet, gab darüber zum besten: *„Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut!“*[73]

Mit derartigen Behauptungen machen sich Fräulein Roth und ähnlich Gepolte verdächtig, gegen finanzielle Zuwendungen Falsch-

72 http://indexexpurgatorius.wordpress.com/2011/03/10/1656/
73 Claudia Roth am 5. Oktober 2004 in der „Münchner Runde“.

meldungen zu verbreiten (Lobbyismus). Eine andere Möglichkeit wäre der exzessive Gebrauch bewußtseinserweiternder Produkte.

Eine aus dieser Entwicklung zu ziehende Schlußfolgerung lässt sich, wenn auch mur hypothetisch, problemlos ziehen. Der Verlierer in diesem Streit um die Beute werden gemäß den Gesetzen der Logik die selbsternannten Schöpfer der NWO sein. Die BRD ist, ähnlich den USA, gegenwärtig ihre wichtigste Tributkolonie. Bricht dieses Standbein weg, gehen sie ihrer finanziellen Basis verlustig. Es werden die türkischen Islamisten sein, die im Falle einer türkischen BRD-Regierung den Ton über die Finanzen der BRD angeben. Es gibt auf der Welt höchstens 15 Millionen Propagandisten einer neuen Weltordnung, aber weit über eine Milliarden Muslime. Die Schöpfer der NWO begingen einen irreparablen Fehler, als sie dazu übergingen, das Land BRD durch Türken und Arabern zu bereichern.

Zwar schrieb der Erfinder des Bevölkerungsaustauschprogramms, Graf Coudenhove-Kalergi, in seinem Buch „Praktischer Idealismus", 1925, auf den Seiten 22 f.: *„Der Mensch der Zukunft wird ein Mischling sein. Für Mitteleuropa wünsche ich mir eine eurasisch-negroide Zukunftsrasse, um die Vielfalt der Völker durch eine Vielfalt der Persönlichkeiten zu ersetzen."*

Doch statt Negroiden und Eurasiern holte man Türken und Araber ins Land, zwei Völkerschaften, die zudem noch mit einer ähnlich imperialistischen Religion infiziert sind wie die Schöpfer der NWO. Es ist schwer vorstellbar, daß ein türkischer Bundeskanzler und sein Kabinett deren Bitten um Gelder für die bekannten „12 Jahre" nachkommen werden. Vermutlich wird eine derartige Zumutung bei den Angesprochenen einen Heiterkeitsausbruch nach sich ziehen.

Die „Frankfurter Schule" der Gegenwart

Die Frankfurter Menschheitsbeglücker repräsentieren ein Kollektiv psychisch Kranker, die ihre Hauptaufgabe in der Heilung von Gesunden sehen. Sie sind es, die an sich das berühmte Sofa zu be-

legen hätten. Was sie eint und treibt, ist ihr kollektiver Haß auf die bestehende Ordnung.

Die treibende Kraft dieser Entwicklung waren die in die Jahre gekommenen Fossilien der „Frankfurter Schule" mit ihrer inzwischen nachgewachsenen bundesrepublikanischen Mittäterschaft. Sie erlebten im Kielwasser eines vom CIA durchgeführten Forschungsauftrages unter dem Codenamen MK-Ultra gegen Ende der sechziger Jahre eine unerwartete Renaissance, deren Folgen eine jahrzehntelange negative erzieherische Langzeitwirkung bei schwerster psychologischer Deformation des bundesrepublikanischen akademischen Nachwuchses aufweisen.

„Die Frankfurter stellen dem ‚alten' bürgerlichen Menschen mit seiner Menschenwürde, der in Familien zu einem moralischen Verhalten erzogen wurde, den ‚neuen', ganz anderen Verhaltenstypus gegenüber, der in alternativen Institutionen mit neuen wissenschaftlichen Methoden und nach neuen Leitbildern ‚erzogen' werden soll. Deshalb kritisieren sie den ‚alten' Menschen als kapitalistisch deformiert und psychisch krank (sic!), während sie den ‚neuen' Menschen als ihr Ideal entwerfen. Nur diesem ‚neuen' Menschen mit den kollektiven Ich-Strukturen trauen die Frankfurter die Rebellion gegen das Bestehende, die Veränderung der von ihnen gehaßten gesellschaftlichen Strukturen und ein Leben unter sozialistischen Bedingungen zu."[74]

Ein anderer fachkundiger Kritiker beschreibt die Problematik aufgezwungener Umerziehung mit den folgenden Worten: *„Die Hauptziele der Frankfurter Schule waren auch die der Umerziehung: Zerstörung der deutschen geistigen Tradition, Vernichtung von Volks- und Vaterlandsbewußtsein, Wiedereinführung des Marxismus und des Klassenkampfes auch ohne die vorauszusetzende revolutionäre Situation, Abbau aller Autoritäten, Herabsetzung der Familie, Sexualisierung des Lebens, Aufhebung des abendländischen Schönheits- und Kunstbegriffs. Dazu wurden scheinhumanitäre Begriffe als Forderungen propagiert wie Demokratisierung aller Bereiche, Emanzipierung auf allen Ebenen, Transparenz aller Vorgänge, emanzipatorische und antiautori-*

74 Rudolf Willeke, a.a.O., S. 11

täre Erziehung, Ausländerintegration und multikulturelle Gesellschaft. Durch die aus der Frankfurter Schule stammenden linken Bildungspolitiker wie Ludwig von Friedeburg, Peter von Oertzen oder Ralf Dahrendorf wurde ab Ende der sechziger Jahre mit der linken ‚Reformpolitik' das bewährte deutsche Bildungswesen in unverantwortlicher Weise zerschlagen."[75]

Erich Fromms vernebelte Sicht durch eine rosarote Brille bedarf einer detaillierten Analyse, um das Schloß zum Gesamtverständnis des Problemfalls „Frankfurter Schule" zu öffnen. Es erwies sich aus Sicht der Frankfurter, daß die Institution „Familie" das Haupthindernis auf dem Wege der angestrebten Machtergreifung darstellte.

„*Statt von der Erziehung als der grundlegenden Aufgabe der Familie im Hinblick auf die Kinder wird meist von einer ‚Sozialisationsaufgabe' gesprochen. Wobei der Familie bisheriger Art dann eine mangelhafte ‚Sozialisationsqualität' zuerkannt wird, weil angeblich in ihrem Bereich ‚soziale Kontakte, die dem Intimitätsmuster der Familie nicht mehr entsprechen, unbekannt und deshalb auch ungekonnt bleiben'.* [...] *Nach Ansicht der Kommission zeige die Familie totalitäre Einwirkung und führe zur gesellschaftlichen Isolierung, weswegen sowohl die Kontrolle des elterlichen Erziehungsverhaltens als auch die Mitbestimmung der Kinder gefordert werden.*"[76]

75 Rolf Kosiek, „Die Frankfurter Schule und ihre zersetzende Auswirkung"; Grabert-Verlag, Tübingen, 2001, Kurzbeschreibung auf der Buchrückseite.

76 Dieses Zitat wurde einer Analyse Dr. Rolf Kosieks anhand des Zweiten Familienberichts der Bundesregierung vom 15. 4. 1975 über die Lage der Familie in der BRD entnommen. Quelle: Michael Birthelm, „Komm heim!", 2009, S. 272

TEIL 2

„Die Demokratie wird solange umdefiniert, bis eine Diktatur dabei herauskommt, die jeder für eine Demokratie hält."[77]

Der erste Teil der vorliegenden Ausarbeitung befaßte sich überwiegend mit jenen Glaubenssätzen, die unserer gegenwärtigen Wirklichkeit den Stempel vermeintlicher Wahrheit aufdrücken. Wenden wir uns nun dem daraus resultierenden Fazit zu, soweit sich dieses nicht aus Hypothesen ergibt, sondern auf eine erkennbare Wirklichkeit hindeutet.

Die Psychokrieger der Globalistik bemühen sich nach Kräften, den Zivilokkupanten jenes politisch notwendige Überlegenheitsgefühl zu vermitteln, das ihrer Meinung nach zur Niederhaltung der Autochthonen benötigt wird. Ein Axiom dieser Art von psychologischer Kriegsführung ist die Züchtung eines künstlichen Minderwertigkeitsgefühls unter den autochthonen Deutschen. Man ist des Glaubens, daß ein von Schuldgefühlen Geplagter besser an der Leine zu führen ist. Hand in Hand mit dieser fundamentalen Erkenntnis verläuft die Formierung der zur Machterhaltung unbedingt notwendigen Klassenjustiz, die in der medizinischen und sozialen Überversorgung aller ach so traumatisierten Flüchtlingen samt ihrer ausländischen Anverwandtschaft ihren ureigenen Ausdruck findet.

Die deutschen Bewohner der BRD sind zumeist der Ansicht, an der Spitze jener Leidensskala zu stehen, die einem Bevölkerungsaustausch nun einmal zu eigen ist. Entweder werden die gröbsten Auswüchse dieser Art an „Kulturbereicherung" auf höhere Weisung totgeschwiegen, was durchaus denkbar ist, oder man weist darauf hin, daß es ja den Bewohnern Englands, Schwedens und der Niederlande oder Frankreichs noch schlimmer als den Deutschen gehe; ein Standpunkt, der keinesfalls als Entschuldigung herhalten darf.

77 Gerhard Wisnewski, „2015 – verheimlicht, vertuscht, vergessen", S. 1

Das Ausmaß der in diesen Nationen virulenten „politischen Korrektheit" überschreitet in der Tat die deutschen Zustände noch um etliche Grade. Der geistige und demographische Zustand der einstigen Weltmacht Großbritannien, aber auch der einst zivilisierter Nationen wie Schweden oder Frankreich beweist uns diese Tatsache.

Der Abstieg einer Großmacht

Im Jahr 2007 wurden schottische und englische Lehrkräfte angewiesen, muslimischen Schülern nicht mehr in die Augen zu sehen, weil diese sich sonst diskriminiert fühlen könnten. In Oxford wurde im Jahr 2006 das Wort „Weihnachten" (ebgl., christmas) aus dem offiziellen Vokabular der Stadt gestrichen und durch das Wort „Lichterfest" ersetzt. Auch in der BRD befaßt man sich mit derartigen kulturellen Experimenten. Wer angesichts dieses Erlasses noch immer die Ansicht vertritt, derartiges könnten sich nur Schildbürger oder Frankfurter Schüler ausdenken, der irrt. So werden britische Kleinkinder seit Juli 2008 landesweit in ihre multikulturelle Zukunft gepreßt. Das englische Wort „yuck" bedeutet auf Deutsch etwa „bäääh" oder „igitt". In England dürfen Kleinkinder seit Juli 2008 nicht mehr „yuck" sagen, wenn ihnen eine ungewohnt scharfe Speise aus einer fremdländischen Küche vorgesetzt wird. Derartiges deutet auf einen zukünftigen Rassisten hin, und gilt deshalb seit Juli 2008 als rassistisch. Das National Children's Bureau erhält jährlich zwölf Millionen Pfund von der Londoner Regierung, um neue Richtlinien für Kindergarten-Erzieherinnen zu erarbeiten. Nach den neuen Richtlinien dürfen Kleinkinder im Kindergarten nicht mehr „yuck" sagen und müssen bei Gebrauch des Wortes bestraft werden. Auch dürfen sie zu einem Pakistani nicht mehr „Pakistani" sagen. Und sollte ein fremdländisches Kind in einer Spielgruppe unangenehme Gerüche verbreiten, hat die Erwähnung dieser Tatsache zu unterbleiben. Derartiges sei „rassistisch". Mit einem 366 Seiten umfassenden Maßnahmenkatalog werden alle britischen Erzieher dazu verpflichtet, Kleinkinder – und somit die Eltern – auf politisch korrekte Grundeinstellung einzustimmen und unliebsame Äußerungen den zuständigen Behörden anzuzeigen, also zu denunzieren. Die Anzeigen werden in einem Melderegister gesammelt, das die Namen politisch nicht korrekter

Familien enthält, die sich gegen eine „multikulturelle Zukunft" zur Wehr setzen könnten.[78]

Dieses durch staatliche Weisung geförderte Denunziantentum erzielte einen Begleiteffekt, der alles bisher Bekannte übertreffen sollte. Man ist, was Verstöße gegen die üblichen sexuellen Normen in Großbritannien betrifft, allerlei gewohnt; besonders seit die Fälle Jimmy Savile und Edward Heath die britische Öffentlichkeit in Panik versetzen. Beide Fälle wurden im Staate BRD von den Massenmedien unter den berühmten „Teppich" gekehrt. Aus verschiedenen Gründen verzichtet auch der Verfasser auf eine ausführliche Beschreibung dieser beiden Skandalfälle. Eine kurze Bemerkung dazu sei jedoch gestattet.

Sir James Wilson Vincent Savile (geb. 31. Oktober 1926 in Leeds; gest. 29. Oktober 2011 ebenda), Träger des Ordens des Britischen Empire, Thatcher-Vertrauter, Vertrauter der königlichen Familie – insbesondere des Prinzen Charles und seiner Frau Diana, aber auch Lord Louis Mountbattens, der Savile in die königlichen Familie einführte –, genoß das Wohlwollen der allerhöchsten Kreise des Vereinigten Königreiches; insbesondere jener, deren Vertreter pädophil, satanistisch oder anderweitig sexuell abartig veranlagt waren. Er starb am 29. Oktober 2011 mit 84 Jahren in Leeds und wurde dort im „Queens Hotel" in einem goldenen Sarg aufgebahrt.

Seine Karriere erscheint nur auf den ersten Blick sensationell. Tatsächlich waren es die einflußreichsten Persönlichkeiten des Vereinigten Königreiches, welche ihn in Anbetracht seiner Dienste um deren sexuelles Wohlergehen erst zu dem machten, was er über Jahrzehnte hinweg repräsentierte: eine zeitgemäße Ikone des Vereinigten Königreiches.

Seine Karriere als Fernsehmoderator begann 1958 als Discjockey bei Radio Luxemburg. Ab 1964 arbeitete er sowohl im Rundfunk als auch im Fernsehen der BBC. Hierbei entwickelte er neue Unterhaltungsprogramme, die speziell auf die Psyche von Kindern zu-

---

78 Udo Ulfkotte, „SOS Abendland" sowie *Junge Freiheit* vom 17. 10. 2008 http://jungefreiheit.de/service/archiv/?jf-archiv.de/archiv08/200843101784.htm

geschnitten waren. 1965 war Savile bereits so gut im Geschäft, daß die BBC ihm eine eigene Fernsehdokumentation widmete.

Savile hat mehr als ein halbes Jahrhundert lang die Reichen, die Einflußreichen und die Perversen des Vereinigten Königreiches mit minderjährigen Kindern beiderlei Geschlechts versorgt. Der einflußreichste seiner Kunden scheint offenbar der Ex-Premierminister Edward Heath gewesen zu sein; ein hoch gebildeter Politiker und zugleich brutaler Serienmörder. Savile versorgte den pädophilen Heath mit minderjährigen Knaben aus britischen Kinderheimen, die dieser dann auf seiner Yacht mißbrauchte und anschließend ermordete oder wohl ermorden ließ. Der Grund für diese Verbrechen: Er wollte verhindern, daß diese, wieder an Land, über ihre Erlebnisse mit Heath berichten könnten. Die Leichen wurden im Meer versenkt.

Es spricht sehr viel dafür, daß auch der Ex-Vizekönig von Indien, Großadmiral und Generalstabschef des Vereinigten Königreiches, Lord Louis Mountbatten von Burma, an den hier aufgelisteten Taten einen nicht unbedeutenden Anteil hatte.

Die britische Polizei (Ermittlungsgruppe Fairbank) wirft Savile vor, sich in mindestens 450 Fällen an Minderjährigen beiderlei Geschlechts vergangen zu haben. Davon sollen etwa 80 % minderjährige Mädchen gewesen sein; eine geschätzten Opferzahl, die vermutlich nur einen Bruchteil seiner diesbezüglichen Vergehen ausmachen dürfte. Ein Prozeß gegen Savile fand nie statt. Motto: „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus!" Die massenhaft stattgefundenen Machenschaften Saviles und seiner Clique wurden erst nach dessen Ableben im Oktober 2011 aufgedeckt und lösten in Großbritannien ein politisches Erdbeben aus, dessen Schwingungen aber an den Grenzen der BRD haltmachten.[79]

Der Fall Rotherham

Die staatlich befohlene Schweigepflicht in Großbritannien verhinderte die Aufklärung eines weiteren Verbrechens, eines sich

79 Schnanky, „Großbritannien – Die Macht des pädophilen Netzwerkes", Beitrag auf der Internetseite „Alles Schall und Rauch", 5. Juli 2014

über mehr als sechzehn Jahre hinziehenden sexuellen Mißbrauchs minderjähriger englischer Mädchen durch pakistanische „Kulturbringer" im nordenglischen Rotherham. Es handelte sich um nicht weniger als 1.400 Fälle. Die zuständige Polizei war nachweisbar darüber informiert, unternahm aber als Folge höherer Weisungen nichts. Die betroffenen Polizisten bezeugten übereinstimmend, daß sie befürchten mußten, bei Nachforschungen im Milieu pakistanischer Einwanderer von den Medien als Rassisten stigmatisiert zu werden und beruflich zurückgestuft oder gar vom Dienst suspendiert zu werden, was auch vereinzelt eintrat.

Am 26. August 2014 stellte die Professorin Alexis Jay ihren Untersuchungsbericht zu diesen unglaublichen Vorfällen der Öffentlichkeit vor. Ihre Studie ergab, daß die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die in Rotherham zwischen 1997 und 2013 sexuell mißbraucht wurden, selbst bei zurückhaltender Schätzung mindestens 1.400 beträgt. Laut diesem Bericht wurden die Kinder im Alter von elf Jahren – unter den Augen der Polizei – *„durch mehrere Täter entführt, in andere Städte in England gehandelt, vergewaltigt, geschlagen und eingeschüchtert"*. Drei frühere Untersuchungen – durchgeführt 2002, 2003 und 2006 – hatten bereits ähnliche Ergebnisse erbracht, aber seien unterdrückt worden, weil angeblich Beamte den Daten keinem Glauben schenkten. Das Untersuchungsteam fand Fälle von Kindern, die mit Benzin übergossen wurden, wobei ihnen gedroht wurde, sie anzuzünden, die mit Schußwaffen bedroht wurden, die bei brutalen gewalttätigen Vergewaltigungen zusehen mußten, wobei ihnen gedroht wurde, sie würden die nächsten sein, wenn sie jemandem davon erzählten.

Der Bericht konstatiert ferner, daß *„ein Mädchen, das auszusagen bereit war, einen Text erhielt, in dem stand, daß der Täter ihre jüngere Schwester in der Gewalt habe und die Wahl dessen, was dann geschehe, bei ihr liege"*. Sie zog daraufhin ihre Aussage zurück. Mindestens zwei weitere Familien wurden von Tätergruppen terrorisiert. Letztere saßen in Autos vor der Wohnung der Familie, warfen Fensterscheiben ein und tätigten Drohanrufe. In einigen Fällen gingen die Opfer zum Täter zurück – in dem Glauben, daß dies der einzige Weg sei, ihre Eltern und andere Kinder in der Familie zu schützen.

In den extremsten Fällen glaubte niemand in den Familien, daß die Behörden sie schützen könnten.

Obwohl von der Mehrheit der Täter bekannt war, daß sie pakistanischer Herkunft waren, trauten sich die meisten Polizisten nicht, weitere Ermittlungen durchzuführen, und zwar wegen der dann zu gewärtigenden politisch korrekten Sonderbehandlung, was sich in jedem Fall karriereschädigend ausgewirkt hätte. Andere erinnern sich an klare Weisungen durch ihre Vorgesetzten, derartig ethnisch bezogene Angaben nicht weiter zu verfolgen. Einem Mitarbeiter, der im Jahr 2002 versuchte, hochrangige Polizeibeamten auf den Anstieg derartiger Mißbrauchsfälle aufmerksam zu machen, wurde verdeutlicht, daß er selbiges zu unterlassen habe. Er wurde daraufhin wegen seiner klaren Sprache suspendiert. In dem Bericht wurde zudem festgestellt, daß es der Polizei an Respekt für die Opfer ermangele, da sie als unerwünscht – da zumeist der Unterschicht zugehörig – angesehen wurden.

Durch diesen Balanceakt wurden 1.400 Kinder und Jugendliche in der englischen Stadt Rotherham in den vergangenen 16 Jahren sexuell ausgebeutet und mißbraucht. So das Ergebnis dieses unabhängigen Untersuchungsberichts, in dem Fälle aus den Jahren 1997 bis 2013 verzeichnet sind. Die Täter hätten Mädchen und Jungen vergewaltigt, entführt, in andere nordenglische Städte gebracht, geschlagen und eingeschüchtert, betonte Alexis Jay, die Verfasserin. Zitat: *„Unseren konservativen Schätzungen zufolge wurden über den gesamten untersuchten Zeitraum, von 1997 bis 2013, etwa 1.400 Kinder sexuell ausgebeutet.“*

Die Untersuchung hatte die Kommunalverwaltung der 117.000-Einwohner-Stadt in der nordenglischen Region Yorkshire and the Humber in Auftrag gegeben. Damit ist das Ausmaß der Mißbrauchsfälle weitaus größer, als aus den bisherigen Ermittlungen bekannt wurde. 2010 war in diesem Zusammenhang eine Bande von fünf Personen zu langen Haftstrafen wegen Kindesmißbrauchs verurteilt worden. Der Gerichtsprozeß im Jahr 2010 war der erste von mehreren größeren Verfahren, die auch Fälle in anderen englischen Städten wie Leeds, Derby und Oxford bekannt machten.

Die Behörden in Rotherham versagten. Der Bericht von Frau Prof. Alexis Jay wirft der Kommunalverwaltung in Rotherham kollektives Versagen vor. In etwa einem Drittel der Fälle seien die Opfer bereits bei Kinderschutzeinrichtungen bekannt gewesen. Die Polizei der nordenglischen Region South Yorkshire and the Humber habe den Ermittlungen keine Priorität eingeräumt und „viele der Kinder, die Opfer waren, mit Verachtung betrachtet", berichtete Jay.

Zwischen 2002 und 2006 habe es bereits drei Untersuchungen gegeben, die *„in der Beschreibung der Lage in Rotherham nicht klarer hätten sein können"*. Sie seien aktiv zurückgehalten oder ignoriert worden. *„Das Versagen der örtlichen Behörden, das der Bericht bloßgestellt hat, ist erschreckend"*, sagte ein Regierungssprecher in London. Der langjährige Ratsvorsitzende Roger Stone übernahm die Verantwortung für das Versagen der Behörden und trat mit sofortiger Wirkung zurück. Für die anderen Mitglieder der Verwaltung sollte es vorerst keine Konsequenzen geben. Die damals Verantwortlichen arbeiteten nicht mehr für die Kommune, sagte ein leitender Beamter der Verwaltung. Abgeordnete mehrerer Parteien forderten, die dafür Verantwortlichen zu entlassen.[80]

Lesen wir zu diesem grauenhaften Ereignis aus „merry old England" auch den Bericht des „Deutschlandfunk"-Redakteurs Alexander Kissler vom 28. 8. 2014.

„Wenn politische Korrektheit blind macht
Von Alexander Kissler
Über Jahre sollen überwiegend Pakistani im englischen Rotherham mehr als 1.400 Kinder vergewaltigt haben.

Polizei und Stadtverwaltung gingen in Rotherham nur zögerlich Hinweisen auf die ethnische Herkunft von mutmaßlichen Vergewaltigern nach – aus Angst, als Rassisten hingestellt zu werden. Befürworter und Gegner der Political Correctness sollten endlich ihre Scheuklappen ablegen, um unserer Demokratie Willen.

---

80 *Die Welt*, 29. 8. 2014, *The Globe and Mail*, 4. 9. 2014, *Der Spiegel*, 36/2014

Die Kritik an der politischen Korrektheit ist oft ebenso ritualisiert wie diese selbst. Man regt sich auf, weil man daran gewöhnt ist, und man treibt auch die Sprachspiele voran, weil man daran gewöhnt ist. Keine Seite will klein beigeben, doch letztlich sitzen die Sachwalter des Korrekten in Politik, Medien und Justiz am längeren Hebel. Sie haben das größere Geldpaket und manchmal auch den größeren Argumentationsschatz. Denn war es nicht wirklich einmal eine gute Idee, den Vorurteilen in den Köpfen den Kampf anzusagen?
Nun aber könnte ein Scheitelpunkt erreicht sein. Bisher gab es vielleicht nur die Ahnung, daß im Bemühen um Gerechtigkeit die jeweilige Minderheit bevorteilt statt gleichbehandelt werden solle. Nun gibt es Rotherham. Die englische Stadt steht seit vergangener Woche für Scham und Entsetzen. Zwischen 1997 und 2013 wurden dort mehr als 1.400 Kinder, Mädchen vor allem, Opfer sexueller Gewalt. Bandenmäßig seien die Vergewaltigungen organisiert gewesen. Immer wieder gab es Hinweise, Anschuldigungen, Opferberichte. Polizei und Stadtverwaltung taten wenig bis gar nichts – aus Gründen politischer Korrektheit.
Die Hilfeschreie wurden mutwillig überhört.
Der ‚Deutschlandfunk' berichtet von einigen mißtrauisch gewordenen Staatsbediensteten, die ‚sich offenbar nicht trauten, ihre Beobachtungen weiter zu geben, aus Angst, hinterher als Rassisten hingestellt zu werden. Denn die Beschuldigten kommen nahezu allesamt aus der pakistanischen Gemeinde.' Fast wortgleich heißt es an anderer Stelle: ‚Einige Mißbrauchsopfer hatten ihre Peiniger als „Asiaten" beschrieben. Aus der Furcht heraus, als Rassisten zu gelten, seien die Ordnungskräfte diesen Hinweisen auf die ethnische Herkunft der Täter jedoch nicht oder nur zögerlich nachgegangen.'"[81]

Vermutlich hätten dieselben Beamten sehr genau hingeschaut, hätte sich dergleichen im Umfeld der anglikanischen Kirche, der britischen Marine oder eines Golfklubs für reiche Weiße ereignet. So aber wurde Jahr um Jahr – die Untersuchungsberichte datieren immerhin auf 2002, 2003 und 2006 – das entsetzliche Leid der Kinder bagatellisiert, wurden die Hilfeschreie mutwillig überhört, wurden die Opfer allein gelassen, weil die vermutlichen Täter den

81 http://www.deutschlandfunk.de/grossbritannien-kindesmissbrauch-in-rotherham.795.de.html?dram:article_id=295827

alles entschuldigenden Migrationshintergrund hatten. Dieses Kollektivversagen hat mit Gerechtigkeit nichts, mit Feigheit sehr viel zu tun.

Dabei besagt die mühsam errungene Gleichheit vor dem Gesetz genau dies: daß niemand bevorzugt oder benachteiligt werden darf aufgrund seines Aussehens, seines Herkommens, seines Geschlechts oder seines Glaubens, seines Vermögens oder seiner Armut. Der Mensch darf im demokratischen Zeitalter nur für seine individuellen Taten zur Rechenschaft gezogen werden. Darum ist es töricht, um bestimmte Bevölkerungsgruppen einen Cordon zu ziehen und etwa, wie es sich auch in deutschen Großstädten eingebürgert hat, bei Gewalttätern mit, wie es früher hieß, „fremdländischen Zügen" auf eine Bebilderung zu verzichten, oder aus Personenbeschreibungen jene Hinweise zu eliminieren, die eine ethnische Zuordnung ermöglichen.

Hinter den demokratischen Konsens fallen beide Parteien zurück: wer das üble Zerrbild vom „kriminellen Ausländer" propagiert und wer in den Zugereisten und Eingewanderten nur schutzbedürftige Lämmchen sieht. Es ist an der Zeit, beide Scheuklappen abzulegen. Damit aus unseren Republiken wieder Demokratien werden.[82]

So trat ein, was eintreten sollte. In Großbritannien ist man inzwischen über diese Greueltaten landesweit informiert, nicht nur in den Orten der größten Skandale, wie Manchester, Rochdale, Oxford, London. Rochdale ist eine kleine Stadt nördlich von Manchester, hier machte sich vor ein paar Jahre der erste dieser Skandale bemerkbar.

Es kam, wie es gemäß den ungeschriebenen Gesetzen der politischen Korrektheit zu kommen hatte. Sämtliche Muslim-Gemeinden in Rochdale empörten sich unisono; würde doch in Verbindung mit diesen Untaten die gesamte britische Bevölkerung

---

82 Alexander Kissler, Journalist und Moderator, einst bei *Focus* und *FAZ*, gegenwärtig bei *Cicero* und *Christ und Welt*, Beitrag vom 2. 9. 2014 in *Cicero* http://www.cicero.de/salon/skandal-von-rotherham-wenn-politische-korrektheit-blind-macht/58171

„islamophob" eingestimmt. Jene Muslime, die diesen Untaten jahrelang zugesehen hatten oder gar als Freier daran beteiligt waren, verloren ob derartiger Anwandlungen jegliches Vertrauen in die Bereitschaft der Indigenen, mit ihnen eine glorreiche multikulturelle Zukunft aufzubauen. Die Folgen waren voraussehbar. Die Kopftuchfrauen kauften sich ihre Kopftücher mit dem Geld, das ihre Männer u. a. durch die Zwangsprostitution der jungen weißen Mädchen einstrichen.

Kein Wunder, daß die verfolgten Muslimtäter den Haß der Bevölkerung als „inakzeptabel" betrachteten.

„Die Mitglieder der Muslim-Gemeinde erleben eine ‚noch nie da gewesene und inakzeptable' Welle des Rassismus in Rochdale – und rufen die [englische] *Gesellschaft auf, sich gegen die Islamophobie zu stellen!"*[83]

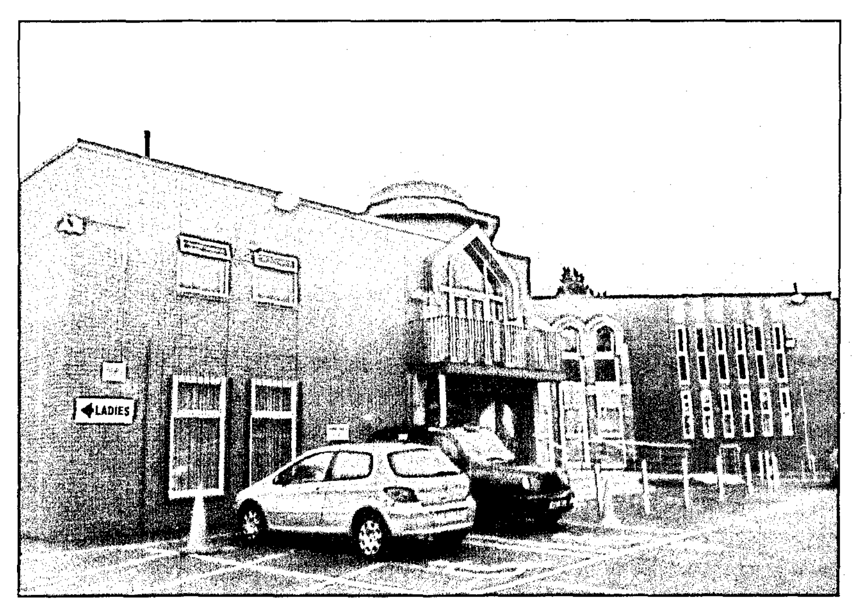
„Sie sagen, daß die ‚übertriebene' Fokussierung auf die ethnische Herkunft und auf die Religion beim Sex von Nicht-Weißen [Anm.: = mit „Sex" ist hier die Gruppenmißhandlung junger britischer Mädchen gemeint] *dazu führte, ihre Gemeinde zu ‚stigmatisieren' – und dadurch ist heute die Islamophobie zu einer ‚nicht akzeptablen Norm' geworden."*[84]

Das ist Multikulturalismus in seiner ausgereiftesten Form. Die Zielsetzung ist, bezogen auf andere Nationen, die gleiche. Die Universität Manchester hat keinesfalls den Ruf, „rassistisch" zu sein, sondern ist im schlimmsten aller politisch unkorrekten Fälle „objektiv". Sie hat 2007 in einer Studie die Fakten auf den Tisch gelegt, ab wann ethnische Briten in ihren wichtigsten Städten zur Minderheit geworden sind. In Birmingham etwa im Jahr 2024. Und auch Leicester und Bradford werden nach 2030 nicht mehr

---

83 engl. Original, "Members of the Muslim community say they are facing 'unprecedented and unacceptable' racism in Rochdale – and are calling on all parts of society to take a stand against Islamophobia."

84 *Manchester Evening News* vom 18. 11. 2014 http://www.manchestereveningnews.co.uk/news/greater-manchester-news/rochdales-muslim-community-say-face-8131825
engl. Original, "They say the 'excessive' focus on the ethnicity and religion of non-white sex offenders has led to the 'stigmatisation' of their community – meaning that Islamophobia is now an 'acceptable norm'."



Die zentrale Moschee in Manchester.

„britisch" sein. Die neuen Einwohner kommen überwiegend aus islamischen Staaten und werden in der Studie als „Asiaten" bezeichnet. Mit diesem Taschenspielertrick versucht man, zu übertünchen, daß es sich bei ihnen mehrheitlich um Pakistani und Menschen aus Bangladesch handelt, aber auch um Iraker, Syrer und Ägypter. Die Studie stellt fest, daß sich im Leben der Briten eigentlich nichts von Bedeutung ändern werde, außer der Sonderheit, daß die Hautfarbe hellbraun zu sein habe, und die Religion der Islam sein werde. Welch beruhigender Gedanke! Da ist sie, die von Professor Thomas Barnett erwünschte hellhäutige Zukunftsrasse *mit einem IQ unter 90*. All dies scheint die meisten Briten inzwischen nicht mehr zu erschrecken. Auch ihnen dämmerte es inzwischen, daß auch in Großbritannien vor dem Gesetz bestimmte Bevölkerungsgruppen gleicher sind als andere. Der verbliebene Rest des einst die Welt beherrschenden britischen Volkes fügt sich scheinbar widerstandslos dem ihm zugedachten Schicksal, selbst wenn es eine Reihe von engagierten Politikern wie etwa Nigel Farage mit seiner Partei UKIP gibt, die

sich gegen das dem britischen Volk zugedachte Schicksal mit all Kräften wehren.

In Großbritannien sind – wie in fast allen europäischen Ländern – die jeweils treibenden Kräfte die gleichen: es sind die jeweiligen Grünen im Verbund mit den sozialdemokratischen Parteien sowie die mit ihnen verbandelte „Lügenpresse", um ein im Merkelland in Mode gekommenes „Unwort des Jahres" zu verwenden.

Die sozialdemokratischen Parteien agieren als Lobbyisten für muslimische Interessengruppierungen, was ihr finanzieller Schaden nicht zu sein scheint. Es sollte jedoch in Betracht gezogen werden, daß auch Parteien mit einer anderen ideologischen Ausrichtung sich kaum zu fein sein dürften, sich aus der gleichen Futterkrippe zu nähren. Geld stinkt bekanntlich nicht. „Nobody gives you anything for nothing" lautet ein in den USA weit verbreitetes Sprichwort.

Was England angeht, so ist die Tatsache der finanziellen Einflussnahme von Muslimen auf die Labour Party nachgewiesen. In Großbritannien müssen Parteien, die von interessierten Organisationen oder Personen mehr als 50.000 Pfund entgegennehmen, die Beträge öffentlich deklarieren und die Namen der so großzügig Spendenden nennen. Die Labour Party erhielt auf einem Schlag mehr als 300.000 Pfund von einem muslimischen Verband mit dem bezeichnenden Namen „Muslim Friends of Labour", ohne die Namen der einzelnen Spender zu deklarieren. Dieser „Arbeiterpartei" drohte daraufhin ein Untersuchungsausschuß, der herausfand, daß dieser Muslim-Verband der Labour Party regelmäßig größere Beträge zur Verfügung stellte, damit sie dessen Zielsetzung fördere.[85]

Die Labour Party weiß, was man von ihr erwartet, und beteiligt sich wegen der Geldflüsse und den muslimischen Wählerstimmen an der Zerstörung des englischen Volkes und der britischen Nation.

---

85 Zitiert nach einem Artikel von Ian Drury, in: *Daily Mail* vom 27. 8. 2007 http://www.dailymail.co.uk/news/article-477978/Sleaze-investigation-Muslim-funds-labour.html

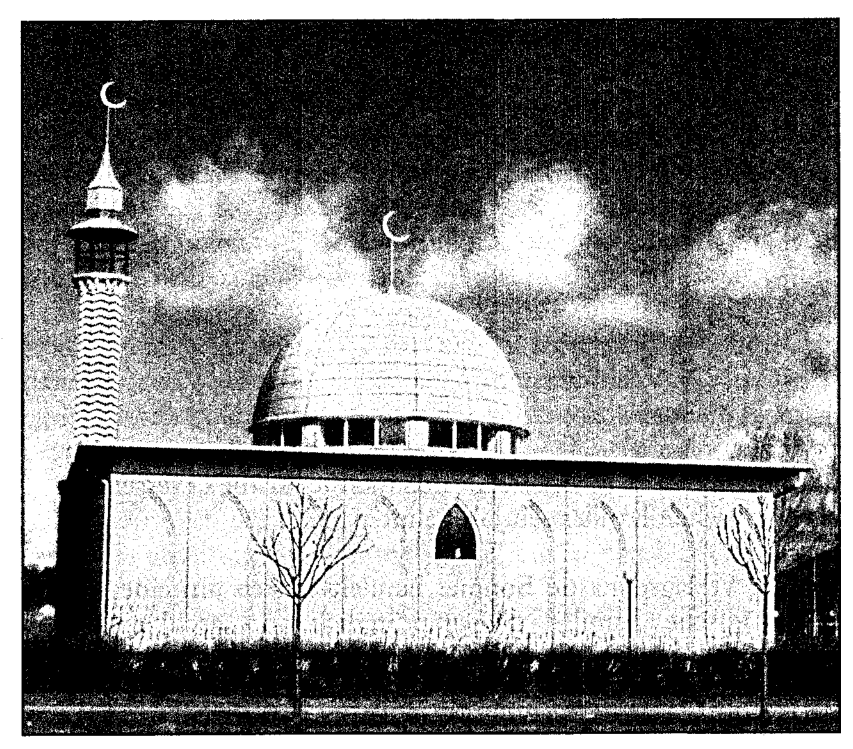
„Die 2,7 Millionen Menschen aus türkischen Familien, die in Deutschland leben, gehören zu uns, sie sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Diese Menschen mit ihrer vielfältigen Kultur, ihrer Herzlichkeit und ihrer Lebensfreude sind eine Bereicherung für uns alle.“Mit diesem Spruch machte sich die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Frau Prof. Maria Böhmer (CDU), bereits vor Jahren lächerlich.[86]

Im Lande der Schweden ist der „Point of no return“ längst überschritten. Die Hauptverantwortlichen für diesen Zustand waren die seit mehreren Dezennien hinweg regierenden schwedischen Sozialdemokraten und das mit ihnen verbandelte Verlagsunternehmen Bonnier-AB. Dieses Unternehmen lenkt die „Pressefreiheit“ des nordischen Landes seit Jahrzehnten.

Bei der Verlagsdynastie Bonnier handelt es sich um eine schwedisch-jüdische Familie, die ursprünglich von aschkenasischen Juden aus Böhmen abstammt, die später nach Deutschland und dann nach Dänemark ausgewandert waren. Seit Anfang des 18. Jahrhunderts haben die Bonniers im Verlagswesen investiert. Die Familie Bonnier (ursprünglich Hirschel) besitzt und lenkt die Bonnier AB-Gruppe, heute das größte schwedische Verlagshaus. Es ist für seine Nähe zur schwedischen Sozialdemokratie bekannt. 1801 hatte der damalige Gutkind Hirschel (1778–1862), der zuvor nach Kopenhagen ausgewandert war, seinen Namen in „Gerhard Bonnier“ geändert. In Kopenhagen gründete der 1804 das heute noch in Schweden bestehende Verlagshaus. Sein Vater, Leib Salomon Hirschel (geb. 1745) war noch Juwelier und Münzhändler. Gerhard Bonniers ältester Sohn, Adolf Bonnier (1806-1867), zog 1827 nach Göteborg (Schweden) und baute dort das Familienunternehmen weiter aus. Später ging dieser nach Stockholm, wo er das heute noch bestehende Verlagshaus gründete.

Der Hang zur Selbstzerstörung ist in keinem europäischen Land stärker ausgeprägt als im Lande der Mitternachtssonne. Im Jahre

86 *Der Spiegel*, 12. 3. 2008



Moschee in Uppsala.

1930 lebten in Schweden 15 Muslime. 1970 gab es nach offiziellen Angaben nur 1.000 Muslime im Land. 1980 waren es immerhin schon 30.000, 1990 bereits 120.000. 1996 lebten in Schweden etwa 200.000 Vertreter der Verbreitung des friedlichen Islams. Im Jahr 2000 waren es 325.000, 2005 dann 375.000 und 2006 bereits 400.000. Diese Zahlen entstammen dem offiziellen EU-Bericht von Sanders und Larson, der unverdächtig ist, extremistisch oder einseitig zu sein.[87]

Wenn im Jahr 2006 bereits 400.000 Muslime die schwedische Kultur bereichern konnten, dürften im Jahr 2015, dem Erstellungsjahr dieses Kompendiums, ca. 800.000 Muslime die schwe-

87 Quelle 241 aus Udo Ulfkottes Buch „SOS-Abendland", S. 107

dische Kultur bereichern. Diese 800.000 Zuwanderer bevölkern fast ausschließlich die schwedischen Großstädte wie Stockholm, Malmö, Göteborg und Uppsala. 2009 veröffentlichte ein Bericht aus den USA Zahlen, denen zufolge es in Schweden rund 450.000 bis 500.000 Moslems geben soll, das wären rund 5 % der Gesamtbevölkerung, und daß der Schwedische Moslem-Verband („Muslim Council of Sweden") 106.327 offiziell registrierte Mitglieder habe. Schwedische Behörden gehen eher von 350.000 Mitgliedern aus. Besonders auffällig ist die Tatsache, daß es zur Anzahl der Moslems in Schweden keinerlei offiziellen Zahlen gibt. Der schwedischen Regierung ist es also anscheinend „herzlich egal", wie viele moslemische „Kulturbereicherer" ins schöne Schweden hereinströmen und sich hier dauerhaft niederlassen.[88]

Das Volk der Schweden zerstört sich mit einer in der bisherigen Menschheitsgeschichte noch nie da gewesenen Intensität selbst. Schweden hat allein im Jahr 2006 fast soviel Asylanträge von Irakern bewilligt wie alle anderen europäischen Länder zusammen. Einheimische Schweden, die in einem Land leben, das vor 30 Jahren eines der homogensten Länder war, werden innerhalb der kommenden zwei Jahrzehnte zur Minderheit im eigenen Land, wenn der gegenwärtige Trend anhält. Es gibt nicht den geringsten Hinweis, daß die entsprechende Entwicklung einen anderen Verlauf nehmen könnte; das Ende des schwedischen Volkes ist ähnlich eindeutig vorhersehbar und zu berechnen wie das des deutschen.

Selbstverständlich wird in den schwedischen Schulen höchstmögliche Rücksicht auf alle muslimischen „Kulturbringer" genommen. Einmal abgesehen davon, daß die schwedischen Sozialdemokraten den Religionsunterricht an schwedischen Schulen verboten haben – ich komme auf dieses nicht unwichtige Thema zurück –, verbieten die dortigen Schulen ihren Schülern, der schwedische Fahne und allen sonstigen Nationalsymbolen die ihnen zustehende Referenz zu erweisen. Die schwedische Fahne enthält seit Hunderten

88 Weitere Daten und Informationen zum Islam in Schweden findet man auf dieser Webseite: http://en.wikipedia.org/wiki/Islam_in_Sweden

von Jahren ein Kreuz. Schweden war bisher ein christliches Land, was sich durch die jahrzehntelange sozialdemokratische Regierung grundsätzlich änderte, weshalb die schwedische Fahne auf schwedischer Scholle nicht mehr überall gleichmäßig willkommen ist. Das Kreuz könnte von den islamischen Kulturträgern ja als Provokation aufgefaßt werden. Neue schwedische „Mitbürger" könnten dies als „ausländerfeindlich" und „rassistisch" interpretieren, so die offizielle Begründung.

Schweden dürfen sich nicht wehren, wenn sie von ihren Neubürgern angegriffen werden. Nun, das dürfen Deutsche auch nicht, wenn ihnen ähnliches passiert. Ich berichtete über dieses heikle Thema in dem Kapitel „Furchtbare Juristen". Doch wurden Deutsche, soweit überschaubar, in nur wenigen Fällen für das Verbrechen der Selbstverteidigung bestraft. Ausländergewalt wird im Land der Mitternachtssonne stets so dargestellt, als ob die Täter ethnische Schweden wären.

Am 25. Mai 2005 wurde der Schwede Björn Björkqvist zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er den folgenden Satz von sich gab: *„Ich glaube, nicht allein zu sein, wenn ich mich krank fühle, nachdem ich lesen muß, wie schwedische Mädchen von Einwandererhorden vergewaltigt werden."* Das Originalzitat lautet: *„Jag tror inte jag är ensam om att ma daligt när jeg läser, om hur svenska tjejer har vädtagits av av invandrarhorder!"*[89]

Die einzige Gruppe in nennenswerter Stärke, die sich in Schweden der unkontrollierten Massenzuwanderung außereuropäischer Menschen entgegenstellt, scheinen die „Schwedendemokraten" (schwed., „Sverigedemokraterna") zu sein, eine Rechts-Partei, die gegenwärtig mit 49 Sitzen im schwedischen Parlament vertreten ist und die bei den letzten Wahlen aus dem Stand 12,9 % der Stimmen erhalten hatte.

Zwar ist bekannt, daß in besonders dramatischen Fällen die Medien der BRD aus Gründen der politischen Korrektheit Weisung

89 Udo Ulfkotte, a.a.O., S. 115, Fußnote 267

haben, aus einem İlker Yildirim oder Mertan Öztürk einen Karl-Heinz Krause zu konstruieren, doch scheinen derartige Fälle noch immer die Regel von der Ausnahme zu sein; so hoffen wir zumindest.

Der Autor Udo Ulfkotte berichtete in seinem Buch „SOS Abendland" auf S. 122 über folgenden Vorfall in Schweden. Am 9. Juli 2008 habe die schwedische Zeitung *The Local* berichtet, daß Gewalt in den schwedischen Familien ein erschreckendes Ausmaß angenommen habe – *„Honour violence widespread in Sweden"* lautete die Überschrift des besagten Artikels. Bei derartigen Formulierungen entsteht zwangsweise der Eindruck, ethnische Schweden hätten einen übersteigerten Ehrbegriff und würden aus Gründen der Ehre ihre näheren Anverwandten körperlich zurechtweisen. Dieser Eindruck entspricht nicht der Wirklichkeit! Es ist den dortigen Medien verboten, darauf hinzuweisen, daß die Täter keine ethnischen Schweden waren, sondern Ausländer. Selbst Privatpersonen und Politiker haben zu schweigen. Das Äußern der Wahrheit ist in Schweden aus Gründen der politischen Korrektheit untersagt und steht unter Strafe. *„Eine Demokratie muß so etwa aushalten"*, würde Angela Merkel kommentieren.

Das abscheuliche Thema „Vergewaltigung" durch moslemische Kulturbringer sollte über die multikulturellen Alltäglichkeiten nicht vergessen werden. Die normale Schwedin einer normalen schwedischen Großstadt, nehmen wir einmal Malmö als Beispiel, geht nur noch selten nach Sonnenuntergang zu Fuß, sondern nimmt lieber ein Taxi. Der Grund für diese an sich überflüssige Mehrausgabe ist der schwer unter Kontrolle zu haltende Sexualtrieb zahlreicher „Bereicherer" der nordisch-germanischen Kultur. Die Zahl der Vergewaltigungen ist seit Anfang 2003 in Schweden um 17 % gestiegen. Gruppenvergewaltigungen sind an der Tagesordnung. In den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der Vergewaltigungen durch Muslime verdreifacht.[90]

90 Zitiert nach dem Bericht „Immigrant Rape Wave in Sweden" vom 12. Dezember 2005; im Internet einsehbar unter http://fjordman.blogspot.com/2005/12immigrant-rape-wave-in-sweden.html

Viele schwedische Mädchen suchten nach einem Ausweg und fanden ihn in dem Anti-Vergewaltigungsgürtel, eine Art modernem Keuschheitsgürtel, um die sexuellen Übergriffe orientalischer Kulturbringer zu vereiteln. Dieser Brauch ist auch in anderen nordischen Ländern verbreitet, so in etwa in Norwegens Kapitale Oslo. In Oslo, der Hauptstadt Norwegens, kommen von 100 Vergewaltigungen 98 auf das Konto von „Kulturbringern". In Nordrein-Westfalen ist dies nicht viel anders, wie die örtliche Polizei „off the records" mehrfach bestätigte. Dieser Zahl muß eine nicht zu ergründende Dunkelziffer hinzugerechnet werden. Die Kriminalstatistik beinhaltet bekanntlich nur jene Fälle, die auch tatsächlich angezeigt wurden. Die Dunkelziffer dürfte beachtlich sein. Viele junge vergewaltigte Frauen zeigen die ihnen zugefügte Schändung aus Scham nicht an.

Es war ausgerechnet Alice Schwarzer, die sich dahingehen äußerte, dass in Nordrhein-Westfalen 70 % aller Vergewaltigungen durch Kulturbereicherer stattfänden. Dies habe ihr ein höherer Polizeibeamter unter dem Siegel der Verschwiegenheit mitgeteilt. Auf ihre Frage, warum die Medien darüber nicht berichten würden, erhielt sie zur Antwort, dies sei untersagt, denn es würde „Ausländerfeindlichkeit" fördern. In den anderen alten Bundesländern dürfte die Situation kaum anders sein.

Das norwegische Königsschloß liegt mitten in Oslo und wird von einem schönen Park namens Slottsparken (dt., Schloßpark) umgeben. Es ist ein Ort mit einer bezaubernden Atmosphäre. Weniger bezaubernd ist allerdings das, was in diesem Park passiert, der Schauplatz mehrerer Vergewaltigungen war. Alleine zwischen Juni und Oktober 2011 waren es fünf.

Bruce Bawer, der in Norwegen lebt, beschreibt im *Frontpage Magazine*, daß die Vergewaltiger hauptsächlich aus dem Nahen Osten oder aus Afrika kommen, wie zum Beispiel ein junger Iraker, der 2003 um Asyl bat und drei Jahre später ein 18-jähriges Mädchen brutal vergewaltigte. Er wurde zu vier Jahren Gefängnis verurteilt und im Jahr 2009, nach seiner Haftentlassung, sollte er abgeschoben werden. Er legte dagegen Widerspruch ein, verlor den Fall im Jahr 2010, durfte

aber dennoch im Land bleiben. Ein Jahr später vergewaltigte er in Oslo erneut eine Frau direkt vor dem königlichen Palast.

Ein muslimischer Asylant, dessen Abschiebung nicht umgesetzt wird – das ist heutzutage Standard im Lebenslauf eines Vergewaltigers im liberalen Skandinavien.[91]

Noch vor einem halben Jahrhundert war Oslo eine verschlafene, gut situierte und beinahe ausländerfreie Stadt. Letzten September klagte ein Vergewaltigungsopfer, daß die Polizei sich sechs Monate Zeit ließ, um die Zeugenaussage ihres 13-jährigen Sohnes einzuholen. Aber das ist leider mittlerweile Alltag geworden, und nicht nur in Oslo.

Dennoch kann man die steigenden Vergewaltigungszahlen nicht der Polizei anlasten. Jeder, der sich die Situation ohne Scheuklappen betrachtet, weiß, so Bawer, daß dies das Ergebnis einer mit Absicht verfehlten Einwanderungspolitik ist, und daß es um den Islam geht, der lehrt, Verachtung gegenüber Ungläubigen zu empfinden, – insbesondere gegenüber unverschleierten Frauen.

In dem Maße, in welchem die muslimische Bevölkerung in Skandinavien angewachsen ist, schnellt auch die Vergewaltigungsstatistik in die Höhe. Vor zwei Jahren schon hatte die Vergewaltigungsstatistik Oslos jene in Kopenhagen oder Stockholm bei weitem übertroffen. Seitdem haben die Vorfälle in Schweden signifikant zugenommen.

Anfang des Jahres beschrieb Daniel Greenfield das Phänomen, daß Schweden jetzt nach Südafrika die zweithöchste Vergewaltigungsrate auf der Welt habe. Eine von vier schwedischen Frauen wird das Opfer einer Vergewaltigung werden. Innerhalb der letzten sieben Jahre hat sich die Zahl der Vergewaltigungen in Schweden verdreifacht. In Stockholm werden seit Beginn des Jahres 1.000 Vergewaltigungen gemeldet – ein Anstieg um 16 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. In 300 Fällen waren die Opfer jünger als 15 Jahre.

---

91 Artikel von Bruce Bawer, http://www.frontpagemag.com/2013/bruce-bawer/scandinavian-rape-scandinavian-blinders/ vom 22.08.2013

Die Vergewaltiger in Schweden – wie auch jene in Norwegen und Dänemark – sind nahezu ausschließlich Muslime. Die schwedische Polizei führt darüber Statistiken, es ist ihr aber aus Gründen der politischen Korrektheit verboten, diese zu veröffentlichen.

Wer in Schweden und anderen skandinavischen Ländern über die wachsende muslimische Bevölkerung diskutiert, bricht bereits eines der zahlreichen ungeschriebenen Tabus. Ein solcher Tabubruch kann ähnlich wie im freiesten Rechtsstaat der deutschen Geschichte zu einer gesellschaftlichen Ausgrenzung führen.

Wer dieses Verbrechen zum Thema macht, handelt gegen ungeschriebene Gesetze. Schließlich gilt das Gesetz Christian Morgensterns, nachdem nicht sein kann, was nicht sein darf. So löst man in Demokratien Probleme. Eine unabhängige Studie besagt, daß 85 Prozent der Vergewaltiger in Schweden im Ausland geboren wurden, hauptsächlich in Nordafrika, dem Nahen Osten und Südasien (Indien, Pakistan). Weiterhin ist zu beobachten, daß die Vergewaltigungswelle nun auch bis in die Provinzen vorgedrungen ist. Es gibt Bandenvergewaltigungen, ein Delikt, daß zuvor in Skandinavien unbekannt war.

Zudem werden immer mehr Kinder vergewaltigt. Hierbei geht es nicht nur um die Vergewaltigung von Kindern, sondern auch durch Kinder. Letzten November vergewaltigte in Malmö ein 17-jähriger afghanischer „Flüchtling" brutal ein 14-jähriges schwedisches Mädchen. Im Januar wurde in der gleichen Stadt ein 13-jähriges Mädchen von einer Jugendbande vergewaltigt. Zwei der Vergewaltiger waren erst 13 Jahre, die andern beiden 15.

Doch die tragende kulturelle Elite Skandinaviens verschleiert die Wahrheit über die Vergewaltigungen. Sie verbreitet philanthropisch anmutende Erklärungen und unterstellt, Vergewaltigungen seien ein Zeichen von Armut und sozialer Ausgrenzung; somit seien die Einheimischen die eigentlichen Schuldigen. Die Korrelation zwischen Einwanderungsschwemme und ethnischer Zugehörigkeit zu erkennen, ist ihnen untersagt.

Der Problemfall Niederlande

„Wenn man sich dazu entschließt, im westlichen Kulturkreis zu wohnen, dann muß man die Grundwerte dieses Kulturkreises teilen. Wenn man das partout nicht teilen und sich hier nicht integrieren will, dann gibt es hier keinen Platz. Dann soll man die Koffer packen.“ John Howard, ehemaliger australischer Premierminister.

Die Niederlande sind das warnende Vorbild für die Erfolge islamischer Subversion. Die Erfolge des sogenannten Rechtspopulisten Geert Wilders,[92] der im November 2008 auf Anhieb nach seinen Wahlkampf-Attacken gegen den Islamismus gleich mit neun Sitzen in das Parlament einzog, war der schlagende Beweis, daß Reaktionen zwangsläufig Gegenreaktionen nach sich ziehen; eine Erkenntnis, welche die etablierten Parteien jedweder demokratischer Regierungsformen in Bedrängnis versetzte.

Die Folgen sprechen für sich. Ungestraft dürfen junge Moslems in den Niederlanden die Vergasung von Juden fordern. In der Stadt Leiden beschützten Polizisten junge ausländische (moslemische) Zuwanderer, die im November 2007 mit dem Slogan „Joden, Joden

92 Am 13. April 2015 sprach Geert Wildeers auf der Pegida-Veranstaltung in Dresden. Die Öffentlichkeit kennt ihn als Vorsitzenden der niederländischen Partij der Vrijheit (dt., „Partei der Freiheit“) und „Islamkritiker“. Doch wer ist der Mann wirklich? Wilders verbrachte seine Jugend in Israel, er ist mit einer ungarischen Jüdin verheiratet und ist in den letzten Jahren 40 Mal (!) nach Israel gereist, wo er z. B. auch die ehemaligen Ministerpräsidenten Sharon und Olmert getroffen hat. Es ist kein Geheimnis, sondern bekannt, daß er in der israelischen Botschaft in Den Haag ein- und ausgeht. Im März 2015 war er wieder bei der österreichischen FPÖ zu Gast. Ist Wilders, der sich selbst als Atheist bezeichnet, ein zionistischer Agent? Daran kann es eigentlich keinen Zweifel geben, denn was er tut, entspricht genau dem Kalkül des zionistischen Regimes. Er ist bestrebt, möglichst alle populistischen Rechtsparteien in Europa auf einen radikal islamfeindlichen Kurs zu bringen und zur Unterstützung des zionistischen Regimes zu bewegen. Bis auf die ungarische Jobbik-Partei ist ihm auch das bereits fast gelungen. Es fanden bereits Konferenzen rechter europäischer Parteien in Israel statt. Der Nutzen für das zionistische Regime ist klar. Die populistischen Rechtsparteien gewinnen in Europa immer mehr an Zulauf. Und wenn diese bereit sind, die Verbrechen des zionistischen Regimes zu decken, kann Israel seine Politik des Landraubs sogar noch forcieren. Marie Le Pen hat sich wegen dieser Ausrichtung sogar mit ihrem Vater zerstritten, der französische Front National geht auf islamfeindlichen und zionismusfreundlichen Kurs – Marie Le Pen hat sogar die Chance, 2017 zur Präsidentin gewählt zu werden.
Pegida hat somit einen Mann eingeladen, der für ein verbrecherisches Regime die Strippen zieht. Man könnte als nächstes auch gleich Benjamin Netanjahu einladen.

aan het gas" durch die Straßen der Stadt zogen. Niederländische Medien verkauften die Vergasungsforderungen als „multikulturelle Demonstration" benachteiligter Einwanderer. Man stelle sich derartige Demonstrationen im Staate BRD vor, oder besser nicht. Soweit ein extrem abartiges Beispiel.

Immer mehr Moslems ziehen in die Niederlande. Die Folge ist eine Veränderung des gesamten niederländischen Geisteszustandes, zumindest auf dem statistischen Sektor. Zuwanderer wie Autochthone werden in den europäischen Ländern in einen gemeinsamen Topf geworfen. Eine Tatsache, welche die kollektiven Fehlentwicklungen vertuschen soll.

Damals berichtete die keinesfalls des Rechtsextremismus verdächtige niederländische Zeitung *Trouw* (dt., „Treue") über unschöne Erkenntnisse auf dem medizinischen Sektor. Danach sollen zahlreiche der kriminellen marokkanischen Jugendlichen in den Niederlanden psychisch gestört sein. Viele litten an Schizophrenie, so der Bericht. Die Mediziner führten das auf die in islamischen Kreisen überproportional verbreitete Inzucht zurück. Nach Angaben des Artikels sind marokkanische Jugendliche in den Niederlanden 4,5 Mal häufiger von Schizophrenie betroffen als ethnische Niederländer gleichen Alters. Die Zeitung *Trouw* suchte eine Antwort auf diese Frage und fand sie im medizinischen Bereich. In Amsterdam neigen viele junge Kulturbringer zu blinden Gewaltausbrüchen und zu einem Abgleiten in die Kriminalität, obwohl keine andere Bevölkerungsgruppe stärker finanziell gefördert wird als gerade diese. Eine Ursache für diese weit verbreiteten psychischen Störungen sind demnach die – unter Orientalen – weit verbreiteten Verwandtenheiraten.

Derartige psychische Störungen weisen orientalische Kulturbringer auch in anderen europäischen Staaten auf – etwa in Dänemark. Zum ersten Mal hat man 2007 in Dänemark in einer repräsentativen Studie den Gesundheitszustand der Kinder von Asylbewerbern erkundet. Die Universität von Kopenhagen verfaßte die Studie zusammen mit dem Roten Kreuz. Das Ergebnis war erschreckend. Ein Drittel der untersuchten Kinder hatten eine oder gleich meh-

rere psychische Störungen oder gar Geisteskrankheiten. Die Studie wurde in der medizinischen Fachzeitschrift *Ugeskrift for Laeger* (dt., „Wochenzeitschrift für Ärzte") veröffentlicht.[93]

In der ARD-Sendung „Kontraste" vom 31. Juli 2008 mit dem Titel „Die Cousine als Ehefrau – behinderte Kinder aus Verwandtenehen" bestätigte der in Berlin-Kreuzberg arbeitende Pränataldiagnostiker Ömer Kilavuz die Folgen auch in Deutschland. Normal liegen fötale Mißbildungen innerhalb der Bevölkerung bei zwei bis vier Prozent. Bei Familien, die Verwandtenehen eingehen, verdoppelt sich diese Zahl. Das heißt, bei diesen Familien haben wir ein Risiko von sechs bis acht Prozent. Der restlichen Folgen sind mit Hilfe der Wahrscheinlichkeitsrechnung errechenbar.

Wer sich in der BRD mit diesem Thema befaßt, wird ausgegrenzt oder gar zum Opfer einer medialen Hinrichtung. Die Thematik steht im Widerspruch zur politischen Korrektheit und wird deshalb ähnlich angegangen wie politisch inkorrekte Naturgesetze von den Adepten der „Frankfurter Schule". Man ignoriert einfach die naturgesetzliche Faktenlage. Die Integrationsbeauftragte im Kanzleramt, Maria Böhmer, stand der ARD zu diesem Thema nicht zur Verfügung.

Aufmerksame Niederländer erkennen zunehmend, daß es so nicht weitergehen kann. Die Sicherheitsbehörden erhalten Sonderzulagen aus dem Staatshaushalt, um das enorme Ansteigen der Kriminalität marokkanischen Jungbürger bekämpfen zu können. Seit einiger Zeit sind sogar Sparschweine in die Kampfhandlungen verwickelt. Ihr Vorhandensein auf den Tresen holländischer Banken beleidige die Gefühlswelt der orientalischen Kulturbringer, erkannten gutmenschliche Zeitgenossen. Eine derartige Blasphemie widerspräche den Grundsätzen der bunten Gesellschaft. Wer sich in der BRD über diesen Geniestreich äußert, wird zum Verschwörungstheoretiker erklärt. Derart infantil kann eigentlich niemand sein. Es steht jedermann frei, sich in die Niederlande zu begeben und diese Eulenspiegelei zu überprüfen. Mittlerweile sind auch in

93 http://politiken.dk/indland/article_3924394.ece sowie http://politiken.dk/viden/ECE588966/kvindelige-laeger-vil-ikke-forske/

der BRD Sparschweine fast völlig aus dem Alltagsbild verschwunden, um nur bitte ja keinen Moslem zu beleidigen.

Immer massiver wird die Kritik der echten Niederländer an den Auswüchsen der Islamisierung, doch auch die real Herrschenden sind gewappnet. Kritiker, Karikaturisten, Künstler und sonstige Querdenker werden zur Zielscheibe von Polizeiaktionen. Jenes Land, das einstmals als das liberalste Europas galt, beschneidet im Interesse überstaatlicher Kräfte die Rechte der eigenen Bürger. Die derzeitige abendländische Demokratie ist sich ihr eigener Feind geworden. Und zwar im Namen ihrer selbst.

Der Journalist Udo Ulfkotte gibt ein typisches Beispiel der Selbstverleugnung zum besten: *„In ihrem Heimatland trugen Niederländer bei warmer Witterung bislang kurze Hosen. Darüber beschwerten sich im April 2008 Moslems. Sie forderten, daß Bauarbeiter von sofort an ‚anständig' gekleidet sein sollen und keine ‚unanständigen' kurzen Hosen mehr tragen dürfen. In der Stadt Almere, wo diese Forderung von Moslems erhoben wurde, erfolgte zu jener Zeit die Renovierung eines Wohnblocks für 750 Menschen, bei der die Bauarbeiter wegen der Temperaturen kurze Hosen und T-Shirts trugen. Die vielen dort lebenden Moslems meinten, das könne ihre Frauen auf ‚unanständige' Gedanken bringen. Bauarbeiter Robbi Willemsen erklärte darauf, er werde dort bei der Arbeit auch weiterhin kurze Hosen tragen. Das Bauunternehmen, das die Renovierung vornahm, wurde unter Druck gesetzt: die Moslems forderten, daß alle Bauarbeiter auch bei Hitze Overalls tragen sollen. Denn schließlich müssen doch die kulturellen Besonderheiten unserer Mitbürger respektiert werden. Bei dem Bauunternehmen gibt es schriftlich verfaßte Regeln für Arbeitskleidung. Im Sommer sind da eigentlich auch kurze Hosen gestattet. Doch das könne man natürlich zugunsten der kulturellen Gepflogenheiten unserer Mitbürger auch ändern…"*[94]

Am 5. Juni 2008 standen die niederländischen Politiker vor ihrem selbst produzierten Scherbenhaufen. An diesem Tag veröffentlichte die Zeitung *Nederlands Dagblad* einen Bericht unter der Überschrift „Twee derde wil stop op grote moskeeën" (dt., „Zwei Drittel

94 Udo Ulfkotte, „SOS Abendland – Die schleichende Islamisierung Europas"; Kopp-Verlag, Rottenburg bei Stuttgart, 2008, S. 209

sind für die Einstellung des Baues von großen Moscheen"). Die Mehrheit des Volkes hatte aus Sicht der landeseigenen Politiker gegen die staatlich verordnete Islamisierung rebelliert. Nach einer in dieser Zeitung veröffentlichten Umfrage lehnten zwei Drittel der Niederländer (genau 65 %) den Bau von weiteren Moscheen ab. Es traf genau jene Parteien, welche die Islamisierung intensiv gefördert hatten. So lehnten genau 65 % der Wähler der Sozialisten den Bau neuer Moscheen ab. Sogar 39 % der Wähler der Grünen und Linken wollten, daß der Bau neuer Moscheen unterbliebe. Schlimmer noch: genau 83 % der Wähler der Sozialisten sahen das Erstarken des Islams in ihrer Heimat als Gefahr an. Die Politiker aller betroffenen Parteien waren mit einem Mal ratlos – und entsetzt. Wieder einmal hatte es sich bewiesen, daß es eine Riesenkluft zwischen „denen da oben und denen da unten" gibt. Der Krug geht erfahrungsgemäß nur so lange zum Brunnen, bis er bricht.

Ich habe bewußt neben dem bundesrepublikanischen Problemkreis lediglich die Sonderfälle aus Großbritannien, Schweden und den Niederlanden einer näheren Analyse unterzogen, obwohl es über Frankreich, Belgien, Österreich und die Schweiz mehr als genug Stoff für weitere Betrachtungen gibt. Ein weiteres Verweilen bei besagter Thematik würde jedoch zu einer inhaltlichen Akzentverschiebung führen, was dem Inhalt dieses Buches wenig dienlich wäre.

Zurück ins Merkelland

Im Merkelland dürfte der Prozentsatz der deutschen Moschee- und Islamgegner ähnlich hoch liegen, auch wenn die SPD-nahe „Friedrich-Ebert-Stiftung" von Zeit zu Zeit „Meinungsumfragen" veröffentlicht, die das Gegenteil suggerieren sollen.

Die Quintessenz dieser Ausarbeitung ist für einen jeden, dem seine Augen zum Sehen gegeben wurden, erkennbar: die indigenen Völker Europas leben in einer induzierten Klassengesellschaft, ein gesellschaftlicher Zustand, der sich besonders auf dem Sektor der Justiz negativ auswirkt. Artikel 3 GG wie auch Artikel 1 und 13 der Charta der Vereinten Nationen wurden geschaffen, um die Gleich-

heit aller vor dem Gesetz zu garantieren. Diese ehernen Säulen wurden im freiesten Rechtsstaat der deutschen Geschichte – wie er sich gern selbst bespiegelt – durch die „Richtlinie 12.1 – Berichterstattung über Straftaten – ausgehebelt. *„In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründeter Sachbezug besteht. Besonders ist zu beachten, daß die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte."*

Die Hypothese „könnte Vorurteile schüren" ist führenden Juristen der BRD Beweis genug, die gesamten, über die Jahrhunderte gewachsenen hiesigen juristischen Strukturen einer erwünschten Bedingtheit zu opfern.

Rechtsbrüche zugunsten der angestrebten Umvolkung werden in allen abendländischen Nationen begangen. Was das Merkelland jedoch von den übrigen europäischen Völkern unterscheidet, ist die Tatsache, daß es deren Medien – dank noch existenter Demokratiefragmente – nach wie vor möglich ist, gegebenenfalls aufrüttelnde Artikel über Überfremdungsexzesse zu veröffentlichen, was im freiesten Rechtsstaat der deutschen Geschichte per ordre de Mufti untersagt ist.

Die einst von unseren Befreiern installierten Lizenz-Medien schreiben, je länger sich der Abstand zu den berühmt-berüchtigten „12 Jahren" dehnt, umso inländerfeindlicher. Trotz allem ist unübersehbar, daß die Bevölkerung der BRD in der Beurteilung ihre moslemischen Mitbürger zutiefst gespalten ist. Während gemäß oberflächlichen Betrachtungen vermutlich ein Drittel der Bevölkerung in jedem zugewanderten Moslem eine Bereicherung zu erblicken vermeint, betrachten die restlichen zwei Drittel jedwede Zuwanderung von Muslimen mit Mißtrauen oder gar offener Ablehnung, auch wenn sie ihre wirkliche Meinung nur dem engsten Umfeld mitteilen, um gesellschaftlichen und beruflichen Nachteilen vorzubeugen. Nähere statistische Angaben über die Resultate von Meinungsumfragen, die ein ungefähres Bild über die jeweiligen Prozentsätze ergeben könnten, werden, anders als in den übrigen

europäischen Ländern, nicht veröffentlicht, obwohl es als höchst unwahrscheinlich erscheint, daß derartige Umfragen in der BRD nicht durchgeführt werden oder wurden. Überdies dürften die Lemuren der Meinungsforschungskartelle über genügend Realitätssinn verfügen, um zwischen echten und vorbeugenden Antworten ihrer Opfern zu unterscheiden. Über die Gründe dieser Abstinenz kann man nur mutmaßen. Man wählt den Kuschelkurs und bemüht sich, dem deutschen Zipfelmützenträger klar zu machen, wie glücklich er sich zu fühlen habe.

Der *Sächsischen Zeitung* vom 19. 2. 2015 entnehmen wir einen bemerkenswerten Bericht:

„Ausländerbeirat: Anfeindungen nehmen seit Pegida-Demos zu ‚Pegida' hat Spuren hinterlassen. Auch bei den in Dresden lebenden ausländischen Einwohnern. Sie fühlen sich seit den Straßenprotesten der Islamkritiker zunehmend unwohl in der Elbestadt.
Der Ausländerbeirat in Dresden berichtet über wachsende Anfeindungen gegen Ausländer seit dem Aufkommen der islamkritischen Pegida-Bewegung. Es komme vermehrt zu Beleidigungen und Bedrohungen, teilten Vertreter des Gremiums am Donnerstag in Dresden mit. Als Beispiel nannte Beiratschef Victor Vincze das Schicksal einer Studentin aus Indonesien, die von mehreren Leuten angepöbelt worden sei und sich nun an Montagabenden – dem Tag der wöchentlichen Pegida-Kundgebungen – nicht mehr auf die Straße traue. ‚Das ist es, was mir zusetzt. Das ist einer Stadt wie Dresden nicht würdig', sagte Vincze. … Es gebe viele verschiedene Ausländer in Dresden, sagte Vincze: ‚Was uns alle verbindet, ist Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit.' Er habe den Eindruck, daß durch Pegida die latent vorhandene Ausländerfeindlichkeit erst deutlich geworden sei. Vincze schilderte aber auch eine Gegenströmung. Denn mit dem Erstarken von Pegida sei in Teilen der Bevölkerung die Hilfsbereitschaft gewachsen: ‚Pegida hat den Ruf Dresdens geschädigt. Ich bin überzeugt, daß Dresden das nicht verdient hat.' Der Ausländerrat kündigte an, künftig noch mehr in der Öffentlichkeit für die Belange von Flüchtlingen einzutreten und die Dresdner aufzuklären.
Der Ausländerbeirat von Dresden entstand 1996. Er hat 20 Mitglieder. Elf von ihnen haben ausländische Wurzeln. Neun gehören dem Stadtrat

an. Der Beirat wird als beratendes Gremium herangezogen, wenn Entscheidungen die Belange von Ausländern betreffen.
Die islamkritische Pegida-Bewegung war im Herbst 2014 in Dresden entstanden und hatte nach ihrer Spaltung Ende Januar einen Rechtsruck vollzogen – auch wenn Pegida das selbst anders darstellt. Bei der vergangenen Kundgebung am 16. Februar wurden Ausländer von Demo-Teilnehmern erneut als ‚Pack, das weg muß' bezeichnet.“

Die auf das deutsche Volk angesetzte Task Force der Psychokrieger widmet ihr besonderes Augenmerk der Aufgabe, dem gemeinen Bundes-Michel zu verdeutlichen, wie ungeheuer glücklich er zu sein habe. Dieses induzierte Glücksgefühl erreichte in der zweiten Hälfte des Jahres 2014 seinen Höhepunkt, geriet dann aber durch das Erscheinen der sog. „Pegida“ ein wenig aus den Schlagzeilen.

Um dieses Ziel zu erreichen, schreckt man vor keiner Irreführung des Publikums zurück. Polizeistatistiken werden gefälscht, Probleme sophistisch hinwegdisputiert, und nun – als neuester Geniestreich unserer politisch Korrekten – verpaßt man Gewalttätern mit „südländischem Aussehen“ sogar falsche deutsche Namen, auf daß diese dem arglosen Zeitungsleser als Deutsche erscheinen. Derartige politisch motivierte Ganoventricks dienen der Befriedigung des Bedürfnisses „politische Korrektheit“, was durch die Umsetzung der Lebensphilosophie jenes „Palmström“, einer literarischen Figur Christian Morgensterns, geschieht, nach der „... nicht sein kann, was nicht sein darf“.

Den Gipfel dieser anarchistischen Staatslenkung besetzt zweifellos die bunt karierte Regierung Nordrhein-Westfalens. In NRW ist es untersagt, Gewalttätigkeiten gegen Polizeibeamte durch angelandete Kulturbringer in der Statistik zu vermerken. Deshalb dürfen seit Januar 2009 die dortigen Ordnungshüter nicht mehr zu Protokoll geben, daß sie bei Ausübung ihrer Pflichten von „Deutschen mit Migrationshintergrund“ körperlich angegriffen wurden. Über diesen Sachverhalt gibt es sogar einen Ministerialerlaß, die „Leitlinien der Polizei des Landes von Nordrhein-Westfalen zum Schutz nationaler Minderheiten vor Diskriminierungen“. Selbst im internen Schriftverkehr darf ein verletzter Polizist nicht mehr er-

wähnen, daß sein Angreifer dem Bevölkerungsteil mit „Mihigru" entstammt.

Es kommt noch gruseliger. Der neueste Geniestreich der auf das deutsche Volk angesetzten Psychokrieger besteht in der verbalen Umwandlung von Kulturbringern in ethnische Deutsche durch Namensänderung. Bei besonders degoutanten Verbrechen, etwa bei Vergewaltigungen von Minderjährigen, wird dem Täter ein deutscher Name verordnet, auf daß er dem arglosen Medienkonsumenten mehr als Bio-Deutscher denn als Kulturbringer aufstößt. Mit dieser Methode werden „im freiesten Rechtsstaat der deutschen Geschichte" die Probleme überbordender Gewalt durch Kulturbereicherung unter den Teppich gekehrt. Aus einem Vergewaltiger Mustafa M. wird eben mal schnell ein Karl-Heinz Sowieso.

Was Mittel- wie Westdeutsche dennoch in toto eint, ist ihre kollektive Aversion gegen jede Art von übergeordnet befohlener Bereicherung. Ihre gemeinsame Abstammung verrät ihnen, daß sie infolge deutscher Höchstleistungen auf den Sektoren der Zivilisation, Kultur, erfinderischen Schaffens und militärischer Tüchtigkeit keine Ausländer benötigen, die ihnen das Essen mit Messer und Gabel beibringen oder auf irgendeine andere spezifische Art die deutsche Kultur „bereichern" zu müssen glauben, selbst wenn eine Frau Margarete Mitscherlich und andere Umerziehungskoryphäen aus dem 68er-Umfeld dies noch so oft inbrünstig einfordern. Derartige Eigenschaften sind den fleißigen Hugenotten, Salzburgern oder Niederländern zuzubilligen, nicht aber mangelhaft qualifizierten Wirtschaftsflüchtlingen und Drogenhändlern aus Drittweltländern. Um diese Diskrepanz zu neutralisieren, sieht man sich veranlaßt, dem Patienten die Medizin des induzierten Schuldgefühls einzuflößen.

Ein simples Beispiel von Hunderten wenn nicht gar Tausenden möge dieses Glücksgefühl verdeutlichen. Mitte Dezember 2014 war die bisher nahezu unbekannte Gemeinde Vorra (1.700 Einwohner) in Mittelfranken plötzlich im Bewußtsein bundesrepublikanischer Gutdenker. Dort hatten Unbekannte an drei Stellen Feuer gelegt und auf Legastheniker-Deutsch die Worte *„Kein Asylat*

in Vorra!" an die Wand einer der Brandstellen gepinselt. Das Ganze durch ein überdimensionales Hakenkreuz zu ergänzen, wurde auch nicht vergessen. Bei den Brandstellen handelte es sich um die neue Heimat für „Flüchtlinge", die ab Januar die Ortschaft Vorra kulturell zu bereichern gedachten. Glaubt man den bundesrepublikanischen Medien, muß die Trauer über diesen Vorfall unter den Einwohnern dieser Stadt eine Ungeheure gewesen sein; hatten diese doch bereits ihre Vorbereitungen für eine Willkommensparty zugunsten der Neuankömmlinge abgeschlossen und standen nun vor dem Nichts. – Man ist gerührt wie Apfelmus!

Wir, die vom Schicksal bevorzugten deutschen Glückskinder, sollten uns den Gebräuchen der uns zur Seite gegebenen Kulturbringer erfolgreich anpassen; allein schon wegen unserer „Vergangenheit". Ein simples Beispiel mag dies verdeutlichen.

Kurz vor Weihnachten 2007 verbat sich der Münchner Rentner Bruno N. (76) das Rauchen eines Jungtürken im Bereich der rauchfreien Zone der Münchener U-Bahn. Über diesen Streitpunkt kam es zu einem „Gerangel", in dessen Verlauf der Rentner derart heftig mit seinem Kopf gegen den Fuß des Jungtürken stieß, daß er besinnungslos ins Koma fiel. Daß dieser fremdenfeindliche Akt von den süddeutschen Medien – eine Landtagswahl stand unmittelbar bevor – publizistisch zu Ungunsten des jungen Türken aufbereitet wurde, mußte die moralischen Empfindungen all unserer pseudointellektuellen Gutdenker in Wallung versetzen.

Jens Jessen, damaliger Ressortleiter des Feuilletons der *Die Zeit*, und ungenierter Fan des Massenmörders Lenin, schrieb darüber dem gemeinen Bundesmichel in dessen Stammbuch: *„Bauschen besserwisserische Rentner die Debatte um kriminelle Jugendliche auf?"* Gutmensch Jens Jessen schlußfolgert: *„... es gibt in der hiesigen BRD zu viele besserwisserische Rentner, die den Ausländern das Leben zur Hölle machen und vielen anderen Deutsche auch. Letztlich zeigt der deutsche Spießer doch überall sein fürchterliches Gesicht."* (Wenn sein Gesicht nicht gerade zertreten wird, wäre dieser Erkenntnis hinzuzufügen...) Den Gutmenschen Jessen störte *„... die unendliche Masse von Gängelungen, blöden Ermahnungen und Anquatschungen, welche*

Ausländer, namentlich Jugendliche, ständig zu erleiden haben". Wenn diese Spießer aufträten, *„entstehe eine Atmosphäre der Intoleranz, vor deren Hintergrund man Gewalttaten spontaner Natur beachten muß"*.

Jens Jessens Beurteilung der Situation scheint seinem Lebensgefühl und dem zahlreicher anderer furchtbarer Journalisten und Juristen zu gleichen. Der Schuldige ist das Opfer, wenn nur der Täter auf der richtigen Seite stand.

Besonders infam an dieser Taktik ist die Tatsache, daß meist jene Fälle der Öffentlichkeit unzugänglich gemacht werden, bei denen den Tätern selbst bei größter Strapazierung der Phantasie durch statistische Umdeutung kein deutscher Tarnanstrich aufzutragen ist. Auf diese Weise wird der politkriminelle Teil des Tätervolkes durch die Hinzuaddierung von Paßdeutschen vergrößert. Man glaube bitte nicht, daß die immer weiter um sich greifende Kuscheljustiz ihre Wurzeln in der Blauäugigkeit unserer Richterschaft hat. Die Justiz der BRD hat Weisung, ausländische Kriminelle, die sich aus rassistischen Motiven an Deutschen vergreifen, mit einem sogenannten „Türkenbonus" zu beglücken, einer direkten Aufforderung zur Begehung weiterer Straftaten. Die Existenz dieses „Türkenbonus" (eigentlich „Ausländerbonus") läßt sich nicht mehr wegdisputieren, nachdem die viel erwähnte Berliner Richterin Kirsten Heisig dessen Existenz in einem ihrer Plädoyers offiziell bestätigte. In der Praxis bedeutet es, daß zwar deutsche „Täter" zu verurteilen sind, nicht aber kriminelle Ausländer, die Inländer tätlich angreifen und dabei verletzen. Derartiges Handeln ist Klassenjustiz der perfektesten Form. Kirsten Heisig bezahlte die Offenlegung dieser rechtszerstörerenden Kuscheljustiz später mit ihrem Leben; offenbar wurde sie „geselbstmordet".

Außer dem „Türkenbonus" gibt es noch einen weiteren Anlaß für unsere Justiz, der es sinnvoll erscheinen läßt, deutsche Volksgenossen anstelle ausländischer Jugendlicher für vermeintliche Straftaten zu verurteilen.

„So beklagte Jugendrichterin Kirsten Heisig, daß sich die Öffentlichkeit für diese Täter nicht interessiere. Die Zeitung zitiert sie mit den Worten:

‚Da kommt keiner dieser Vereine, die sich gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit engagieren.‘ Ganz im Gegensatz zu anderen Fällen: ‚Bei Übergriffen rechter Jugendlicher auf Migranten sei der Saal dagegen immer voll‘, gibt sie der ‚Tagesspiegel‘ wieder.
Anders sieht es offenbar ihr Richterkollege Günter Ränke, der in beleidigenden Sprüchen nur einen ‚Nebenaspekt‘ erkennen will. Sein von der Zeitung wiedergegebener Erklärungsversuch spricht Bände für den Zustand unserer multikulturellen Gesellschaft: ‚Einen deutschen Jugendlichen zur Zielscheibe zu machen – statt eines russischen oder arabischen – habe nach Erfahrung der Ermittler den Vorteil, daß die große Verwandtschaft nicht binnen Minuten zur Gegenattacke anrückt.“[95]

Kirsten Heisig scheint ungefähr ein halbes Jahr später auf höchst dubiose Weise „vom Leben befreit worden“ zu sein. Aus meinem weiten Bekanntenkreis ist mir niemand bekannt, der an die offiziell verkündete Version ihres Todes („Suizid“) glaubt.

Jetzt weiß man, warum Artikel 3 GG nicht für die Inländer gelten darf.

Ein bemerkenswert hellsichtiger Beitrag zum Thema erschien am 15. Januar 2008 in der *FAZ*. Er wurde verfaßt von Frank Schirrmacher, der am 12. Juni 2014 im Alter von 55 Jahren verstorben ist. Schirrmacher schrieb unter der Überschrift *„Junge Männer auf Feindfahrt“*:

„Das Redeverbot, wonach über ausländische Jugendkriminalität oder solche mit Migrationshintergrund nur im Zusammenhang mit Jugendkriminalität im Allgemeinen zu sprechen sei, ist Geschichte. Das hat nichts mit rechtsradikalen oder ausländerfeindlichen Tendenzen der Gesellschaft zu tun, sondern mit den Tätern selbst. Sie verrichten ihre Taten nämlich nicht mehr stumm. Sie reden dabei. Das heißt nicht, daß sie schon eine Ideologie hätten. Aber sie haben begonnen, einen Feind zu identifizieren. Das sind ‚die Deutschen‘. Uns war historisch unbekannt, daß eine Mehrheit zum rassistischen Haßobjekt einer Minderheit werden kann. Aber es gibt starke Signale dafür.“

---

95 Zitiert nach einem Beitrag des sächsischen NPD-Landtagsabgeordneten Holger Szymanski in der *Deutschen Stimme*, Riesa, März 2008, S. 2.

Die tägliche multikulturelle Bereicherung sieht im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten den an den Rand gedrängten, eingeschüchterten Deutschen. Dieser weiß – mangels Unterstützung derer, die ihm vorlügen, sein bestes zu wollen – in seiner künstlich herbeigeführten Vereinzelung nicht mehr, wie er sich verhalten soll.

Und so sieht dann die Realität aus.

Fall I

„Die 21-jährige Jennifer P. und der 35-jährige Kay L. fürchteten um ihr Leben. Sie waren ungewollt mit Aynur E. in Streit geraten. Der junge Mann hatte die Türkin auf der Badstraße in Berlin-Wedding versehentlich angerempelt. Daraufhin prügelte Aynur mit ihrer Handtasche auf Kay ein und holte via Handy Verstärkung.
Das deutsche Pärchen flüchtete sich in einen Lidl-Supermarkt. ‚Es dauerte keine fünf Minuten, bis unser Laden voll mit Ausländern war', berichtet Verkäuferin Denise Schmiechen. 50 junge Männer ‚türkischer Nationalität', die vor dem Supermarkt tobten, zählte die Polizei. Es herrschte Lynchstimmung. Die Beamten hörten, wie aus der Menge gerufen wurde:
‚Ihr lebt nicht mehr lange, wir schlitzen euch deutsche Schweine auf!'
Die Meute drang in den Supermarkt vor. Kay L. schnappte sich einen Besen und brach ihn ab, um sich gegen die Angreifer zu verteidigen. Nur durch den Einsatz zahlreicher Beamter konnte die Situation einigermaßen beruhigt werden: Polizisten mußten den Bürgersteig räumen und das Paar aus dem Geschäft unter Rufen eskortieren, wie ‚Wir bringen euch um, ihr deutschen Drecksschweine! Das ist unser Bezirk, verpißt euch!'. Für die Verkäuferinnen sind solche Beschimpfungen Alltag: ‚Gerade die jungen Ausländer beleidigen uns ständig', sagt Melanie Dayan. Manchmal reiche es, wenn ein Artikel ausverkauft sei."[96]

Fall II

„Jagdszenen auch einen Tag später auf dem U-Bahnhof Osloer Straße in Wedding. Etwa 20 Mitglieder der Jugendgang ‚Arabian Ghettoboys'

96 focus.de vom 5. 3. 2007

umstellten einen deutschen Jugendlichen und machten gleich ein Foto von ihrem Opfer, für den Fall, daß es Anzeigen erstatte: ‚Dann kriegen wir dich!' Der Junge ließ sich nicht abschrecken und ging zur Polizei. Die fand bei den Tätern diverses Beweismaterial, unter anderem Fotos von weiteren Überfallenen. Doch die Staatsanwaltschaft beantragte für die jungen Araber keine Haftbefehle."[97]

Fall III

Und einige weitere Episoden, die aufgrund des „Türkenbonus" Folgetaten nach sich zogen.

„Vor dem Landgericht in Berlin-Moabit müssen sich türkische Jugendliche verantworten, die sich nicht nur verbal verbotswidrig verhalten, sondern auch noch junge Mädchen in einem Bus angegriffen haben sollen.
Für den Hauptangeklagten gab es zur Eröffnung des Verfahrens eine böse Überraschung.
Vor Gericht erschien er wegen Beleidigung. Doch Richterin Kirsten Heisig eröffnete ihm, daß Haftbefehl vorliegt in einem anderen Verfahren – wegen versuchten Totschlages. Denn mutmaßlich stach er mit einem Klappmesser einer Frau ins Gesicht.
Ohnehin sitzt er nun wegen der neuerlichen Gewaltvorwürfe in weiteren Verfahren in Untersuchungshaft. Ein Fluchtversuch am Mittag wurde vereitelt, heißt es in Justizkreisen.
Das Urteil: Vier Wochen Arrest wegen Beleidigung und Körperverletzung ist vergleichsweise milde. Die Angeklagten profitieren von ihrer türkischen Abstammung, betont die Richterin. Denn Deutsche, die sich derartig gegenüber Türken geäußert hätten, hätten mit sehr viel härterer Bestrafung rechnen müssen. Sie wären nicht nur wegen Beleidigung, sondern wegen Volksverhetzung verurteilt worden."[98]

Es besteht kein Zweifel, daß derartige Urteile die juristische Formel „Im Namen des Volkes" nicht verdienen. Wären die Deutschen nicht inzwischen zu großen Teilen derart eingeschüchtert, hätten sie dieser kriminellen Gruppe handgreiflich klargemacht, daß ein „Mügeln"

---

97 focus.de vom 5. 3. 2007
98 „Berliner Abendschau", RBB, vom 23. 4. 2008

durchaus auch in Köln möglich ist, anstatt sich auf die Justiz und deren inzwischen hinlänglich bekannte Kuschelrechtssprechung zu verlassen. Gemäß den Protagonisten dieser Variante der Volkspädagogik behindert die Ausrichtung auf nationale wie übernationale Gesetzgebung angeblich den Integrationsprozeß (Artikel 3 GG sowie Artikel 1 und 13 der Charta der Vereinten Nationen). Wer verletzt in diesem Zusammenhang eigentlich das Grundgesetz?

Der kritische Geist stellt sich somit die Frage, wozu denn überhaupt noch die Mühe, die Strafverfolgungsbehörden mit derartigen „Banalitäten" zu belästigen?

Glaubt man den Multikulti-Fanatikern, geht es um kulturelle Bereicherung sowie um die Kreation einer ominösen „Vielfalt der Persönlichkeit", die es unbedingt herbeizuzaubern gilt; aus welchen Gründen auch immer. In Wirklichkeit soll mit derartigen Urteilen das erzieherische Ziel des Überlegenheitsgefühls über alles Deutsche bei unseren Kulturbringern gefördert werden. Diese sollen sich vor den Deutschen im allgemeinen und vor Madame Justitia im besonderen sicher fühlen, damit sie am Tage X auf nicht allzu viel Widerstand seitens deutscher Indigener stoßen. Ziel ist es, die Deutschen auf ihre gesellschaftliche Rolle als Paria im eigenen Land einzustimmen.

Fall IV

Was fünf Jugendliche mit „Mihigru" auf dem Frankfurter U-Bahnhof Heddernheim am 6. Januar 2008 von sich gegeben haben, das hätte einen Deutschen schon für mehrere Jahre, wegen Volksverhetzung und Mordhetze, hinter schwedische Gardinen gebracht. Es reichte von „Wir machen euch fertig!" bis zu „Die Polizisten sind genauso wenig wert wie der ‚fucking Rentner' von München!". (Anm.: Es handelt sich um den bereits in einem anderen Zusammenhang erwähnte Rentner Bruno N.) Die Angesprochenen waren Polizisten, die den Pöbeleien jugendlicher Kulturbringer gegenüber Fahrgästen Einhalt gebieten wollten.

Hintergrund dieser Exzesse waren die rassistischen Pöbeleien von fünf Jugendlichen polnischer, türkischer, afghanischer und afrika-

nischer Herkunft. In deren Folge gingen auch die Scheiben eines U-Bahn-Waggons zu Bruch. Der herbeieilende Lokführer Knut Z. wurde von ihnen nieder geprügelt und mußte mit einer Gehirnerschütterung sowie multiplen Prellungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden.

Das Vorhandensein zahlreicher Augenzeugen führte zu einer schnellen Festnahme der Täter. Sie bestritten allerdings die Tat. Lediglich der Hauptschuldige – ein David L. – wurde daher in U-Haft genommen.

Die Polizisten wurden von den Tätern als „Scheiß deutsche Hurensöhne und Nazis" betitelt. Sie drohten ihnen sogar an, daß man sie fertig machen würde, wenn sie sich ohne Uniform in ihren Stadtteil wagen sollten. „Ihr werdet sterben!" prophezeiten die Migranten. Die Untersuchungsrichter wurden dann als „Homos" bezeichnet, denen es ohnehin nicht gelänge, sie „in den Knast zu bringen, da sowieso nur Bewährung ausgesprochen würde, da Richter in dem beschissenen Deutschland nix draufhaben und unfähig sind". Die Frankfurter Justiz belehrte sie zwar eines besseren und fertigte die Anklage in nur zehn Tagen an. Ob der Prozeß jemals durchgeführt wurde, konnte ich leider nicht ermitteln. Zuständig ist wieder einmal lediglich das Jugendgericht (Aktenzeichen 954 Ls 6330 Js 201297/08).

Der „Türkenbonus" ist nur einer jener Auswüchse real existierender Klassenjustiz im Staate BRD. Ein weiterer ist die rechtliche Privilegierung von Angehörigen der mosaischen Kultgenossenschaft gegenüber den gewöhnlichen Inländern.

Schenkt man unseren Multikulti-Fans Glauben, geht es neben einer angeblichen kulturellen „Bereicherung" des deutschen Volkes um die Schaffung jener ominösen Vielfalt der Persönlichkeit, deren einstige Verkündung wir dem Grafen Coudenhove-Kalergi verdanken. Realistischer ist der Gedanke, mit derartigen „Kuschel-Urteilen" das Überlegenheitsgefühl der „Kulturbringer" zu festigen. Die eingewanderten Kulturbringer sollten sich vor den Deutschen im allgemeinen und vor Madame Justitia im besonderen sicher

fühlen, damit sie am Tage X mit nicht allzu heftigem Widerstand der Restdeutschen konfrontiert werden. Man tut deshalb gut daran, die Restdeutschen so früh wie möglich auf ihre künftige Rolle als Parias im Merkel-Land vorzubereiten.

Die hellbraune Rasse mit einem IQ unter 90

Professor Thomas Barnett sieht seine Lebensaufgabe in der Schaffung des Menschen neuen Typus, soweit dieser das Abendland bevölkert. Die zukünftige Bevölkerung hat hellbraun zu sein und mit einem IQ von höchstens 90 behaftet; zu wenig um zu denken und genug um zu arbeiten, wie dieser gefühlvoll zu scherzen beliebt. Die Erziehungsberechtigten des deutschen Volkes haben in einem kollektiven Akt des vorauseilenden Gehorsams diesen Weg auch ohne die Weisungen des Herrn Professors beschritten, und diesem dadurch seine Aufgabe um ein Vielfaches erleichtert.

In vergangenen Zeiten dienten Schulen der Vermittlung von Wissen. Die meisten Landesregierungen der BRD, insbesondere die der roten/grün-karierten, haben mit dieser reaktionären Vorstellung aufgeräumt und setzen die unter ihren Einfluß geratenen Schüler jenen politisch korrekten Erziehungsmaßnahmen aus, für die sie ausgesucht, ausgebildet und bezahlt wurden/werden (Brecht, Grass, Pornographie, Holocaust-Ersatzreligion usw.)

Diese Aufgaben bestehen in erster Linie in der geistigen Verfestigung der Holocaust-Ersatreligion sowie der Zwangs(homo)sexualisierung von Kindern und Heranwachsenden unter dem vorgegebenen Vorwand einer ach so notwendigen „Förderung sexueller Vielfalt". Immerhin ist das Erlernen des kleinen Einmaleins und des ABC noch zu dulden. Kenntnisse der deutschen Geschichte haben sich auf das Dritte Reich und die „Singularität seiner Verbrechen" zu beschränken. Das Auswendiglernen von Gedichten hat zu unterbleiben, da derartige pädagogische Restposten zur Überhöhung der kulturellen Vergangenheit der einst als Volk der Dichter, Denker und Nobelpreisträger mißverstandenen Deutschen mißbraucht werden könnten. Zudem ist Auswendiglernen dem faschistoiden „Pauken" gleichzusetzen. „Pauken" fördert das Erinnerungsvermö-

gen und wirkt sich positiv auf das Denkvermögen aus; das geht schon mal gar nicht. Es versteht sich von selbst, daß Reaktionäre wie Goethe und Schiller aus dem Bewußtsein des deutschen Volkes zu verschwinden haben, um durch Fortschrittsmenschen wie Bertold Brecht, Heinrich Böll und Günther Grass eingetauscht zu werden. Und, nicht zu vergessen, der konterevolutionäre Unfug des Lateinunterrichts ist unbedingt einzustellen.

Ein Klarsichtiger beschreibt die Situation, wobei es zu beachten gilt, daß das folgende als „Modernisierung“ des BRD-Schulunterrichts verkauft wird.

„Der Unterricht an den heutigen Schulen ist mit dem Unterricht vor 20 oder 30 Jahren nicht mehr zu vergleichen. Laufend wird Lernstoff über Bord geworfen und durch politische Indoktrination ersetzt, also durch Themen wie Klimakatastrophe oder Gender-Mainstreaming. Gut und gerne 50 Prozent des heutigen Lernstoffes dürften aus Nonsens und Indoktrination bestehen. Zusätzlich wird der Unterricht durch fatale Projekte, wie die sogenannte ‚Inklusion' sabotiert, bei der geistig behinderte Schüler in der Regelschule unterrichtet werden. Geistig behinderte Schüler sollen dasselbe Abitur bekommen wie gesunde, wobei man dem Reifezeugnis nicht mehr ansehen soll, daß sein Inhaber über eingeschränkte geistige Fähigkeiten verfügt – denn das wäre ja ‚Diskriminierung'. Die immer kostbarer werdende Zeit an deutschen Schulen werde zudem durch inhaltslose ‚Projekttage' verschwendet. Auch die Disziplin wollen und können Schulen nicht mehr aufrechterhalten, so daß ein geregeltes Lernen kaum noch möglich ist. Das Niveau und die Motivation des Lehrpersonals verfallen rapide. Erstens, weil auch das Lehrpersonal nicht vom Himmel fällt, sondern derselben Gesellschaft entstammt. Und zweitens, weil immer mehr Lehrer in die innere Emigration gehen und/oder krankfeiern.“[99]

Der Verfasser ist mit einer Reihe von Pädagogen bekannt, die aus beruflichen Gründen über Jahrzehnte hinweg den Niedergang des BRD-Bildungssystems unfreiwillig begleiteten. Deren Meinung dazu ist eindeutig. Der Niedergang des einst weltweit führenden

99 zitiert nach Gerhard Wisnewski, a.a.O., S. 344

und von Wilhelm von Humboldt geprägten deutschen Bildungssystems ist politisch gewollt und wird durch eine gezielte Veränderung der Lehrpläne wie auch durch die Einführung infantiler Lernmethoden, wie Pantomimenspiele, sinnlose Gruppenarbeiten oder Tänze, gefördert. Daher auch die zahlreichen Kapriolen und „Verschlimmbesserungen" durch Einführung von als „fortschrittlich" verkauften Lehrmethoden, besonders im buntkariert regierten Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Der Verfasser empfiehlt als Aufklärungsinstrument die Lektüre des Buches „Hexenjagd" von Frau Ursula Sarrazin.

Der zivilisierte Teil der Menschheit wird von den Schöpfern der NWO als Mediensklave und Verbraucher konditioniert, eine Absicht, die in weiten Teilen der abendländischen Welt bereits umgesetzt ist. Das Hauptanliegen dieser Umformung besteht in der Senkung des generellen Bildungsstandes der kulturell höher stehenden Völker auf das Niveau der sogenannten Entwicklungs- oder Dritte-Welt-Länder. Der allerneueste Schrei auf diesem Sektor globaler Verblödung ist ein als „Inklusion" bezeichneter Geistesblitz aus der unergründlichen Trickkiste der UN-Sheriffs. Der Verfasser widmet sich dieser allerneuesten Schnapsidee gegen Ende dieser Ausarbeitung. Im übrigen gilt: Fachidioten reichen zum Funktionieren der zukünftigen Gesellschaft vollständig aus. Was darüber hinaus geht, kostet Geld und schadet somit der NWO.

Schimmer noch: Allgemeinwissen fördert die Diversierung des Weltbildes oder verführt gar zu kritischem Denken. Der Massenzuzug von „Agrarökonomen" (recte: Viehhirten) aus Ost-Anatolien ist kein Zufall, sondern wird von bestimmten Kreisen gesteuert. Man kreiert wieder einmal – wie schon so oft im Verlauf der menschlichen Kulturgeschichte – den „neuen Menschen".

Übrigens: Warum eigentlich schweigen sich unsere als „Lügenpresse" von den Pegadisten verleumdeten Volkserzieher über die Hintermänner und Geldgeber der Schleuserbanden aus? Welche „Eliten" fördern eigentlich diese Menschenfreunde? Wohin verschwinden die dabei angehäuften Unsummen? Circa € 6.000,-- kostet pro Person allein eine illegale Überfahrt über das Mittelmeer.

Wo wird dieses Geld geparkt? Bei z. B. 2.000 geschleusten „Flüchtlingen" betragen die (steuerfreien) „Einnahmen" schon stattliche 12 Millionen Euro. Wohin verschwindet dieses Geld?

Dem Verfasser ist aus den Berichten erfahrener Pädagogen bekannt, daß diese über Jahre hinweg nicht bemerkten, wie das bisher gängige Bildungssystem à la Humboldt systematisch von linientreuen 68er-Fachidioten unterwandert wurde. Als sie schließlich aufwachten und sich die Augen rieben, war es zu spät.

Man sprach/spricht systemkonforme Abiturienten mit der Absicht an, sie zum Studium der Pädagogik zu veranlassen. Als Gegenleistung garantiert man ihnen rasche Beförderung und Verbeamtung und Unterstützung in allen Lebenslagen. Die Folge war und ist, daß nach und nach das bundesrepublikanische Schulsystem durch zweitklassige, dafür aber linientreue Pädagogen unterwandert wurde. Sinn und Zweck dieser Unterwanderung sind für jeden, dem die Kunst des „Zwischen-den-Zeilen-Lesens" noch nicht ausgetrieben wurde, dem Buch von Ursula Sarrazin zu entnehmen. Die von ihr beschriebenen Neuzugänge pädagogisch/ideologischer Natur werden besonders bei der Besetzung von Schuldirektorenposten und anderen Schlüsselpositionen im Bildungsbereich bevorzugt. Es läuft alles nach Plan.

Weniger bekannt dürfte ein unter den politischen Teppich gekehrter Faktor sein, der eine Verschlimmbesserung des bundesrepublikanischen Bildungssystems für alle Weltveränderer und Globalisten nachgerade zwingend erscheinen läßt. Die Deutschen sind neben den Niederländern – nach wie vor – das intelligenteste Volk des „Noch-Abendlandes". Im Jahre 2006 lagen sie Kopf an Kopf mit dem niederländischen Nachbarn auf der IQ-Stufe 107, dicht gefolgt von Polen und Norwegern mit der IQ-Stufe 106. Diesem politisch inkorrekten Zustand ein Ende zu bereiten ist für dedizierte Weltenveränderer eine tradierte Pflicht. Kann man schon das Bildungsniveau unserer Kulturbringer nicht verbessern, entspricht es volkspädagogischer Notwendigkeit, das bewährte deutsche Bildungswesen dem Niveau Gabuns, der Molukken oder dem Horn von Afrika samt Umgebung anzupassen.

Die in diesem Zusammenhang wiedergegebenen Zahlen und die sich daraus abgeleitenden Erkenntnisse sind überwiegend – aber keinesfalls ausschließlich – die Quintessenz der jahrzehntelangen wissenschaftlichen Arbeit des nun emeritierten Professors Richard Lynn von der Universität Ulster in Nordirland und seines Mitarbeiters und Co-Autors, des ebenfalls inzwischen emeritierten finnischen Professors Tatu Vanhanen, des Vaters des einstigen finnischen Premierministers Matti Vanhanen, von der Universität Helsinki. Beide haben es sich mit der Fraktion der Gutmenschen auf das Gründlichste verdorben, sind sie doch aus deren Sicht für die hier beschriebenen Häresien verantwortlich. Selbst im fernen Finnland gibt es nun eine Massenzuwanderung von Ausländern. Im Zeitraum von 1985 bis 2009 hat sich die Anzahl der ausländischen Staatsbürger in Helsinki mehr als versiebenfacht.[100]

Über Prof. Richard Lynn lesen wir: *„In seinem Werk ‚IQ and the Wealth of Nations' (2002) behaupten Lynn und sein Co-Autor Tatu Vanhanen von der Universität Helsinki, es existiere ein Zusammenhang zwischen dem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt von Staaten und dem Intelligenzquotienten ihrer Bewohner. Diese Intelligenzunterschiede seien unter anderem genetisch bedingt. In ‚IQ and Global Inequality' (2006) führen sie den Argumentationsgang weiter, indem sie die soziale Ungleichheit mit dem angeblichen Intelligenzquotienten der untersuchten Nationen vergleichen.*
In seinem Buch ‚Race Differences in Intelligence: An Evolutionary Analysis' (2006) ermittelt Lynn Intelligenzquotienten von Völkern auf der ganzen Welt. Als am intelligentesten sieht Lynn die Juden an, die er als eigene Rasse betrachtet. Er behauptet des weiteren, daß die Ostasiaten einen durchschnittliche Intelligenzquotienten von ungefähr 105, Europäer 100 und die Bewohner Afrikas südlich der Sahara von 80 und weniger haben. Dies hänge mit dem höheren Selektionsdruck in den schwieriger zu bewohnenden nördlichen Breiten, die das Entstehen intelligenterer Völker fördere, zusammen. Er bringt die Errungenschaften der Völker in der Mathematik, Wissenschaft und

100 Prof. Vanhanens Arbeit über die IQ-Werte der einzelnen Länder kann unter diesem Verweis (link) abgerufen werden: http://lesacreduprintemps19.files.wordpress.com/2011/10/national-iq.pdf

Wirtschaft mit der durchschnittlichen Intelligenz ihrer Mitglieder in Verbindung."[101]

Deutsche Patrioten, die jetzt angesichts der hohen deutschen IQ-Werte in lauten Jubel ausbrechen, sollten sich darüber im klaren sein, daß genau diese Tatsache der Hauptgrund für die gezielte Sabotage des deutschen Bildungswesens ist.

Professor Richard Lynn und sein Mitarbeiter haben die IQs europaweit erforscht und einen Ländervergleich angestellt. Hier die IQ-Ländertabelle gemäß Lynn vom Jahr 2006:

Nach den Niederlanden und Deutschland mit jeweils einem IQ von 107 folgt Polen mit einem IQ von 106. Es folgen:

Schweden 104
Italien 102
Österreich........ 101
Schweiz 101
England........... 100
Belgien............ 99
Dänemark.......... 99
Finnland............ 99
Tschechien......... 98
Ungarn 98
Spanien.............. 98
Schottland 97
Irland.............. 97
Russland 96
Griechenland..... 95
Frankreich .... 94 (?)
Bulgarien 94
Rumänien.......... 94
Türkei 90
Serbien 89

101 http://de.wikipedia.org/wiki/Richard_Lynn

Der IQ-Durchschnitt von Europa liegt somit bei 98,5, wobei die Türkei von den Professoren zu Europa gezählt wird, was zweifelhaft erscheinen mag.

Der Verfasser ist sich sicher, daß Lynn bei seinen Untersuchungen während der zweiten Hälfte der neunziger Jahre für Frankreich einen Gesamt IQ – den von Paris mit 119 Punkten mitgerechnet –, von 90 Punkten errechnet hatte. Frankreich müßte demnach seinen Gesamtbildungsstand entweder verbessert haben, oder Prof. Lynn ist ein Fehler unterlaufen.

Soweit ein ungefährer Gesamtüberblick aus dem Jahr 2006. Was hier wiedergegeben ist, ist lediglich als Anhaltspunkt oder Stützpfeiler einer variierenden Gesamtentwicklung zu werten. Professor Lynn hat in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre Analysen erstellt, die im Zusammenhang mit der hier wiedergegebenen die demographisch-kulturelle Gesamtentwicklung in ihrer Vollständigkeit erklärt. Das Resultat ist eindeutig: Der Bildungsstand der europäischen und sonstigen Industriestaaten sinkt. Hingegen steigt der Bildungsstand der führenden ostasiatischen Länder Südkorea, Japan und Malaysia. So prognostiziert es die Statistik.

Bedauerlicherweise muß der Verfasser auf ein persönliches Manko verweisen. Was er im folgenden wiedergibt, basiert auf seiner Erinnerung. Die ursprüngliche Quelle war das Internet. Dieses aber ist im vorliegenden Fall versiegt; genauer: Er konnte trotz intensiven Suchens die Quelle nicht mehr eruieren. Möglicherweise haben sich dadurch Fehler geringfügiger Art eingeschlichen.

Vor noch nicht einmal 20 Jahren hatten die Niederlande und Deutschland noch einen IQ-Level von 119. Polen von 117, Schweden von 114, Österreich und die Schweiz von 112. Britannien von 100 und Frankreich von 90.

Der IQ eines Landes setzt sich aus zahlreichen Facetten zusammen, die durchaus nicht immer gleichartig sind. So ist der IQ der Hauptstadtbewohner stets höher als der des umgebenden Landes. Auch spielt der jeweilige Ausbau des Rentensystems eine gewich-

tige Rolle. Die einzige Ausnahme ist die BRD, deren Hauptstadt Berlin als Folge der Regierungskünste ihrer rot-grünen und rot-roten Regierungen die Ausnahme von der Regel beweist. Die Einwohner der Hauptstädte Stockholm, Paris, London und Rom hatten damals samt und sonders einen IQ-Level von 119 vorzuweisen.

Angesichts der ungebremsten Einwanderung von zu „Fachkräften" erklärten Unterschichtlern aus Kleinasien und Nordafrika ist davon auszugehen, daß binnen weniger Jahre die Spitzenreiter Europas, Deutschland und die Niederlande, durch das aufstrebende und völkisch nahezu heterogene Polen entthront sein werden. Das polnische Bildungswesen ist nicht föderalisiert, sondern zentralisiert und zudem – ähnlich der DDR – auf ein Zentralabitur ausgerichtet.

Österreichische Maturanten und bundesrepublikanische Abiturienten hatten 1987 einen mittleren IQ von etwa 122. Da die Aufweichung der Reifeprüfungen beider Länder naturgemäß zu einem Absinken des Durchschnitts-IQ geführt hat, ist dieser gegenwärtig auf etwa 115 gesunken und wird als Folge der angestrebten demographischen Entwicklung noch weiter sinken.

„Zeitweise ist der mittlere IQ der Studenten durch die verschiedenen erleichterten Zulassungen zum Hochschulstudium unter das Niveau der Maturanten und Abiturienten gesunken. ...In den Industrieländern sinkt der mittlere IQ der Mütter, da Akademikerinnen immer weniger Kinder gebären. 1997 betrug die Zahl der Kinder bei deutschen Akademi- kerinnen durchschnittlich nur noch 1,14, gegenüber 2,29 im Jahr 1970. Ungelernte hatten 2,01 Kinder, was auch ungefähr dem Geburtenniveau der Ausländerinnen entspricht. Durch die qualitative Bevölkerungspolitik der DDR ab 1972 wurde erreicht, daß um 1990 der mittlere IQ der mitteldeutschen Kinder 102 betrug gegenüber 95 für westdeutsche. Was der Niedergang des mittleren IQ, der durch die Einwanderung Unqualifizierter noch verstärkt wird, langfristig für die Industriegesellschaft bedeutet, diskutiert Weiss ausführlich."[102]

---

102 Volkmar Weiss, „Die Intelligenz und ihre Feinde", in: Monatszeitschrift *Die Aula*, Graz, Februar 2013, S. 58 f.

Professor Lynn und sein Mitarbeiter Professor Vanhanen griffen jenes heiße Eisen auf, mit der Folge, daß sie von den wissenschaftlichen Heloten der Schöpfer neuer Weltordnungen durch die ideologisch eingefärbte Brille beurteilt werden. Mit derartigen Unannehmlich- keiten muß der Normalbürger heutzutage leben. So wurde gegen Tatu Vanhanen vom finnischen National Bureau of Investigation wegen Volksverhetzung bzw. rassistischer Äußerungen ermittelt. Ein Professor Nick Mackintosh, Emeritus für experimentelle Psychologie an der Universität Cambridge, urteilte, daß Lynn *„...mit einer ungezwungenen Mißachtung für politische Korrektheit dafür argumentiert, daß die Ideen der Eugeniker korrekt sind und wir sie auf unsere eigene Gefahr hin ignorieren“*. Ideologisch ungebundene Beobachter sehen das weniger verbissen. Viel Lob erhielt das Buch „Eugenics“ von der American Psychological Association Review of Books, 2004. Diese bezeichnete „Eugenics“ als ein *„exzellentes wissenschaftliches Buch ...“* und bemerkte dazu, *„man kann in keinem Punkt auf vernünftige Weise widersprechen, sofern man ein Argument finden kann, das er noch nicht selbst widerlegt hat“*.

Die Mehrzahl seiner Fachkollegen beurteilen Lynns wissenschaftliche Erkenntnisse positiv. Ein Beweis, daß sich die Wunderwaffe der psychologischen Kriegsführung, „politische Korrektheit“, am gesunden Menschenverstand bisher noch immer die Zähne ausgebissen hat. In einem anderen Zusammenhang machte sich Lynn verdächtig, das zentrale Ereignis der Menschheitsgeschichte indirekt in Zweifel gezogen zu haben. So dachte er laut über die Tatsache nach, daß Winston Churchill in seinen ca. 3.000 Seiten umfassenden Memoiren den „Holocaust“ – was immer unter dieser Bezeichnung zu verstehen ist – mit keinem einzigen Satz erwähnt hatte und fügte hinzu, daß auch in den Memoiren von Charles de Gaulle, 1.300 Seiten dick, wie auch in den Memoiren Dwight D. Eisenhowers, 600 Seiten stark, über das singulärste Verbrechen der Historie kein Wort zu finden ist. Auch der Verfasser war höchst erstaunt, als er in einem ähnlichem Zusammenhang konstatieren mußte, daß intellektuelle Vertreter der Siegermächte, etwa der Russe Gregori Klimov („Berliner Kreml“), der US-Amerikaner Martin Lincoln („Auf Befehl der Militärregierung“), die Britin Freda Utley („Kostspielige Rache“)

sowie Jack O. Bennett („40.000 Stunden am Himmel") diesen Zivilisationsbruch durch Nichterwähnung indirekt leugneten. Die genannten Autoren erwähnen den „Holocaust" eigenartigerweise ebenfalls mit keinem einzigen Wort.

Es war besonders Professor Lynns globale Katalogisierung des IQs, welche das Blut aller Gutdenker in Wallung brachte. Professor Lynn teilte die Menschheit in drei Intelligenz- Gruppierungen ein. Die führende Gruppe waren die Ostasiaten: die Südkoreaner, die Japaner und die Bewohner Malaysias sowie Singapurs. Denen folgt unmittelbar die breite Mittelgruppe der bereits zitierten Europäer mit Deutschland an der Spitze. Das Schlußlicht stellen die Schwarzafrikaner.

Was unter 85 Punkten liegt, nähert sich gemäß Professor Lynn der Debilitätsgrenze. 85 Punkte gemäß IQ-Einteilung: bedingt lernbehindert; Zigeuner und Eskimos etwa. 91 Punkte gemäß Lynn: US-Präsident Bush. Damit liegt er mit einem Punkt über den Bewohnern der Türkei, die 90 Punkte erreichten. 70 Punkte gemäß IQ-Einteilung Lynn: leichter Schwachsinn. 70 Punkte gemäß IQ-Einteilung Lynn: Afrika. Schwarzafrikaner haben einen durchschnittlichen IQ von 70 Punkten.

Professor Lynn hebt des weiteren hervor, daß die genannten Ostasiaten einen durchschnittlichen IQ von ungefähr 105, die Europäer von 100 und die Bewohner Afrikas südlich der Sahara von 80 Punkten und weniger haben. Die Niederlande, Deutschland und Polen stehen angesichts ihrer 107/106 Punkte somit noch immer blendend da.

Zudem vertritt Lynn aufgrund seiner Forschungen die Erkenntnis, daß der IQ des Mannes dem weiblichen Teil des Menschengeschlechts um circa fünf Punkte überlegen ist. Aus verständlichen Gründen möchte der Verfasser zu diesem heiklen Forschungsergebnis keine weitere persönliche Stellungnahme abgeben.

Grundsätzlich gilt: Der normale IQ liegt zwischen 85 und 115 Punkten. Etwa 2 % der Menschheit erreichen einen IQ über 145.

0,2 bis 0,5 erreichen 150 Punkte. Dies Fazit ist für das deutsche, ja für die germanische Rasse in ihrer Gesamtheit, verheerend.

Die Mehrzahl der türkischen Schüler in der BRD hat einen durchschnittlichen IQ von 85, Ägypter von 82, Kenianer von nur 72, Nigerianer von nur 67 und Senegalesen einen durch- schnittlichen IQ von nur 66. Man könnte diese Liste noch weiter fortsetzen. Das Ergebnis bliebe mehr oder weniger das gleiche. Die von unseren Politikern so hochgejubelte „kulturelle Bereicherung" durch Menschen aus Ländern mit niedrigen Intelligenzquotienten hat sich de facto zu einem Instrument des Völkermordes gemäß der Formel des Grafen Richard von Coudenhove-Kalergi ausgeweitet. Die Folgen sprechen für sich, denn wo kein Potenzial vorhanden ist, kann man auch keines fördern. Das anvisierte Ergebnis ist der schleichende Zusammenbruch des Schulunterrichts, des Schulsystems und das bewußt herbeigeführte Ende des deutschen Bildungswesens in seiner Gesamtheit.

Der Angriff auf Familie und Schule

Von jeher ist es der Traum aller illuminiert-marxistisch infizierten Geister, das Unternehmen Familie in seiner Funktion als gesellschaftlichen Konkurrenzfaktor zu beseitigen, besteht doch das Endziel aller Marxisten und „Ost-Küstler" in der totalen Kontrolle über Denken und Handeln des Individuums, einer Aufgabe, an der selbst ein Stalin und Mao Tse Tung gescheitert sind. Lediglich in den futuristischen Romanen eines George Orwell und Aldous Huxley wurde – bei abschreckender Wirkung – dieses Trauma zu Ende geträumt.

Nichtsdestoweniger ist der gelernte Marxist und humanitär Erleuchtete instinktiv davon überzeugt, daß die Beseitigung dieses archaischen Konkurrenzunternehmens eines seiner zentralen Klassenziele zu sein habe. Wenn nach vierzigjähriger Chaotisierung des deutschen Bildungsbereiches gemäß den Worten des führenden Sozialdemokraten Olaf Scholz abermals eine „kulturelle Revolution" angesagt wird, sollten Fragen nach dem Wirklichkeitsverständnis dieser Politkoryphäe gestellt werden. Scholz vertrat die Ansicht,

so O-Ton: „*Wir wollen eine kulturelle Revolution erreichen ... Und vielleicht kann man es so sagen: Wir wollen die Lufthoheit über den Kinderbetten erobern.*"

Scholz ließ mit seinen Worten keine neue Katze aus ihrem alten Sack. Die Kontrolle des erzieherischen Einflusses, vorbei an der bereits schwer angeschlagenen Institution „Familie", wird von Marxisten und Hochfinanzlern jedweder Couleur seit eh und je erstrebt. Der Haß der Frankfurter gegen die – nichtjüdische – Familie versteckt sich hinter einem gelehrt klingendem Kauderwelsch, wobei man, sozusagen als Nebenprodukt, die Familie gleichzeitig auch noch als „Keimzelle des Faschismus" entlarvt. Professor Max Horkheimer, exponierter Säulenheiliger der Frankfurter Schule, erkannte bereits 1936:

„*Die Ehe ist geschichtlich überholt, sie verliert immer mehr an Bedeutung. In der Ehe räumt die Lust vor der Pflicht das Feld, in der gegenwärtigen Gesellschaft ist die Lust in die Zote und in die Prostitution verbannt ... Gewiß scheint mir, daß die Autorität der Eltern, insbesondere des Vaters, gegenüber den Kindern rasch abnehmen wird. Seine Berufs- und Lebenserfahrung verliert an Bedeutung, die Kinder sind schneller erwachsen, Kontrolle der Jugendlichen durch die Eltern wird immer schwieriger ... Der Vater ist nicht mehr der alleinige Versorger. Die Funktionen der Ehe werden geringer. Solcher Prozeß wirkt auf das Gewicht der Ehe im Bewußtsein der Menschen zurück. Sehr viel schlimmes, was die alte festgefügte bürgerliche Ehe produzierte, Tyrannei von Männern über Frauen und Kinder, Unglück, wenn das als zentral erfahrene eheliche Verhältnis eine Kette von Versagungen bildete, wird durch die neue Entwicklung vermieden, man denke an die Tragödien, die um die Jahrhundertwende der großen Literatur als eines ihrer Themen dienten.*"[103]

Das Ganze sagt wohl mehr über die psychologische Disponierung eines Herrn Horkheimers wie auch der gesamten Frankfurter Schule aus als über die scheinbare psychologische Disponierung der Attackierten. Auf der Basis dieser, in den Rang universaler Er-

103 Horkheimer, „Zur Kritik der instrumentellen Vernunft", Ausgabe Frankfurt/M., 1985, S. 288 ff.

kenntnis erhobenen Privatmeinung wäre messerscharf zu folgern, daß die Familie zu beseitigen sei. Wohl gemerkt, nur nicht die nichtjüdische Familie; im eigenen Haus gelten andere Kriterien.

Charlotte Knobloch, langjährige Vorsitzende der Israelischen Kultusgemeinde von München und Oberbayern und seit 1997 auch Vizepräsidentin des Zentralrates der Juden in Deutschland, nahm das Pessachfest einmal zum Anlaß, laut über die jüdische Identität nachzudenken:

„Wieviel Sorgfalt und Liebe widmen wir der Erziehung unserer Kinder, damit sie die jüdische Identität in der Diaspora erleben und erfahren und damit bewahren können? Besonders in unseren Tagen wird die Bedeutung des Lernens für uns Juden immer bewußter, das Studium der eigenen Geschichte, deren Ursprünge in der Thora festgehalten sind. Gerade hier in München, wo unsere Brüder und Schwestern aus Osteuropa so zahlreich Zuflucht gesucht und gefunden haben ...
Klar werden muß ihnen aber auch, daß sie nicht nur wegen des Wohlstandes hergekommen sind, sondern auch, um wieder Wurzeln zu finden. Dabei wollen wir ihnen behilflich sein. Damit wünsche ich Ihnen nicht nur ein koscheres und freudiges Pessach, sondern ich wünsche auch, daß das jüdische Volk immer und ewig in Jerusalem – im ungeteilten Jerusalem – feiern wird.“[104]

Im Judentum funktioniert noch der Familienverband, und vorehelicher Geschlechtsverkehr ist verpönt. Vorsicht also! Die Frankfurter und ihr Gefolge sind Meister der semantischen Tarnung. Es erscheint zudem höchst unwahrscheinlich, daß sie an die von ihnen in den Raum gestellten und von der großen Masse ihrer neunmalklugen Mitläufer als „wissenschaftlich“ bezeichneten Postulate selber glauben. Auch sie sind nur ein Rad im großen Getriebe und haben deshalb zu den von ihren Auftraggebern erwünschten wissenschaftlichen Erkenntnissen zu gelangen, wollen sie vermeiden, daß man ihnen die Mittel streicht. Die Wissenschaftlichkeit ihrer Aufgabe erstreckt sich auf das Zurechtbasteln von vordergründigen Beweisführungen für das von den Auftraggebern erwünschte

104 *Allgemeine Jüdische Wochenzeitung*, 24. 3. 1993

Forschungsziel, einer zutiefst unwissenschaftliche Vorgehensweise: der wahre wissenschaftliche Weg verläuft bekanntlich umgekehrt.

Emanzipatorische Pädagogik

Die von diesen Kreisen vorangetriebene antiautoritäre Erziehung der sechziger und siebziger Jahre sollte Sprengstoff in die Familien kippen. Der Sprengstoff setzte sich aus jenen geballten Ladungen zusammen, welche die Rüstkammern der psychologischen Kriegsführung füllen. 1. Ladung: Zwangssexualisierung durch Schule und Medien unter dem Vorwand einer ungeheuer notwendigen sexuellen Aufklärung bis ins kleinste Detail und möglichst noch in der Säuglingsphase. 2. Ladung: Aufhetzung des familiären Nachwuchses gegen ihre Eltern wegen deren möglichen Rolle im Dritten Reich. 3. Ladung: Degenerierung des deutschen Bildungswesens auf der Grundlage der Gleichheitsideologie, die unter dem Codenamen „emanzipatorische Pädagogik" abläuft. Das Ergebnis ist, wie man heute weiß, „PISA".

„Die Psycho-Krieger waren (wie die Wirtschaftskrieger) der Ansicht, daß der psychologische Krieg (wie der wirtschaftliche) nie zu Ende geht. Die Abteilung für psychologische Kriegsführung wurde in Abteilung für Informationskontrolle umgetauft und nahm (weiterhin unter General McClure) ihren Sitz in Bad Homburg, von wo sie im Frühjahr 1946 nach Berlin, dem Sitz des Militärgouverneurs, verlagert wurde. Die Abteilung für Informationskontrolle war eine der Abteilungen der Militärregierung und für den gesamten Bereich der Kultur und des Nachrichtenwesens zuständig."[105]

Die „emanzipatorische Pädagogik" ist ein Teilabschnitt der psychologischen Kriegsführung gegen das deutsche und gegen andere europäische Völker. Ihr Programm wurde keinesfalls ausschließlich für die besiegten Nationen entworfen, sondern hat eine erstaunlich gefächerte Vorgeschichte, die bis in das 19. Jahrhundert zurückreicht. Geistiger Vater aller erwünschten Vermassung durch die Gleichheitslehre ist der amerikanische Hofphilosoph John Dewey,

105 Caspar v. Schrenck-Notzing, „Charakterwäsche"; Seewald-Verlag, Stuttgart, 1965, S. 131

der u. a. im Jahre 1904 ein Programm zur Umformierung des amerikanischen Geistes entwarf:



Der US-amerikanische Philosoph und Pädagoge John Dewey (* 20. Oktober 1859 in Burlington, Vermont; † 1. Juni 1952 in New York).

„Lange vor der Umerziehung der Deutschen begann die von Amerikanern. 1904 wurde auf der Columbia-University mit der Ausbildung von Lehrern nach dem Programm von John Dewey begonnen. Er lehrte, daß der Mensch als biologischer Organismus von seiner Umgebung geprägt sei; weil diese sich ständig ändere, ändere sich auch der Mensch. Deshalb sei es sinnlos, die Kinder auf absolute Werte von Moral, Ethik oder ewigen Wahrheiten und Prinzipien festzulegen. Die richtige Methode ist progressive Erziehung, ihr Ziel ist die Zerstörung der Eigenart des Kindes und die Entwicklung ihrer Fähigkeit, ‚in der Gruppe aufzugehen', das zu akzeptieren, ‚was jeder tut oder unterläßt'. In letzter Konsequenz müßten alle Unrecht als Recht ansehen und dementsprechend agieren, wenn die Mehrheit raubt, mordet, hascht usw. – Unrecht wäre dann Norm.

Anstelle herkömmlichen Paukens trat ‚Lernen durch Tun' in Gruppen, die Gruppenbewertung ersetzte die Einzelbewertung. Diese Methode legte den Grundstein zur amerikanischen Bildungsmisere und zu den anderen Übeln heutiger Schulsysteme. Ein Teil dieser ‚Reformen' wurde von Leuten bewirkt, die sich selbst als Satanisten bezeichnen und ihre geistigen Vorbilder in den Erziehungsformen eines Lunacharsky oder eines György Lukács (aus der Zeit der kommunistischen Diktatur des Béla Kun in Ungarn) sehen: eine geheimnisvolle Macht wirkt global und unauffällig im Hintergrund. Auch an deutschen Schulen ist ein Kulturbruch ersichtlich: viele Schüler haben das Vorabendprogramm des Fernsehens im Kopf, können sich nicht konzentrieren, bedürfen stän-

dig neuer Reize und Stimulationen, das Konstante ihrer Persönlichkeit ist die Flüchtigkeit. Protokoll XVI [der Weisen von Zion, d. Verf.] *erklärt den tieferen Sinn der ‚Reformen': ‚Die Zügelung des Denkvermögens ist schon ein Teil im sog. Lehrplan der Ziellehre, deren Zweck es ist, die Gojim zu gedankenlosen Tieren zu machen, die geduldig auf das warten, was man ihnen vorsetzen wird.'*

John Dewey formte an der Columbia University eine Gruppe junger Erzieher, welche sich ‚Frontier Thinkers' nannten. Macher waren Dr. George Counts und Dr. Harald Rugg. Sie nannten sich ‚Progressisten' und steckten sich ein neues Ziel: die Verwendung der Schulen zur Bildung einer neuen sozialen Ordnung. Wie in Europa der ‚Kulturkampf', begann in Amerika der Kampf um das Kind. Die American Historical Association beauftragte Counts mit der Ausarbeitung einer Studie zur Umarbeitung des gesamten Erziehungssystems in ihrem Sinn. Finanziert wurde sie von der Carnegie Corporation. 1934 lagen die Endergebnisse vor: Der Individualismus in Wirtschaft und Politik endete, ein neues Zeitalter des Kollektivismus brach an ... neue Prinzipien von Recht und Unrecht wurden geformt."[106]

Die Zwangs(homo)sexualisierung

Als besonders fortschrittlich auf diesem Sektor erwies sich die Berliner Schulverwaltung unter den Auspizien des rot-rot-grünen Senats und unter der Ägide des damaligen Bildungssenators Prof. Jürgen Zöllner (SPD), geboren 1945, Senator von 2006 bis 2011, Professor für Chemie und ehemaliger Rektor der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz.

Der Bildungsstand des Berliner Jungvolks liegt am unteren Ende der bundesrepublikanischen Skala, was im Gegensatz zu seinem praktischen Wissen um sexuelle Abartigkeiten steht; auf diesem Sektor ist man in Folge intensiven Bemühens wirklich „Spitze". Daß es dazu gekommen ist, ist das finale Ergebnis seines Wirkens. Immerhin wurde Professor Jürgen Zöllner von Marcel Reich-Ranicki einmal als „Trottel und Missetäter" bezeichnet.

---

106 Jean Garaudy, „Ezechiel – Henry Morgenthau ist wieder da", Frankfurt/M., 1994, S. 347 f.

Marcel Reich-Ranicki mißversteht offenbar die Situation. Besagte Attribute treffen auf Zöllner mit Sicherheit nicht zu. Der dürfte nämlich mit Bestimmtheit wissen, wessen Auftrag er erfüllt.

Prof. Jürgen Zöllner versuchte sich fast 20 Jahre lang an der sog. „Rechtschreibreform". Nachdem er diese endgültig in den Sand gesetzt hatte, widmete er sich wieder seiner Lieblingsbeschäftigung – der Durchführung von sexuellen Experimenten an Kindern und Jugendlichen unter dem Vorwand, sie über andere „Lebensmodelle" „aufzuklären". Vom fünften Lebensjahr ab soll Grundschulkindern klargemacht werden, worauf sich ihr Denken und ihre Empfindungen auszurichten haben: weg von der Vater-Mutter-Kind-Familie hin zum zwangs(homo)sexualisierten geistigen und gesellschaftlichen Krüppel. Wie dies zu geschehen habe, ist einem Artikel der *Berliner Zeitung* und den Angaben des Civitas-Instituts zu entnehmen.

Am 2. April 2009 hatte das Berliner Abgeordnetenhaus die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt" (ISV) beschlossen. Im Mittelpunkt steht das Handlungsfeld „Bildung und Aufklärung". Mit einem Bündel von Maßnahmen sollte insbesondere im schulischen Bereich eine Basis dafür geschaffen werden, daß Diskriminierungen, Mobbing und Gewalt auf Grund verschiedener Merkmale – besonders im Hinblick auf Vorurteile gegenüber Lesben und Schwule, bi-, trans-, inter-, Gender- und sonstigen Abartigkeiten – wahrgenommen, abgebaut und präventiv verhindert werden. So der amtlich begründete Daseinszweck des verordneten Unternehmens. Vorgesehen war zudem, daß an jeder Berliner Schule eine Lehrkraft als Ansprechpartnerin bzw. Ansprechpartner für sexuelle Vielfalt zur Verfügung zu stehen hat.[107]

Der Angriff auf die Mutter-Kind-Verbindung

Man gibt offen zu, was beabsichtigt ist. Conny Kempe-Schälicke, Koordinatorin der Initiative sexuelle Vielfalt (ISV) der Berliner

107 http://www.queer-in-berlin.de/fileadmin/queer/PDF/ISV_2_0_Diskussionsentwurf_120910.pdf

Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, erklärte zur Umerziehungskampagne von Schulkindern in der *Berliner Zeitung*: *„Homosexualität soll dabei nicht herausgestellt werden. Vielmehr geht es um Vielfalt. Weg von der klassischen Vater-Mutter-Kind-Familie, hin zu Modellen, in denen Kinder auch glücklich sein können.*"[108]

Ein Entwurf aus dem Tollhaus! Man merke sich: Besagte „Pädagogin" beschließt demnach, daß Kinder im Familienverband unglücklich zu sein haben. Denn das einzige, was wichtig ist, sei eine liebevolle Umgebung. Und die bietet das Familienunternehmen gemäß den verschrobenen Vorstellungen einer Frau Conny Kempe-Schälicke eben nicht, wohl aber eine Erziehung im schwul-lesbischen Milieu.

Die Maßnahmen der Umerziehungskampagne sind äußerst vielgestaltig. Zu ihnen gehören Memory-Spiele für die Jüngsten, die noch nicht schreiben und lesen können, ebenso wie Pantomimenspiele von Jugendlichen an Oberschulen, bei denen sie Begriffe wie „Selbstbefriedigung", „zu früh kommen", „Orgasmus", „Darkroom" pantomimisch darstellen müssen. Darauf muß man erst einmal kommen. Oder kommen nur geistig und sexuell Abartige auf derartige Einfälle?

Das Civitas-Institut – eine dem Leben zugewandte Organisation katholischer Laien – forderte die Berliner Eltern auf, ihre Kinder nicht weiterhin staatlich organisierten Verbrechern gegen das Naturrecht auszuliefern, eine Klage gegen diese Schulpolitik, die ein Angriff auf das Elternrecht darstellt, beim zuständigen Gericht einzureichen und bis dahin ihre Kinder selbst zu unterrichten. Mit diesen „Gesetzen" des Senats sei die Grenze erreicht, ab der Widerstand erforderlich sei. In diesem Zusammenhang muß an § 20 Abs. 4 GG erinnert werden.

Wir zitieren eine Stellungnahme des Civitas-Institutes.

„Unsere klare Pflicht als Katholiken ist es, dieser totalitären Versklavung Widerstand zu leisten und vor allem die Seelen unserer Kinder vor dem

108 *Berliner Zeitung*, 20. 6. 2011

Schaden zu bewahren, der ihnen droht. Wenn die Antwort auf die heute triumphierende Unreinheit und Schamlosigkeit, auf den barbarischen Mord an der Reinheit darin besteht, daß man in katholischen Schulen diesen sogenannten ‚Sexualunterricht' einführt, dann müssen wir dagegen mit allen verfügbaren Mitteln protestieren! Wir müssen unnachgiebig kämpfen an allen katholischen Schulen, die diese Praxis einführen. Nicht einen Pfennig dürfen wir einem Pfarrer geben, der so etwas Schauderhaftes duldet oder einführt. Ich bin kein Freund des Streikens und lehne diese Art von ‚Demonstration' durchaus ab. Doch wenn etwas so Wichtiges auf dem Spiel steht wie die Seelen unserer Kinder, dann sind auch solche Demonstrationen legitim und sogar notwendig. Wir müssen die Bischöfe pausenlos mit Protesten überschwemmen, so daß sie, wenn – was GOTT verhüte – wir ihnen wirklich nicht die Augen über den Greuel eines Sexualkundeunterrichts zu öffnen vermögen, doch schließlich dem Druck der wirklich katholischen Eltern nachgeben. Ich meine jene Eltern, die fest an das Credo Pauls VI. glauben, die an die Unfehlbarkeit der Kirche in Sachen des Glaubens und der Sitte glauben und, anders als die kleine, aber laute Gruppe der Avantgardisten, gehorsam und liebend die Lehre von der Enzyklika ‚Humanae vitae' annehmen. Diese schweigenden Millionen sind es, deren Elternrechte man usurpiert. Ihre Kinder sind es, deren Seelen in Gefahr sind. ... Ein Bischof tat, jede persönliche Verantwortung für das Sexualerziehungsprogramm in seiner Diözese ablehnend, folgenden Ausspruch: ‚Wir, die wir im Stand des Zölibats leben, sind keine Experten auf dem Gebiet des Sexuellen und können deshalb zur Sexualerziehung nicht Stellung nehmen.' Das ist eine Haltung, die wir weder akzeptieren können noch wollen. Es ist die heilige Pflicht der Bischöfe, zum mindesten die totalitäre Überspielung der geheiligten Elternrechte zu verhindern, wenn sie schon den furchtbaren, den Seelen der Kinder zugefügten Schaden nicht erkennen sollten. Mögen alle Bischöfe, die Schüchternen, die sich Zurückziehenden, die in sexuellen Dingen Unsicheren, sich bestärkt und ermahnt fühlen durch die Worte des Herrn: ‚Wer aber eines von diesen Kleinen, die an mich glauben, ärgert, dem wäre es besser, wenn ihm ein Mühlstein um den Hals gehängt und er in die Tiefe des Meeres versenkt würde.'"[109]

109 http://www.civitas-institut.de/index.php?option=com_content&view=article&id=825:dietrich-von-hildebrand-zur-schulsexualerziehung&catid=14:dokumente&Itemid=37

Was das Berliner Abgeordnetenhaus am 2. April 2009 beschloß, wurde letztendlich doch nicht in der beabsichtigten Form verwirklicht, sondern – man staune – trotz der bereits erfolgten Bekanntgabe in den Medien (*Berliner Zeitung*), stillschweigend begraben. So wurde das geplante Schulfach „Schwul" in der hier beschriebenen Form – Pantomimenspiele – nicht in die Tat umgesetzt. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang, daß die Kantonsregierung von Basel in der Schweiz sich ebenfalls an derartigen Umerziehungsmaschen versuchte. Auch dort scheiterte man an einer geschlossen reagierenden Elternschaft.

Offenbar hatten einige geistig halbwegs noch normal gebliebenen Politiker die Gefahr erkannt, der sie sich ausgesetzt hätten – den Protesten der Eltern und kirchlichen oder anderen Organisationen. Allerdings ist davon auszugehen, daß ein Teil dieser Schweinigeleien auf Umwegen in den bereits vorbereiteten Unterrichtsstoff eingeflossen ist. Nichtsdestotrotz verschlägt es einem die Sprache, daß „Lehrinhalte" dieser Form von einem „demokratischen" Parlament überhaupt als diskussionswürdig erachtet werden.

Die „Inklusions-Keule"

Der Mensch soll als Mediensklave und Verbraucher konditioniert werden, wie es in weiten Teilen der abendländischen Welt bereits geschehen ist – Motto: „Ich kaufe, also bin ich!" Die Bildung ist soweit zu verschlimmbessern, daß die Menschen im Sinne der Bankster-Gesellschaft „optimal" funktioniert. Dies bedeutet: die Bildungssysteme haben lediglich partielles Wissen (Fachidiotie) statt umfassendes Allgemeinwissen zu vermitteln. Darüber hinausgehendes Wissen widerspricht der Formung des Neuen Menschen.

Am 10. September 2012 erbrachte die Reformitis einen gewaltigen Sprung nach vorn. Da wurden in Baden-Württemberg gleich 40 als Gemeinschaftsschulen bezeichnete Bildungsinstitute an den Start geschickt, in denen normal begabte Kinder mit sprachbehinderten, lernbehinderten und verhaltensauffälligen Schülern gemeinsam unterrichtet werden sollen. Während die Mehrzahl der Lehrer, Eltern und Schüler nicht einmal erahnte, was auf sie zukommt, wird

landauf, landab für die sog. Inklusion („totale Integration") geworben. Allerdings dürften die wenigsten wissen, was unter diesen sich edel ausnehmenden Wortschöpfungen zu verstehen ist. Es geht um den gemeinsamen Unterricht von geistig und anderweitig behinderten Kindern mit normal veranlagten. Daß dieser gemeinsame Unterricht allen beteiligten Parteien mit Bestimmtheit Schaden zufügt, ist systemimmanent geplant, also vorauszusetzen. Das Ganze lief unter der Vorgabe, das dreigliedrige deutsche Schulsystem sei zu zerstören, da es Behinderte diskriminiere.

Man ist gerührt ob dieses Übermaß an Menschenfreundlichkeit, wenn auch nur auf den ersten Blick. Da nicht jedermann sich unter diesem Wortgeklingel etwas vorzustellen vermag, schlug die Stunde der Schönredner, die diesen allerneuesten Schritt der Menschheitsveredelung in den hellsten Farben anpreisen. So erfuhr man, daß das Wort „Inklusion" aus dem Lateinischen kommt, und in seiner ursprünglichen Bedeutung soviel wie „Einschluß" bedeutet. Inklusion bezeichnet somit den jeweiligen Zustand der Zugehörigkeit aller Menschen zur Gesellschaft; wendet sich doch dieses Konzept gegen jede Form der Diskriminierung auf Grund sichtbarer Merkmale, als da wären: religiöse und weltanschauliche Überzeugungen, Soziallage, Alter, sexuelle Orientierung und körperliche wie geistige Behinderungen. Behinderungen werden auf diese Weise ein Teil der Normalität. So in etwa lautet die Parole. Jeder Mensch ist zudem ein gleichberechtigter Teil der Gesellschaft. So steht es u. a. in der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, beschlossen 1994 im spanischen Salamanca, die seit 2009 auch für die BRD gilt.

Klartext: Mit dem Zauberstab „Inklusion" ist ein jeder – der Fähigste wie auch der Unfähigste – zu seinem Glück zu zwingen.

Wer einen zweiten Blick auf das Schöngeredete wirft, und wem darüber hinaus logisches Denken nicht völlig ausgetrieben wurde, entdeckt schnell den Pferdefuß: Die Realisierung der Absicht läßt sich nur von Lehrkräften mit überdimensionalen Fähigkeiten verwirklichen. Doch derartige Koryphäen dürften auf unserem Globus wohl nur schwer zu finden sein.

Höchst selten klafft die Diskrepanz zwischen moralischem Anspruch und Realbezug stärker auseinander als im vorliegenden Fall. Deutschland hat das am höchsten entwickelte Förderschulwesen der Welt mit speziellen Schulzweigen für die jeweiligen Benachteiligten. So gibt es in Deutschland rund ein Dutzend Förderschultypen für Lernbehinderte, Sprach- behinderte, Taube, Blinde, Sehbehinderte und für Menschen mit anderen körperlichen und geistigen Behinderungen. In all diesen unterschiedlichen Förderschulen sind speziell ausgebildete Pädagogen tätig. Deren Aufgaben müßten dann jene Lehrkräfte übernehmen, die für den Unterricht der „normalen" Schüler ausgebildet wurden. Wie bitte, will man Gehörlose und Sehbehinderte gemeinsam mit den „Normalos" unterrichten? Es müßte dann für jede Gruppe der Inklusionsvertreter jeweils eine speziell ausgebildete Förderschulfachkraft in der Klasse anwesend sein.

Die UNO und ein Professor aus Costa Rica sehen das allerdings anders. Die spezifische und getrennte Förderung von geistig und körperlich behinderten Kindern ist ihrer geistigen Einstellung nach „Diskriminierung".

Wenn die spezifische Förderung behinderter Kinder unterbunden wird, da dies angebliche auf „Diskriminierung" hinausläuft, spricht das Bände.

Es bedeutet nichts anderes, als daß die Koryphäen der UNO das Endziel anstreben, die Förderung geistig und körperlich behinderter Kinder zu sabotieren, damit sie als Sprengstoff für ihre geplante Zivilisationszerstörung dienen.

In diesem Zusammenhang hat man sich besonders den Namen Prof. Vernor Muñoz Villalobos (geb. 1961) zu merken. Dieser „Fachmann", ein Rechtsanwalt und Professor aus Costa Rica, besuchte 2006 zehn Tage lang als Beauftragter der UNO die BRD, um das deutsche Schulsystem genauer „unter die Lupe zu nehmen", und fand hier alles ziemlich schrecklich. Muñoz war von August 2004 bis Juli 2010 UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung und berichtete dem UN-Menschenrechtsrat nach Genf.

Sein Bericht klärt die Menschheit über Ungeheuerlichkeiten auf: *„Das Hauptproblem sehe ich in dem selektiven Charakter des Bildungssystems. Auslese führt zu Diskriminierung und Ausschluß. Dies ist insbesondere wieder bei Migrantenkindern und Kindern mit Behinderungen der Fall, aber auch bei armen und sozial benachteiligten Kindern. Es ist offensichtlich, daß sie durch die frühe Auslese weiter benachteiligt werden. Bezogen auf Migrantenkinder zeigt sich zum Beispiel eine deutliche Überrepräsentanz in der Hauptschule und Unterrepräsentanz im Gymnasium. Von daher kann man feststellen, daß diese Kinder doppelt benachteiligt sind: Erst durch ihre Herkunft und dann durch ihre Bildungszuweisung. Mir scheint es einen Zusammenhang zwischen der deutschen Bildungsstruktur, der Ausbildung der Lehrer, die die Auslese vornehmen, und der Herkunft der Schüler zu geben. Hinzu kommt, daß diese sehr frühe Selektion in Deutschland – international gesehen – untypisch ist. Das dreigegliederte Schulsystem hat eine lange und stark verankerte Tradition in Deutschland. Es zeigt sich aber, daß dieses Bildungssystem einen bestimmenden Einfluß auf die Schulkarriere, die Bildungsqualität und den Schulerfolg hat. Ergänzende Angebote wie die ‚alternative' Gesamtschule führen im Prinzip, wenn auch in etwas weicherer Form, die ‚traditionelle' Auslese fort."*

Prof. Muñoz Villalobos zieht – mit Ausnahme der Wirklichkeit – nahezu sämtliche in Betracht kommende Gegebenheiten in seinen Bericht mit ein. Daß es seit Anbeginn der Menschheit dumme und kluge Menschen und somit auch dumme und kluge Kinder – wie auch Tiere – gibt, scheint ihm entgangen zu sein.

Im Februar 2006 inspizierte Muñoz während einer zehntägigen Stippvisite das deutsche Bildungssystem und legte am 21. März 2007 seinen Bericht der UNO vor, der verschiedene Formen der Diskriminierung im deutschen Bildungssystem benennt. Kritisiert wurde die frühe Trennung der Schüler im deutschen dreigliedrigen Schulsystem sowie die angebliche Diskriminierung von Schülern mit Behinderungen und mit Migrationshintergrund. Muñoz äußerte sich in seinem in Berlin veröffentlichten Bericht vom 21. Februar 2006 besorgt darüber, daß die restriktive deutsche Schulpflicht die Inanspruchnahme des Rechtes auf Bildung mittels alter-

nativer Lernformen (wie z. B. Unterricht zu Hause) kriminalisiert. Er kritisierte auch die starken Unterschiede in den Bildungssystemen zwischen den Bundesländern. Der Bericht wurde nach Vorankündigungen 2006, aber vor allem nach dem Erscheinen am 21. März 2007 von bundesrepublikanischen Bildungspolitikern mehr als kontrovers diskutiert.

Zahlreiche deutsche Bildungspolitiker wie der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Krauß, und Siegfried Schneider (CSU), der seit Oktober 2011 Präsident der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien ist, kritisierten u. a., während eines zehntägigen Besuchs könne man sicherlich nicht in dieser Absolutheit das gesamte föderale Bildungssystem eines Landes bewerten, und zudem sei die Leistung der beruflichen Bildung völlig außer Acht gelassen worden. Der Bericht wurde dann vom deutschen UN-Botschafter zur Kenntnis genommen und kommentarlos unterschrieben.

Wir zitieren aus der *FAZ*.

„Nach der Stippvisite. Der Revisor: Vernor Muñoz Villalobos
Von Regina Mönch, 22. 2. 2006
Zehn Tage lang hat Vernor Muñoz untersucht, wie es hierzulande um das Menschenrecht auf Bildung bestellt ist. Wie denn nun? Nicht uns, sondern die UN-Kommission wolle er aufklären, sagte der Professor aus Costa Rica zum Abschied. Ein ‚Revisor' wolle der zurückhaltende Professor aus Costa Rica nicht sein, erst recht kein Schulinspektor. Das gibt er am Dienstag in Berlin nach anderthalb Stunden unbewegt den Journalisten zu verstehen, die von ihm letztgültige Ratschläge zur Linderung diffuser Ungleichheiten erwarten. Er hatte zuvor durchaus den Eindruck erweckt, sich sehr genau mit dem Schulsystem befaßt zu haben, dessen Menschenrechtsverträglichkeit zu überprüfen sein Auftrag war. Es war zuvor gerätselt worden, was die UN-Menschenrechtskommission veranlaßt haben könnte, ihn nach Deutschland zu schicken.
Herr Muñoz hielt sich auch diesbezüglich bedeckt, das Recht auf Bildung sei ein fundamentales Menschenrecht, und der Bericht, den er demnächst abzuliefern habe, müsse halt auch ein gewisses geographisches Gleichgewicht widerspiegeln, gab er freundlich zu bedenken. ...

Dies blieb nicht die einzige verrätselte Mitteilung. Die Übersetzung machte alles nicht besser, eher noch nebulöser, und Nachfragen wurden rasch gebremst, wenn sie nach Meinung der Moderatorin in eine ‚Fachdiskussion' zu münden drohten. Es wurde keine, und über die Verquickung von Menschenrechten und deutschem Schulalltag darf weiter spekuliert werden. Herr Muñoz schien sich nicht gern in die Rolle zu fügen, die ihm das öffentliche Interesse an seinem Besuch hierzulande auferlegt hat. Nicht uns, so die Botschaft, wolle er aufklären, sondern seine Kommission.

Soll diese nun erfahren, daß es hierzulande ‚Muttersprachenverbote' auf Pausenhöfen gibt? Es sieht so aus, wobei der Revisor mildernde Umstände zubilligt, da sich die Schüler im erregt diskutierten Fall für die deutsche Sprache freiwillig entschieden hatten. Menschenrechtlich gesehen, würden Kinder in Deutschland aber zu früh auseinanderdividiert. Herr Muñoz überraschte mit der Schlußfolgerung, daß Sprache nicht die einzige Voraussetzung für Bildung sei. Das wurmte den Berliner Schulsenator Klaus Böger (SPD) [Anm.: von 1999 bis 2006 Berliner Bildungssenator; d. Verf.] *zu seiner Rechten dann doch, und er bestand tapfer darauf, daß Bildung, welcher Art auch immer, nur über Sprache zu vermitteln sei. Nein, sagt der Revisor, noch sei nichts bewiesen. Was aber genau zu beweisen wäre, auch das blieb im Dunkeln, aus dem nur Muñoz' Mahnung herausleuchtete, die kulturelle Identität der anderen, wahrscheinlich der Kinder aus Migrantenfamilien, müsse gewahrt werden. ...*

Er versprach einen Bericht, genau und ausführlich werde der ausgearbeitet, so etwas schüttelt man nicht aus der Hand. Und so perlten in den Saal der Bundespressekonferenz Empfehlungen wie die, den Kinderrechten doch mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Auch sei ihm aufgefallen, daß deutsche Lehrer zwar ein großes Fachwissen haben, doch ihr pädagogisches Geschick zu wünschen übriglasse, vielleicht eine Frage der Lehrerausbildung.

Wer weiß, an fehlenden Pädagogiklehrstühlen kann es allerdings nicht liegen, denn davon hat das Land mehr als genug. Wer immer Herrn Muñoz in diesen zehn Tagen durch deutsche Schulen begleitet haben mag, er behielt auch dieses Geheimnis für sich. Eben doch ein Revisor."[110]

---

110 *FAZ* vom 22. 2. 2006, Nr. 45, S. 46 http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/nach-der-stippvisite-der-revisor-vernor-mu-oz-villalobos-1304890.html

Der Deutsche Lehrerverband (DLV) stellte nach Muñoz' Blitzbesuch in der BRD fest: *„Muñoz mag schon wieder im Flugzeug irgendwo zwischen Genf, New York oder San José sitzen. Aber ein paar Dinge sollte ihm irgendjemand doch einmal flüstern. Erstens machen in Deutschland zwei Drittel der jungen Leute den Weg in Lohn und Brot über das hochkarätige System deutscher Berufsbildung. Muñoz hat davon keine Ahnung. Zweitens gibt es kaum ein Land der Welt, in dem die sogenannte ‚Bildungsbeteiligung' der 16- bis 18-jährigen so hoch ist wie in Deutschland, nämlich über 90 Prozent. Drittens gibt es kaum ein Land der Welt, in dem die Schulpflicht zwölf Jahre währt – eine Pflicht, die eine riesige soziale Errungenschaft darstellt [Anm.: und eine noch höhere Jugendarbeitslosigkeit wirksam verhindert]. Viertens hat Deutschland eine der geringsten Quoten an arbeitslosen Jugendlichen. Fünftens stehen 85 Prozent der Hauptschüler bereits nach fünf Jahren nach ihrem Schulabschluß in einem festen Arbeitsverhältnis. Sechstens hat Deutschland das höchstdifferenzierte Förderschulwesen der Welt: mit eigenen Schulzweigen für die unterschiedlichsten Benachteiligungen, mit eigens dafür ausgebildeten Lehrern, mit kleinsten Lern- und Betreuungsgruppen. Siebtens erzielen in Deutschland diejenigen Bundesländer die besten PISA-Ergebnisse – übrigens auch unter Migrantenkindern – deren Schulwesen dezidiert gegliedert ist!"*[111, 112]

Der folgende Abschnitt wurde von einer Berliner Mutter verfaßt, deren begabte Tochter eine Eliteschule in Berlin besuchte. Der wiedergegebene Inhalt stellt die Quintessenz der von ihr und anderen (u. a. auch von Frau Sarrazin) beobachteten pädagogischen Kapriolen, der hiesige Schüler unter der rot-grünen Berliner Regierung ausgesetzt sind.

„Es gilt das gesetzlich verbriefte Recht auf Meinungsfreiheit einzufordern und konsequent wahrzunehmen. Dieses Recht ist inzwischen de facto partiell außer Kraft gesetzt, zumindest für bestimmte ‚Zeitgeistdissidenten'. Im engen Zusammenhang damit steht die einseitige Darstellung der Geschichte mit den damit verbundenen katastrophalen Folgen für die nationale Identität der Deutschen. … Laut Artikel 1 GG binden die

111 Deutscher Lehrerverband (Hrsg.), *Aktuell* vom 22.03.2007

112 Näheres zur Stippvisite des Professor aus Costa Rica auch in: Gerhard Wisnewski, „2013 – das andere Jahrbuch", S. 275 ff.

Grundrechte vollziehende Gewalt und Rechtsprechung. Nur wird dieser Grundsatz in der BRD zunehmend ausgehöhlt, wenn es um tabuisierte Bereiche der jüngeren Geschichte geht, wie der umstrittene Paragraph 130 StGB zeigt. Diese Politisierung der Rechtsprechung mit staatlicher Deutungshoheit über die Geschichte und strafrechtliche Konsequenzen für etwaige Abweichler sollte auf Betreiben deutscher Politiker, insbesondere von Brigitte Zypries – 2002 bis 2009 – Bundesministerin für Justiz im Kabinett Schröder II und Merkel I, in europaweit geltendes Recht umgewandelt werden. ... Eine Reihe international hoch geachteter Wissenschaftler – Historiker und andere – schlug Alarm und warnte vor dieser ,neuen Inquisition', der ,Erinnerungspolizei'. Schul- und Hochschullehrer kommt eine zentrale Bedeutung zu, da sie mit der Heranbildung und Erziehung der Jugend die Grundlage für die geistige Haltung der Menschen und damit für die wirtschaftliche, kulturelle und politische, ja selbst die moralische Entwicklung eines Landes legen. Ihre Tätigkeit wird allerdings von der Politik durch Festlegung der Lerninhalte in ein enges Korsett gezwängt, das kaum noch Handlungsspielraum läßt.

In der Bildungspolitik hat nach 1945, verstärkt ab Mitte der siebziger Jahre, ein Paradigmenwechsel stattgefunden. Ziel war die Abschaffung der bis dahin geltenden ,preußischen Tugenden', wie Fleiß, Pünktlichkeit, Ehrlichkeit, Sparsamkeit, Disziplin, Treue, Vaterlandsliebe usw. – und deren Ersetzung durch Egoismus, Hedonismus, Lust- und Spaßmaximierung.

Unter dem Stichwort ,Modernisierung des Unterrichts' wurden ganz allmählich ,moderne Techniken' eingeführt, wie Clustering, Mind Mapping, Brainstorming und Rollenspiel, Gruppenarbeit, Diskussions- und Debattierrunden, allerdings oft ohne inhaltlichen Hintergrund, mit Themen wie ,Warum soll man Frankreich mit Käse überbacken?', ein Beispiel aus dem einstigen Evangelischen Elitegymnasium zum ,Grauen Kloster' in Berlin. Die Vermittlung von Faktenwissen, von Zusammenhängen, Verständnis und Strukturen wird willentlich vernachlässigt. Folge ist die allmähliche Zerstörung unseres ehemals vorbildlichen deutschen Bildungssystems.

Fazit: Die alte Paukschule wurde durch die neue Spaßschule ersetzt. Die Schüler werden mit Brainstorming und Rollenspielen beschäftigt, statt mit Goethe, Schiller und Ovid.

Ein weiterer Grundpfeiler der neuen Erziehung ist die Früh- respektive Homosexualisierung der Schüler unter dem Vorwand der ‚sexuellen Aufklärung', und das bereits im Grund- schulalter. Ferner die Veränderung der Themeninhalte vor allen in Fächern wie Deutsch und Geschichte, aber auch in naturwissenschaftlichen und anderen Fächern, insbesondere den altsprachlichen, also Latein und Griechisch. Auch die Drogenaufklärung in den Schulen soll wohl eher zum Nachahmen anregen als abzuschrecken.

Auflösung der Moral, Entwurzelung der Menschen, Wegfall von Tradition und Geschichtsbewusstsein sowie Zerstörung des Nationalstolzes werden systematisch seit 1945 in Politik umgesetzt. Folge ist die erwünschte schleichende Auflösung der Familie und Geburtenverweigerung. Zur Wiederherstellung des deutschen Selbstbewußtseins und damit unseres Nationalcharakters brauchen wir eine neue ‚Reeducation', allerdings in umgekehrte Richtung. Die dafür notwendige Grundlage ist:

Das Recht auf Meinungsfreiheit nicht nur einfordern, sondern auch durchsetzen.

Das herrschende Geschichtsbild hinterfragen und entsprechend revidieren.

Lehrinhalte an Schulen und Hochschulen überprüfen und einen Paradigmenwechsel im Humboldt'schen Sinn fordern.

Einforderung des Artikels 6 GG: ‚Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.'

Abschaffung der Frühsexualisierung und Verbot der Verbreitung von Pornographie in Schulen und Massenmedien.

Eintreten für nationale Souveränität, die nicht zugunsten eines EU-Überstaates aufgegeben werden darf."

In einer ‚Inklusions-Schule' kann keine dieser betroffenen Gruppen zufrieden gestellt werden:

a) die behinderten Schüler nicht, weil ihre Behinderung nun erst recht unangenehm auffällt, und sie sich ausgegrenzt vorkommen müssen;
b) die normal begabten Schüler schon gar nicht, weil geistig behinderte und verhaltensauffällige Schüler den Unterricht zwangsläufig behindern;
c)die Eltern nicht, weil natürlich auch sie unter den Fehlhandlungen ihrer Kinder leiden, egal, ob ‚normal' oder nicht;
d) und auch die Lehrer nicht, weil sie sich nunmehr um die unterschiedlichsten Fällen von Behinderungen kümmern müßten, wozu sie nicht ausgebildet sind und gar nicht ausgebildet werden können."

Und so geht es munter weiter, bis der angestrebte Intelligenzquotient von „unter 90" erreicht ist. Erfreulicherweise fällt auf, daß es derzeit um das Thema „Inklusion" erstaunlich ruhig geworden ist. Man ist doch nicht etwa zur Besinnung gekommen?

Die Mörder sind unter uns

Der herausragenden Stimme Professor Herwig Birgs verdanken wir die Tatsache, daß er neben den unvermeidlichen Folgen des Bevölkerungsaustausches zugleich auch Roß und Reiter nennt, ein im Staate der unbegrenzten Möglichkeiten keinesfalls selbstverständlicher Wesenszug.

„Wir bewegen uns hierzulande schrittweise in Richtung Zweite oder Dritte Welt. ... Denn der derzeit hohe Lebensstandard wird durch Zuwanderung nicht erhöht, sondern langfristig geschwächt. Das ist eine in der Öffentlichkeit oft anders dargestellte Problematik. Aber daran läßt sich nicht rütteln. Auch die Forschungsergebnisse, die im Auftrag der jetzigen Bundesregierung von völlig unverdächtigen Institutionen erarbeitet wurden, zeigen, daß unsere fiskalischen Systeme nicht von Zuwanderung profitieren, sondern draufzahlen."[113]

In Zeiten nichtkriegerischer Verwicklungen ist die Methode der Überfremdung das einzig geeignete Mittel zur Völkervernichtung. Gesellt sich darüber hinaus noch der Kampf gegen das Kind hinzu,

113 zitiert nach Prof. Dr. Herwig Birg, in: *Münchner Merkur* vom 24. April 2003

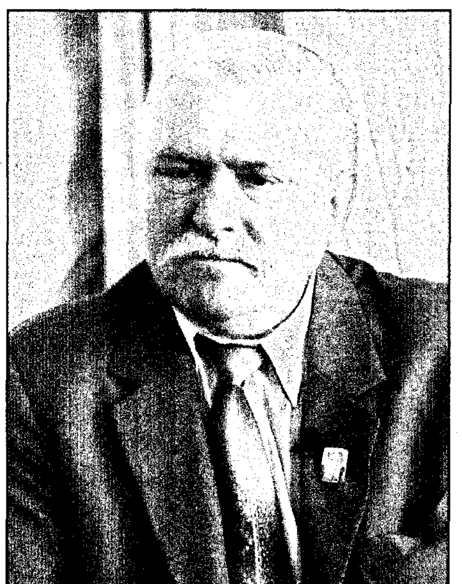
schließt sich die tödliche Zange. Man stelle sich vor, all das Geld, welches in die Hände der näheren und ferneren Verwandtschaft des jeweiligen Kulturbringers übergeht, würde nicht im Sand orientalischer Wüsten versickern, sondern diente der Förderung junger deutscher Familien: wir hätten in Deutschland einen Geburtensegen wie in vergangenen Zeiten und bräuchten uns um die gesunde Zukunft unseres Volkes keine Sorgen mehr zu machen. Derartiges Handeln widerspräche allerdings den Absichten bestimmter Interessengruppierungen.

Im Zusammenhang mit der deutschen „Wiedervereinigung" kroch aus dem stets fruchtbaren Schoß des Deutschenhasses abermals jenes Gespenst, von dem man glaubte, es sei mit dem Dahinscheiden eines Ilja Ehrenburg oder Theodor Nathan Kaufman für immer dem Orkus der Geschichte überantwortet: der Ruf nach der physischen Vernichtung des deutschen Volkes.

Gegenwärtig ertönt dieser Ruf nicht nur aus den Kehlen von Angehörigen jenes Teiles der sog. Antifa, die sich als „Antideutsche" bezeichnen, er wird auch von äußerlich zivilisiert wirkenden Prominenten wie Lech Wałęsa oder Margarete Mitscherlich in den Rinnstein gewürgt. Das besonders Verwerfliche an der Reanimation der Völkermordidee ist die Tatsache, daß Mordhetze gegen das deutsche Volk von unserer bundesrepublikanischen Justiz mit dem Hinweis auf Artikel 5 GG – dem juristisch verankerten Recht auf die freie Meinungsäußerung – niedergeschlagen wird. Hinzu kommt, daß beachtliche Teile unserer regierenden Ochlokratie mit einer nur oberflächlich getarnten Häme derartige Absichten verfolgen, wie es u. a. die Ergüsse der Enquetekommission „Demographischer Wandel" beweisen.

Und dank Lech Wałęsa weiß man es nun. *„Lech Wałęsa meint, daß im Fall einer Destabilisierung Europas durch Deutschland man ‚Deutschland einfach von der Landkarte ausradieren sollte'. In einem Interview, das … in der niederländischen Wochenzeitung ‚Elsevier' veröffentlicht wurde, erklärte der Friedensnobelpreisträger, daß er allen Grund habe, sich wegen der deutschen Wiedervereinigung Sorgen zu machen. ‚Ich schrecke selbst nicht vor einer Erklärung zurück, die mich in Deutsch-*

land unpopulär macht. Wenn die Deutschen Europa erneut in der einen oder anderen Art destabilisieren, sollte man nicht mehr zu einer Aufteilung Zuflucht nehmen, sondern dieses Land einfach von der Landkarte ausradieren. Der Osten und der Westen besitzen die notwendige fortgeschrittene Technologie, um diesen Urteilsspruch durchzuführen.'"[114]



Lech Wałęsa (* 29. September 1943 in Popowo (Gmina Tłuchowo, Polen) war von 1980 bis 1990 Vorsitzender der Gewerkschaft Solidarność und von 1990 bis 1995 Staatspräsident Polens.

Eine andere Umerziehungsgeschädigte, Margarete Mitscherlich, blies in den gleichen Schofar: „Daß die Deutschen aussterben, so wie sie bis jetzt waren, kann man eigentlich nicht bedauern. Gut deutsch sprechende Gastarbeiter könnten ihren ganzen kulturellen Reichtum einbringen."[115]

Am 13. 2. 2005 standen während des Gedenkmarsches deutscher Patrioten aus Anlaß des Bombenholocaust von 1945 in Dresden deutsche Stadt- und Landespolitiker vereint mit linkem Gesindel auf den Brühl'schen Terrassen unter einem Transparent mit der Aufschrift: „Alles Gute kommt von oben!" Das Transparent wurde von zwei israelischen Fahnen flankiert. Der Untergrund des Transparentes war in blauer Farbe gehalten, während die Beschriftung weiß war.

Man fragt sich, wer jene moralisch verkommenen zufallsdeutschen Junkies steuert, die, sich als „Antifaschisten" bezeichnend, im Jah-

114 *Le Figaro*, 4. April 1990; *FAZ*, 27. April 1990
115 *Bild*-Zeitung, Ausgabe Hamburg, 17. 12. 1986

re 2003, beim Erklingen der Glocken der Dresdner Frauenkirche, vorbeifahrende Straßenbahnen mit Pflastersteinen bewarfen? Seit einiger Zeit tauchen bei Antifa-Demonstrationen Transparente mit Inschriften wie „Bomber-Harris, please do it again!" oder „Bomber-Harris und die Flut tun allen Deutschen gut!" auf.

Gemäß unserer bundesrepublikanischen Gesetzgebung sind diese Aufforderungen zum Völkermord am deutschen Volk jedoch straffrei.

Weitere Sprüche aus dem Milieu des „Antifaschismus" lauten:

„Wenn Deutschland, dann Dresden!"
„Dresden wie es brennt und flennt."
„Deutschland von der Karte streichen, Polen muß bis Frankreich reichen!"
„Israel, so hilf uns doch, Deutschland gibt es immer noch!"
„Morgenthau, der war schlau!"
„Deutscher Pöbel zwischen Rhein und Spree, Erlösung bringt ‚Enola Gay'"[116]
„Gegen deutsches Opfertum hilft ordentlich Plutonium"

Anzeigen gegen diese Form von Mordhetze werden von der bundesrepublikanischen Justiz mit einem Verweis auf Artikel 5 GG, jener alles überragenden Säule der freien Meinungsäußerung im freiesten Rechtsstaat der deutschen Geschichte, entweder nicht beantwortet oder mit fadenscheinigen Begründungen niedergeschlagen.

Ein Beispiel von vielen. In München zogen am 13. Februar 2004 „68er" Deutschenfeinde vor das Rathaus, um den Völkermord an einige Hunderttausend Deutschen in Dresden kurz vor Kriegsende zu verherrlichen. Die Mordhetzer skandierten dabei: „Bomber-Harris, töte noch einmal deutsche Frauen und Kinder!"

Ein Münchner Oberstaatsanwalt namens Stern – offensichtich ein Angehöriger des auserwählten Volkes – setzte den Volksverhet-

116 Name des US-amerikanischen B 29-Bombers, der die Hiroshima-Bombe trug

zungsparagraphen außer Kraft. Er beschied dem Bauern Reinhard Heuschneider aus Bayern, der den Vorfall angezeigt hatte, wie folgt:

„Den Beschuldigten lag zur Last, am 13.02.2004 anläßlich einer Gedenkveranstaltung zum 59. Jahrestag der Luftangriffe auf Dresden in München auf dem Marienplatz in der Zeit zwischen 17:20 Uhr und 18:10 Uhr ein ca. 4 Meter breites und 2 Meter hohes Stofftuch mit der Aufschrift ‚Bomber-Harris do it again' abwechselnd und gemeinschaftlich deutlich sichtbar hochgehalten zu haben und sich dadurch gemäß den §§ 111, 130 a, 140 und 189 des Strafgesetzbuches strafbar gemacht zu haben.
Insgesamt ist unter dem Gesichtspunkt des § 189 Strafgesetzbuch diese Meinungsäußerung vom Grundrecht Artikel 5 Abs. 1 GG gedeckt.
Gez. Stern
Oberstaatsanwalt."

Im *Westfalen-Blatt* vom 30. 5. 2005 kommentierte ein Rolf Dressler die von den Okkupanten des politischen Olymps veranlaßte Aushebelungen des Grundgesetzes mit – für einen bundesrepublikanischen Journalisten – ungewohnter Schärfe:

„Dresden (WB). Der öffentliche Aufruf, die völkerrechtswidrige Bombardierung Dresdens vom 13./14. Februar 1945 zu wiederholen, ist nicht strafbar. Die Staatsanwaltschaft Dresden sieht darin weder eine Aufforderung zur Gewaltanwendung, noch Volksverhetzung, noch Beleidigung der Opfer. Das Ermittlungsverfahren aufgrund einer Strafanzeige wurde uneingeschränkt eingestellt. Die Anzeige war von Christel Gigi Romeiser aus Maintal-Dörnigheim ... gegen die linksextreme sogenannte Autonome Antifa erstattet worden. Dabei trugen die Antifa-Aktivisten nicht nur Großtransparente mit Parolen und Pamphleten wie:
‚No tears for Krauts' und ‚Dresden wie es brennt und flennt'.
... Vielmehr gipfelte die Kampagne der Linksextremisten von der bundesweit tätigen Antifa in einem Transparent mit der Aufschrift ‚Alles Gute kommt von oben' und schließlich in einer Comicstrip-Darstellung im weltweiten Internet:
Eine Bombe rast auf die Dresdner Frauenkirche, das herausragende Symbol der Stadt, zu und zerstört sie mit mehreren Angriffsschlägen.

Danach fliegt die vermenschlichend mit Mund und Augen versehene Bombe zynisch-fröhlich pfeifend davon, und eingeblendet wird der Aufruf: ‚Little Bomb, do it again'. Soll heißen: Mach's noch mal genauso wie damals am 13./14. Februar 1945, als vor allem britische Kampfflugzeuge das legendäre Elbflorenz fast völlig in Schutt und Asche legten.
... Seit Monaten sind die aggressiv-höhnischen Aktivitäten der ultralinken Antifa im Internet zu finden: auf der Webseite ‚AntifaDresden/webgroup.please' unter dem Stichwort ‚venceremos' (‚Wir werden siegen!').
In ihrer Strafanzeige bezeichnete Christel Gigi Romeiser die Aufrufe der Antifa als ‚ungeheuerlich'. Denn offenbar ganz bewußt würden nicht nur die Opfer der verheerenden Bombardierungen Dresdens vor 60 Jahren aufs schwerste beleidigt, sondern darüber hinaus auch noch das ganze deutsche Volk insgesamt grob herabgewürdigt.
Die Staatsanwaltschaft Dresden wies die Strafanzeige kategorisch ab. Etwaige Strafbestände wie Volksverhetzung, Aufrufe zur Gewaltanwendung, Verunglimpfung des Andenkens von Kriegsopfern sowie Beleidigung oder sogar Kollektivbeleidigung seien nicht gegeben. Eben sowenig stachelten die Losungen der Antifa-Extremisten ‚zum Haß gegen Teile der Bevölkerung' auf.
Gleiches gilt aus der Sicht der Staatsanwaltschaft für die Internetseiten der Antifa-Dresden. Ein Strafbestand gemäß den §§ 111 und 131 StGB sei ‚mit der für die Erhebung einer öffentlichen Anklage hinreichenden Wahrscheinlichkeit nicht nachweisbar', schreibt die Dresdner Staatsanwaltschaft an die Anzeigenerstatterin. Oberstaatsanwalt und Justizministerium lassen Beschwerdebriefe unbeantwortet.
Zudem behauptete die Staatsanwaltschaft Dresden sachlich falsch, die für die Internetseiten ‚venceremos Verantwortlichen seien nicht zu ermitteln, weil dort angeblich keine Angaben zu den Betreibern gemacht würden. Richtig ist hingegen, jeder Internet-Nutzer kann sich seit Monaten unschwer davon überzeugen: Als Urheber weist sich ganz offen die ‚Antifa-Dresden/webgroup' aus."

Die Quintessenz derartigen Vorgehens bedarf keiner weiteren Kommentierung: Der Justiz im freiesten Rechtsstaates der deutschen Geschichte wurde im Interesse einer keinesfalls anonymen Staatsraison die Hände gebunden. Offensichtlich existieren Weisungen an die BRD-Justiz, derartige Rechtsbeugungen zu prak-

tizieren. Womit sich die Frage nach den Befehlsgebern und deren Interessen stellt.

Die sog. „Antideutschen" sind selbst im linken Lager umstritten, auch dort verursacht ihr permanentes Wedeln mit der israelischen Fahne Irritationen. Zudem greifen sie nicht nur Deutsche an, sondern diffamieren unqualifiziert jeden als Antisemiten, der sich kritisch über Globalismus, „Heuschrecken" oder Hedgefonds äußert. Die Fernsteuerung dieser Gruppe ist evident.

Der Jude Israel Shamir schreibt über die Finanziers dieser deutschblütigen Mordhetzer:

„... als sie den Piper-Verlag, Verleger von Norman Finkelsteins ‚Holocaust-Industrie' zur Vernichtung des Buches drängten und Agenten der ADL (Anti Defamation League) erlaubten, in den Straßen von Berlin zu marschieren, ausstaffiert mit israelischen Fahnen und Bildern von Bomber-Harris. Sie haben sich damit einverstanden erklärt, daß ihr Blut billig ist. Seien Sie nicht überrascht, wenn es fließen wird, sobald der Nachschub an Palästinensern fehlt!"[117]

Einen höchst aufschlußreichen Beitrag über die Fernsteuerung der sog. „Antideutschen" lieferte die für gewöhnlich gut informierte Bürgerrechtsbewegung BÜSO des US-Volkswirtschaftlers Lyndon LaRouche am 18. 3. 2007 unter dem Titel „Die Ursprünge der Antideutschen". In diesem Beitrag werden die Querverbindungen der sich durch die Tüchtigkeit des deutschen Volkes geschädigt vermeinenden Monopolkapitalisten einer bestimmten Ethnie aufgezeigt. Der Artikel ist recht umfangreich und wird deshalb hier lediglich auszugsweise wiedergegeben.

„Eine britisch gesteuerte Sekte zieht gegen Deutschland zu Felde.
Nach dem Fall der Berliner Mauer bildete sich die Bewegung der sog. ‚Antideutschen'. Sie zeichnen sich vor allem dadurch aus, daß sie Kritiker der amerikanischen und israelischen Kriegspolitik sowie der räuberischen Aktivitäten der sog. Hedgefonds als ‚Antisemiten' angreifen und

117 Israel Shamir, in: *Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung*, Heft 2, Juli 2004, S. 207

dabei auch oft, wie der Bundesverfassungsbericht 2005 schrieb, ‚bei ihren Anschlägen die Grenze zu terroristischen Gewalthandlungen überschreiten'. Ein Team von EIR und LaRouche-Jugendbewegung fand interessante Zusammenhänge.
Im Winter 1989/90, als die ganze Welt den Fall der Berliner Mauer, die Befreiung der DDR und den absehbaren Zusammenbruch der Sowjetunion feierte, begannen überall in Deutschland auf linken Kundgebungen hirnrissige Transparente aufzutauchen. Die Demonstranten, die diese Transparente hochhielten, gehörten zur gewaltbereiten linken Szene der ‚Autonomen' in Deutschland, der ‚Antifa'. Ihre Transparente enthielten Slogans wie ‚Viertes Reich – nie wieder' und ‚Bomber-Harris – tu es wieder'."

Der mit den Gewalttaten von staatlich finanzierten Schlägertrupps einhergehende Anti-Germanismus spiegelt Rhetorik und Politik der britischen Tory-Regierung Margaret Thatchers und einiger der führenden Propagandisten der City of London in den britischen Medien jener Jahre wider.

Jedem Aufgeklärten ist bekannt, daß es die führenden Bankiers der City of London waren, die sowohl den Ersten wie auch den Zweiten Weltkrieg gegen das Deutsche Reich mitinszenierten und somit für die Millionen Toten dieser Kriege verantwortlich sind.

Laut BÜSO wird diese weltweit operierende antideutsche Front von den „Großkopfeten" einer niederländisch-britischen Bankiersgemeinschaft, die durch gemeinsame ethnische Wurzeln miteinander verbunden ist, angeführt. Diese befürchtete den Verlust ihrer Vormachtstellung durch die Vereinigung der beiden Teile Deutschlands.

„Am 31. Oktober 1989 verfaßte Connor Cruise O'Brian einen hysterischen Angriff auf die Perspektive eines in Zukunft wiedervereinigten Deutschlands. In einem Artikel in der Londoner ‚Times' fauchte er: ‚Wir bewegen uns auf ein Viertes Reich zu, einer pangermanischen Einheit, welche das gesamte Bündnis der deutschen Nationalisten befehligt. ... Nationalistische Intellektuelle werden erklären, daß das wahre Deutschland an dem Holocaust keine Schuld trage, sondern Stolz über das große,

mutige und heilende Vorgehen empfinden sollte – ich befürchte, daß das Vierte Reich, wenn es kommt, der natürlichen Neigung entspricht, seinem Vorgänger ähnlich zu sein.'
„Am 12. November 1989, wenige Tage nach dem Fall der Berliner Mauer, veröffentlichte die ‚Sunday Times' zum gleichen Thema ihren Leitartikel unter der Schlagzeile ‚Das Vierte Reich'. Das Sprachrohr des anglo-holländischen liberalen Establishments schrieb in apokalyptischen Wendungen: ‚Das Ergebnis der deutschen Wiedervereinigung wird eine deutsche Wirtschaft sein, die doppelt so groß wie jede andere ist. Ein vereinigtes Deutschland wird dann zur Lokomotive des Umbaus der neuen freien Marktwirtschaft in Osteuropa werden, da Deutschland hervorragend über das Kapital, das industrielle Know-how und das Management verfügt, das diese Länder benötigen. Das Vierte Reich wird boomen und in diesem Zusammenhang zu Europas wirtschaftlicher Supermacht werden; wo wird da Großbritannien bleiben?'
Ab Juli 1990 wandte sich die britische Regierung unter Margaret Thatcher unmittelbar diesem Thema zu. Am 12. Juli 1990 gab Handels- und Industrieminister Nicholas Ridley dem ‚Spectator' ein provozierendes Interview. Auf derselben Seite war ein Cartoon von Bundeskanzler Kohl mit Hitler-Schnauzbart und der Unterschrift abgedruckt: ‚Das Unaussprechliche über Deutschland aussprechen!' ... Ridley ging noch weiter und prahlte, Großbritannien habe ‚immer für das Machtgleichgewicht in Europa gesorgt. Es war immer Großbritanniens Rolle, diese verschiedenen Mächte gegeneinander auszuspielen, und das war niemals notwendiger gewesen als gerade jetzt, wo Deutschland derart anmaßend ist.' Wenige Tage später verteidigte Thatcher Ridleys Bemerkung ausdrücklich und unterstrich, daß der Niedergang Deutschlands oberste Priorität für die britische Regierung wie auch der führenden Finanzkreise der City of London sei.
Hinter den antideutschen Schlägertrupps und dem internationalen Netzwerk von Denkfabriken, Intellektuellen und politischen Drahtziehern, welche die Operationen der Antideutschen unterstützen, steht die größere Absicht, das wirkliche Deutschland in der Tradition der deutschen Klassik zu vernichten – das Deutschland von Moses Mendelsohn, Gotthold Ephraim Lessing, Friedrich Schiller, Friedrich List, Johann Wolfgang von Goethe, Johann Sebastian Bach und Ludwig van Beethoven."

Derartiges kommt einem irgendwie bekannt vor.

Die vorgezeichnete Spur prägt die Gegenwart des deutschen und anderer Völker: Halbtalente nutzen ihre Chance durch das Wiederkäuen vorgegebener Parolen. Die ganz Fixen erfassen schnell, worum es geht: je intensiver man den „antideutschen Globalisten" heraushängen läßt, umso eher erreicht man die alles nährende Futterkrippe.

Weitaus unangenehmer stoßen jene halb- und viertelgebildeten deutschen Endprodukte unserer bundesrepublikanischen Schulbildung auf, die, zumeist von keinem tieferen Wissen angekränkelt, mit Provokationen und antideutschem Gefasel die ersehnte Aufmerksamkeit auf sich zu lenken verstehen.

Hier eine Reihe von analogen Zitaten, welche von sog. „Deutschen" stammen, die mit dem Unglück geschlagen sind, in dieses Verbrechervolk hineingeboren zu sein.

„Landauf, landab regt sich das bildungsbürgerliche Feuilleton, ganz zu schweigen von der spießbürgerlichen Politik und dem rechtspopulistischen Boulevard über zwei rauchende ‚Schläger' mit Migrationshintergrund auf, die einen Schuldirektor i. R. als ‚Scheißdeutschen' beschimpften.
Seien wir ehrlich: Wenn irgendwo auf der Welt ein Mistvolk – gleichzeitig nach unten hin überheblich, wie zur Macht hin unterwürfig – es verdient, attackiert zu werden, dann ist es dieses scheiß deutsche!"[118]

Wir wissen nicht, welche bewußtseinsverändernden Ingredienzien besagter jahrzehntelange Mitgestalter der linksgestrickten *taz* beim Abfassen vorliegenden Artikels inhalierte, bevor er es sich vor seinem Computer gemütlich machte. Oder überkamen ihm als vor sich hindämmerndem Alt-68er lediglich Erinnerungen an vergangene Zeiten? Es ist schon ein Kreuz mit der Altersdemenz, lassen sich doch die Ursachen geistiger Verwirrung oftmals nicht zweifelsfrei ausmachen: waren es Chemtrails, war es der Alk oder der Stoff als solcher?

---

118 Helmut Högel, in: *taz* vom 16. 1. 2008

„Die Deutschen sind doch immer noch der gleiche unveränderte Misthaufen, ganz gleich, welche Regierungsform am Ruder ist. Schließlich ist es egal, ob ein Kuhfladen rund oder ins Quadrat getreten ist.“[119]

Und dann die weniger bedeutsamen Kaliber.

Egon Bahr (SPD): *„Wir werden europäische Sicherheit nur im heutigen Zustand der beiden deutschen Staaten erreichen.“ „In der Teilung gibt es deutsche Chancen. Es gibt keine Chancen, die beiden deutschen Staaten zusammenzuführen.“ „Wer die deutsche Frage aufwirft, stört Europa.“*

Gerhart Baum (FDP): *„Eine Darstellung von an Deutschen begangenen Verbrechen ist nicht zweckmäßig.“*

Wolf Biermann: *„Und weil ich unter dem gelben Stern / In Deutschland geboren bin / Drum nahmen wir die englischen Bomben / wie Himmelsgeschenke hin.“*

Alfred Biolek: *„Eher sollte die Atombombe auf dieses Land fallen und dem Boden gleichmachen.“*

Heinz Bremer: *„Die deutsche Teilung ist endgültig. Gerade des ungeteilte Deutschland hat immer wieder Krieg angezettelt und Unglück über die Anrainerstaaten und sich selbst gebracht ... Schluß also mit der Heuchelei der Wiedervereinigung. Ein dauerhafte Frieden auf unserem Kontinent setzt, da sich der deutsche Nationalcharakter wohl doch nicht ändert, die deutsche Teilung geradezu voraus ... Finden wir uns also mit der Dauerexistenz von zwei deutschen Staaten ab.“*

Gerd Bucerius (*Zeit*-Herausgeber, *Stern*-Verleger und CDU-Politiker): *„Unsere Nation hat durch Schuld mehr verspielt als irgendeine andere in der Welt ... Mein Volk wurde der tierischsten Verbrechen schuldig, die die Weltgeschichte kennt. Noch auf dem Sterbebett wird uns die Rechnung vorgehalten werden.“ „Die Schuld aller Deutschen ist un-*

119 Arno Schmidt, Schriftsteller und vor seinem Ableben im delirium tremens Günstling und Idol des „Professors“ J. P. Reemtsma, in: *Transatlantik*, Heft 1/1985, S. 48

streitig. Es waren keine ‚Taten Hitlers' wie oft gesagt und geschrieben wird, sondern deutsche Verbrechen."

Bucerius an anderer Stelle: *„Ich stand an den drei Angriffstagen auf dem Dach meines Häuschens in der Hamburger Vorstadt. Oben flogen die englischen Bomber. ‚Endlich' rief ich immer wieder, ‚endlich!' Endlich kamen sie, die Engländer ... Was habe ich damals gedacht: Grauen und Mitleid, natürlich. Aber auch: Ihr, die Toten, habt es so gewollt. Um wen habe ich während der Angriffe gebangt? Um die englischen Piloten. Sie waren tapfer und taten, was ich von ihnen erhoffte."*

Jutta (von) Ditfurth: *„Ich finde Deutschland zum Kotzen."*

Wiglaf Droste: *„Das deutsche Volk hat die moralische Verpflichtung auszusterben, und zwar subito. Jeder Pole, Russe, Jude, Franzose, Schwarzafrikaner usw. hat genauso viele Rechte, auf ‚deutschem Boden', von dem gesprochen wird, als sei er heilig und gebenedeit, zu leben wie irgendein Deutscher – wenn nicht sogar noch mehr."*[120]

Angela Merkel, Geschäftsführerin des Wirtschafts- und Verwaltungsgebietes der BRD, sogenannte „Bundeskanzlerin": *„... denn wir haben wahrlich keinen Rechtsanspruch auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft auf alle Ewigkeit..."*[121]

Im Zusammenhang mit dem „islamischen Terroranschlag" vom 11. 9. 2001 äußerte sich Merkel am 3. 2. 2003 im Präsidium der CDU wie folgt: *„Es ist Aufgabe der Politik, das Bedrohungsgefühl in der Bevölkerung zu stärken..."*[122]

Joschka Fischer, alias Joseph Martin Fischer, ehemaliger Außenminister der BRD unter Schröder, „Atlantik-Brücke"-Mitglied und Komplize des Council on Foreign Relations, im Jahr 2008 in einer Rede vor US-amerikanischen Bankern: *„Deutschland ist ein Problem, weil die Deutschen fleißiger, disziplinierter und begabter als*

120 Alle bisherigen Äußerungen zitiert nach: http://www.globalecho.org/augenoffnende-abhandlungen/deutschfeindliche-zitate/

121 http://www.cdu.de/doc/pdf/05_06_16_rede_merkel_60_jahre_cdu.pdf

122 http://www.netzeitung.de/servlets/page?section=1110&item=225317

der Rest Europas sind. Das wird immer wieder zu ‚Ungleichgewichten' führen. Dem kann aber gegengesteuert werden, indem so viel Geld wie nur möglich aus Deutschland herausgeleitet wird. Es ist vollkommen egal, wofür. Es kann auch radikal verschwendet werden – Hauptsache, die Deutschen haben es nicht. Schon ist die Welt gerettet!"

Cem Özdemir, sogenannter „Deutsch-Türke", seit November 2008 Bundesvorsitzender der Partei „Bündnis90/Die Grünen", in einem Interview mit dem *Tagesspiegel* auf die Frage, wie er sich die Zukunft vorstelle:*„In zwanzig Jahren haben wir eine grüne Bundeskanzlerin und ich berate die türkische Regierung bei der Frage, wie sie ihre Probleme mit der deutschen Minderheit an der Mittelmeerküste in den Griff bekommt.*"[123]

Nach Joschka Fischer müsse *„Deutschland ... von außen eingehegt und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden"*. Dies ist kein wörtliches Zitat Fischers. Mariam Lau charakterisierte einer Rezension zu seinem Buch „Risiko Deutschland" mit diesen Worten Fischers Haltung. Fischers Mentor war übrigens Hans-Jürgen Krahl, führender Kopf des „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes" (SDS) in Frankfurt/Main.[124]

Katrin Göring-Eckardt, Fraktionsvorsitzende von „B90/Die Grünen", äußert sich im ARD-Morgenmagazin über ihre Haltung zum Thema Flüchtlingspolitik: *„Also, ich glaube, das geht ja um zwei Punkte in diesem Bereich. Es geht einerseits darum, sind wir ein Land, was für Migrantinnen und Migranten offen ist, was Leute anzieht. Die wir übrigens dringend brauchen. Nicht nur die Fachkräfte, sondern weil wir, weil wir auch Menschen hier brauchen, die in unseren Sozialsystemen zu Hause sind und sich auch zu Hause fühlen können."*[125]

Christin Löchner, Parteimitglied „Die Linke", 22 Jahre alt, Leipzig, engagiert bei „linksjugend-sachsen", schreibt in einer e-mail-Rundschreiben vom 20. 1. 2012 an seinen Verteiler, u. a. an Johan-

123 http://www.tagesspiegel.de/berlin/stadtleben/tuerkisch-fuer-fortgeschrittene/1497172.html

124 http://www.welt.de/print-welt/article423170/Risiko-Deutschland-Joschka-Fischer-in-Bedraengnis.html

125 ARD-Morgenmagazin vom 9. 10. 2013, 07:16 Uhr
http://www.youtube.com/watch?v=BwzM0D7oR3A&feature=youtu.be&t=30s

nes Issmer, F.D.P.: *„Es mag Sie vielleicht überraschen, aber ich bin eine Volksverräterin. Ich liebe und fördere den Volkstod."*[126]

Anne Helm, Piratenpartei, Exhibitionistin und Deutschenhasserin. Zu gerne zeigt sie der Öffentlichkeit ihre blanken Brüste. Am 13. Februar 2014 lief sie halbnackt durch Dresden. Auf ihrem entblößten Busen standen die Worte „Thanks Bomber-Harris". Anne Helm in ihrem „Twitter-Account" auf die Frage, warum sie denn nicht aus Deutschland auswandert, wenn sie ihr eigenes Volk haßt: *„Erst wenn der Volkstod beendet ist. Wir liegen ganz gut im Zeitplan."*[127]

Frau Helm, geboren 1986 in Rostock, erklärte zu ihrer „Busen-Aktion" vom Februar 2014 in Dresden, sie sei weder eine Antideutsche noch habe sie mit der Aktion Opfer verhöhnen wollen, sondern vor allem *„gegen die Art und Weise demonstrieren* [wollen], *wie die Stadt Dresden und die Lokalverwaltung dieses Gedenken begeht"*. Sie bekomme *„zurzeit Drohungen, die von Suizid-Aufrufen, Morddrohungen bis hin zu Vergewaltigungsandrohungen reichen"*. Das Landeskriminalamt Berlin habe ihr zudem mitgeteilt, daß ihre Kontaktdaten auf rechtsextremen Webseiten veröffentlicht wurden. Helm bedauere die Aktion inzwischen, sei aber auch der Meinung, daß man den Alliierten für die Befreiung Deutschlands von den Nazis durchaus danken könne.[128]

Stefanie Drese, Rechtsanwältin und seit 2011 stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, in einer Rede vom 16. 11. 2011 im Landtag auf den Antrag der NPD-Fraktion, *„den Fortbestand des deutschen Volkes zu bewahren"*: *„Den Antrag der NPD-Fraktion, den biologischen Fortbestand des deutschen Volkes zu bewahren, lehnen die Vertreter der demokratischen Fraktionen, in deren Namen ich heute spreche, mit aller Nachdrücklichkeit und aufs Schärfste ab. Dieser Antrag ist rassistisch und menschenverachtend ..."*[129]

---

126 http://www.sezession.de/30009/es-lebe-der-volkstod.html
sowie: http://www.linksjugend-sachsen.de/index.php?id=93

127 Quelle: Helms Twitter-Account: http://twitter.com/SeeroiberJenny/status/496678302556246017

128 http://de.wikipedia.org/wiki/Anne_Helm#Kontroverse

129 http://www.youtube.com/watch?v=3cpuF3FtgR0
sowie: http://de.wikipedia.org/wiki/Stefanie_Drese
sowie: http://www.spd-fraktion-mv.de/abgeordnete/a-z/stefanie-drese

Angela Merkel, Erfüllungsgehilfin der „Atlantik-Brücke": „*Man kann sich nicht darauf verlassen, daß das, was vor den Wahlen gesagt wird, auch wirklich nach den Wahlen gilt, und wir müssen damit rechnen, daß das in verschiedenen Weisen sich wiederholen kann.*"[130]

Vural Öger, „Deutsch-Türke", von 1982 bis 2010 Geschäftsführer der Öger Tours GmbH und von 2004 bis 2009 für die SPD Mitglied des Europäischen Parlaments – er ist heute Inhaber der Vural Öger Firmengruppe und Geschäftsführer des Reiseveranstalters V.Ö. Travel – erklärte bei einem Festessen mit türkischen Landsleuten gegenüber der größten türkischen Zeitung *Hürriyet*: „*Im Jahr 2100 wird es in Deutschland 35 Millionen Türken geben. Die Einwohnerzahl der Deutschen wird dann bei ungefähr 20 Millionen liegen. Das, was Kamuni Sultan Süleyman mit der Belagerung Wiens 1529 begonnen hat, werden wir über die Einwohner, mit unseren kräftigen Männern und gesunden Frauen, verwirklichen.*"[131]

Claudia Roth, Bündnis90/Die Grünen: „*Wir haben eine multikulturelle Gesellschaft in Deutschland, ob es einem gefällt oder nicht! Es gibt keine Deutschen, nur Nicht-Migranten!*"[132]

Sieglinde Frieß, radikale Abgeordnete von Bündnis90/Die Grünen, vor dem Parlament im Bundestag, laut Druckausgabe der *FAZ* vom 6. 9. 1989: „*Das Beste wäre für Europa, wenn Frankreich bis an die Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt.*"[133]

Renate Schmidt, damalige SPD-Bundesfamilienministerin, am 14. 3. 1987 im Bayerischen Rundfunk: „*Die Frage* [Anm.: ob die Deutschen aussterben], *das ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, denn dieses ist mir, also so wie sie hier gestellt wird, verhältnismäßig wurscht.*"

Franziska Drohsel, ehemalige Bundesvorsitzende der Jugendorganisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Jusos in

130 http://www.youtube.com/watch?v=vGuXVzgZ1uA&NR=1
131 Zitat aus der *Hürriyet*; wörtliche Übersetzung aus der *Bild*-Zeitung vom 26. Mai 2004
132 http://de.wikiquote.org/wiki/B%C3%BCndnis_90/Die_Gr%C3%BCnen
133 *Der Spiegel*, 19. 2. 1990, http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13507379.html

der SPD): *„Ja also, deutsche Nation, das ist für mich überhaupt nichts, worauf ich mich positiv beziehe. Würde ich politisch sogar bekämpfen.“*[134]

Angela Merkel teilte in einer Video-Ansprache vom 18. Juni 2011 lapidar über die zunehmende Gewalt von Ausländern gegen die autochthone Bevölkerung mit: *„... aber wir müssen akzeptieren, daß die Zahl der Straftaten bei jugendlichen Migranten besonders hoch ist ...“*[135]

Die NWO im Gesundheitswesen

Auch im Bereich der Gesundheit schreitet die NWO munter voran. Mit jedem Jahr kommen neue Hiobsbotschaften auf die Versicherten zu. Ständig wird überall gekürzt, alles wird teurer, immer mehr Leistungen fallen aus dem Katalog der Krankenkassen heraus. Der Versicherte ist stets der Dumme. Da dieser „Gesundheitsbereich“ ein Milliarden- und vor allem ein krisensicherer Markt ist, ist er eben auch sehr umkämpft. Tausende von Vertretern und Lobbyisten der Pharmakonzerne umschwärmen (bzw. belästigen) und bestechen Ärzte und Politiker. Gesunde Menschen bringen den Ärzten und Krankenhäusern keinen Gewinn, daher sind gesunde Menschen auch völlig uninteressant. Eine geniale Masche, um mehr Gewinne zu erzielen, ist es, kranke Menschen erst gar nicht gesund werden zu lassen, sondern sie in einer jahrelangen Abhängigkeit vom System dümpeln zu lassen und ihnen eine „Pseudo-Verbesserung“ vorzugaukeln, oder ihnen nutzlose, aber sehr teure Operationen aufzuschwatzen. Viel schlimmer noch ist jedoch der Ansatz, aus gesunden Menschen neue Kranke zu machen. Und dies geschieht in Deutschland jeden Tag aufs Neue, auf sehr subtile Weise, ohne daß sich die große Masse der Betroffenen darüber aufregen würde.

Zu dieser Entwicklung paßt untenstehender Artikel aus der *Deutschen Ärztezeitung*, der in der Folge 99/2002 auf diese schleichende und stetige Verschlechterung des deutschen Gesundheitssystems

134 Gespräch in der *Cicero*-Redaktion, August 2008
http://www.youtube.com/watch?v=Kb_8dC2-F1E
135 http://www.youtube.com/watch?v=CVnTpEaGNU0&feature=youtu.be&t=1m21s

aufmerksam gemacht hat. Es ist uns unverständlich, warum ein derartig schonungsloser Artikel überhaupt erscheinen konnte – vielleicht ist er einfach mal so „durchgerutscht"? Der Artikel bestätigt (in sanften Worten) das, was Kritiker und Mahner seit Jahren kritisieren und prognostizieren, nämlich einen generellen eklatanten Werteverfall und eine Ausweitung der Profitgier auf alle Bereiche des Lebens, so eben auch auf den sensiblen Bereich des Gesundheitssystems.

„Gesundheitssystem: In der Fortschrittsfalle

von Klaus Dörner

... Der Begriff ‚Gesundheit' entzieht sich – wenn man einmal von der platten Floskel der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vom Zustand vollständigen Wohlbefindens absieht – weitgehend einer Definition. Schon die Frage nach ihr kann sie beeinträchtigen oder zerstören, wie dies für ähnlich sensible Gebilde wie Vertrauen, Liebe, Gnade, aber auch zum Beispiel für den Schlaf oder die Sättigung gilt. Man kann unendlich viel für seine Gesundheit tun; das hat aber nicht viel, oft sogar gar nichts damit zu tun, ob und in welchem Maß man sich als gesund empfindet – und letzteres zählt. So kann das Paradox zustande kommen: Je mehr ich für meine Gesundheit tue, desto weniger gesund fühle ich mich. In diesem Sinne ist Gesundheit eben nicht machbar, nicht herstellbar, stellt sich vielmehr selbst her. Gesundheit gibt es nur als Zustand, in dem der Mensch vergißt, daß er gesund ist. Nach Hans-Georg Gadamer ist dies der Zustand ‚selbstvergessenen Weggegebenseins' an den anderen oder ‚das andere' der privaten, beruflichen und gesellschaftlichen Lebensvollzüge.

Vor diesem Hintergrund kommt man um die ebenso logische wie bedrückende Feststellung nicht herum, daß wir seit etwa 200 Jahren mit zunehmender Wut kategorial falsch mit Gesundheit umgehen – mit katastrophalen Folgen für die Entwicklung der Gesundheit als Mittel der Vitalität. Denn seit wir uns mit der Säkularisierung, der Aufklärung und der Moderne vom metaphysischen Ballast aller Transzendenz befreien (von der Aristokratie und der Kirche bis zu Gott und der Natur), alles andere nur noch als Aneignungsobjekt wahrnehmen können, haben

wir zwar allen Anlaß, uns über den grandiosen Zugewinn an Freiheit, Verfügbarkeit und Reichtum dieser Eroberungsfeldzüge zu freuen, in denen der Mensch sich zunehmend an die Stelle der Natur, des Schicksals oder Gottes stellt, gewinnen aber offenbar erst allmählich ein Gespür für die Nebenwirkungen dieses Fortschrittsprozesses. Dieses gilt nicht zuletzt für die Gesundheit.

Denn auch wenn der Sieg über eine Krankheit oder ein Präventionsprogramm objektiv und meßbar die Gesundheit fördert, kann dennoch eine Gesundheitsverschlechterung dabei herauskommen:
- wenn eine hypochondrische Überaufmerksamkeit auf das Selbst das Ergebnis ist;
- wenn wir Gesundheit für einen Stoff halten, den man nicht als Gabe zu empfangen hat, sondern sich aneignen und immer mehr davon haben wollen kann;
- wenn wir denken, wir könnten Gesundheit rational planen, herstellen, machen;
- wenn wir Gesundheit aus einem Mittel zum Leben zu einem Lebenszweck erheben und sie so mißbrauchen;
- wenn wir sie zum höchsten gesellschaftlichen Wert verklären, wodurch sie, die eigentlich auf Verborgenheit angewiesen ist, vollends verhindert wird;
- und wenn wir uns somit die leidensfreie Gesundheitsgesellschaft zum Ziel setzen, in der jeder Bürger das Gesundheitssystem mit der Erwartung verknüpft, ihm gegenüber ein einklagbares Recht auf Gesundheit zu haben.

Die Gesundheitsgesellschaft treibt der Gesellschaft mit der Gesundheit die Vitalität aus – und so lange wird es im Vergleich mit anderen Gesellschaften Wettbewerbsfähigkeit weder in Lebenslust noch in Verantwortungsbereitschaft, noch in wissenschaftlichen oder industriellen Spitzenleistungen geben; und nur in Kombination dieser drei Merkmale wäre eine Gesellschaft vital und in diesem Sinne auch gesund.

Für diese These werden im folgenden einige Belege beziehungsweise Hinweise auf Einflußfaktoren genannt, die eine Fülle bisher eher vernachlässigter Forschungsthemen zumindest andeuten:

1. Mit zunehmender Wirksamkeit schmerztherapeutischer Verfahren wird die Zahl der Schmerzkranken nicht etwa kleiner, sondern größer,
- weil gerade die Therapieerfolge die Erwartung und den Rechtsanspruch auf Herstellbarkeit von Schmerzfreiheit oder Leidensfreiheit auslösen,
- weshalb Schmerzen schon bei immer geringerer Intensität als unerträglich erlebt werden und nicht mehr als gesunde, normale Befindlichkeitsstörung;
- damit wird normale Schmerzempfindung immer weniger als positiv wichtiges Signal für Gefahren oder auch nur Widerstände im Rahmen einer gesunden und damit vitalen Lebensführung gewertet, sondern nach der ideologischen ‚Ethik des Heilens' als Krankhaftes und damit von anderen chemisch oder psychisch Wegzumachendes aus dem eigenen Kompetenzbereich ausgegrenzt.
- Während bisher stets der eigene Umgang mit Störung, Schmerz oder Leiden die Quelle jeglicher kreativer Leistung war, droht jetzt die Verwechslung der nur noch selbstbezogenen, unendlich steigerungsfähigen Gesundheit mit der unendlich steigerungsfähigen Schmerz- und Leidensfreiheit.
- All dies wird noch in dem Maß verstärkt, wie die Diagnostik und Therapie des Schmerzes eigenständig institutionalisiert werden und daraus Eigeninteressen erwachsen.

2. Auf ähnliche Weise und mit vergleichbaren katastrophalen Folgen wird der Bereich des Gesunden auch bei Befindlichkeitsstörungen immer mehr verkleinert und damit seiner motivierenden Stacheln beraubt. Der Bereich des Krankhaften wird immer weiter aufgebläht. Dafür nur wenige Beispiele: Umgang mit Schlafstörungen, Eßstörungen, Angst, Aufmerksamkeitsstörungen bei Kindern, aber auch unerwünschte Kinderlosigkeit oder Schönheitsmängel. …

8. All die beschriebenen Trends, die subjektiv Gesundheit fördern wollen, in Wirklichkeit aber der Gesellschaft die Vitalität austreiben, wirken sich zusätzlich umso destruktiver aus, je mehr sie der Vermarktung und dem Wettbewerb überlassen werden. Diese Prinzipien sind in der übrigen Wirtschaft segensreich, im Sozialbereich und damit im Gesundheitswesen jedoch (vielleicht von Teilbereichen abgesehen) tödlich.

- Wenn Gesundheit zur Dienstleistung und damit zur Ware wird,
- wenn jede medizinische Einrichtung zu Gewinnmaximierung durch Leistungsexpansion verurteilt ist,
- wenn Wettbewerb zwar kurzfristig Kosten senken kann, was jedoch durch Mengenausweitung mehr als kompensiert wird
– dann muß man sich nicht wundern,
- daß schließlich künstlich Bedürfnisse erfunden werden, die man als Wunscherfüllung für den Kunden zu befriedigen verspricht,
- daß auch sachlich nicht notwendige Spezialisierungen entstehen,
- daß noch unreife Produkte und Verfahren auf den Markt geworfen werden und
- daß die Tendenz vorhanden ist, gute Kunden lebenslang zu halten und zu ‚melken', schlechte Kunden aber an die Konkurrenz weiterzureichen.

Gleichzeitig wird verzweifelt versucht, die der unsichtbaren Hand des Marktes verdankte Kostenexplosion durch exzessive bürokratische Fremdkontrollen einzudämmen, zum Beispiel durch Qualitätsmanagement, Leitlinien, Fallpauschalen, DMP.[136] *Auf diese Zwänge versuchen Ärzte etwa durch defensivmedizinische Absicherung oder durch Verschiebung ihrer Verantwortung auf den Patienten unter Berufung auf sein Selbstbestimmungsrecht und seine Kundenwünsche zu reagieren. Wenn der aktuelle Ärztemangel strukturell insofern neu ist, als sich die Medizinstudenten nach dem Examen beruflich anderweitig orientieren, mag das auch mit Arbeitszeit und Geld zusammenhängen; entscheidender ist jedoch die Doppelzange aus Markt und Bürokratie, die die Lust und die Verantwortlichkeit der ärztlichen Tätigkeit abwürgt.*

9. Die kostentreibende Übermacht des Marktes selbst über den Gesetzgeber macht das alle einschlägigen Gesetze dominierende Prinzip ‚ambulant vor stationär' zur Lachnummer; denn während ambulante Hilfsangebote mit Nachteilen bestraft werden, locken die größeren Profite und Wettbewerbsvorteile im stationär-institutionellen Bereich, der sich zusätzlich rechtfertigt durch die ausgrenzende Entlastung der Gesellschaft von allem Negativen. Drei Beispiele:

136 Ein Disease-Management-Programm (abgekürzt DMP) ist ein zentral organisiertes Behandlungsprogramm für chronisch kranke Menschen.

Krankenhaus: Auch noch die jüngsten Spezialisierungen (Psychosomatik, Geriatrie) sind überwiegend in Form stationärer Systeme erfolgt, obwohl ambulante Liaison- und Konsiliardienste für alle Beteiligten gesünder wären.

Heime: Obwohl es für alle Heimaufnahme-Indikationen erprobte ambulante Alternativen gibt, sind jetzt schon mit steigender Tendenz mehr als eine Million Bundesbürger Heimbewohner, den Gesetzen der Massenhaltung unterworfen. Mehr als 95 Prozent der Sozialhilfeleistungen fließen in den stationären Bereich.

Rehabilitation: Deutschland hat etwa so viele Betten in psychosomatischen Rehabilitations- und Kurkliniken wie der Rest der Welt, der unser Jammern über Geldknappheit nicht versteht, solange wir uns diesen – von Bismarck zur sozialen Befriedung geförderten – Zauberberg-Sumpfblüten-Zopf noch leisten. Dieser garantiert mehr Schaden als Nutzen, statt die Rehabilitation konsequent dorthin zu ‚ambulantisieren', wo die Menschen leben. Aber wo die unsichtbare Hand des Marktes regiert, darf niemand so recht steuern, maßt sich daher auch niemand die Autorität der Verantwortung an, egal wie katastrophal das Ergebnis für die Gesundheit ist.

10. Seit Rechtsanwälte, Psychologen, Pädagogen und Sozialarbeiter von der gesetzlichen Betreuung (vormals Vormundschaft) leben können, hat sich in wenigen Jahren die Zahl der Betreuten auf etwa eine Million mehr als verdoppelt. Der neue und dynamische Berufsverband will natürlich weiter expandieren, hält daher sechs Millionen Bundesbürger für betreuungsbedürftig. Deshalb kann es nicht verwundern, daß man von der vornehmsten gesetzlichen Aufgabe der Betreuer, nämlich Betreuungen überflüssig zu machen, fast nichts spürt.

11. Der Wettbewerb zwingt zur Erschließung neuer Märkte. Das Ziel muß die Umwandlung aller Gesunden in Kranke sein, also in Menschen, die sich möglichst lebenslang sowohl chemisch-physikalisch als auch psychisch für von Experten therapeutisch, rehabilitativ und präventiv manipulierungsbedürftig halten, um angeblich ‚gesund leben' zu können. Das gelingt im Bereich der körperlichen Erkrankungen schon recht gut, im Bereich der psychischen Störungen aber noch besser, zumal

es keinen Mangel an Theorien gibt, nach denen fast alle Menschen nicht gesund sind. Fragwürdig ist die analoge Übertragung des Krankheitsbegriffs vom Körperlichen auf das Psychische.

Einige Beispiele:

a) Das Sinnesorgan Angst, zuständig für die Signalisierung noch unklarer Bedrohungen, ist zwar unangenehm, jedoch vital notwendig und daher kerngesund; nur am falschen Umgang mit Angst (zum Beispiel Abwehr, Verdrängung) kann man erkranken. In den 70er- und 80er-Jahren jedoch hat man die Angst als Marktnische erkannt und etliche neue, selbständige Krankheitseinheiten konstruiert – mit vielen wunderbaren Heilungsmöglichkeiten für die dafür dankbaren Patienten.

b) Seit den 90er Jahren ist die Depression weltweit als unzureichend vermarktet erkannt. Eine Art Rasterfahndung nach unentdeckten Depressiven, wovon immer einige Menschen real profitieren, die meisten jedoch durch zusätzliche Etikettierung an ihrer Vitalität Schaden nehmen, hat zum Beispiel in den USA dazu geführt, daß sich von 1987 bis 1997 die Zahl der wegen Depression Behandelten von 1,7 auf 6,3 Millionen fast vervierfacht hat; entscheidend dafür war die suggestive Aufklärungskampagne und aggressive Werbung für Antidepressiva.

c) Inzwischen hat die Psychotrauma-Therapie den imperialistischen Anspruch, möglichst alle Krisen durch Traumatisierung (früheres Gewalterlebnis, Mißbrauch, Mißhandlung) zu erklären und zu therapieren. Auch hiervon können wenige profitieren, während die Allgemeinheit durch potenziell lebenslängliche punktuelle Aufmerksamkeitsfixierung geschädigt wird; selbstvergessenes Weggegebensein ist jetzt sehr erschwert. Bei jeder Katastrophe sind heute Opfer wie Helfer den öffentlichkeitswirksamen oder verstehenswütigen Psychoattacken fast zwangsweise, weil wehrlos ausgesetzt. Nach dem Erfurter Amoklauf blieb einer Schülerin die Äußerung vorbehalten, das Schrecklichste seien eigentlich die Psychologen gewesen, die das Alleinsein mit sich selbst und/oder mit Freunden/Angehörigen mit den raffiniertesten Tricks zu verhindern versucht hätten. Dies öffentlich zu sagen bedeutet heute Mut, Zivilcourage. …

Diese Beispiele führen zu der Annahme, daß das Gesundheitssystem insgesamt eher wie eine Vitalitätsvernichtungsmaschine wirkt – und dies marktbedingt mit expansiver Tendenz, sind doch heute schon 4,2 Millionen Menschen im Gesundheitssystem beschäftigt und damit, ohne es zu wollen, an der Steigerung dieser Wirkung interessiert. Es dürfte sich zumindest lohnen, die Stimmigkeit der vorstehenden zwölf Belegkomplexe und insbesondere ihrer Wechselbeziehungen durch Forschungsprojekte zu überprüfen, auch wenn ihnen jetzt schon viele wissenschaftliche Expertisen zugrunde liegen.

Ständige Ausbalancierung

Abschließend eine Schlußfolgerung: Auf dem Weg zu einer vitalen Gesellschaft müßte ‚gesund leben' heute nicht mehr nur – wie früher – die einseitige Entlastung von Lasten bedeuten, sondern vielmehr die ständige Ausbalancierung des menschengemäßen Gleichgewichts zwischen Entlastung und Belastung im Sinne des Spannungszustandes zwischen Selbstgenuß und selbstvergessenem Weggegebensein an anderes. Entlastung ist eben nicht zu maximieren, sondern nun zu optimieren – physisch wie sozial-moralisch. Das heißt konkret, daß wir uns künftig zwar weiterhin über Schritte der Entlastung freuen dürfen, aber auch für Schritte der Wiederbelastung zu sorgen haben. Es scheint so, als stünden die Medizin und das Gesundheitswesen nunmehr vor dem Paradigmenwechsel, der in der Physik vor 100 Jahren erfolgte, als man zu der Erkenntnis kam, daß Newtons Physik zwar nicht falsch sei, jedoch nur unter vereinfachten Sonderbedingungen gelte, wohingegen in der Sichtweise der Quantenphysik sich die Wirklichkeit als wesentlich umfangreicher, mehrdimensionaler und komplexer darstellt. Oder um es in einem Bild auszudrücken: Damit ein Schiff oder ein Fesselballon optimal freie Fahrt machen kann, muß auch der Ballast stimmen; gerade im Interesse der Befreiung von der Natur ist die Verankerung in der Natur von Bedeutung.

Wenn der durch Entlastungshilfen der Medizin, der Technik und Industrie eingeschränkte körperliche Bewegungsraum zur Muskelatrophie mit den Folgeschäden der Zivilisationskrankheiten (vom Diabetes bis zu den Herz-Kreislauf-Erkrankungen) führt, muß man die Grenzen, innerhalb derer man sich von der Last körperlicher Tätigkeit nicht ent-

lasten läßt, verteidigen oder wieder hinausschieben. Allmählich scheint das Problembewußtsein dafür wieder zu wachsen: An einem Bahnhof kann man zum Beispiel beobachten, wie fast alle Menschen mit nur noch fahrbaren Köfferchen die Rolltreppe hinaufstehen, aber zehn Prozent benutzen die normale Treppe. Fragt man diese nach ihrem Motiv, so lautet die häufigste Antwort: ‚Ich bin doch nicht blöd, ich lasse mich doch nicht noch von meinen letzten Selbstbewegungsmöglichkeiten enteignen.'

Die Verteidigung oder Hinausschiebung der Grenzen der eigenen Verfügbarkeit und damit der Freiheit gegenüber helfend-entlastenden Zugriffen betrifft aber auch einen Grundbestand von Schmerzen und Leiden (als Voraussetzung personaler Reifung) sowie der Angst und anderer Gemeinsinne. Überhaupt hat jeder sich sein Recht auf Krisen, Grenzsituationen und andere Lasten wie Behinderung, Krankheit, Altern, Sterben und Tod als ihm zugehörig zu sichern, soll das Leben wirklich erfahren, soll Gesundheit Vitalität sein und sollen Widrigkeiten biografisch genutzt werden. Das gilt auch für Katastrophenopfer. Hier meint Bert Hellinger mit Recht: ‚Wer ein wirklich schweres Schicksal hat, ist in der Regel stark genug, es zu tragen.' Therapeuten, die ohnehin nur die zweitbeste Ersatzlösung bieten können, haben sich auf die Ausnahmen von der Regel zu beschränken.

Verfasser: Prof. Dr. med. Dr. phil. Klaus Dörner, Hamburg."[137]

Der brutale Wettbewerb zwingt also zur Erschließung neuer Märkte. Das Ziel ist die Umwandlung aller Gesunden in Kranke, also in Menschen, die sich möglichst lebenslang sowohl chemisch-physikalisch als auch psychisch für durch Experten therapeutisch, rehabilitativ und präventiv manipulierungsbedürftig halten, um angeblich „gesund leben" zu können.

Heute schon „gegendert"?

Den auf das deutsche Volk angesetzten Psychokriegern, Feministinnen, Umerziehern und sonstigen Arbeitsscheuen gehen die

137 http://www.aerzteblatt.de/archiv/32976

Einfälle nicht aus. Nach „repressionsfreier Erziehung", Auflösung der Zweierbeziehung („Wer zweimal mit der gleichen pennt, gehört schon zum Establishment!"), Homo-Ehe, Inklusion und Zwangs(homo)sexualisierung deutscher Kinder an der vormalig reaktionären Bildungsstätte „Schule" bei gleichzeitiger „Modernisierung" unseres einst weltweit führenden Bildungssystems auf das Niveau südafrikanischer Bananenrepubliken zwingen diese dem deutschen Nachwuchs nun ihre neueste Schnapsidee auf: „Gender mainstreaming". Diese aus dem Angelsächsischen stammende Worthülse ist faktisch unübersetzbar. „Gender" ist das englische Wort für „Geschlecht" im grammatikalischen Sinn. Andere Übersetzungsvorschläge lauten: „geschlechtersensible Folgenabschätzung" oder „geschlechtsgleichstellungsorientierte Politik".

Was haben die frühere und die gegenwärtige Regierung Merkel gemeinsam? Was haben IM-Larve (Gauck), IM-Erika (Merkel), Finanzminister Schäuble und die jetzige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen gemeinsam? Antwort: Sie wollen das deutsche Volk grundlegend verändern. Es geht um „Gender-Mainstreaming" (GM). Nur wenige Menschen in der BRD wissen etwas mit diesem Begriff anzufangen, würde man sie hierzu auf der Straße befragen. Und doch handelt es sich um eine von der EU heißen Herzens herbeigebetete Lebensform, die ohne Rücksicht auf Verluste von oben nach unten durchgeprügelt wird. Offizielle Hauptschlagworte sind in diesem Zusammenhang Begriffe wie „Gleichstellung" und „Gleichbehandlung" bis hin zu „Nichtdiskriminierung".

Der Begriff wurde erstmals 1985 auf der 3. UN-Welt-Frauenkonferenz in Nairobi vorgestellt und dient den Globalisten seit der 4. UN-Welt-Frauenkonferenz in Peking im Jahre 1995 als deren neueste Wunderwaffe in ihrem Kampf gegen organisch gewachsene gesellschaftliche Strukturen. Das Ziel der Dirigenten des „Gender mainstreaming" ist die Ausschaltung des familiären Erziehungsmonopols. Der Nachwuchs soll durch eine identitätslose, leicht zu manipulierende Masse von mehr oder weniger gleichförmigen Wesen ersetzt werden. Die berühmten „blauen Ameisen" Mao Tse Tungs lassen grüßen.

Die konservative Berliner Wochenzeitung *Junge Freiheit* brachte in ihrer Ausgabe Nr. 39/2007 vom 21. September 2007 ein Interview mit Frau Gabriele Kuby, einer konservativen Katholikin, welche im linken Milieu ihres Vaters aufwuchs, später aber konvertierte. Ihr Vater, Erich Kuby, war als literarisch-journalistische Systemschranze unseligen Andenkens bekannt.

„Frage: Es gab nie eine öffentliche Debatte über Gender-Mainstreaming, weder im Parlament noch in den Medien.
Kuby: GM lebt davon, daß es eben keine öffentliche Debatte darum gibt, denn das würde diese Monstrosität zu Fall bringen. Zum einen ist der Versuch, die Geschlechtsdifferenzierung abzuschaffen, so absurd, daß es kaum jemand für möglich hält, zum anderen bedienen sich die Gender-Ideologinnen einer so verquasten, häßlichen, bewußt verschleiernden Sprache, daß kaum jemand mitbekommt, worum es geht.
Frage: Um was geht es?
Kuby: Es geht um die Schaffung des neuen Menschen für die ‚Schöne neue Welt', den geschlechtsvariablen, bindungslosen Menschen, den kaum etwas anderes interessiert als seine eigene Triebbefriedigung. Mit ihm kann der Staat, der immer eine Tendenz zur Diktatur hat, alles machen.
Frage: Übertreiben Sie nicht?
Kuby: Ich wünschte, es wäre nur bei der warnende Phantasie der ‚Schönen neuen Welt' des britischen Schriftstellers Aldous Huxley geblieben. Aber seine berühmte Fiktion erweist sich heute als Realität."

In vergangenen Zeiten dienten Schulen der Vermittlung von Wissen. Die Menschheits-beglücker, nicht nur jene der Ostküste, haben bekanntlich mit dieser faschistoiden Geisteshaltung aufgeräumt und die Schulen in Laboratorien zur Heranzüchtung der benötigten Bio-Masse umfunktioniert; einen auf ihre Machterhaltung abgerichteten Menschenschlag, dem das Licht des Tages nicht allzu hell leuchtet. Der Mensch der Zukunft muß so beschaffen sein, wie man ihn braucht; überflüssiges Wissen würde das Endziel tangieren.

Für die „Gender"-Theoretiker ist die Einteilung der Menschheit in Männlein und Weiblein ein Betriebsunfall der menschlichen Zivi-

lisation, den es auszugleichen gilt. Ist doch die Geschlechterunterteilung lediglich die Folge repressiver Erziehung, weshalb besagter Betriebsunfall mit den entsprechenden Mitteln zu neutralisieren ist. Ein weiterer Aspekt in diesem Spiel mit staatlich gezinkten Karten ist die Überordnung sexuell abartig Veranlagter über sexuell Normale, die in der Diktion der Gender-mainstream-Protagonisten in der Form von „Zwangsheteros" figurieren. Wenn Sex zwischen den Geschlechtern durch Sex mit dem eigenen Geschlecht ersetzt wird, ist eine unfruchtbare Gesellschaft die logische Folge, es sei denn, man erweckt die Reproduktion durch Zellteilung zu neuem Leben.

Wie die meisten Ergüsse induzierter Irrer hat dieser Aspekt mit der Wirklichkeit wenig bis nichts zu tun. In allen Kulturen haben die Geschlechter unterschiedliche kulturelle Merkmale, Frauen tragen für gewöhnlich Röcke und die Männer Hosen. Kleine Mädchen wickeln ihre Puppen, während die Jungen eher mit Pfeil und Bogen spielen. Frauen haben meist einen stark ausgeprägten Pflegetrieb, während Männer für gewöhnlich im Schutze der ihnen anvertrauten Familie ihre geschlechtsspezifische Hauptaufgabe erkennen.

Diese Unterschiede entwickelten sich nicht aus den vermeintlich biologischen Unterschieden, sondern wurden vererbt und bestehen somit seit mehreren hunderttausend Jahren. Da sich die Wirklichkeit nicht nach ideologischen Interessen richtet, propagiert man die Behauptung, das geschlechtsspezifische Rollenverhalten sei lediglich „anerzogen".

In der BRD wäre in erster Linie das Familienministerium unter der Ägide von Familienministerin Kristina Schröder (CDU) für die politisch korrekte Umsetzung dieses neuesten Tunnelblicks der Globalisten zur Verantwortung zu ziehen. Wie schon ihre Vorgängerin Ursula von der Leyen betreibt sie eine radikal-feministische Politik im Interesse der Globalisten, deren Lobbyistin sie zu sein scheint. Letztere Dame hat sich unsterbliche Verdienste durch die Verbreitung einer Broschüre erworben, in der sie allen Erziehungsberechtigten empfiehlt, durch entsprechende Behandlung der in Betracht kommenden Körperteile bereits bei Kleinkindern sexuelle Gefühle zu erregen, was letztendlich selbst der CDU-Spitze

zu viel war; vermutlich aber nur aus rein wahltaktischen Gründen. Als Folge massiver Proteste hat das Familienministerium dieses kinderpornographische Elaborat wieder aus dem Verkehr gezogen. Dies sehr zum Verdruß der Verfasserin Ina-Maria Phillips, einer von Ursulas Seelenschwestern. Das Volk das Dumme, zwingt einen, sich weiterhin zu gedulden.

An der Juristischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität hat sich die Familienministerin eine als „Gender-Kompetenz-Zentrum" bezeichnete Kaderschmiede geschaffen, die die Auflösung der Familie an vorderster Front betreibt. Auf der Internetseite des Familienministeriums wirkt die Absicht – oberflächlich gelesen – wertneutral.

„Die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern wird effektiv gefördert, wenn sich die Arbeit der gesamten Bundesverwaltung durchgängig am Leitprinzip der Gleichstellung von Frauen und Männern orientiert. Diese Strategie, für die sich in Europa der Begriff ‚Gender mainstreaming' etabliert hat, basiert auf der Erkenntnis, daß es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt und Männer und Frauen in sehr unterschiedlicher Weise von politischen und administrativen Entscheidungen betroffen sein können."

Soviel zum Sand in den Augen der Öffentlichkeit.

Was uns hier als übergreifendes Rollenverständnis verkauft wird, ist in Wirklichkeit eine aus ideologischen Motiven gewollte Geschlechtseinebnung und somit die neueste idée fixe des Systems. Da ein eingeschlechtliches Wesen nicht zu kreieren ist, versuchen induziert Irregemachte dieses Fehlverhalten der Natur dadurch zu kompensieren, daß zumindest die oberflächlichen geschlechtlichen Unterschiede eingeebnet erscheinen. Darüber stellt sich die Frage, was derart psychologisch verformte Gestalten eigentlich des Nachts träumen. Die neuesten pädagogischen Leitlinien fordern ein Hineindrängen von Mädchen in Männerberufe, während man die Jungen nötigt, sich mit Handarbeit, Pflegeberufen, Kochen und ähnlichem zu befassen. Die Berufsberater wurden beauftragt, Jungen möglichst in Frauenberufe zu vermitteln. Seit etwa andert-

halb Jahren finanziert das Bundesministerium die Aktion „Neue Wege für Jungs", eine Art Berufsberatung für männliche Jugendliche, während Mädchen von den gleichen Berufsberatern dazu gebracht werden, auf die klassischen Frauenberufe wie Friseuse oder Altenpflegerin zu verzichten. So erleben wir es, daß „Neue Wege für Jungs" den männlichen Schulabgängern eben jene Pflegeberufe empfiehlt, die man jetzt Mädchen möglichst vorenthält.

Wenn Frauen ihr angeborener Pflegetrieb ausgetrieben ist und Männer ihre Schutzaufgabe über die Familie nicht mehr wahrnehmen können oder dürfen, ist das angestrebte Ziel in seinem wesentlichstem Teil erreicht. Die Gender-Strategie funktioniert nur dann, wenn der Mann seiner Funktion als Familienvorstand enthoben ist; was ja wohl eindeutige Absicht ist. Deshalb auch soll seine Entmännlichung so früh als möglich einsetzen.

In Berlin agiert ein mit dem „Gender-Kompetenz-Zentrum" verbundener Verein unter dem Namen „Dissens". Dieser gibt zwecks Tarnung vor, Jungenarbeit zu betreiben, versucht sich aber de facto an der psychischen Geschlechtsumwandlung.

„Dissens"-Mitarbeiter spielten anläßlich einer Projektwoche mit Jungen im Berliner Stadtteil Marzahn einen „Vorurteilswettbewerb" – was immer das sein soll –, an dessen Ende die Erkenntnis stehen sollte, daß sich Männer und Frauen in den wesentlichsten Punkten der Geschlechterrolle nicht unterscheiden. Darüber entspann sich unter anderem eine Debatte um die weltbewegende Frage, ob Mädchen auch im Stehen pinkeln sollen. Am Ende warfen die „Dissens"-Leute einem besonders uneinsichtigen Jungen vor, *„daß er eine Scheide habe, und nur so tue, als sei er ein Junge"*. Genau so steht es im Protokoll. Einem Knaben die Existenz seines Geschlechtsteils abzusprechen. ist ein Stück aus dem absurden Theater.

Diesen „Dissenslern" geht es unter anderem um die „Zerstörung von Identitäten", wie sie selbst schreiben. Das Ziel einer „nicht identitären Jungenarbeit" sei „nicht der andere Junge, sondern gar kein Junge". Diese Burleske ist unter anderem nachzulesen in Ger-

hard Wisnewskis Buch: „2009 – das andere Jahrbuch, verheimlicht, vertuscht, vergessen“ (S. 140 ff.).

In einem anderen Fall schickte das Umweltministerium von Nordrhein-Westfalen im Auftrag unserer Familienministerin ein Expertenteam, eine Soziologin und eine Ökotrophologin mit einem immanent wichtigen Auftrag in den Nationalpark Eifel: „Gender Mainstreaming im Nationalpark Eifel – Entwicklung von Umsetzungsinstrumenten“. Man wollte beweisen, daß Sexismus nicht vor den Grenzen von Naturschutzgebieten halt macht.

Nach elf Monaten Arbeit legte das Forscherteam einen 67-seitigen Abschlußbericht vor. Unter anderem empfahl es, Bilder von der Hirschbrunft aus Werbebroschüren zu streichen, da derartiges „stereotype Geschlechterrollen“ fördere. Die Landesregierung überwies 27.000,-- Euro für die Studie.

Die Schöpfer der Neuen Weltordnung (NWO) werden nie begreifen, daß Naturgesetze nicht durch ideologische Zaubersprüche außer Kraft zu setzen sind; da hilft auch kein Beten zu den einschlägigen Göttern. Sieht man einmal von den Witzen ab, die hinter vorgehaltener Hand über die amtliche Weisung gemacht werden, an den Universitäten männliche Professoren mit „Frau Professorin“ anzureden (wie zum Beispiel an der Uni Leipzig), erweist sich der gesamte Gender-Mainstream-Klamauk als ein Hornberger Schießen der Sonderklasse. Außer Spesen – für die der Steuerzahler aufkommt – nichts gewesen.

Die *Berliner Morgenpost* veröffentlichte am 18. August 2013 auf Seite 5 eine in schöne Worte gepackte vernichtende Kritik über das Gesamtergebnis dieses Umerziehungsversuches:

„Mädchen zeigen wenig Interesse für technische Berufe –
Schüler suchen im künftigen Beruf vor allem Sicherheit
von Inga Michler
Berlin – ‚Wie wunderschön du malen kannst.‘ Birgit Henrichs haßt diesen Satz. Zumindest dann, wenn er sich an kleine Mädchen richtet. ‚Das ist der Klassiker‘, sagt die Berliner Museumspädagogin. Da bastelt

man mit einer Gruppe von Kindern buntbemalte Windräder, und die Eltern am Rande bedienten alle Klischees: ‚Ihre Söhne loben sie für die tollen Baukonstruktionen, ihre Töchter, weil sie so hübsch malen.' Birgit Henrichs ist überzeugt: Es sind diese kleinen Dinge, die den Mädchen von heute schon früh den Forscherdrang nehmen.
Henrichs führt Kinder und ihre Eltern durch Technikausstellungen in der Hauptstadt – seit mehr als 20 Jahren schon. Und sie hat beobachtet: ‚Die Eltern sind immer rückständiger geworden.' Anders als vor 20 Jahren fehlt heute vielen für Geschlechterfragen schlicht das Bewußtsein: ‚Da werden die Weichen schon ganz früh falsch gestellt.'
Die Mädchen von heute jedenfalls zeigen noch immer erschreckend wenig Interesse an technischen Berufen. Sie träumen von einer Ausbildung im Sozialen, in den Bereichen Gesundheit und Pflege, Erziehung oder Design. Bei den Jungen dagegen stehen, getreu allen Klischees, der technisch-mechanische Bereich, stehen Bau und Handwerk, Polizei und Verteidigung wie Informatik ganz oben auf der Wunschliste für eine Lehrstelle, wie eine repräsentative Schülerbefragung des Marktforschungsunternehmens Trendence ergab.
Die Entwicklung muß den Arbeitgebern besonders Sorgen machen: Nie wollten weniger Schüler ein Ingenieursstudium aufnehmen als heute. Schon jetzt fehlen in Deutschland Schätzungen zu folge über 100.000 Ingenieure. Allen Werbekampagnen zum Trotz liebäugeln aber nur 7,3 Prozent der künftigen Studenten mit diesem Fach. Bei den Jungen sind es immerhin 16,3 Prozent, bei den Mädchen aber nur verschwindende 3,5 Prozent.
Von Januar bis Juni hat Trendence über 10.000 Schüler der Klassen 8 bis 13 online nach ihren Interessen und Berufsplänen befragt. Die Polizei ist danach weiterhin der mit Abstand beliebteste Arbeitgeber in Deutschland. auf den Plätzen zwei bis vier folgen, wie bereits im Vorjahr, die Bundeswehr und BMW. Mehr als ein Drittel aller Schüler würde sich unter all ihnen bekannten Arbeitgebern ‚am ehesten' bei einem dieser Top vier bewerben. ...
‚Wir haben es mit einer Generation Wollmützen zu tun', sagt Studienleiterin Manja Ledderhos. ‚Vielen jungen Leuten gehen Jobsicherheit und Kollegialität vor Eigenverantwortung und hohem Einstiegsgehalt.' Polizei und Bundeswehr können beim Nachwuchs zudem mit ihrer Präsenz vor Ort Punkten. Viele seien nicht bereit, für einen neuen Job umzuziehen."

Für die Gemeinschaft deutscher Frauen

Von Runhild Köster

„Gender-Mainstreaming“ (GM)ist mittlerweile das Leitprinzip aller Bundesbehörden. Was die rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2000 ins Rollen brachte, wird unter der „Groko 2“[138] weiter vorangetrieben. Auf der Weltnetzseite des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend heißt es: *„Gender-Mainstreaming bedeutet, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt.“*

Die Journalistin Bettina Röhl (eine der Töchter von Ulrike Meinhoff) beschreibt in der Zeitschrift *Cicero* den Sinn und Zweck von GM treffend: *„GM heißt im Klartext: kompletter Umbau der Gesellschaft und Neuerfindung der Menschheit. GM ist eine Art totalitärer Kommunismus in Sachen Sex und Geschlechterbeziehung. Mädchen in die GM-Förderprogramme, Jungs in die ‚Gender-Mainstreaming'-Umerziehungsschule, wo sie die historischen Verbrechen der Männer an den Frauen büffeln. Und die Familie? Abgeschafft. Nur schwach kann GM verbergen, daß hier eine Art pseudowissenschaftlicher Rassismus und letztlich auch Sexismus zwischen den Geschlechtern initiiert wird, an dessen Ende eine männerlose Welt stehen könnte. Eine Allmachtsphantasie.“*

Die US-Amerikanerin Judith Butler, eine glühende GM-Verfechterin bezeichnete die Gender-Theorie als *„gemeinsamen Schirm für alle Gendernauten und sexuell Gesetzlose, ein Dach für Lesben, Bisexuelle, Schwule und Transsexuelle“.*

Neu ist jedoch, daß dies kranken und widernatürlichen Gedanken jetzt von Regierungsebene abgesegnet und sogar gefördert werden. GM ist das erklärte Ziel der Bundesregierung und wird von allen Parteien des Bundestages mitgetragen. Seit 2001 veranstaltet die

138 Groko – Große Koalition

Bundesregierung jährlich den sogenannten „Girl's Day". Er dient dazu, Mädchen die männlich dominierten Berufe wie Gerüstbauer, Dachdecker, Techniker schmackhaft zu machen. Im Gegenzug sollen sich Jungen für die freiwerdenden typisch weiblichen Berufe wie Hebamme, Erzieherinnen, Krankenschwester, Altenpflege interessieren. Dies geschieht in dem seit knapp drei Jahren laufenden Projekt „Neue Wege für Jungs" als Ergänzung zum sogenannten „Girl's Day". Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZfgA) gibt verschiedene Broschüren zur „Gender-Theorie" heraus. Eines der Hefte („Körper, Liebe, Doktorspiele"), welches 2007 auf öffentlichen Druck vom Markt genommen werden mußte, ruft zur wechselseitigen Stimulierung der Geschlechtsorgane von Eltern und Kleinkind auf.[139]

Wofür man eigentlich nach vernünftigem Menschenverstand wegen Pädophilie ins Gefängnis gehört, wurde öffentlich vom Bundesfamilienministerium empfohlen und gefördert. Aber die Beeinflussung der Kinder geht noch weiter. In dem Buch „Verstaatlichung der Erziehung – Auf dem Weg zum neuen Gender-Menschen", schreibt die Autorin Gabriele Kuby u. a.: *„Ab 10 Jahren setzen in den Schulen die Werbung und Schulungsmaßnahmen zur Homosexualität ein, noch nicht überall so kraß wie in Berlin, Hamburg und München, aber mit einheitlicher Ausrichtung. Eine ‚Handreichung für weiterführende Schulen' des Senats von Berlin zum Thema ‚Lesbische und schwule Lebensweisen' ist eine ausgefeilte Anleitung zur Homosexualisierung der Schüler."*

Die Hinarbeitung auf allein sexuelle Dinge, bei der vor allem die eigene Lustbefriedigung im Mittelpunkt steht, läßt eine Vorbereitung auf die klassische Rolle als Eltern und verantwortungsvolle Partner nicht mehr zu. Es findet beispielsweise die Heranbildung einer geschlechts- und damit identitätslosen Masse statt. Denn ohne Identität ist der Mensch wurzellos und dadurch ein manövrierfähiges Individuum. Da bekommt der Ausbau der Krippenplätze doch eine ganz neue Qualität. Es fügt sich alles zusammen.

139 siehe auch *Deutsche Stimme*, Riesa, Nr. 9/2007, S. 28

Zum Schluß noch einmal ein Zitat von Gabriele Kuby: *„Es geht um die Schaffung des neuen Menschen für die ‚Schöne neue Welt' ... der geschlechtsvariable, bindungslose Mensch, den kaum mehr etwas anderes interessiert, als seine eigene Triebbefriedigung. Mit ihm und ihr kann der Staat, der immer eine Tendenz zu Diktatur hat, alles machen."*

Wir zitierten bis hier aus dem Beitrag „Gender Mainstreaming – Gleichberechtigung oder Gehirnwäsche?" von Runhild Köster, in: *Deutsche Stimme*, Riesa, April 2008, S. 24.

Zu den engagierten Frauen, die sich mit dem Umerziehungsinstrument „Gender-Mainstreaming" kritisch befassen, gehören neben Gabriele Kuby und der Autorin und Schauspielerin Inge Thürkauf, auch Eva Herman und Christa Meves. Gabriele Kuby und Inge Thürkauf sind zwei zum Katholizismus konvertierte zeitkritische Geister. Eva Herman schrieb 2010 in einem Aufsatz:

„Die Sexualisierung bei Kindern treibt seit einigen Jahren auf Grund des Gender-Mainstreaming grausige, eine ganze Gesellschaft verändernde Blüten. Kindern wird inzwischen an zahlreichen Schulen im ‚Gender'-Unterricht – ein neues Fach – die verschiedenen Möglichkeiten der Geschlechterausübung nahe gebracht. Sie sollen von dem bisher herrschenden ‚stereotypen' Bild des Mannes und der Frau weggelenkt werden, vielmehr lernen sie nun, daß es weder ein festes männliches noch ein festes weibliches Geschlecht gibt, sondern daß dazwischen noch viele Möglichkeiten wie Bi-, Homo- oder Transsexualität herrschen, die durchaus normal seien. Auch daß sie die jeweiligen Neigungen wechseln können, lernen die Schüler im Unterricht, und daß dies alles ebenso ganz normal sei.
Inzwischen schreckt man nicht mehr davor zurück, die Geschlechterabschaffung bereits in Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulen umzusetzen, frei nach dem sozialistischen Kampfkonzept: Je früher das Gehirn gewaschen wird, desto leichter funktioniert dann später das Umerziehungsprogramm! Ein bereits früh gegendertes Kind wird wie selbstverständlich davon ausgehen, daß es Mann und Frau nicht gibt! Sondern daß die Angebotspalette bunt und viel größer ist.
Die Vermittlung der Freizügigkeit in der Geschlechterwahl gilt derzeit für deutsche wie europäische Kindergärten. Im ‚Online-Handbuch für Kindergarten-Pädagogik' heißt es unter anderem:

‚Im Kindergarten müssen wir sowohl unsere eigene Geschlechtssozialisation bedenken, als auch überlegen, welche Bedürfnisse Jungen und Mädchen äußern und dann auf diese Bedürfnisse eingehen. Dies beginnt mit der Reflexion über die eigene Sozialisation, macht sich an Personen fest, die hier mit Jungen und Mädchen arbeiten, und hört nicht zuletzt bei der Raumgestaltung auf, die darauf abgestimmt werden muß, welche Bedürfnisse Jungen und Mädchen im Bezug auf Spielräume haben. Der klassische Kindergarten mit Bauecke und Puppenecke in jedem Gruppenraum sollte überprüft werden. Funktionsräume sind für die individuellen Bedürfnisse von Kindern besser geeignet, vor allem auch im Bezug auf die Genderthematik. Dort hat man festgestellt, daß Jungen und Mädchen Räume nicht geschlechtsspezifisch, sondern interessenbezogen nutzen.'
Was heißt das im Klartext? Ganz einfach: Daß es das typische Verhalten eines Mädchens oder Jungens eben auch nicht mehr geben soll."

Abschließend noch zwei Absätze aus diesem Aufsatz von Eva Herman:

„Individuum, Identität, das Verhältnis von Leib/Körper und Person und Seele, die neuere Ineinssetzung von Psychischem und Gehirn, all das steht zur Debatte, es kann nicht weiter so gedacht werden wie bisher. ... Wer zudem die derzeitigen politischen Bemühungen beobachtet, daß nämlich Kinderrechte von fast allen übrigen Parteien partout und unbedingt im Grundgesetz festgeschrieben werden sollen, damit u. a. das Recht eines Kindes auf ‚frühkindliche Bildung' gewährleistet wird, muß erkennen, daß in Wahrheit damit nur ein einziges Ziel verfolgt und somit auch erreicht wäre: Der gesetzlich vorgeschriebene Krippenaufenthalt! Krippenpflicht! Und das bedeutet Zwangsgenderisierung für ALLE Kleinkinder! Kinderrechte sind durch die Menschenrechte automatisch und längst im Grundgesetz verankert! Allerdings nur unter dem Aspekt, daß man Kinder auch als Menschen betrachtet!"[140]

Der Problemfall Judith Butler

Männer und Frauen gibt es überhaupt nicht: Man wird erst durch eine falsche Erziehung so wie man sich später gibt. So zumindest

140 *Stimme des Reiches*, Verden/Aller, März-April 2014, S. 3

predigte es Simone de Beauvoir, und so predigt es neuerdings Judith Butler.

Männer und Frauen sind ähnlich den Mendel'schen Erbgesetzen und der gesellschaftlichen Sexualzuweisung das Produkt einer gesellschaftlich-zivilisatorischen Fehlentwicklung, deren Ausmerzung geheiligte Aufgabe aller Adepten der „Frankfurter Schule" ist. Das Schlüsselwort zu dieser neuesten aller Existenztheorien lautet „Gender-Mainstream". In der Erfüllung dieser heiligen Pflicht hat sich eine US-Professorin mit dem Namen Judith Butler explizit hervorgetan. Zugleich ist sie die Entdeckerin des Wortes „Zwangsheteros".

Die wohl einflußreichste und radikalste Vertreterin dieser allerneuesten Lebensform ist die im kalifornischen Berkeley lehrende Professorin für Rhetorik und Komparistik, Judith Butler. Für Butler ist die Geschlechtsidentität der meisten Menschen ein durch falsche Erziehung induzierter Aberglaube, den sie von frühester Jugend an eingebläut bekommen. Den Gender-Adepten ist es gelungen, aus der von Butler entwickelten akademischen Nischendisziplin ein zwangsedukatorisches Großprojekt zu machen, dessen Existenz eine Wolke komplizierter Ausdrücke vernebelt, die kaum jemand versteht und die wohl auch nicht jeder Zeitgenosse verstehen soll. Otto Normalverbraucher könnte sonst aufgeschreckt werden.

Judith Butler wuchs in Cleveland, Ohio, auf. Ihre Eltern, eine Wirtschaftswissenschaftlerin ungarischer Herkunft und ein Zahnarzt aus Rußland, waren praktizierende Juden und stark politisch engagiert. Allerdings hat sich Frau Butler bisher – was zu ihren Gunsten spricht – den Forderungen des zionistischen Chauvinismus verweigert; sie ist eine Gegnerin der von den Zionisten geforderten jüdischen Sonderstellung über andere Völker.

Sie besuchte eine jüdische Schule und erlernte Hebräisch. Bereits mit 14 Jahren begann sie sich für Philosophie zu interessieren. Von 1974 bis 1982 war sie Stipendiatin an der Yale University und widmete sich dort dem Studium der europäischen Philosophie, mit Schwerpunkt deutsche Philosophie. Darüber dürfte sie sich in den Tentakeln der „Frankfurter Schule" verfangen haben. 1978/1979

absolvierte sie mit einem Stipendium des Fulbright-Programms ein akademisches Jahr in Heidelberg, wo sie ihre Hegel-Studien vollendete. Am 11. September 2012 wurde ihr, sozusagen als Krönung ihres Wirkens, der Adorno-Preis zugesprochen.

Im Zentrum ihres persönlichen Feminismus steht ihr 1990 veröffentlichtes Buch „Das Unbehagen der Geschlechter" (Originaltitel: „Gender Trouble"), das ihr den Ruf einer alles überragenden Feministin einbrachte. Ihre sexuelle Orientierung entspricht ihrem äußeren Aussehen: lang aufgeschossen, kurzes Haar. Sie lebt mit der Politologin Wendy Brown zusammen und dürfte wohl den männlichen Part der Beziehung spielen.

Die Bezeichnung „Gender-Mainstreaming" ist in unserem Land nur wenigen Frauen bekannt, obwohl dieser neue „Trend" angeblich dem ureigensten weiblichen Interesse dient.

„‚Gender-Mainstreaming' ist die offizielle Grundlage der Politik der Europäischen Union und zahlreicher EU-Länder, darunter auch Deutschland. Mit ‚Gender' ist das sogenannte ‚soziale Geschlecht' gemein, dem die Idee zu Grunde liegt, daß die Rolle von Männern und Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft nicht von Natur aus gegeben, sondern erlernt sei. Männer und Frauen würden nicht als Männer und Frauen geboren, sondern zu Männern und Frauen ‚gemacht'. Etwa durch öffentlich geprägte Rollen oder natürliche Erziehung in Elternhäusern und Kindergärten.
Welche fatale Folgen dieses Konzept hat, schilderte im vergangenen Jahr das Hamburger Nachrichtenmagazin ‚Der Spiegel'. In einem Beitrag berichtete der Autor von Umerziehungsmaßnahmen, die in Vereinen praktiziert werden würden. Jungen werde fortwährend eingeredet, eigentlich keine Jungen zu sein – sondern nur entsprechend erzogen. Solche tatsächlich praktizierte Umerziehung geschehe in Einrichtungen, die selbstverständlich mit EU-Geldern für ihre Arbeit unter Jugendlichen und Kindern gefördert würden, so der ‚Spiegel'."[141]

141 Andreas Dippel, „Europa im Genderwahn", in: *Pro. Christliches Medienmagazin*, Nr. 5/2008, S. 17
sowie: http://www.kath-info.de/gender.html
sowie: http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-57570268.html

Der interessierte Leser hat vermutlich bemerkt, daß das Thema „Gender-Mainstream" einen beachtlichen Anteil am Inhalt dieser Schrift einnimmt. Für den, der es noch nicht bemerkt hat: Tatsache ist, daß die psychische Beschaffenheit aller humanitär Erleuchteten und sonstigen Adepten einer NWO dadurch tangiert wird, daß die Menschheit von des Geschickes Mächten in zwei unterschiedliche Kategorien unterteilt wurde – das weibliche und das männliche Geschlecht.

Möglicherweise sind die Betroffenen des Glaubens, daß die aus der Mode gekommene Reproduktionsmethode durch Zellteilung ihnen bei der Kreierung ihrer Neuen Weltordnung viel Ärger ersparen würde. Näherliegend wäre die folgende Grundidee: Durch die Verweiblichung des Mannes wird dessen überbordender Aktivismus gezügelt, und man träfe bei der Schaffung der NWO auf weniger Widerstand.

Befragt man das Internet oder andre Informationsmedien, erhält man für gewöhnlich Antworten wie diese.

„Die von der Familienministerin von der Leyen (CDU) durchgesetzte Gleichstellungspolitik verfolgt mehrere Ziele. In den Vordergrund wird das von vielen jungen Eltern, zumal Müttern, drängend empfundene Problem der ‚Vereinbarkeit von Beruf und Familie' gestellt. Die geplanten Veränderungen gehören aber haushalts- und gesetzestechnisch teilweise auch zum Ministerium für Arbeit und Soziales, das von dem vormaligen SPD-Vorsitzenden Müntefering geführt wird. Denn der eigentliche, aber selten offen dargelegte Zweck dieser Politik ist die Erhöhung der Frauenerwerbsquote. Dies Gleichstellung von Mann und Frau soll durch die Vollbeschäftigung beider verwirklicht werden."[142]

Der Verfasser bezweifelt, daß dies die eigentliche Antwort auf diese nicht gestellte Frage ist. Schließlich laboriert man ja wieder einmal an einem Menschen des neuen Typus'.

Im Eifer der Verkündung übersehen die Protagonisten, daß das Experiment bereits gescheitert ist. Weder drängeln sich Jungen

142 „Gender-Mainstreaming – politische Geschlechtsumwandlung", in: *FAZ*, 28. 2. 2014

nach Mädchenberufen noch Mädchen nach Jungenberufen, trotz des jährlichen „Girl's Day" und anderer agitatorischer Finessen. Das gesamte Experiment scheint aus einer bestimmten, äußerst finanzstarken Ecke gesteuert zu sein, die dadurch die Aufmerksamkeit auf sich zieht, daß sie von Zeit zu Zeit von irgendwelchen kuriosen Einfällen – die dann auch mit entsprechender Bravour verwirklicht werden müssen – befallen wird. Diese Interessengruppierung bedient sich im vorliegenden Fall u. a. jener Judith Butler, vermutlich um vor den eigentlichen Erfindern des irren Konzeptes abzulenken. Besagter Judith Butler und ihrer Anhängerschaft entging offensichtlich, daß es der holden Weiblichkeit obliegt, Kinder zu gebären und – schlimmer noch – auch zu erziehen. Die Sache der menschlichen Reproduktion ist also durchaus nicht „wechselseitig", was die Grundvoraussetzung einer rationalen Begründung der „Gender-Mainstream-Theorie" wäre. Allein diese Tatsache führt die ganze Sache ad absurdum.

Zudem übersieht man in einschlägigen Kreisen, daß Frauen für gewöhnlich um ein Drittel leichter sind als ihre männlichen Partner und durchschnittlich zehn Zentimeter kleiner. Zudem können weibliche Personen meistens schlecht werfen. Dieses Defizit erwähne ich deshalb, weil die Gender-Adepten zu gerne die Streitkräfte der westlichen Welt durch die Rekrutierung von weiblichen Soldaten zersetzen möchten. Frauen schaffen es oftmals nicht, eine Übungshandgranate über die Sicherheitsgrenze zu werfen. Im Ernstfall würden sie sich selber verletzen oder gar töten. Es waren gerade die überproportional militarisierten Nationen, die zwar Frauen militärisch ausbildeten, sie aber nur im allerschlimmsten Fall einsetzten, beispielsweise bei der Verteidigung Berlins im April 1945.

Es war die israelische Armee, die auf Grund ihrer negativen Erfahrung im Krieg 1948/49 nie wieder Frauen in Kampfhandlungen verwickelt sehen wollte. Die einzelnen Gründe dafür sind bekannt und haben nichts mit irgendwelchen negativen weiblichen Aspekten zu tun. Sie sind rein physischer und psychischer Art, und zwar auf beiden Seiten des geschlechtlichen Seins. Ausgerechnet die weltfernen Gender-Adepten wollen gegenwärtig, aus Gründen

der Gleichberechtigung – wie sie Glauben zu machen versuchen – Frauen militarisieren.

Doch es gibt Judith Butler, die der Welt erklärt, wie der Unterschied zwischen den Geschlechtern zu neutralisieren ist – egal, wie viel Unfug dabei angerichtet wird. Das Zusammenleben von Mann und Frau wie auch das gegenseitige sexuelle Begehren zwischen den unterschiedlichen Geschlechtern ist für sie und ihre Nachbeter Ausdruck eines reaktionären Repressionssystems, nämlich der „Zwangsheterosexualität".

Der Begriff „Gender-Mainstream" ist nur wenigen Menschen des Landes BRD bekannt, auch wenn sie dessen Wirkung – unbewußt – ausgesetzt sind. Daß sie zum Opfer einer Gehirnakrobatik wurden, bleibt ihnen daher zwangsläufig verschlossen. Man findet in den zahlreichen Publikationen zum Thema nur in Ausnahmefällen den Versuch einer verständlichen Erklärung, nicht einmal auf der Homepage des Familienministeriums. Diese Instanz unterhält seit Oktober 2003 unter dem Dach des Zentrums für Geschlechterstudien an der Berliner Humboldt-Universität ein sog. „Gender-Kompetenzzentrum". Selbst dieses bietet keine verständliche Erklärung zum Thema. Die Unverständlichkeit erscheint somit also gewollt. „Politische Geschlechtsumwandlung" wäre wohl eine passende Übersetzung. Doch diese Version würde jeden geistig Gesunden in die Flucht treiben.

Und die Moral von der Geschichte: Außer Spesen – für die der Steuerzahler aufkommt – wieder einmal nichts gewesen. Auch dieser neueste Geniestreich wird, wie auch alle anderen des letzten Jahrhunderts, über kurz oder lang dem beabsichtigten Vergessen anheim fallen.

„Dictum sapienti sat est!"[143]

143 dt., „Das Gesagte genügt dem Verständigen!"

Nachtrag – Ein Interview mit Thilo Sarrazin (SPD).

Die Fragen stellte die Journalistin Ulrike Ruppel. Das Interview erschien am Montag, dem 19. Januar 2015 in der Tageszeitung *Berliner Zeitung*, einem Blatt aus dem Berliner Springer-Verlag.

„Frage: Herr Sarrazin, was geht Ihnen jetzt durch den Kopf?
Antwort: Verschiedenes. Mit einigem Interesse beobachte ich die taktischen Bewegungen unserer Bundeskanzlerin. Sie hat lange gewartet, bevor Sie am Neujahrstag ‚Pegida' in die fremdenfeindliche Ecke stellte. Jetzt hat sie wiederum sehr lange gewartet, bis Sie im FAZ-Interview erklärte, es sei auch die Aufgabe der muslimischen Gemeinschaft, zum Islam klare Grenzen zu ziehen.
Frage: Am Montag sagte sie: ‚Der Islam gehört zu Deutschland.' Wie kam das bei Ihnen an?
Antwort: Wenn Sie damit meinte, daß die vier (?) Millionen Muslime in Deutschland volle Bürgerrechte genießen und uns willkommen sind, sofern sie sich integrieren, ist das richtig – aber auch selbstverständlich und banal. Wenn es aber heißen soll, daß der Islam Teil unseres historischen Erbes und unserer kulturellen Traditionen sei, ist das sachlich falsch. Vor allem verdeckt die Äußerung das Problem, daß ein Teil der muslimischen Mitbürger sich kulturell bei uns gar nicht integrieren will und daß daraus Probleme erwachsen.
Frage: Das klingt, als hegten Sie Sympathien für Pegida.
Antwort: Ich kenne die Teilnehmer bei Pegida nicht. Aber ich habe Verständnis für Menschen, die sich Sorgen machen, denn ich mache mir auch Sorgen. Ich glaube, daß viele Teilnehmer an den Demonstrationen davor warnen wollen, daß es bei ihnen so wird wie in Paris oder Neukölln.
Frage: Warum gehen denn die Leute in Neukölln nicht auf die Straße?
Antwort: In Berlin und in Westdeutschland haben wir einen ganz anderen Druck politischer Korrektheit, wir haben den kollektiven Druck der Politik, der Medien, und der muslimischen Mitbürger. Ich glaube, da haben viele Menschen resigniert, oder trauen sich nicht.
Frage: Diese Demonstrationen spalten die Gesellschaft – wo wir doch alle zusammenleben müssen.
Antwort: Aber man darf nicht so tun, als sei alles in Ordnung. Es ist in Berlin eine Tatsache, daß sich ein Teil der muslimischen Bürger für

die Deutschen und ihre Kultur nicht interessiert, was sich an schlechten Sprachkenntnissen und Bildungsergebnissen zeigt. Es ist leider so, daß die Gruppe demographisch stärker wächst als andere und dadurch eine regionale Verdrängungswirkung ausübt. All das haben wir geschehen lassen, ohne das es uns auch nur den Schatten eines wirtschaftlichen und sozialen Nutzens gebracht hat.

Frage: Täglich erklären uns Politiker, Wirtschaftsgrößen und Statistiker, daß uns die Einwanderung wirtschaftlich nutzt.

Antwort: Unter Fachleuten besteht Einigkeit: Einwanderung nutzt wirtschaftlich nur, wenn die Zuwanderer im Durchschnitt qualifizierter sind, als die Gesellschaft, in die sie kommen. Für die Einwanderer aus dem nahöstlichen Raum gilt das im Durchschnitt nicht.

Frage: Wir kennen alle tüchtige, integrierte Muslime. Solche Äußerungen stoßen sie vor den Kopf und vergrößern die Kluft zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen.

Antwort: Die allermeisten Muslime lehnen Gewalt ab, viele sind sehr gut integriert und gute Staatsbürger. Das ist selbstverständlich. Wir können aber nicht, indem wir auf Selbstverständlichkeiten verweisen, Spannungen und ihre Ursachen leugnen oder Tatsachen verschweigen.

Frage: Es ist aber doch Konsens, daß das Wachstum in den 60er und 70er-Jahren ohne die türkischen Gastarbeiter nicht möglich gewesen wäre. Für Sie nicht?

Antwort: Das Sozialprodukt in der Bundesrepublik wurde Anfang der 70er Jahre von 27 Millionen Erwerbstätigen erwirtschaftet. 2,5 Prozent von ihnen waren türkische Gastarbeiter, durchweg in einfachen Tätigkeiten. Aus den 700.000 türkischen Gastarbeitern wurden seit dem Anwerbestopp 1973 durch Familiennachzug über drei Millionen Mitbürger türkischer Herkunft. Das war ganz ungeplant und geht in seiner gesellschaftlichen Gesamtdimension weit über wirtschaftliche und fiskalische Fragen hinaus.

Frage: Messen Sie Flüchtlinge an ihrem wirtschaftlichen Nutzen?

Antwort: Ich befürworte natürlich das Recht auf Asyl. Um seinen Mißbrauch zu verhindern, müssen die Prüfungen schnell erfolgen, und abgelehnte Asylbewerber müssen schnell abgeschoben werden. In der heutigen Praxis haben wir unter dem Vorwand des Asylrechts tatsächlich ungeregelte Einwanderungen großen Stils. Wer es einmal mit Hilfe von Schlepperbanden nach Deutschland geschafft hat, auch ganz ohne Asylgrund, kann in neun von zehn Fällen dauerhaft in Deutschland bleiben.

Frage: Und wenn man an Ihre Menschlichkeit appelliert?
Antwort: Dann frage ich zurück: Wie viele Flüchtlinge haben Sie zu Hause aufgenommen? Die Frage nach der Menschlichkeit müssen wir doch anders stellen. Untersuchungen zeigen, daß allein in Afrika 400 Millionen Menschen nach Europa auswandern wollen. Wieso nehme ich dann von diesen 400 Millionen gerade diejenigen, die 6.000,-- Euro an Schlepperbanden gezahlt haben, um irgendwie illegal über das Mittelmeer zu kommen? Die Stärksten, die es am wenigsten nötig haben, die nehmen wir auf.
Frage: Ihr jüngstes Buch handelte von Meinungsfreiheit. Sind Sie jetzt auch ;Charlie Hebdo'?
Antwort: Nein, das zu behaupten wäre Kitsch. Ich bin mit ‚Charlie Hebdo' solidarisch, indem ich meine Meinung sage – auch wenn sie den Machern von ‚Charlie Hebdo' wohl eher mißfällt.
Frage: Wo hört für Sie die Meinungsfreiheit auf?
Antwort: Die Meinungsfreiheit hört auf, wo Personen persönlich geschmäht werden. Aber bei Religion gewiß nicht. Wenn ich Mohammed, Jesus oder Gott kritisiere, dann greife ich Ideen an, die andere Menschen haben. Und das ist absolut legitim.
Frage: Hat Pegida schon bei Ihnen angeklopft?
Antwort: Nein, das wäre auch zwecklos.
Frage: Was hält Sie in der SPD?
Antwort: Ich bin 1973 in die SPD eingetreten, weil sie eine vernünftige Außen- und Wirtschaftspolitik machte, und weil ich Anhänger eines vernünftigen Sozialstaates bin. Alle drei Dinge sehe ich weiterhin von der SPD vertreten.
Frage: Arbeiten Sie an einem Buch?
Antwort: Deshalb konnten wir uns auch nicht vormittags treffen.
Frage: Warum?
Antwort: Ich stehe jeden Tag um 7 Uhr auf, dann setze ich mich um halb neun an meinen Schreibtisch. Um ein Uhr gibt es Mittagessen, und den Nachmittag gestalte ich frei. Gestern hat mich eine französische Journalistin interviewt. Jetzt gehe ich gleich zum Sport.
Frage: Um was geht es in Ihrem neuen Buch?
Antwort: Das verrate ich nicht. Das gibt Unglück. Es erscheint im Februar 2016, bis dahin müssen Sie warten."

Ein Interview schließt für gewöhnlich mit der Höflichkeitsformel „*Wir danken Ihnen für dieses Gespräch.*" Frau Rüppel enthielt sich

dieser Formel. War es Vergeßlichkeit, oder hatten die Antworten des Herrn Sarrazin die Befindlichkeit dieser Dame derart tangiert, daß sie sich veranlaßt sah, sich dieser Usance zu enthalten?
In Deutschland, der Schweiz und Österreich versuchen uns interessierte Muslime und deutsche „Gutmenschen“ (Bessermenschen, Gutdenker) immer wieder weiszumachen, daß vom Islam keine wirkliche Gefahr ausgehe und die Behauptung, der Islam wolle Deutschland übernehmen, bestenfalls ein Hirngespinst paranoider Pegida-Marschierer ist.

Wir sind – zunehmend ab der zweiten Hälfte des Jahres 2014 – einer massiven Tendenzberichterstattung ausgesetzt, die sicher noch steigerungsfähig ist, denn die medialen und politischen Vorkämpfer von Antigermanismus, Globalismus und Multikulti werden nichts unversucht lassen, um ihre volksfeindlichen Ziele auch weiterhin durchzusetzen.

Es liegt an den Deutschen, sich gegen diese zerstörerische Politik zu wehren.



Antiquariat

„Wohin mit meinen Büchern...?“

Für nicht wenige Angehörige der älteren Generation stellt sich in unserer kultur- und geistlosen Zeit leider die Frage, was mit ihren teils seit Jahrzehnten gesammelten Büchern - diesen Quellen der Inspiration, der intellektuellen Kraft und oft auch des Trostes – geschehen soll, wenn die Zeiger der Lebensuhr auf fünf vor zwölf stehen. Denn oftmals sind die Nachkommen perfekt abgerichtete Probanten der Umerziehungspädagogik, fleißig sich im Hamsterrad des Karrierismus drehende Uninteressierte oder gar vollends auf Konsum ausgerichtete Wohlstandsbürger, die ihre seelische Erbauung in den Niederungen ihres (noch) übervollen Freßtroges finden.

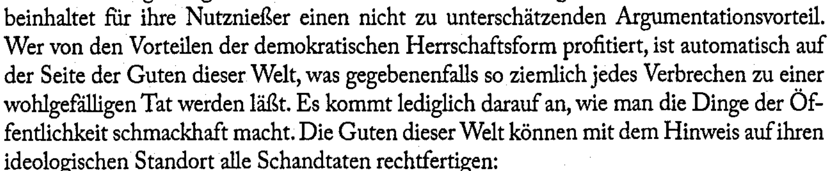
Der Verlag libergraphix holt gerne Ihre Bücher ab und führt sie einer sinnvollen weiteren Benutzung zu. Ein Teil Ihrer Bücher wird Gruppen der nationalen Jugendarbeit übereignet, ein anderer Teil wird über das verlagseigene Versandantiquariat verkauft. Die Erlöse kommen der Arbeit unseres unabhängigen Verlages zugute.

Fordern Sie unsere aktuelle Antiquariatsliste an!

Auf unserer Netzseite finden Sie mehrere Tausend antiquarischer Bücher mit Abbildung.

Bitte kontaktieren Sie uns unter:
info@libergraphix.de oder telefonisch unter
035263/420290.

Wolfgang Hackert:
Mord und Perversion – Verschwiegenes aus der heilen Welt der Demokraten



Der Leser sei gewarnt! Er wird in diesem neuesten Werk des als Bearbeiter brisanter Themenkomplexe bekannten Autors mit für ihn undenkbar gehaltenen Fakten konfrontiert. Ein starkes Nervenkostüm ist zum Erfassen der quellenmäßig belegten Problematik, die Wolfgang Hackert seziert, unabdingbar.

Die Erhebung der demokratischen Herrschaftsvariante zur ultimativen Regierungsform der menschlichen Entwicklung beinhaltet für ihre Nutznießer einen nicht zu unterschätzenden Argumentationsvorteil. Wer von den Vorteilen der demokratischen Herrschaftsform profitiert, ist automatisch auf der Seite der Guten dieser Welt, was gegebenenfalls so ziemlich jedes Verbrechen zu einer wohlgefälligen Tat werden läßt. Es kommt lediglich darauf an, wie man die Dinge der Öffentlichkeit schmackhaft macht. Die Guten dieser Welt können mit dem Hinweis auf ihren ideologischen Standort alle Schandtaten rechtfertigen:

- Kriege zum Zweck der Aneignung von Bodenschätzen.
- Zwei Weltkriege.
- Militärische und finanzielle Aggressionen zur Unterjochung unabhängiger Nationen.
- Die Ausplünderung des eigenen Volkes.
- Die rassische Durchmischung der europäischen Kulturnationen zum Zwecke der Verdummung und letztendlich Vernichtung ihrer Völker.

Eine weitere – auf den ersten Blick nicht so sehr ins Auge springende – Konsequenz pseudo-moralisch verbrämter, vorgeblich „demokratischer" Herrschaftsstrukturen ist die tödliche Möglichkeit zur „Neutralisierung" unliebsamer Politiker durch fingierte Autounfälle oder sich nicht öffnende Fallschirme. Dieses makabre Thema macht den zentralen Inhalt des vorliegenden Buches aus.

Im Zusammenhang mit dem eigentlichen – mörderischen – Titelkomplex befaßt sich Wolfgang Hackert auch mit einem tabubefrachteten Thema aus dem Bereich der heutzutage immer stärker um sich greifenden Perversionen. Ausgehend vom Fall des Sexualstraftäters Marc Dutroux und dessen Metastasen, die bis nach Deutschland hineinreichten, legt der Verfasser erstmals die Querverbindungen zwischen Pädophilie und Politik offen. Es sind besonders die Städte Berlin und Hamburg, denen bei diesem degoutanten Problem eine Schlüsselrolle zukommt, was nicht zuletzt auf die sie regierenden Häupter zurückzuführen war.

352 Seiten mit zahlreichen s/w-Abbildungen, gebunden, Fadenheftung, Format: DIN A 5.

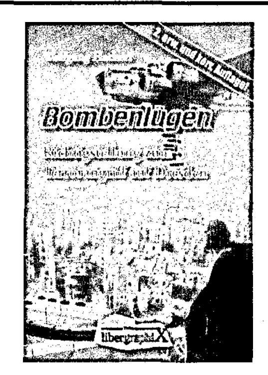
ISBN: 978-3-95429-002-4 **€ 19,80**

Verlag libergraphix
z. Hdn. Herrn Matthias Beier
Fröbelstr. 20
D-01609 Gröditz

Telefon: 035263/420290
Fax: 03212/1388559
bestellung@libergraphix.de
www.libergraphix.de

Verlag libergraphiX

Wolfgang Hackert: Bombenlügen – Richtigstellung zum Terrorangriff auf Dresden



2. erweiterte und korrigierte Auflage, 192 S.

Die volkspädagogischen Prinzipien der Umerzieher des deutschen Volkes – ernannter wie selbsternannter – basieren auf der fundamentalen Erkenntnis des Christian Morgenstern, nachdem nicht sein kann, was nicht sein darf; eine Erkenntnis, welche die gesamte Geschichtsastrologie der Nachkriegsepoche umfaßt. Es darf nicht sein, daß das unbefleckte Gewand unserer „Befreier" angeschmutzt wird. Dafür sorgen inzwischen die Intellektuellen und Wissenschaftler des Tätervolkes selbst. Mit zunehmender zeitlicher Distanz zum angeblichen Geschehen nimmt die psychologische Kriegsführung gegen das deutsche Volk immer aufdringlichere und hysterischere Formen an. Im Gegensatz dazu reduzieren sich die Kriegsverbrechen unserer alliierten „Befreier" auf mirakulöse Weise zu medial kaum noch wahrnehmbaren „Kollateralschäden", wie es so schön im Neusprech heißt.

Das vorliegende Buch Wolfgang Hackerts befaßt sich mit einem derartigen Wunder der Verminderung, welches einer Kommission von Hof- und Gefälligkeitshistorikern drei Jahre lang zu einem sicheren Lebensunterhalt verhalf.

Diese Ausarbeitung befaßt sich mit jenen Vorgaben, deren Schlußfolgerungen Teilen der kritischen Öffentlichkeit zum Anlaß tiefgründiger Reflexionen wurden. Einer von der Dresdener Stadtverwaltung unter der Ägide des einstigen Bürgermeisters der Stadt, Ingo Roßberg (F.D.P.), eingesetzten Historikerkommission wurde die Aufgabe zuteil, die bisher bekannte Faktenlage bezüglich des Dresden-Holocausts vom 13. bis 15. Februar 1945 gemäß den Maßstäben der politischen Korrektheit zurechtzubiegen.

Unter der Leitung von Prof. Dr. Rolf-Dieter Müller vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr werkelten vom 24. November 2004 bis zum 7. Oktober 2008 insgesamt dreizehn Hofberichterstatter der Journalistik und Geschichtswissenschaft als alliierte Hilfswillige in dieser sich „unabhängig" gebenden Kommission.

Diese „Expertenkommission" hatte die Aufgabe, die erwünschte Opferzahl auf eine halbwegs „annehmbare" Grundlage zu stellen. Ob ihr dies gelang, mag der Leser nach der Lektüre von Hackerts brisantem Buch selbst beurteilen.

192 S., mit zahlr. s/w-Abbildungen, Festeinband mit Fadenheftung auf Bilderdruckpapier, Format: 148 x 210 mm (DIN A 5), Gewicht: 480 Gramm

ISBN 978-3-95429-010-9 **€ 16,80**

Kevin B. MacDonald:
Der Jüdische Sonderweg – Der Judaismus als evolutionäre Gruppenstrategie



Im ersten Teil seiner Trilogie über den Judaismus („Absonderung und ihr Unbehagen – Auf dem Weg zu einer Evolutionären Theorie des Antisemitismus. Analyse der Hintergründe des ‚Antisemitismus'") entwirft der US-amerikanische Psychologieprofessor an der California State University Long Beach Kevin MacDonald eine evolutionspsychologische Deutung des Judentums und seiner Kultur.

Evolutionäre Gruppenstrategien können als kulturelle Prozesse verstanden werden, die das Leben und die Entwicklung von Kollektiven prägen und so über die Zeit hinweg ermöglichen. Von besonderer Bedeutung sind hierbei die Mechanismen der Abgrenzung von anderen Gruppen und der Kooperation innerhalb der eigenen Gruppe. Der Autor untersucht die Entstehung des Judaismus aus den religiösen Schriften und verweist auf den ideologischen Aspekt der Abschottung, der der ersten monotheistischen Religion von Beginn an innewohnte. Er analysiert zahlreiche gruppenspezifische Merkmale, die die Kontinuität des Kollektivs in der Diaspora gegen den Druck zur Assimilation und den Verlust des Gruppenzusammenhaltes sichern sollten. Dazu gehören eine ausgeprägte Sozialisierung zur Gruppenidentifikation, eine starke Tendenz zum Kollektivismus mit seiner besonderen sozialen Organisation und Kontrolle, die Aufrechterhaltung von Barrieren gegen andere Gruppen, die Ausrichtung auf hohe Bildungsinvestitionen und eugenische Vorgaben zur Entwicklung spezifischer genetischer Merkmale, wie etwa einer überdurchschnittlich hohen psychometrischen Intelligenz.

Auf dem Weg der evolutionären Anthropologie gelingt MacDonald eine eindrucksvolle Beschreibung und Erklärung der kulturellen und genetischen Einzigartigkeit des jüdischen Volkes in Vergangenheit und Gegenwart.

416 Seiten, Klebebroschur, Format: 155 x 220 mm, Gewicht: 605 Gramm

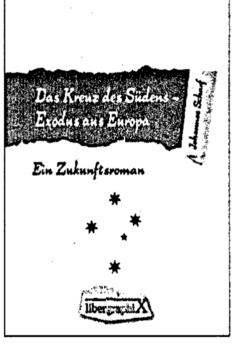
ISBN 978-3-941730-05-2 **€ 22,80**

Verlag libergraphix
z. Hdn. Herrn Matthias Beier
Fröbelstr. 20
D-01609 Gröditz

Telefon: 035263/420290
Fax: 03212/1388559
bestellung@libergraphix.de
www.libergraphix.de

libergraphiX

Johannes Scharf: Das Kreuz des Südens – Exodus aus Europa. Ein Zukunftsroman



Europa im Jahr 2033: der alte Kontinent, aber auch seine überseeischen Ableger versinken im Chaos. Einem kurzen Kampf der Kulturen folgt in vielen Ländern der totale Kulturumsturz und die Machtergreifung durch das allgegenwärtige farbige Lumpenproletariat.

In Frankreich war im Jahre 2031 nach blutigen Revolten der islamische Gottesstaat ausgerufen worden.

Wie erschreckend wahrscheinlich das Eintreffen jener fiktiven Szenarien oder ihnen sehr ähnlicher Ereignisse in der Zukunft tatsächlich ist, belegen Statistiken, welche für unser westliches Nachbarland den Islam schon 2020 als stärkste Religion sehen, wenn sich bis dahin nichts Maßgebliches an dem jetzt eingeschlagenen demographischen Trend verändert haben wird.

Anhand spannend erzählter Einzelschicksale erhält der Leser einen Überblick über die aussichtslose innen- wie außenpolitische Lage Deutschlands, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und vieler anderer einstmals europäischer Länder, deren Antlitz sich zu Beginn der 2030er Jahre bis zur Unkenntlichkeit verändert hat.

Zur selben Zeit gelangt jedoch in Neuseeland, das noch weitestgehend europäisch geprägt ist, die Rechte an die Regierungsgewalt und eröffnet den in ihren Heimatländern bedrängten und sich nicht mehr zu Hause fühlenden Weißen die große Chance eines Neuanfangs. Wie Phönix aus der Asche soll der neue Staat erstehen, allen Anfeindungen zum Trotz, gegründet auf dem Überlebenswillen sowie dem Fleiß und Idealismus der aus ihrem Dornröschenschlaf erwachten Neuseeländer und aller europäischen Neusiedler, welche von Vancouver bis Wladiwostok dem Ruf des neuseeländischen Außenministers gefolgt sind.

Ein Reeder aus Deutschland wagt es, heimlich seinen Frachter zum Passagierschiff umzurüsten und Auswanderer an Bord zu nehmen. Vor der Küste Louisianas beginnt ein anderes waghalsiges Unternehmen: die Überfahrt eines maroden, alten Fischkutters mit Minimalbesatzung. Wird es ihnen gelingen, bis nach Neuseeland zu gelangen?

168 S. mit zahlreichen s/w-Abbildungen, gebunden, Fadenheftung, Format: DIN A 5

ISBN 978-3-95429-011-6

€ 14,80

Verlag libergraphix
z. Hdn. Herrn Matthias Beier
Fröbelstr. 20
D-01609 Gröditz

Telefon: 035263/420290
Fax: 03212/1388559
bestellung@libergraphix.de
www.libergraphix.de

Verlag libergraphiX



In keiner historischen Epoche – sei es während des ersten Dreißigjährigen Krieges (1618-1648), sei es während des zweiten Dreißigjährigen Krieges (1914-1945) – war das deutsche Volk derart gefährdet, wie dies gegenwärtig der Fall ist.

Das, was uns als Produkt unvermeidlicher Entwicklungsläufe verkauft wird, ist in Wirklichkeit das Ergebnis eines wohldurchdachten Vernichtungsprogramms zur Zerstörung des Abendlandes. Was weder ein Ilja Ehrenburg noch ein Henry Morgenthau durchzusetzen vermochten, gelingt den gegenwärtigen Systemschranzen mit tätiger Mithilfe bundesrepublikanischer Gutmenschen und sonstiger Opportunisten sowie unter Duldung der kurzfristig denkenden, feigen Masse.

Was lief schief? Wo liegt die Ursache unseres aktuellen Schlamassels?

Fakt ist: es existiert ein Programm zur Zerstörung unserer tausendjährigen europäischen Kultur. Die vorliegende Ausarbeitung analysiert historisch und aktuell-politisch den seit Generationen betriebenen „Untergang des Abendlandes". Wolfgang Hackert hat sich die ausführliche Beschreibung der Hintergründe des vor unser aller Augen ablaufenden destruktiven Planes zur Aufgabe gemacht.


9 783954 290192